

DIE DEUTSCHE NOTENBANK ALS INSTRUMENT SOWJETZONALER WIRTSCHAFTSPOLITIK

Dissertation

vorgelegt der

Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät
der Johannes Gutenberg-Universität in Mainz
zur Erlangung des Grades eines
Doktors der Staatswissenschaften
- Dr. rer. pol. -

von

Hans-Joachim Schroeter, Diplom-Politologe
Königstein (Taunus)

1967

1968

Die Deutsche Notenbank
als Instrument
sowjetzonaler Wirtschaftspolitik

Digitized by the Internet Archive
in 2026

DIE DEUTSCHE NOTENBANK ALS INSTRUMENT SOWJETZONALER WIRTSCHAFTSPOLITIK

Dissertation
vorgelegt der
Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät
der Johannes Gutenberg-Universität in Mainz
zur Erlangung des Grades eines
Doktors der Staatswissenschaften
- Dr. rer. pol. -

von
Hans-Joachim Schroeter, Diplom-Politologe
Königstein (Taunus)

1966

SOWJETISCHER WIRTSCHAFTSPOLITIK
ALS INSTRUMENT
DER DEUTSCHEN NOTENBANK

Dissertation

vorgelegt der

Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät

der Johannes Gutenberg-Universität in Mainz

zur Erlangung des Grades eines

Doktors der Rechtswissenschaften

von Dr. rer. pol.



Referent: Prof. Dr. Werner Bosch

Korreferent: Prof. Dr. Erich Welter

Tag der mündlichen Prüfung: 24. Februar 1967

INHALTSVERZEICHNIS

Seite

Einleitung:

8

ERSTER TEIL

GRUNDLAGEN

<u>Erstes Kapitel:</u> Ideologische und politische Grundlagen der Wirtschaftsordnung	11
1. Die zielbestimmenden Kräfte	11
2. Die primären wirtschaftspolitischen Ziele	14
a) Die Verstaatlichung der Produktionsmittel	15
b) Die Durchsetzung der zentralverwaltungswirtschaftlichen Ordnung	18
<u>Zweites Kapitel:</u> Das Geld in der Zentralverwaltungswirtschaft sowjetischen Typs	23
1. Die Frage nach der Notwendigkeit des Geldes	23
2. Die Funktionen des Geldes in der Zentralverwaltungswirtschaft sowjetischen Typs	28
a) Das Geld als Mittel der Plankontrolle	28
b) Das Geld als Mittel zur Leistungsbewertung und zum Leistungsanreiz	31
c) Das Geld als Voraussetzung für eine Wirtschaftsrechnung	34
d) Das Geld als anonyme Anweisung an das für private Konsumzwecke bereitgestellte Güter- und Leistungsvolumen	38

ZWEITER TEIL

ENTWICKLUNG UND ORGANISATION DER DEUTSCHEN NOTENBANK

<u>Drittes Kapitel:</u> Die Entwicklung des Bankenapparates, insbesondere der Deutschen Notenbank	43
---	----

1. Der Aufbau eines neuen Bankenapparates von 1945 bis zur Währungsreform	43
2. Von der Währungsreform bis zur II. Parteikonferenz der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands im Sommer 1952	46
3. Die Periode der langfristigen Planung zum "Aufbau des Sozialismus"	50

<u>Viertes Kapitel: Der institutionelle Aufbau der Deutschen Notenbank</u>	56
1. Gründung und Kapitalstruktur	56
2. Der organisatorische Aufbau	57
3. Die Verfassung der Deutschen Notenbank	59

<u>Fünftes Kapitel: Die Abgrenzung der Aufgaben der Deutschen Notenbank gegenüber den sonstigen Kreditinstituten</u>	60
1. Die Deutsche Investitionsbank (DIB)	64
2. Die Deutsche Bauernbank (DBB)	70
3. Banken mit überwiegend örtlicher Bedeutung	73
a) Die Sparkassen	73
b) Die Banken für Handwerk und Gewerbe	77
4. Die Deutsche Handelsbank AG	81

<u>Sechstes Kapitel: Exkurs</u>	
Der Standort der Deutschen Notenbank im 'einheitlichen sozialistischen Finanzsystem'	83
1. Gegenstand, Aufgaben und Organe des einheitlichen sozialistischen Finanzsystems'	83
2. Die Deutsche Notenbank als Leitungs- und Kontrollinstrument der sowjetzonalen Volkswirtschaft nach der Konzeption der sogenannten Revisionisten	89
3. Die Kritik an der Konzeption der sogenannten Revisionisten	97

DRITTER TEIL

DIE AUFGABEN DER DEUTSCHEN NOTENBANK

<u>Siebentes Kapitel: Die Regulierung des Geldumlaufs</u>	105
---	-----

1.	Die Geldemission in der Sowjetischen Besatzungszone	105
a)	Die Erstausrüstung der Sowjetischen Besatzungszone mit Deutscher Mark der Deutschen Notenbank	105
b)	Die Entstehung des Geldes - Notenausgabe und Giralgeldschöpfung durch die Deutsche Notenbank	108
c)	Die Liquidität der Deutschen Notenbank	110
d)	Die Umstellung der sowjetzonalen Währung auf eine imaginäre Goldbasis	113
2.	Die Kontrolle des Bargeldumlaufs und der Bargeldverwendung	116
a)	Die Kontoführungspflicht und die Beschränkung der Bargeldzahlungen	117
b)	Die Bargeldplanung	122
aa)	Die Bilanz der Geldeinnahmen und -ausgaben der Bevölkerung	123
bb)	Bargeldumsatzplan, Bargeld-dispositionsplan und Emissionsfonds als Instrumente der Bargeldumlaufplanung	127
cc)	Die Zwecke des Bargeldumsatzplanes	137
dd)	Kritische Betrachtungen zur Rolle des Bargeldumsatzplanes	141
c)	Technisch-organisatorische Maßnahmen zur Beschleunigung der Bargeldzirkulation	143
aa)	Der Lohn- und Gehaltsstreuungsplan	144
bb)	Die Unzulässigkeit der Zahlung von Lohn- und Gehaltsvorschüssen	146
cc)	Die Bestimmung von Kassenhöchstbeständen für alle kontoführungspflichtigen Betriebe und Organisationen	147
dd)	Der örtliche Geldausgleich	148
ee)	Der bargeldlose Einkauf	149

<u>Achtes Kapitel: Die Lohnfondskontrolle</u>	150
1. Prinzip und Aufgaben der Lohnfondskontrolle	150
2. Die Ermittlung des Lohnfonds	152
3. Die Entwicklung der Lohnfondskontrolle zu einem brauchbaren Instrument zur Überwachung der staatlichen Betriebe	155
a) Die Einführung der Lohnfondskontrolle im November 1951	155
b) Die Bestimmungen des Regierungsbeschlusses vom 5. März 1953	158
c) Die Lohnfondsbestimmungen vom 1. Februar 1954	165
d) Die Kontrolle der relativen Inanspruchnahme des Lohnfonds	168
e) Die Lohnfondsverordnung vom 8. September 1961	172
4. Gründe für Lohnfondsüberschreitungen	184
a) Sortimentsänderungen und Produktionsumstellungen	184
b) Nicht plangerechte Lohnzahlungen	185
c) Diskontinuierlicher Produktionsrhythmus	187
5. Lohnfondsüberschreitungen als eine Ursache für Geldüberhang	189
<u>Neuntes Kapitel: Die Abwicklung des bargeldlosen Zahlungs- und Verrechnungsverkehrs</u>	193
1. Die Vereinheitlichung des Überweisungsverkehrs und der Zahlungsbedingungen	193
2. Verschiedene Verrechnungsmethoden	200
a) Die Verrechnung von Geldforderungen durch Rechnungseinzug - das RE-Verfahren -	200
aa) Die Technik des RE-Verfahrens	200
bb) Betragshöhe und Einzugsfristen	202
cc) Die Reihenfolge der Abbuchungen der RE-Aufträge	205
dd) Die Teilnehmer am Rechnungseinzugsverfahren	206
b) Die Verrechnung von Geldverbindlichkeiten durch Akkreditivstellung - das AK-Verfahren -	207

<u>Exkurs:</u> Weitere bis 1961 gültige Verrechnungsverfahren	210
1. Die gegenseitige Verrechnung von Geldforderungen - das VF-Verfahren -	211
2. Die Verrechnung von Geldforderungen nach Plan - das PV-Verfahren -	212
3. Die Verrechnung von Geldverbindlichkeiten über Sonderkonten - das SK-Verfahren -	214
c) Die Verrechnung von Geldforderungen durch Forderungseinzug - das FE-Verfahren -	214
aa) Die Teilnehmer am FE-Verfahren	216
bb) Betragsgrenze und Einreichungsfrist	217
cc) Die Technik des FE-Verfahrens	218
dd) Kritische Würdigung des FE-Verfahrens	221
3. Die Bedeutung der neuen Zahlungs- und Verrechnungsverfahren für die Kontrolle der staatlichen Betriebe	223
<u>Zehntes Kapitel:</u> Die Kreditkontrolle	226
1. Die Bedeutung des Kredits in der Zentralverwaltungsverwaltungswirtschaft sowjetischen Typs	228
2. Die Funktionen des Kredits im sowjetischen Wirtschaftssystem	231
a) Die Kontrollfunktion	231
b) Die Aushilfsfunktion bei Planstörungen	232
c) Die Klassenkampffunktion	233
d) Die Geldschöpfungsfunktion	235
e) Die Zwangsfinanzierungsfunktion	236
3. Die Kontrolle der staatlichen Wirtschaft durch den kurzfristigen Kredit	237
a) Die Finanzierung des Umlaufvermögens der staatlichen Wirtschaft	237
b) Die Unterlagen für die Kreditkontrolle	241
c) Die banktechnische Durchführung der Kreditkontrolle	246

aa)	Die Gewährung von Krediten nach der Kontokorrentmethode	246
bb)	Die Aufgliederung des Kontokorrentkontos und die Einführung der Umschlagsfinanzierung	249
1)	Die Bestandsfinanzierung	251
2)	Die Umschlagsfinanzierung	253
cc)	Die Kontrollpraxis bei staatlichen Handelsbetrieben	257
dd)	Die Kontrolle durch die Bestands- und Umschlagsfinanzierung nach der Wiedereinführung der obligatorischen Teilkreditierung der Umlaufmittel	259
d)	Die Bedeutung der Kreditkontrolle für die sowjetzonale Wirtschaft	263
<u>Elftes Kapitel: Die Deutsche Notenbank als Kassen-</u>		
<u>vollzugsorgan des Staates</u>		267
1.	Die Haushaltsreform in der Sowjetischen Besatzungszone	267
2.	Die Kontrollaufgaben bei der Kassen- und Kontenführung des Staatshaushaltes	270
a)	Einzug der Gewinne, der Produktions-, Dienstleistungs- und Handelsabgabe sowie der Lohnsteuer der staatlichen Betriebe	270
b)	Die Bezahlung der Haushaltsausgaben	274
<u>Schluß:</u>		276

Einleitung:

Die Deutsche Notenbank hat im Wirtschaftssystem der Sowjetischen Besatzungszone eine zentrale Aufgabe zu erfüllen. Ihre Hauptfunktionen und die mannigfachen Methoden, derer sie sich bedient, sind durch die Wirtschaftsordnung, in die sie einbezogen ist, bedingt. Diese Wirtschaftsordnung ist Bestandteil einer umfassenden revolutionären, ideologischen Konzeption. Nur in diesem Zusammenhang sind Kompetenz, Organisation und Handlungsweise der Deutschen Notenbank verständlich.

Die Anlage der vorliegenden Arbeit ist durch diesen Sachverhalt begründet. Im ersten Teil werden in den Grundlagen der wirtschaftliche Ordnungsaufbau der Sowjetischen Besatzungszone und die spezifischen Funktionen des Geldes in der Zentralverwaltungswirtschaft sowjetischen Typs skizziert. Ausgehend von der Analyse der in Mitteldeutschland zielbestimmenden Kräfte gelangen wir zum Resultat, daß die Wirtschaftsverfassung der Zone als Rezeption der sowjetischen bezeichnet werden kann.

Im zweiten Teil wird nach der historischen Entwicklung des Bankwesens und der Entstehung der Deutschen Notenbank gefragt sowie der organisatorische Aufbau und Standort dieser staatlichen Institution im sogenannten einheitlichen sozialistischen Finanzsystem dargelegt. Gleichzeitig wird hier der Aufgabenbereich der Deutschen Notenbank von dem der anderen Bankinstitute der Zone abgegrenzt.

Der Verfasser untersucht dann im dritten Teil die Funktionen und besonders ausführlich die einzelnen Methoden, derer

sich die Deutsche Notenbank bei der Ausführung ihres Auftrages bedient.

Schließlich wird in einem Schlußkapitel die Frage aufgeworfen, inwieweit die zur Zeit diskutierte Liberalisierung des Wirtschaftssystems realisiert werden kann, ohne daß sich das System damit selbst aufgibt.

Die Arbeit ist ein Versuch, die Deutsche Notenbank und speziell ihren Auftrag beim Planvollzug im Rahmen ordnungspolitischer Fragestellungen zu erörtern und durch einen umfangreichen Quellenapparat zu belegen. Der Verfasser hat sich dabei nicht darauf beschränkt, allein die Aufgaben darzustellen, sondern dort, wo es notwendig schien, auch die verschiedenen Lösungsversuche unter Anwendung unterschiedlicher Mittel und Methoden beschrieben, um aufzuzeigen, welche Anstrengungen die Zentralverwaltungswirtschaft sowjetischen Typs unternimmt, um auch nur annähernd die Wirkungen der automatischen und lautlosen Kontrolle der Verkehrswirtschaft zu erreichen. Das Studium der vergeblichen Bemühungen schärft den Blick für die Funktionszusammenhänge und verhilft zu der Erkenntnis, daß dem Versuch unüberwindliche Schwierigkeiten entgegenstehen, die marktwirtschaftliche Ordnung durch ein System von Planbefehlen zu ersetzen. Aus dem ständigen Wechsel zwischen Zentralisation und Dezentralisation, besonders aus dem Wirken und Drängen der dezentralen Kräfte läßt sich die Stärke verkehrswirtschaftlicher Lenkungselemente erkennen. Diese hat offensichtlich inzwischen auch die kommunistische Partei erkannt. Sie kann diesen Kräften jedoch nicht freien Lauf lassen, weil infolge der

Interdependenz der Ordnungen ihr politischer Herrschaftsanspruch bedroht wird.

Die Arbeit schließt mit dem Jahre 1963 ab, berücksichtigt jedoch noch die Entwicklung, die als "neues ökonomisches System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft" diskutiert wird, allerdings an den bekannten Grundzügen der zentralen Planung und Lenkung des Wirtschaftsprozesses nichts Wesentliches ändert.

ERSTER TEIL

GRUNDLAGEN

Erstes Kapitel: Ideologische und politische Grundlagen der Wirtschaftsordnung

1. Die zielbestimmenden Kräfte

Die Wirtschaftsordnung in Mitteldeutschland ist nicht das Ergebnis einer langfristigen evolutionären Entwicklung, sondern durch die Anwesenheit der sowjetischen Besatzungsmacht präjudiziert worden.

Nach der bedingungslosen Kapitulation im Mai 1945 haben die Sowjets ihre Besatzungszone völlig ihrem Willen unterworfen. Als sich eine kommunistische Machtergreifung in Gesamtdeutschland nicht realisieren ließ, haben sie spätestens nach der Verwirklichung des Marshall-Plans, der Berliner Blockade und der Begründung der Bundesrepublik Deutschland ihre Besatzungszone als separaten Staat ausgebaut und von dem deutschen Gesamtverband losgelöst. Bei der Realisierung ihrer politischen und wirtschaftlichen Ordnungsvorstellungen bedienten sie sich der deutschen Kommunisten als williger Werkzeuge. Mit ihnen baute die Sowjetunion die Zone zu einem heteronomen Selbstvollzugssystem¹⁾ aus, das heißt, deutsche Staatsbürger, die sich an sowjetische Weisungen bedingungslos gebunden fühlen, wurden zu zielbestimmenden Handlungskräften.

Bereits am 10. Juni 1945 hatte die sowjetische Besatzungsmacht als erste der Siegermächte die Gründung von antifaschistischen Parteien in ihrer Zone freigegeben²⁾. Damit

1) Diese Formel hat Ekkehart Stein in seiner beachtenswerten Abhandlung erarbeitet: Ist die 'Deutsche Demokratische Republik' ein Staat? in: Archiv des öffentlichen Rechts, Band 85, 1961, Nr. 4, Seite 363 ff, besonders Seite 390.

2) Vergleiche dazu Wolfgang Treue, Die deutschen Parteien, Wiesbaden 1961, Seite 54 ff.

hatte sie das Mehrparteiensystem formal zugelassen, aber mit dem unter kommunistischem Druck vollzogenen Zusammenschluß zum "Block der antifaschistisch demokratischen Parteien" die freie Wirksamkeit des Mehrparteiensystems zugleich wieder rückgängig gemacht¹⁾.

Die Kommunistische Partei Deutschlands, die als erste Partei in der Sowjetischen Besatzungszone gegründet wurde, festigte ihre Position innerhalb dieses Blocks im April 1946 durch die Zwangsverschmelzung mit der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED).

Vor der entscheidenden Volkskammerwahl am 15. Oktober 1950 wurden die Mandatsanteile der bestehenden Parteien und Massenorganisationen bereits so festgesetzt, daß die SED mit ihren Satellitenorganisationen von vornherein eine absolute Mehrheit hatte²⁾.

1) Das Blocksystem ist in wesentlicher Hinsicht vom Koalitionssystem zu unterscheiden. Eine Koalition ist ein freies Bündnis politischer Parteien, um eine handlungsfähige Regierung zu ermöglichen. Sie beruht auf politischen Absprachen, deren Nichteinhaltung jederzeit eine Auflösung dieses auf Zeit geschaffenen Bündnisses zur Folge haben kann. Die freie Oppositionsbildung erweist sich als das entscheidende Gegengewicht gegen den Koalitionsmißbrauch und ist wesensimmanentes Element des Koalitionsprinzips.

Das Blocksystem hingegen hat den Sinn, jede Oppositionsbildung prinzipiell unmöglich zu machen. Im Block gehen die einzelnen Parteien eine enge Verbindung ein. Er ist kein freies Bündnis autonomer Partner, sondern eine Fusion verschiedener Parteien, aus der keine ohne Selbstaufgabe ausbrechen kann. Der Block wird zumeist von einer diktatorischen Partei angeführt, gelenkt und kontrolliert. Sie bedient sich dieses Blocks, um die anderen Parteien zu neutralisieren und ihre eigene Machtstellung zu potenzieren.

Vergleiche dazu Dolf Sternberger, Lebende Verfassung - Studien über Koalition und Opposition, Meisenheim am Glan 1956, besonders Seite 37 ff.

2) Zur Verteilung der Mandate auf die einzelnen Parteien und Massenorganisationen siehe Richard Lukas, Zehn Jahre Sowjetische Besatzungszone Deutschlands, Mainz-Gonsenheim/Wiesbaden/Düsseldorf 1955, Seite 44; ferner Werner Krause, Die Entstehung des Volkseigentums in der Industrie der Deutschen Demokratischen Republik, (Ost-)Berlin 1958, Seite 166 f.

Damit kann in der Sowjetischen Besatzungszone tatsächlich von einer Einparteienherrschaft, die sich lediglich hinter einer Mehrparteienfassade zu verbergen sucht, gesprochen werden. Sie ist ein entscheidendes Strukturmerkmal des totalitären Staates¹⁾.

Während in einem freiheitlich-demokratisch-rechtsstaatlichen Herrschaftssystem der Staat souverän ist und die Parteien freie Vereine sind, die im Konkurrenzkampf miteinander im Rahmen rechtsstaatlich gesicherter Wahlen um die Besetzung staatlicher Ämter ringen, ist im totalitären Herrschaftssystem der Staat bloßes Instrument der souveränen totalitären Partei. Auf diese Wechselwirkung und Umkehrung macht vor allem Max Imboden eindringlich aufmerksam: "Die marxistisch-kommunistische Staatsanschauung vertauscht somit das Verhältnis von Staat und Partei. Die Partei als gruppierte Elite von Funktionären, als Zusammenschluß der die kommunistische Lehre bewußt vollziehenden Auserwählten rückt in den Rang der vorgegebenen Gemeinschaft auf. Sie bedient sich des Staates als eines zum Werkzeug erniedrigten ausführenden Apparates. Der souveräne Staat weicht der souveränen Partei."²⁾ Die Einheit von Staat und Partei im totalitären Herrschaftssystem hat demnach zur Folge, daß der Wille der einzigen Partei stets der Staatswille ist.

Obwohl nach Artikel 63 der sowjetzonalen Verfassung die Volkskammer die "Grundsätze der Verwaltung" und die "Grundsätze der Regierungspolitik" festlegt, bestimmt in der Sowjetischen Besatzungszone tatsächlich der Parteiwille, das heißt der Wille der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, die Richtlinien der Politik. Er bestimmt die Aktionen

1) Weitere Strukturmerkmale eines totalitären Herrschaftsystems nennt Carl Joachim Friedrich in "Totalitäre Diktatur", Stuttgart 1957, besonders Seite 19.

2) Max Imboden, Die politischen Systeme, Basel-Stuttgart 1962, Seite 55 f.

der Regierung und die Gesetzgebungsarbeit der Volkskammer. Wenn auch vom Parteibeschuß selbst noch keine Gesetzeskraft ausgeht, so betrifft das lediglich die formale Seite. Materiell werden die Gesetze, ehe sie in der Volkskammer beraten werden, "von den zuständigen Abteilungen des ZK der SED ausgearbeitet und im Politbüro der SED beschlossen"¹⁾. Damit ist der Einfluß der SED beim Entwurf der Gesetzesvorlagen eindeutig gesichert. Der Volkskammer steht lediglich die Funktion zu, diese durch Akklamation rechtlich zu sanktionieren.

2. Die primären wirtschaftspolitischen Ziele

Weil die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands ihren Herrschaftsanspruch in Mitteldeutschland realisieren kann, setzen ihre Funktionäre auch allein die wirtschaftspolitischen Ziele. Sie leiten sie von überwirtschaftlichen ab, die ihren Ursprung in der marxistisch-leninistischen Ideologie haben.

Offiziell sind die Grundzüge, nach denen sich das wirtschaftliche und soziale Leben in der Zone gestalten soll, in einem besonderen Abschnitt über die Wirtschaftsordnung in den Artikeln 19 bis 29 der "Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik" vom 7. Oktober 1949²⁾ festgelegt. Danach werden private Initiative, wirtschaftliche Freiheit und das Recht auf privates Eigentum verfassungsrechtlich garantiert.

Wer sich allerdings die Mühe macht, die tatsächlichen Verhältnisse mit der formalen Rechtsordnung zu vergleichen, wird mit Leichtigkeit feststellen, daß in der Sowjetischen

1) Hermann Weber und Lothar Pertinax, Schein und Wirklichkeit in der DDR, Stuttgart 1958, Seite 114.

2) Siehe Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik (im folgenden zitiert als GBL.) 1949, Seite 5.

Besatzungszone zwischen Verfassungsrecht und Verfassungswirklichkeit eine unüberbrückbare Diskrepanz besteht¹⁾. Der SBZ-Staat ist nicht an seiner Verfassung zu erkennen.

Die Grundzüge der Wirtschaftsordnung des Zonenstaates werden demzufolge entgegen eindeutigen Bestimmungen der Zonenverfassung allein von den Funktionären der SED bestimmt. Deren ideologisches Endziel stand von Anfang an fest: die zentral gelenkte Verwaltungswirtschaft und als Vorbedingung hierfür die Verstaatlichung der Produktionsmittel.

a) Die Verstaatlichung der Produktionsmittel

Die Verstaatlichung der privaten Produktionsmittel gehörte in Mitteldeutschland zu den ersten Maßnahmen, die die sowjetische Besatzungsmacht ergriff. Diese Aktion wurde allerdings nicht damit begründet, daß es gelte, die Zentralverwaltungswirtschaft einzuführen. Es hieß vielmehr, daß Faschismus und Feudalismus liquidiert werden müßten²⁾. Zunächst beschränkten sich die Kommunisten im wesentlichen auf die Entmachtung und die Bestrafung der Großgrundbesitzer und Großindustriellen, die den Nationalsozialismus unterstützt hatten. Späterhin jedoch wurde die entschädigungslose Enteignung der privaten Produktionsmittel zur generellen Methode und bildete die Basis für die kommunistische Wirtschaftspolitik in Mitteldeutschland.

Im Prozeß der Überführung der wichtigsten Unternehmen der privaten Wirtschaft in sogenanntes Volkseigentum³⁾ können

1) Vergleiche Martin Drath, Verfassungsrecht und Verfassungswirklichkeit in der Sowjetischen Besatzungszone, - Untersuchungen über Legalität, Loyalität und Legitimität, 4. Auflage, Bonn 1956.

2) Zu dieser Verschleierungstaktik vergleiche den Gründungsauftrag der Kommunistischen Partei Deutschlands vom 11. Juni 1945, zitiert bei Wolfgang Treue, a.a.O., Seite 56.

3) Zum Begriff Volkseigentum siehe Arwed Blomeyer, Eigentum und Eigentumsrecht in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, in: Das Eigentum im Ostblock, Band 5 der Studien des Instituts für Ostrecht in München, Berlin 1958, Seite 63 ff.

drei Phasen unterschieden werden, die ineinander fließend übergehen. Jede von ihnen ist jedoch durch die Akzentuierung einer ganz bestimmten Zielsetzung und Methode gekennzeichnet:

- 1) Von 1945 bis 1948 die Sequestration, das heißt die Beschlagnahme und Zwangsverwaltung volkswirtschaftlich wertvoller Betriebe¹⁾²⁾.
- 2) Ab 1948 die mißbräuchliche Anwendung der Wirtschafts-, Steuer- und Preisgesetze³⁾. Auf diese Weise sollte der

1) Vergleiche SMAD-Befehl Nr. 124 vom 30. Oktober 1945 über die Beschlagnahme und provisorische Übernahme einiger Eigentumskategorien in Deutschland, Verordnungsblatt für die Provinz Sachsen, Jahrgang 1945, Nr. 4 - 6, Seite 10 und die Instruktion hierzu; ferner Kontrollratsgesetz Nr. 10 vom 20. Dezember 1945 und Kontrollrats-Direktive Nr. 38 vom 12. Oktober 1946 in Auszügen abgedruckt in: Die Enteignungen in der Sowjetischen Besatzungszone und die Verwaltung des Vermögens von nicht in der Sowjetzone ansässigen Personen, herausgegeben vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, Zweite ergänzte Auflage, Bonn 1958, Seite 75 ff, Anlagen Nr. 15 und 16.

2) Bis zum Ende des ersten Quartals 1948 wurden in der Sowjetischen Besatzungszone - ohne Ost-Berlin - zusammen 9.281 gewerbliche Unternehmungen enteignet. Darunter befanden sich 3.843 industrielle Betriebe, die etwa 40 vH der gesamten Industrieproduktion erzeugten. Siehe Fritz Selbmann, in: Volksbetriebe im Wirtschaftsplan, Bericht von der ersten Zonentagung der volkseigenen Betriebe am 4. Juli 1948, (Ost-) Berlin 1948, Seite 12.

3) Vergleiche insbesondere die Verordnung über die Bestrafung von Verstößen gegen die Wirtschaftsordnung (Wirtschaftsstrafrechts-Verordnung) vom 23. September 1948, Zentralverordnungsblatt (im folgenden zitiert als ZVOBL.) 1948, Seite 439 in der Fassung der Änderungsverordnung vom 29. Oktober 1953, GBl. 1953, Seite 1077. Jede, auch die geringste Handlung oder Unterlassung, die der zentralen staatlichen Planung und Lenkung der Wirtschaft schadet oder "privatkapitalistischen Interessen" dient, ist danach strafrechtlich zu verfolgen. Derartige Strafverfahren sind lediglich zum Zweck der Vermögenseinziehung durchgeführt worden. Siehe dazu: Unrecht als System, Dokumente über planmäßige Rechtsverletzungen in der Sowjetzone Deutschlands, Teil II (1952 - 1954), herausgegeben vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, Bonn 1955, Dokumente 172 - 192, Seite 149 ff und Dokument 227, Seite 203 sowie Teil III (1954 - 1958), Bonn 1958, Dokument 211, Seite 151 und Seite 221 ff. Vergleiche ferner Benvenuto Samson, Grundzüge des mitteldeutschen Wirtschaftsrechts, Frankfurt am Main/Berlin 1960, Seite 62 ff.

Besitz vieler Eigentümer, insbesondere mittlerer und kleinerer Industrie-, Gewerbe- und Landwirtschaftsbetriebe, denen auf dem Wege der bisherigen Gesetzgebung nicht beizukommen war, verstaatlicht werden.

- 3) Ab 1956 die Enteignung auf dem Wege der sogenannten Kapitalbeteiligung des Staates an privaten Unternehmen¹⁾. Besondere Bedeutung gewann diese Methode nach dem Erlass der Verordnung über die Bildung halbstaatlicher Betriebe am 26. März 1959²⁾³⁾.

Der marxistisch-leninistischen Vorstellung entspricht es, daß an die Stelle des Privateigentums an Produktionsmitteln das 'sozialistische Eigentum' tritt. Diesen Umwandlungsprozeß in der allernächsten Zeit abzuschließen, ist das erklärte Ziel der kommunistischen Wirtschaftspolitik⁴⁾.

Im Privateigentum an Produktionsmitteln sah Karl Marx die Ursünde der Menschheit. Nach ihm ermöglicht es die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen. Ausgehend vom Privateigentum an Produktionsmitteln und der sich daran entzünd-

1) Vergleiche Rolf Wetzel, Die staatliche Beteiligung - eine neue Perspektive für die privaten Unternehmer, in: Deutsche Finanzwirtschaft (im folgenden zitiert als DFW), Jahrgang 10, 1956, Heft 13, Seite 584 ff.

2) Siehe GBl. 1959, Teil I, Seite 253. In der Präambel zur Verordnung heißt es, die staatliche Beteiligung sei nur "eine Übergangsform zum sozialistischen Betrieb".

3) Entsprechende Vorstufen zur völligen Sozialisierung von Einzelhandel und Handwerk bilden seit 1956 die sogenannten Kommissionsverträge und die Gründung von Handwerkerproduktionsgenossenschaften. Siehe Verordnung über die Produktionsgenossenschaften des Handwerks vom 18. August 1955, GBl. 1955, Teil I, Seite 597.

4) 1950, unmittelbar vor Beginn des ersten Fünfjahrplanes, betrug der Produktionsanteil der privaten Industrie nur noch 25 vH. Bis Ende 1960 ging er weiterhin bis auf 3 vH (ohne halbstaatliche Betriebe) zurück. Vergleiche Dritter Tätigkeitsbericht 1957/1961 des Forschungsbeirats für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands beim Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, Bonn/Berlin 1961, Seite 35.

denden Klassenkämpfe, versucht er, eine Zwangsläufigkeit der gesellschaftlichen Entwicklung zum Kommunismus, zur klassenlosen Gesellschaftsordnung hin, nachzuweisen. Was Karl Marx als wissenschaftliche Entdeckung ausgibt, ist von einem starken eschatologischen Glauben erfüllt¹⁾.

Diese Heilslehre bestimmt auch heute weitgehend das politische Handeln der Kommunisten, und deshalb ist die Verstaatlichung der Produktionsmittel ein von der Ideologie her bestimmtes Ziel der Machthaber in der Zone und somit ein wesentlicher Bestandteil der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung.

Mit diesen ideologischen Thesen verbinden sich allerdings sehr konkrete machtpolitische Erwägungen. Die totalitäre Partei glaubt, ihren Herrschaftsanspruch gegenüber einzelnen Gruppen der Bevölkerung nur durchsetzen zu können, wenn sie ihnen außer der Verfügungsgewalt auch das Eigentum an Produktionsmitteln entzieht²⁾.

b) Die Durchsetzung der zentralverwaltungswirtschaftlichen Ordnung

Das wirtschaftspolitische Hauptziel ist in Mitteldeutschland die Verwirklichung einer zentralverwaltungswirtschaftlichen Ordnung sowjetischen Typs. Ihre konstituierenden Prinzipien müssen kurz untersucht werden, ehe wir gültige Aussagen über die Funktionsweise der Deutschen Notenbank machen können.

Der Ausgangspunkt für die Untersuchung soll die theoretische Unterscheidung Walter Euckens in "Verkehrswirtschaft"

1) Vergleiche dazu Karl Löwith, Weltgeschichte und Heilsgeschehen, Stuttgart 1953, besonders Seite 48 ff; Theodor Geiger, Die Klassengesellschaft im Schmelztiegel, Köln und Hagen 1949, Seite 135 ff.

2) Die Verstaatlichung der Produktionsmittel ist sicherlich keine unbedingte Voraussetzung für zentrale Planung und Lenkung des Wirtschaftsprozesses. Das lehrt das Beispiel der nationalsozialistischen Wirtschaftsplanung.

und "Zentralverwaltungswirtschaft" sein. Wie er, so wollen auch wir beide Ordnungen zunächst nur als Idealtypen verstanden wissen. Durch die Anwendung der theoretischen Sätze, die Walter Eucken an diesen Idealtypen erarbeitet hat, lassen sich am verständlichsten die Zusammenhänge des Wirtschaftsablaufes in der Sowjetischen Besatzungszone aufzeigen. Der Begriff 'Zentralverwaltungswirtschaft sowjetischen Typs' verweist auf eine bestimmte konkrete Ausprägung des Idealtyps "Zentralverwaltungswirtschaft".

Die entscheidende Auskunft über die Ordnung einer Wirtschaft gibt die Frage nach den Planträgern, der Art und Weise der Planaufstellung, der Koordination bzw. Subordination der Pläne sowie der Plankontrolle im Ablauf des konkreten Wirtschaftsprozesses¹⁾.

Es ist nicht der Plan schlechthin, der die verschiedenen Ordnungen unterscheidet, sondern die Frage danach, wer die Pläne aufstellt, durchführt und kontrolliert. Darüber hinaus ist es der Grad der Freiheit, den die Wirtschaftssubjekte dabei genießen. Wirtschaften ist immer eine planmäßige Tätigkeit mit der Absicht, die Spannung zwischen Bedarf und dessen Deckungsmöglichkeiten zu überwinden. Geplant wird demnach in beiden Ordnungen.

Es ist deshalb falsch, von Planwirtschaft zu sprechen, wenn Zentralverwaltungswirtschaft gemeint ist²⁾, wie das häufig irreführend und unpräzise getan wird. Wird diese sogenannte Planwirtschaft der Marktwirtschaft gegenübergestellt, dann erscheint in dieser Antithese die Marktwirtschaft nicht sel-

1) Vergleiche besonders Walter Eucken, Die Grundlagen der Nationalökonomie, 6. Auflage, Berlin-Göttingen-Heidelberg 1950, Seite 78.

2) Vergleiche Erich Welter, Staatsplanung und Marktwirtschaft, Sonderdruck aus: Beiträge zur Verkehrstheorie und Verkehrspolitik, Festgabe für Paul Berkenkopf, Verlag Handelsblatt GmbH., Düsseldorf, ohne Jahr, 8 Seiten; ferner K. Paul Hensel, Studie über Planwirtschaft, in: Wirtschaftsfragen der freien Welt, Frankfurt am Main 1958, Seite 174 ff.

ten als eine Wirtschaft, die keine Planung und Lenkung besitzt. Das ist nicht richtig und erweckt genau den Eindruck, den die Kommunisten vermitteln wollen: Die freie Wirtschaft müsse in einem Chaos enden¹⁾. Die Sowjetkommunisten bemühen sich, die öffentliche Meinung propagandistisch in diesem Sinne zu beeinflussen.

Während in der Verkehrswirtschaft eine Vielzahl von Planträgern den Wirtschaftsablauf bestimmt, deren individuelle Pläne durch Preise koordiniert werden, vollzieht in einer Zentralverwaltungswirtschaft eine einzige Zentralbehörde die wirtschaftliche Gesamtplanung mit diktatorischer Machtvollkommenheit.

Planungsinstanz in der Zone ist die Staatliche Plankommission, die alle Produktionsentscheidungen selbständig trifft und nur an Weisungen der politischen Führung gebunden ist. Sie entscheidet, welche Güter in welchem Umfange und auf welche Weise produziert werden. Sie verfügt über die Mittel und Möglichkeiten, die ihr unterstellten staatlichen Betriebe zu zwingen, ihre zentralen Entschlüsse durchzuführen. Die Betriebsleiter sind vor allem Funktionäre der Staatlichen Plankommission. An die Stelle der Unternehmerentscheidungen tritt der staatliche Befehl.

Bald nach Einführung der zentralen Planung und Lenkung sind infolge der zentralen Zuweisungen Schwierigkeiten aufgetreten. Seit 1951 müssen sich deshalb die Betriebe die Mittel zur Erfüllung ihrer Planaufgaben mit Hilfe des Vertrags-

1) Vergleiche dazu den Bericht über die internationale Wirtschaftswissenschaftliche Konferenz der Ostberliner Humboldt-Universität vom 1. bis 4. Oktober 1958, die sich im ersten Teil speziell mit dem Thema der Wirtschaftskrisen und -zyklen im "Kapitalismus" befaßte, in: DFW (Sammelausgabe), Jahrgang 12, 1958, Heft 21, Seite 337 ff und Heft 22, Seite 351 ff; vergleiche insbesondere das Hauptreferat von Professor L. A. Mendelson (Moskau) über "Wirtschaftskrisen und -zyklen nach dem zweiten Weltkrieg" - das Referat ist in Auszügen abgedruckt in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 9. Oktober 1958, Seite 12.

systems selbst besorgen. Das bedeutet keinen prinzipiellen Wandel des Wirtschaftssystems oder gar eine Abkehr von der Befehlswirtschaft, sondern ist einzig und allein das Ergebnis der Erkenntnis, daß das System die speziellen und direkten Zuweisungen auf die Dauer nicht mit Erfolg durchführen kann, daß also in der Praxis eine totale exakte Planung unmöglich ist. Die Zentrale kann einfach nicht alles bis in die letzten Einzelheiten vorausplanen. Sie muß, nachdem sie die verbindlichen Ziele aufgestellt hat, die Betriebe im zugewiesenen Rahmen mitplanen lassen, um die Effizienz des Systems zu erhöhen¹⁾.

Die Zonen-Wirtschaft ist deshalb, obwohl die Produktion weitgehend zentral durchgeplant wird, keine reine, das heißt völlig dem Idealtyp entsprechende Zentralverwaltungswirtschaft. Darauf weisen die formal freie Arbeitsplatzwahl und die Verteilung der Konsumgüter mit Hilfe des Geldes hin. Der Konsument kann frei aus dem von der Zentrale zur Verfügung gestellten Güterangebot eine Auswahl treffen, von der er meint, daß sie zur optimalen Bedürfnisbefriedigung führt. Dafür bezieht er ein Geldeinkommen als allgemeine Anweisung auf Konsumgüter²⁾. Freie Konsumwahl ist aber nicht identisch mit Konsumentensouveränität. Sie gewährt lediglich Auswahl aus den von der Zentrale bereitgestellten Gütern und bedeutet demzufolge keine Einflußnahme der Konsumenten auf die Zusammenstellung des Sozialprodukts und die Lenkung der Investitionen. Auch wenn die Zentrale den Bedarf auf der Grundlage statistischer Ermittlungen feststellt, so gelten als Bedürfnisse der Konsumenten primär die Bedürfnisse der Zentrale. Mit Hilfe verschiedener Mittel kann sie die Einflüsse der individuellen Konsumpläne auf den Gesamtplan ausschalten oder zumindest stark abschwächen.

1) Vergleiche Werner Bosch, Marktwirtschaft - Befehlswirtschaft, Ein Vergleich der Wirtschaftsordnungen in West- und Mitteldeutschland, Heidelberg 1960, Seite 21.

2) Zur Verteilung der Konsumgüter mit Hilfe des Geldes siehe auch die Ausführungen über die Bedeutung des Geldes in der Zentralverwaltungswirtschaft, Seite 38 ff.

Somit kennt das Wirtschaftssystem in der Sowjetischen Besatzungszone grundsätzlich keine individuelle Einflußnahme auf die Lenkung des Wirtschaftsprozesses. Nicht die aus den Bedürfnissen der Konsumenten abgeleiteten Knappheitsverhältnisse bestimmen den Wirtschaftsablauf, denn Markt und Preisbildung sind als Lenkungsmittel ausgeschaltet und durch zentrale staatliche Befehle ersetzt. Deshalb nennt Werner Bosch die Zonen-Wirtschaft zu Recht eine Befehlswirtschaft¹⁾, die die Freiheit des Menschen in hohem Maße einschränkt. An die Stelle der Kontrolle durch den Konsumenten und den Markt tritt die administrative Kontrolle und die Kontrolle durch die Deutsche Notenbank, die es im folgenden zu untersuchen gilt.

Wenn auch die Zone weit von einem Modell der reinen Zentralverwaltungswirtschaft entfernt ist, so bestimmen die zentralverwaltungswirtschaftlichen Elemente doch so offensichtlich den Wirtschaftsablauf, daß wir mit Berechtigung von einer Zentralverwaltungswirtschaft sprechen können. Jede Wirtschaftsordnung, die sich am zentralverwaltungswirtschaftlichen Modell orientiert, wird sich zu Abweichungen und Zugeständnissen bequemen müssen. Dies ergibt sich bereits aus dem grundlegenden Tatbestand, daß eine "chemisch reine" Zentralverwaltungswirtschaft nur dann funktionieren kann, wenn eine t o t a l e langfristige Planung möglich ist.

In der jüngsten Geschichte bieten sich vor allen Dingen zwei Vorbilder für Abweichungen einer konkreten Zentralverwaltungswirtschaft vom idealtypischen Modell an, und zwar die nationalsozialistische und die sowjetische Wirtschaftsordnung.

Die Zugeständnisse an die Wirklichkeit, die die Zentralverwaltungswirtschaft der Sowjetischen Besatzungszone macht, werden in den Formen der Sowjetwirtschaft vollzogen. Wir haben es daher in Mitteldeutschland mit einer Zentralverwaltungswirtschaft sowjetischen Typs zu tun.

1) Siehe Werner Bosch, Marktwirtschaft - Befehlswirtschaft, a.a.O.

Zweites Kapitel: Das Geld in der Zentralverwaltungswirtschaft sowjetischen Typs

1. Die Frage nach der Notwendigkeit des Geldes

Ehe wir an die Hauptaufgabe gehen und die Mittel und Methoden aufzeigen und untersuchen, mit deren Hilfe die Deutsche Notenbank die Plandurchführung unterstützt, müssen wir danach fragen, welche Bedeutung Geld und Preis im sowjetischen Wirtschaftssystem haben.

Nachdem festgestellt wurde, daß die Wirtschaft in Mitteldeutschland eine Zentralverwaltungswirtschaft sowjetischen Typs ist, interessiert uns die Frage: Braucht eine so geordnete Wirtschaft überhaupt Geld und wenn ja, welche Funktionen hat es zu erfüllen?

Bei der Beantwortung sei der Umweg über das Modell der einfachen zentral geleiteten Wirtschaft erlaubt. Dieses Gedankenwerkzeug wird uns die Erfassung der schwer übersehbaren Zusammenhänge der Zentralverwaltungswirtschaft wesentlich erleichtern¹⁾.

In solch einem einfachen Gebilde der zentral geleiteten Wirtschaft plant der Leiter den gesamten Wirtschaftsprozeß. Von ihm gehen alle wirtschaftlichen Impulse aus. Er stellt die vorhandenen Bedürfnisse den Möglichkeiten ihrer Befriedigung gegenüber und trifft nach Maßgabe seiner Bewertung die Entscheidungen. Dabei wird unterstellt, daß er wegen der Knappheit der Güter - die Wirtschaften überhaupt erst bedingt - die Bedürfnisse nach ihrer Dringlichkeit gliedert und sein Handeln an dieser Dringlichkeitsskala ausrichtet. Die volle naturale Durchplanung und die Befehlslenkung erübrigen in diesem überschaubaren Prozeß das Geld als Recheneinheit bzw. als Tausch- und Zahlungsmittel, denn die Bewertung der Güter erfolgt natural und die Zuweisung zentral. Das ist das Modell einer total zentral geleiteten Wirtschaft.

1) Vergleiche Walter Eucken, Die Grundlagen der Nationalökonomie, a.a.O., Seite 79 ff.

Ähnliches ist in größerem Rahmen für eine nationale Wirtschaft, in der Gütererzeugung, Güterverteilung und Güterverbrauch völlig unter dem Einfluß einer perfekt funktionierenden zentralen Planung und Lenkung stehen, vorstellbar. Unter diesen Voraussetzungen sind die Produktion und der Güterkreislauf bis zum Konsum ebenfalls ausschließlich natural geplant und straff zentral geregelt. Sie werden von den einzelnen Wirtschaftssubjekten nicht beeinflußt. Es fehlt somit eine "individuell bestimmte Beteiligungsmöglichkeit am nationalen Güter- und Leistungsvolumen", also eine freie Konsum- und Arbeitsplatzwahl, die Albrecht Forstmann eine wesentliche Voraussetzung für die volkswirtschaftliche Erscheinung des Geldes nennt¹⁾.

Das Geld ist daher theoretisch ebenso wie in einer einfachen zentral geleiteten Wirtschaft auch in einer totalen Zentralverwaltungswirtschaft überflüssig.

Weshalb bedient sich dann die Zentralverwaltungswirtschaft sowjetischen Typs bei der Planung und Lenkung des Wirtschaftsprozesses dennoch des Geldes? Das liegt daran, daß das Idealmodell einer totalen Zentralverwaltungswirtschaft heute nirgends in der Wirklichkeit existiert²⁾ und wohl auch nicht zu realisieren ist.

Falsch wäre es aber zu erwarten, daß in ihr das Geld gleiche Funktionen wie in einer dezentral geleiteten Wirtschaft zu erfüllen hat. Das Geld, das hier als Preisausdrucksmittel bestimmte Lenkungenfunktionen übernimmt, kann dieselben nicht in einem Wirtschaftssystem ausüben, welches die Übernahme der Lenkungenfunktion durch die Preise von der Konstruktion her verbietet.

Bei der Frage nach dem Sinn und Zweck des Geldes in der Zentralverwaltungswirtschaft brauchen wir uns mit den Begründungen der kommunistischen Theoretiker nicht ernsthaft

1) Albrecht Forstmann, Geld und Kredit, Teil 2, Göttingen 1952, Seite 523.

2) Vergleiche Werner Bosch, Marktwirtschaft und Befehlswirtschaft, a.a.O., Seite 90.

auseinanderzusetzen. Ihre Darstellung der Geldprobleme beschäftigt sich in der Hauptsache mit der Lösung plantechnischer Fragen und nicht mit einer eigenen Geldtheorie. Sie halten nach wie vor an der marxistischen These fest, daß das Geld in der Endphase des Kommunismus nicht mehr notwendig ist, ohne daß sie dafür eine überzeugende Begründung anführen¹⁾. Bis zur Verwirklichung dieser Phase - sagen sie - werde das Geld aber bedingt durch die Warenproduktion²⁾, die sich aus dem Vorhandensein der verschiedenen Formen des Eigentums, des sozialistischen oder staatlichen, des kollektivwirtschaftlich-genossenschaftlichen und in der Sowjetischen Besatzungszone des Privateigentums an Produktionsmitteln ergibt³⁾.

Solange die verschiedenen Eigentumsformen noch bestehen und Güter zwischen ihnen getauscht werden, behalten diese Güter Warencharakter, und dieser Umstand erfordere das Geld als Tauschmittel⁴⁾.

1) Zur Begründung des Geldes im Sozialismus-Kommunismus siehe Politische Ökonomie, Lehrbuch, Dritte überarbeitete und ergänzte russische Ausgabe, (Ost-)Berlin 1960, Seite 588, 597, 707.

2) "Die Ware ist ein Gegenstand, der erstens menschliche Bedürfnisse in irgendeiner Art befriedigt und zweitens nicht für den eigenen Gebrauch, sondern für den Austausch produziert wird." Siehe Politische Ökonomie, (Ost-)Berlin 1955, Seite 82.

3) Vergleiche Alfred Lemnitz, Das Geld und die Funktionen des Geldes im Sozialismus und in der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus, Ein Beitrag zur Diskussion über das Wesen und die Funktionen des Geldes im Sozialismus, Schriften des Instituts für Wirtschaftswissenschaften, Nr. 3, (Ost-)Berlin 1955, Seite 10. Neuerdings wird die Warenproduktion nicht mehr in erster Linie aus der Existenz verschiedener sozialistischer Eigentumsformen erklärt. Sowjetische Wirtschaftstheoretiker räumen ein, daß es Warenproduktion auch bei einer einheitlichen Eigentumsform geben werde und begründen sie aus inneren antagonistischen Widersprüchen des Sozialismus selbst. Vergleiche Wilhelm Schmidt, Zu einigen Fragen der marxistischen Theorie des Geldes im Sozialismus, in: Probleme der politischen Ökonomie, Band 5, (Ost-)Berlin 1962, Seite 162.

4) Zur Warenproduktion im sowjetischen Wirtschaftssystem siehe Politische Ökonomie, (Ost-)Berlin 1955, Seite 501: "Die Notwendigkeit der Warenproduktion im Sozialismus entspringt der Existenz der beiden Grundformen der sozialistischen Produktion: der staatlichen und kollektivwirtschaftlichen Form." In der Sowjetischen Besatzungszone wird dann noch die verbliebene private Wirtschaft berücksichtigt.

Da es in der Endphase des Kommunismus nur noch eine Eigentumsform an Produktionsmitteln gibt, nämlich das staatliche Eigentum, verlieren die Güter ihren Warencharakter, und deshalb wird das Geld überflüssig. Auf das Problem, wie die produzierten Konsumgüter an die Bevölkerung verteilt werden, gehen die sowjetischen Geldtheoretiker nicht ein. Die heilsgeschichtliche Verheißung vom Überfluß der Güter im Kommunismus kann uns jedoch nicht befriedigen¹⁾.

Das Experiment des Kriegskommunismus mit der unentgeltlichen Abgabe von Konsumgütern ist kläglich gescheitert. Solange gewirtschaftet werden muß, wird der Verzicht auf Geld nicht möglich sein. Dem werden die Sowjets entgegenhalten, daß damals noch nicht in ausreichendem Maße Güter angeboten werden konnten - im Kommunismus werde das aber anders sein. Gibt sich der skeptische Frager mit dieser vagen Antwort nicht zufrieden, wird ihm mit kaum verhülltem Unbehagen zugestanden, daß es immer Güter geben werde, die wegen ihrer relativen Knappheit nur gegen ein Entgelt abgegeben werden können²⁾, das seine konkrete Ausprägung in einer modernen Industrienation nur im Geld haben kann.

Diese Begründung für die Existenz des Geldes in der Übergangsperiode vom Sozialismus zum Kommunismus ist lediglich als eine nachträgliche Rechtfertigung der Wirtschaftspraxis zu werten. Inwieweit sie von den Verfechtern selbst ernst genommen wird, läßt sich nicht mit Sicherheit sagen. Wenn das Geld nur noch in der Übergangsperiode bestimmte Funktionen auszuüben hätte, dann müßte in der Sowjetunion, die bereits in die Phase des Kommunismus eingetreten ist, zumindest in der Tendenz ein Abbau der Funktionen des Geldes sichtbar werden. Die letzte Währungsmanipulation zu Beginn des Jahres 1961 läßt in dieser Richtung aber keine Schlüsse zu. Vielmehr kann aus der Begründung dazu geschlossen

1) Im Kommunismus soll jedem nach seinen Bedürfnissen gegeben werden.

2) So zum Beispiel Professor Stefan Varga aus Budapest am 16. Mai 1961 in einer Diskussion in kleinem Kreise, zu der die Wirtschaftspolitische Gesellschaft von 1947 in Frankfurt/Main eingeladen hatte.

werden, daß dem Geld in Zukunft noch größere Bedeutung als bisher zukommen wird. Die praktizierte Zentralverwaltungswirtschaft benötigt es, weil sie ohne Geldrechnung die gestellten Lenkungs- und Kontrollaufgaben nicht erfüllen kann.

Wenn die Lösung der Probleme der Planverwirklichung mit Hilfe der Geldrechnung erleichtert werden soll, so genügt dazu nicht allein die Einführung des Geldes in das System der zentralen Lenkung des Wirtschaftsprozesses. Damit die natural geplanten Größen in Geldgrößen umgerechnet werden können, sind für alle wirtschaftlichen Güter zentral Geldpreise festzusetzen¹⁾. Während sich in der Marktwirtschaft die einzelnen Wirtschaftssubjekte bei der Umrechnung ihrer Pläne in Geldgrößen am Marktpreis orientieren, fehlt den Freisplanern in der Zentralverwaltungswirtschaft diese objektive Größe. Dort bleibt in der Wirtschaftspraxis das Problem ungelöst, die Preise in ökonomisch richtiger Weise, das heißt so festzusetzen, daß sie die naturalen Knappheitsverhältnisse widerspiegeln²⁾. Deshalb haben die Preise in der Zentralverwaltungswirtschaft lediglich den Charakter von Verrechnungspreisen ohne eigentliche Steuerungsfunktion. Zumindest ist die Effizienz der Steuerung der Preise in ihr stark gemindert. Vielmehr werden im wesentlichen die Funktionen des Marktpreismechanismus von der zentralen Planstelle ausgeübt. Dem Preis in der Zentralverwaltungswirtschaft verbleibt lediglich die Lösung des Leistungsproblems³⁾,

1) Vergleiche K. Paul Hensel, Einführung in die Theorie der Zentralverwaltungswirtschaft, Stuttgart 1954, Seite 186.

2) Vergleiche K. Paul Hensel, Einführung ..., a.a.O., Seite 191 f, der zur Preisbestimmung C. Bresciani-Turroni, 'Einführung in die Wirtschaftspolitik', 1948, Seite 145 und 146, zitiert.

3) Unter Lösung des Leistungsproblems ist die Erzielung einer Verminderung der Kosten im Sinne von Aufwand durch zweckmäßige Organisation der wirtschaftlichen Prozesse oder die Herbeiführung intensiver, sorgfältiger und sparsamer Wirtschaftsweisen auf der Grundlage der gegebenen Produktionsverfahren zu verstehen. Vergleiche K. Paul Hensel, Einführung ..., a.a.O., Seite 47.

und das ist eine Angelegenheit der Planverwirklichung¹⁾. Für die Planaufstellung, die im Prinzip natural erfolgt, sind Geldrechnung und Preis zwar eine äußerst nützliche Hilfe, aber nicht unbedingt notwendig²⁾.

Als eine Art Hilfskonstruktion der Sowjetwirtschaft hat die Geldrechnung hauptsächlich die nachfolgend aufgeführten Aufgaben zu lösen.

2. Die Funktionen des Geldes in der Zentralverwaltungs- wirtschaft sowjetischen Typs³⁾

a) Das Geld als Mittel der Plankontrolle

Während in der Marktwirtschaft die Rentabilität das wichtigste Kontrollinstrument für die Effizienz des Wirtschaftsablaufs darstellt, muß in der zentral verwalteten Wirtschaft ein solches Instrument erst institutionell geschaffen werden. Zentrale Planung und Lenkung sind ohne institutionalisierte Kontrolle unmöglich. Deshalb sind in den sowjetzonalen Lenkungsapparat alle nur denkbaren naturalen Kontrollen eingebaut, die sich nur mit einem oft nicht mehr vertretbaren Verwaltungsaufwand bestreiten lassen⁴⁾:

- 1) Die bürokratische Kontrolle mit einer aufgeblähten Berichterstattung.

1) Daß die Geldrechnung erst bei der Planverwirklichung notwendig wird, hat K. Paul Hensel verschiedentlich betont. Vergleiche Einführung ..., a.a.O., Seite 188.

2) Vergleiche K. Paul Hensel, Einführung ..., a.a.O., Seite 188.

3) In der sowjetischen Literatur werden als Funktionen des Geldes im Sozialismus genannt: 1. Maß der Werte und Preise, 2. Zirkulationsmittel, 3. Zahlungsmittel, 4. Mittel der Geldakkumulation und der Ersparnisbildung und 5. Weltgeld. Siehe dazu insbesondere J. A. Kronrod, Das Geld in der sozialistischen Gesellschaft, Theoretischer Grundriß, Übersetzung aus dem Russischen nach der zweiten überarbeiteten Auflage, (Ost-)Berlin 1963, Seite 208 ff. Auf eine Auseinandersetzung damit wird verzichtet. Es gilt vielmehr, die systemtypischen Funktionen darzustellen.

4) Einige dieser Kontrollinstitutionen nennen Johannes Rudolph und Gerd Friedrich, Grundriß der Volkswirtschaftsplanung, (Ost-)Berlin 1957, Seite 132 ff.

Mit Hilfe des Soll-Ist-Vergleichs soll sie ständig für die Erfüllung der Planforderungen durch die volkseigenen Betriebe sorgen, laufend also jeder Art planwidrigen Verhaltens nachspüren.

- 2) Die unmittelbare Überprüfung der Arbeitsergebnisse am Ort der Planerfüllung, die immer dann notwendig wird, wenn aus den verschiedenen Gründen (Falschmeldungen, frisierte Berichte etc.) die bürokratische Kontrolle nicht ausreicht oder sogar versagt.

- 3) Der Hauptbuchhalter, der als staatlicher Gewährsmann die Belange des Staates innerhalb des Betriebes wahrnimmt.

Durch die Hauptbuchhalterverordnung¹⁾ verpflichtet der Staat den Hauptbuchhalter als staatlichen Kontrolleur, für die Einhaltung der "Wirtschafts- und Finanzdisziplin" der Betriebe zu sorgen. Er hat die Pflicht, die Maßnahmen der einzelnen Wirtschaftsfunktionäre im Betrieb zu überwachen und ist nicht an fachliche Weisungen des Betriebsleiters gebunden²⁾. Plan- und gesetzwidrige Maßnahmen oder Anweisungen zu ihrer Durchführung muß er unverzüglich dem Leiter der ihm übergeordneten Dienststelle melden und gleichzeitig der Zentralen Plankommission Bericht erstatten³⁾.

- 4) Die Kontrolle durch die sogenannten demokratischen oder gesellschaftlichen Organisationen. Dabei ist vor allem an die Betriebsparteienorganisationen der SED und die Betriebsgruppen des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes zu denken. Durch Appelle, Propagierung von "sozialistischen Wettbewerben", ökonomische Konferenzen und Sonderverpflichtungen treiben sie die Arbeiter und Angestellten zur Planerfüllung und -übererfüllung.

1) "Verordnung über die Stellung des Hauptbuchhalters in den Betrieben der volkseigenen und der ihr gleichgestellten Wirtschaft und den ihnen übergeordneten Dienststellen" vom 17. Februar 1955, GBl. 1955, Teil I, Seite 139.

2) Vergleiche den offiziellen Kommentar zur Verordnung "Die Aufgaben des Hauptbuchhalters in der volkseigenen Wirtschaft", (Ost-)Berlin 1955, Seite 18.

3) Zu den Kontrollaufgaben des Hauptbuchhalters vergleiche Gerhard Opitz, Die Rolle des Hauptbuchhalters als staatlicher

Im Vergleich zu der automatisch wirkenden Kontrolle bei verkehrswirtschaftlicher Lenkung erscheinen diese Formen der Kontrolle wegen des einzuhaltenden Instanzenzuges oft recht schwerfällig. Das heißt jedoch nicht, daß eine Kontrolle bei Naturalrechnung prinzipiell undurchführbar ist. Sie ist aber in der Praxis derart umständlich und schwierig, daß die Einführung des Geldes als allgemeine Rechen-
einheit sinnvoll erscheint¹⁾. Und das ist der Grund, wes-
wegen sich im sowjetzonalen Planungssystem auch das Bedürf-
nis nach einer Geldrechnung ergibt. Es ist die Notwendig-
keit der Kontrolle der Plandurchführung, der Planeinhaltung,
die auf der Grundlage der geldlichen Beziehungen eines Be-
triebes zu anderen Betrieben, zur Bank und zum Staatshaus-
halt erreicht werden soll. Analog zur "Kontrolle durch den
Rubel" in der Sowjetunion spricht man deshalb in der Sow-
jetischen Besatzungszone von der "Kontrolle durch die Mark
der Deutschen Notenbank". Allein diese Form der Kontrolle
wird uns weiterhin beschäftigen.

Sie soll gewährleisten, daß:

- 1) die staatlichen Betriebe als plandurchführende Einhei-
ten
 - (a) die von der Zentrale gestellten Produktionsauf-
gaben nach Umfang und Qualität erfüllen und
dabei
 - (b) den für die Produktionseinheit angesetzten Auf-
wand gemäß den verschiedenen Aufwandsnormen
einhalten.

Bei der Vielzahl der erzeugten Güter und der dazu not-
wendigen Produktionsgänge leuchtet ein, daß eine solche
rechnerische Kontrolle der Einhaltung der vorgeschrie-
benen Aufwandsnormen nicht allein natural durchzuführen
ist.

Kontrollleur in den volkseigenen Betrieben, (Ost-)Berlin 1955.

1) Vergleiche K. Paul Hensel, Einführung ..., a.a.O., Seite
186.

- 2) die Betriebe ihre Leistungen im Rahmen des Vertragssystems gegenseitig kontrollieren.
Dafür ist die Bezahlung der empfangenen Güter in einem anerkannten Zahlungsmittel erforderlich. Betriebe, die nicht rechtzeitig oder quantitativ und qualitativ nicht den Vereinbarungen gemäß liefern oder leisten, müssen mit der Zahlungsverweigerung des Vertragspartners rechnen. Das ist ein Signal für das zu Kontrollzwecken in den Dienst gestellte Bankinstitut, die Deutsche Notenbank. Abgesehen davon erfolgt beim Vertragssystem, das den Betrieben die Auswahl ihrer Lieferanten freistellt, in gewissem Maße ganz von selbst eine Qualitätskontrolle. Güter schlechter Qualität werden die Betriebe nur schwer absetzen können. Auf diese Weise bilden sie Überplanbestände, die ihrerseits Kredite binden und damit ebenfalls das kontoführende Kreditinstitut (die Deutsche Notenbank) als Kontrollorgan auf den Plan rufen.
 - 3) die staatliche Plankommission und die unteren Kontrollinstanzen in die Lage versetzt werden, mit einem Blick aus der Vielzahl der Betriebe diejenigen herauszufinden, die unzulängliche Leistungen aufweisen und deshalb ein Eingreifen der übergeordneten Stelle notwendig machen, um das Planziel zu sichern¹⁾.
- b) Das Geld als Mittel zur Leistungsbewertung und zum Leistungsanreiz

Mit der Kontrolle der Planausführung ist die Kontrolle der Leistung der Wirtschaftenden eng verbunden. Stützte sich diese Kontrolle allein auf die Naturalrechnung, fehlte ihr ein brauchbarer Maßstab für die Leistungsbewertung²⁾. Unverhüllt wird zugegeben, daß die Geldrechnung die Aufgabe hat, einen persönlichen Leistungsanreiz zu schaffen, um

1) Vergleiche Hans Hirsch, Mengenplanung und Preisplanung in der Sowjetunion, Basel-Tübingen 1957, Seite 27 ff.

2) Zur Schwierigkeit der Leistungsbewertung ohne Geldrechnung siehe K. Paul Hensel, Einführung ..., a.a.O., Seite 183 ff.

insgesamt ein höheres Produktionsergebnis zu erzielen¹⁾.

Nach den offensichtlichen Mißerfolgen der sowjetischen Wirtschaftsführung während der Durchführung des ersten Fünfjahresplanes in der Sowjetunion hatte Stalin die Schwächen des Systems offen aufgezeigt. In der Rede vom 23. Juni 1931 setzte er sich außer für die Wiedereinführung einer Wirtschaftsrechnung nachhaltig dafür ein, daß durch die Aufwendung des Akkordlohnes und die Zahlung von Prämien, also durch eine Differenzierung des Arbeitslohnes, die Arbeiter und Angestellten zu einer quantitativen und qualitativen Leistungssteigerung veranlaßt werden²⁾. Eine Geldprämie bedeutet einen größeren Leistungsanreiz als eine naturale Entlohnung, denn sie erschließt einen umfassenderen Verfügungsbereich.

Damit wurde das Prinzip der gleichen Entlohnung aufgegeben und der seit der bolschewistischen Revolution vertretenen Tendenz der "Gleichmacherei" der Kampf angesagt. "Solange nicht ein Überfluß an Produkten gegeben ist, schafft die Naturalform des Arbeitslohnes Bedingungen, die das Entstehen von Elementen der Gleichmacherei begünstigen, welche in einem tiefen Widerspruch zu dem sozialistischen Prinzip der Bezahlung nach der Leistung stehen."³⁾

Für das Erreichen des Produktionszieles ist auch in der Sowjetischen Besatzungszone die Steigerung der Arbeitsproduktivität notwendig. Sie erfordert den höchsten Einsatz der

1) Auf das Problem einer Zentralverwaltungswirtschaft, ohne differenziertes Geldeinkommen einen Anreiz zur Arbeitsleistung zu schaffen, weist Friedrich A. Lutz, Geldpolitik und Wirtschaftsordnung, in: ORDO, Band 2, 1949, Seite 217, hin.

2) Siehe J. W. Stalin, Neue Verhältnisse - neue Aufgaben des wirtschaftlichen Aufbaues, Rede vom 23. Juni 1931, Werke, Band 13, Seite 47 ff.

3) K. Ostrowitjanow, Die sozialistische Planung und das Wertgesetz, in: Sowjetwissenschaft (Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge), (Ost-)Berlin, Jahrgang 1948, Heft 2, Seite 29.

physischen und geistigen Kräfte aller Arbeitenden. Dieser Einsatz ist aber nicht allein garantiert durch die 'sozialistische Bewußtseinsbildung', denn die Arbeit ist bis heute "noch nicht zum ersten Lebensbedürfnis der Menschen geworden"¹⁾. "Aus dieser Sachlage heraus entspringt auch die Notwendigkeit, den Faktor der persönlich-materiellen Interessiertheit an der Organisation der Produktion als einen der entscheidenden Impulse für die Entwicklung der Produktivkräfte einzusetzen."²⁾

Das 'Prinzip der materiellen Interessiertheit' läßt sich in der Praxis am ehesten durch eine leistungsgerechte Geldentlohnung verwirklichen. Die Herstellung einer Beziehung zwischen Leistung und Entgelt setzt jedoch ein einheitliches Medium, in der beide Größen ausgedrückt werden können, also ebenfalls finanzielle Kostenrechnung und Entlohnung in Geld voraus³⁾. Ohne Geld läßt sich das Leistungsprinzip bei der Festsetzung der Löhne und Gehälter schwer verwirklichen⁴⁾.

Dieser Erkenntnis entspricht man zum Beispiel in der Praxis der Sowjetischen Besatzungszone durch Einteilung der Arbeiter in acht Lohngruppen nach Leistung und Qualifikation, vor allem aber durch das System der Gewinnbeteiligung der Betriebe und der Arbeiter (Prämienzahlungen). Ein Teil der planmäßigen und überplanmäßigen Gewinne wird zu diesem Zweck dem Prämienfonds (früher Direktorfonds) zugeführt. Das Bemühen um die Herstellung einer direkten Beziehung zwischen Einzelleistung der Angestellten und Arbeiter und Erhalt einer Prämie wird in jüngster Zeit besonders sichtbar.

1) K. Ostrowitjanow, Die sozialistische Planung und das Wertgesetz, a.a.O., Seite 29.

2) Ebenda.

3) Vergleiche Hans Hirsch, a.a.O., Seite 34.

4) Vergleiche Werner Bosch, Marktwirtschaft - Befehlswirtschaft, a.a.O., Seite 91 und 144.

c) Das Geld als Voraussetzung für eine Wirtschaftsrechnung

Wirtschaften ist die Bereitstellung von Mitteln zur Befriedigung menschlicher Bedürfnisse. Wegen der relativen Knappheit der Mittel können nicht alle Bedürfnisse voll und gleichzeitig befriedigt werden. Der Einsatz für bestimmte Zwecke bedingt den Verzicht auf ihre Verwendung für andere Zwecke. Deshalb muß entschieden werden, welche und in welchem Umfange Bedürfnisse befriedigt werden sollen. Da nun jedes Gut (als Mittel, das indirekt oder direkt in der menschlichen Bedürfnisbefriedigung "Nutzen" stiftet) auf verschiedene Weise erstellt werden kann, ist das Grundprinzip alles Wirtschaftens der ständige Vergleich zwischen den Nutzengrößen (Erträgen) bei verschiedenen möglichen Arten der Mittelverwendung¹⁾. Das Optimum an Bedürfnisbefriedigung wird jeweils dann erzielt, wenn die eingesetzten Produktionsmittel in keiner anderen Verwendung einen größeren Nutzen stiften können, die Grenznutzen in sämtlichen Verwendungsrichtungen einander also gleich werden²⁾.

Bei der zugrunde liegenden Spannung zwischen knappen Mitteln und unbegrenzten Bedürfnissen besteht nun die Aufgabe der Wirtschaftsrechnung³⁾ darin, den Nutzen der einzelnen Produktionsmittel in den verschiedenen Möglichkeiten ihrer Verwendung zu vergleichen.

Jedes Wirtschaftssystem - gleich, ob es sich um ein zentral oder dezentral gesteuertes handelt - das ein Höchstmaß an Bedürfnisbefriedigung erreichen will, muß über eine funktionsfähige Wirtschaftsrechnung verfügen. Sie allein erlaubt

1) Vergleiche A. Paulsen, Allgemeine Volkswirtschaftslehre, I, Grundlegung, Wirtschaftskreislauf, Berlin 1956, Seite 7.

2) Vergleiche Heinrich von Stackelberg, Möglichkeiten und Grenzen der Wirtschaftslenkung, in: ORDO, Band 2, 1949, Seite 195.

3) Vergleiche Klaus Diekmann, Wirtschaftsrechnung, Investitionen und Wachstum in einer Zentralverwaltungswirtschaft, Berlin 1960, Seite 10. Er versteht unter Wirtschaftsrechnung den Mechanismus, der es erlaubt, unter den möglichen Produktionsmethoden diejenige auszuwählen, die ein Höchstmaß an Bedürfnisbefriedigung gewährt.

bei den gegebenen Knappheitsverhältnissen eine optimale Ausnutzung der verfügbaren Produktionsmittel. In diesem Sinne muß sich eine Zentralverwaltungswirtschaft ebenfalls um Wirtschaftlichkeit bemühen.

Die Staatliche Plankommission in der Sowjetischen Besatzungszone kommt somit nicht umhin, sich Gedanken über die Wirtschaftlichkeit bei den Produktionsmethoden zu machen, die zur Erreichung eines gesetzten Produktionszieles eingesetzt werden sollen. Um die wirtschaftlichste Methode herausfinden zu können, bedarf es einer vorausgehenden Bewertung¹⁾. Eine solche finden wir in den Entscheidungen der Staatlichen Plankommission, wenn sie Maschinen, Arbeitskräfte, Kohle, Eisen etc. nach dem Gesichtspunkt verteilt: Welchen Nutzen stiften sie bei dem in Aussicht gestellten Verwendungszweck.

Zur Berücksichtigung des Prinzips der Wirtschaftlichkeit hat die sowjetische Zentralverwaltungswirtschaft mit dem 'Chosrastschot'²⁾ verhältnismäßig früh (Ende der zwanziger Jahre) die Wirtschaftsrechnung eingeführt, von der erwartet wird, daß sie anzeigt, "welche Spannung zwischen Bedarf und Deckung bei den einzelnen Gütern besteht und wie über sie disponiert werden sollte, um die Knappheit zu überwinden"³⁾. Reine Mengenstatistiken reichen nicht aus, denn sie lassen nicht erkennen, wie weit die Knappheit an sich überwunden wird, worauf es beim Wirtschaften letzten Endes ankommt⁴⁾.

E. Barone⁵⁾ und W. Krelle⁶⁾ haben anhand mathematischer

1) Vergleiche Walter Eucken, Grundsätze der Wirtschaftspolitik, Zweite unveränderte Auflage, Tübingen, Zürich 1955, Seite 120. Er weist darauf hin, daß die Zentralverwaltungswirtschaft bei ihren Planungen und Entscheidungen ebenso wenig um eine Wertrechnung herumkommt wie irgendeine andere Wirtschaft.

2) Die amtliche sowjetzonale Übersetzung heißt "Prinzip der wirtschaftlichen Rechnungsführung".

3) Walter Eucken, Grundsätze ..., a.a.O., Seite 121.

4) Vergleiche Walter Eucken, Grundsätze ..., a.a.O., Seite 122.

Modelle die theoretische Möglichkeit einer Wirtschaftsrechnung in einer Zentralverwaltungswirtschaft nachgewiesen¹⁾. Es ist aber unbedingt Hayek²⁾ zuzustimmen, wenn er darauf hinweist, daß das Problem nicht in dem Nachweis einer theoretischen Lösung liegt, sondern daß es einzig und allein darauf ankommt, einen gangbaren Weg für die Praxis aufzuzeigen. Die Lösung von O. Lange und F. Taylor³⁾ bietet keine Beantwortung dieser Frage, weil in ihrem Modell die planende Zentrale keinen Einfluß auf Art und Umfang der Produktion ausübt, sie also von Voraussetzungen ausgehen, die in der Zentralverwaltungswirtschaft sowjetischen Typs in Mitteldeutschland nicht gegeben sind.

Wir stellen lediglich fest, daß mit der Einführung des 'Prinzips der wirtschaftlichen Rechnungsführung' die Forderung nach Wirtschaftlichkeit und Rentabilität offiziell erhoben worden ist. Mit der Forderung allein ist jedoch noch nichts getan. Dafür müssen eine Gesamtkostenrechnung sowie ein Vergleich zwischen Gesamtkosten und Gesamtertrag ermöglicht werden. Der in einer Befehlswirtschaft vorgenommene Vergleich von Ist- und Soll-Größen dient zwar ebenfalls der Erfolgsermittlung, unterscheidet sich aber von dem Erlös-Kosten-Vergleich in der Marktwirtschaft, weil die Daten zentral gesetzt sind. Der Vergleich ist eine Kontrolle der Durchführung des zentralen Planes (sowohl mikro- als makroökonomisch) und keine Wirtschaftsrechnung im engeren Sinne⁴⁾.

5) Siehe E. Barone, The Ministry of Production in the Collectivist State. Abgedruckt in: Collectivist Economic Planning, herausgegeben von Hayek, London 1935, Seite 92 ff.

6) Siehe W. Krelle, Über die Möglichkeiten der Wirtschaftsrechnung in verschiedenen Wirtschaftsordnungen: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, 165, 1953, Seite 123 ff.

--

1) Vergleiche dazu K. Diekmann, a.a.O., Seite 12.

2) Siehe F. A. Hayek, The Present State of the Debate, in: Collectivist Economic Planning, a.a.O., Seite 207 ff.

3) Siehe O. Lange und F. Taylor, On the Economic Theory of Socialism, Minnesota 1938.

4) Vergleiche Joachim Grunau, Rationalprinzip, Wirtschaftsrechnung und Wirtschaftssystem, in: Weltwirtschaftliches Archiv, Band 64, 1950, Seite 276.

Eine solche Kosten- und Ertragsrechnung - zur Sichtbarmachung der Gesamtleistung - läßt sich aber nur aufmachen, wenn man sich des Geldes als eines gemeinsamen Mediums bedient, denn "in Naturaleinheiten kann man niemals die Ergebnisse der wirtschaftlichen Leistung des Unternehmens als Ganzes ausdrücken ... und die Ergebnisse der einzelnen Betriebe und Wirtschaftszweige vergleichen."¹⁾

Deshalb scheint es auch in einer Zentralverwaltungswirtschaft geboten, das Geld als Recheneinheit einzuführen, denn die Geldrechnung ist nun einmal eine Voraussetzung für eine rationale Wirtschaftsrechnung.

Für die betriebliche Wirtschaftsrechnung hat die Geldrechnung im einzelnen folgende Bedeutung²⁾:

1) Im Gegensatz zur Naturalrechnung werden bei der Geldrechnung die betrieblichen Gesamtkosten und Gesamterträge miteinander vergleichbar. Die Gesamtleistung eines Betriebes kann somit an seinem geldlichen Erfolg gemessen werden. Die Geldrechnung ermöglicht überhaupt erst die Einführung der einzelwirtschaftlichen Rentabilität in die betriebliche Wirtschaftsrechnung und darüber hinaus deren Nutzbarmachung für die gesamtwirtschaftliche Lenkung.

2) Die Geldrechnung macht die verschiedenen Kostenarten miteinander vergleichbar. Die Kosten im Sinne von betrieblichem Aufwand können so zur Grundlage der betrieblichen Wirtschaftsrechnung gemacht werden. Soweit es die beschränkte Handlungsfreiheit in der Sowjetischen Besatzungszone zuläßt, sollen die Betriebe wie in einer dezentralisierten Wirtschaft ihre günstigste Faktorkombination zu ermitteln suchen. Als Spielraum für die Selbstkostengestaltung bleibt die Möglichkeit, entweder mit Art und

1) K. Ostrowitjarow, Die sozialistische Planung und das Wertgesetz, a.a.O., Seite 35.

2) Vergleiche dazu K. Paul Hensel, Einführung ..., a.a.O., Seite 196 f.

Menge der zur Verfügung gestellten Produktionselemente mehr Produkte herzustellen, als der Plan vorschreibt, oder ein gesetztes Produktionsziel mit einem Weniger an vorgeschriebenen Produktionsfaktoren zu erreichen. Für die einzelnen Betriebe besteht die Möglichkeit, Arbeitskräfte, Rohstoffe, Energie etc. einzusparen und durch geschickt angesetzte Wettbewerbsbewegungen die einzel menschliche Leistung zu steigern. Ein Vergleich der Geldkosten, die die verschiedenen Kostengruppen und Kostenarten der Betriebe verursachen, zeigt am deutlichsten, wo die Maßnahmen zur Selbstkostensenkung am zweckmäßigsten anzusetzen sind.

- 3) Die Geldrechnung ermöglicht, daß sämtliche in einem Betrieb entstehenden Einzelkosten in eine Gesamtkostenrechnung eingehen können. Damit gestattet sie eine betriebliche Wirtschaftsrechnung, die bewirkt, daß die in einem Betrieb verursachten Unwirtschaftlichkeiten auch zu Lasten des selben Betriebes gehen. Mit einer reinen Naturalrechnung würde man sich in der Zentralverwaltungswirtschaft der Möglichkeit begeben, Betriebsvergleiche anzustellen und die Betriebe zu einer sparsamen Wirtschaftsweise anzuhalten.

Mit Hilfe eines raffiniert ausgeklügelten Gewinn- und Prämiensystems sind die Planer in einer Zentralverwaltungswirtschaft bemüht, auf das wirtschaftliche Verhalten der Betriebe Einfluß zu gewinnen. Können sie die Gesamtkosten der Produktion über das vorgeschriebene Maß senken, winken ihnen zusätzliche Gewinne und Prämien. Durch die Ansprache des persönlichen materiellen Interesses werden die Betriebsleitungen versuchen, zum Beispiel die Rohstofflager aus Gründen der Kostenersparnis auf das unbedingt notwendige Maß zu beschränken, um das Gesamtergebnis positiv zu beeinflussen.

- d) Das Geld als anonyme Anweisung an das für private Konsumzwecke bereitgestellte Güter- und Leistungsvolumen

Für die Verteilung der Konsumgüter bieten sich der zentralen Planungsbehörde im Prinzip zwei Möglichkeiten an:

- 1) die direkte Zuweisung der zum privaten Konsum bestimmten Güter (Rationierungs- und Bezugscheinsystem) und
- 2) die Verteilung mit Hilfe des Geldes und der Preise.

In dem reinen Modell einer Zentralverwaltungswirtschaft werden alle auftretenden Bedürfnisse der Verbraucher nach eigener Maßgabe durch zentrale Zuweisungen befriedigt. Die direkte Zuweisung der Güter entspricht jedoch nicht dem menschlichen Wesen und schafft keinen besonderen Leistungsanreiz¹⁾. Die Folge davon ist vielmehr ein intensiver Tauschverkehr, um die sehr differenzierten Bedürfnisse annähernd optimal zu befriedigen.

Diese offenkundigen Mängel sind der Grund dafür, weshalb man sich beim sowjetischen Typ der Zentralverwaltungswirtschaft bei der Verteilung der Konsumgüter des Geldes und der Preise bedient. Damit ist die Wirtschaft in Mitteldeutschland eine Zentralverwaltungswirtschaft mit freier Konsumwahl in dem von der Staatlichen Plankommission durch Investitionsbestimmungen und Außenhandelsplanung abgesteckten Rahmen, in der auch freie Arbeitsplatzwahl gilt, soweit das die Erfüllung der zentralen Produktionspläne nicht gefährdet. Das Geld bleibt anonyme Forderungslegitimation an das für den Konsum bereitgestellte volkswirtschaftliche Güter- und Leistungsvolumen²⁾.

Von den Betrieben und Organisationen oder als Transferleistungen des Staates beziehen die privaten Wirtschaftssubjekte ein differenziertes Geldeinkommen, das sie nach Belieben für Konsumgüter zu staatlich festgesetzten Preisen ausgeben können. Dadurch werden im Gegensatz zur direkten Zuweisung individuelle Verbrauchswirtschaftspläne möglich. Der Konsument kann, wie es das Rationalprinzip fordert,

1) Vergleiche Ostrowitjanow, Die sozialistische Planung und das Wertgesetz, a.a.O., Seite 29.

2) Vergleiche A. Forstmann, Geld und Kredit, a.a.O., Seite 541.

aus allen erkannten und finanziell realisierbaren Alternativen diejenige verwirklichen, die ihm ein Maximum an Nutzen verspricht. Somit behält das Geld für den Konsumenten in der Zentralverwaltungswirtschaft sowjetischen Typs die Funktion eines echten Tausch- und Wertausdrucksmittels.

Da die Staatliche Plankommission die Konsumgüterproduktion ebenfalls im Mengenplan fixiert und die Preise festsetzt, können die privaten Wirtschaftssubjekte im Unterschied zur Verkehrswirtschaft durch ihre Wahlentscheidungen (monetäre Nachfrage) weder die Preise noch die Dispositionen der Zentrale nachhaltig beeinflussen. Die Zentrale hat es letzten Endes immer in der Hand, den Umfang der für den privaten Konsum produzierten Güter durch eigene Preisfestsetzung zu bestimmen. Dort, wo die Zentrale den Konsum einzuschränken wünscht, wird sie die Preise prohibitiv hoch festsetzen. Weil also die Zentrale die Zusammensetzung des Sozialprodukts im Prinzip selbst bestimmt, gibt es letztlich nur eine begrenzte Konsumfreiheit. Zentral geplante Produktion und Konsumentensouveränität lassen sich in der Regel nicht vereinbaren, es sei denn, die Interessen der Konsumenten deckten sich zufällig mit denen der Zentrale.

Das bedeutet jedoch nicht, daß in der Praxis die Zentrale berechnigte Bedürfnisse der Konsumenten einfach ignorieren kann. Die Planungsinstanzen sind durchaus bemüht, die Wünsche der Konsumenten zu erforschen und in der kommenden Planperiode zu berücksichtigen, soweit sie die Absichten der Partei nicht durchkreuzen. Der Staat kann seine Ziele nicht dauernd gegen den Willen derjenigen durchsetzen, die ihm bei der Zielrealisierung maßgeblich behilflich sind. Zu diesem Zweck muß der staatliche Handel die unerfüllt gebliebenen Wünsche in der Form von 'Nein-Verkäufen' registrieren und an die Zentrale weiterleiten.

Das ersetzt aber nicht die Steuerungsfunktion des Preises. Es ist ja gerade der Mangel der Zentralverwaltungs-

wirtschaft, daß ihr ohne "Preis-Ertragsantizipations-Automatik" eine zuverlässige "antizipative Orientierung"¹⁾ ihrer Pläne fehlt. Sie vermag sich immer nur auf die statistisch erfaßbaren Ergebnisse eines bereits realisierten wirtschaftlichen Geschehens zu stützen, ohne jedoch zu wissen, ob sie noch uneingeschränkte Gültigkeit für die zu planende Periode haben²⁾.

Im Gegensatz zur Verkehrswirtschaft, in der Einkommen und actu mit der Produktion entsteht und die Preise für Investitionsgüter und Konsumgüter in einem funktionalen Zusammenhang stehen, ist in der Zentralverwaltungswirtschaft die Interdependenz von Produktion und Verteilung aufgehoben, weil die Zentrale die Preise für Investitionsgüter und Konsumgüter unabhängig voneinander festsetzt und demzufolge auch die Verteilung ziemlich autonom vornimmt. Infolge der Trennung von Produktion und Distribution und der zentralen Planung der Produktion kann das Konsumentengeld weiterhin Tausch- und Wertausdrucksmittel sein, ohne dadurch die systemtypischen Funktionen des Geldes in der Produktionsphäre zu tangieren³⁾.

1) A. Forstmann, Geld und Kredit, a.a.O., Seite 582.

2) Vergleiche Wilhelm Röpke, Die Ordnung der Wirtschaft, Frankfurt/Main 1948, Seite 16: "Die Eventualität, daß der kollektivistische Staat die Konsumwünsche zur Richtschnur seines Planes machen möchte, ändert nichts daran, daß ihm diese Möglichkeit versagt ist, weil er durch die Zerstörung des freien Preismechanismus das einzige Instrument, die Konsumentenwünsche in ihrer unabsehbaren Mannigfaltigkeit zu ermitteln und als Impuls an die Produzenten weiterzuleiten, außer Aktion gesetzt hat."

3) Das Geld übt in der Produktions- und Konsumsphäre völlig unterschiedliche Funktionen aus. In der Produktionssphäre fungiert es lediglich als Verrechnungseinheit und damit als Kontrollmittel. Der Eindruck, das Geld bleibe auch dort echtes Tauschmittel, ist eine Täuschung. Der im Rahmen des Vertragssystems zustande kommende 'Kauf und Verkauf' zu staatlichen Preisen zwischen den volkseigenen Betrieben dient der Zentrale lediglich zur Kontrolle des Planvollzugs. In der Produktionssphäre hat das Geld deshalb aufgehört, echtes Tausch- und Wertausdrucksmittel zu sein, weil die primär naturale Planung ohne Berücksichtigung von Rentabilitätsbewertungen autonom das Produktionsziel für die verstaatlichte Industrie festsetzt.

Das sind die Funktionen des Geldes in der Zentralverwaltungswirtschaft sowjetischen Typs. Sie wurden deshalb so ausführlich dargestellt, weil sie die Feststellung erlauben, daß das Geld in der Zentralverwaltungswirtschaft mit dem Geld in der Verkehrswirtschaft fast nur den Namen gemeinsam hat. Damit soll gleichzeitig eine in der westlichen Literatur des öfteren vertretene Meinung korrigiert werden, die sämtliche Unterschiede zwischen Geld in der zentral geplanten und gelenkten und der dezentralen Wirtschaft verwischt. Das rechte Verständnis für die unterschiedlichen Funktionen des Geldes in beiden Ordnungen läßt sich erst gewinnen, wenn man sie aus den grundverschiedenen Ordnungen der Verkehrswirtschaft und der Zentralverwaltungswirtschaft ableitet.

Die Absicht des Verfassers ist, im folgenden zu untersuchen und zu zeigen, wie die Deutsche Notenbank als Staatsbank mit Hilfe des Geldes und der damit verbundenen Größen Kredit und Zins die ihr übertragenen Aufgaben bei der Planung und Lenkung beziehungsweise Kontrolle des Wirtschaftsprozesses zu erfüllen sucht.

ZWEITER TEIL

ENTWICKLUNG UND ORGANISATION DER DEUTSCHEN NOTENBANK

Drittes Kapitel: Die Entwicklung des Bankenapparates, insbesondere der Deutschen Notenbank

Entsprechend den Veränderungen in der Lenkung des Wirtschaftsprozesses von 1945 bis heute soll die Entwicklung des SBZ-Bankenapparates in drei Perioden unterteilt dargestellt werden. Dabei steht das Bemühen im Vordergrund, den Funktionswandel der Deutschen Notenbank im Rahmen des Vordringens zentralverwaltungswirtschaftlicher Elemente sichtbar zu machen.

1. Der Aufbau eines neuen Bankenapparates von 1945 bis zur Währungsreform

Diese erste Periode der Entwicklung des Bankwesens in der Sowjetischen Besatzungszone stand ganz im Zeichen des Aufbaues eines neuen, im öffentlichen Eigentum stehenden Bankenapparates. Unmittelbar nach der Einstellung der Kampfhandlungen wurden bereits im Mai 1945 auf Befehl der sowjetischen Besatzungsmacht alle Kreditinstitute in Mitteldeutschland geschlossen und die Einlagen zum 1. Mai 1945 blockiert. Obwohl keine formale Liquidation stattfand, sind sie praktisch aufgelöst worden¹⁾.

An ihre Stelle traten im Juli 1945 auf Befehl des sowjetischen Marschalls Shukow in den fünf Ländern der Sowjetischen Besatzungszone (Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen, Brandenburg und Mecklenburg) Provinzial- und Landesbanken in der Form von Anstalten des öffentlichen Rechts²⁾, die bald danach in den größeren Orten Filialen errichteten.

1) Siehe Befehl des Chefs der Besatzung der Stadt Berlin Nr. 1 vom 28. April 1945 betr. Bankenschließung, auszugsweise abgedruckt bei G. Kohlmei und Ch. Dewey, Bankensystem und Geldumlauf in der Deutschen Demokratischen Republik 1945 - 1955, Gesetzessammlung und Einführung, (Ost-)Berlin 1956, Seite 115. Vergleiche Autorenkollektiv, Das Finanzsystem der DDR, (Ost-)Berlin 1962, Seite 10.

2) Siehe Befehl der Sowjetischen Militär-Administration

Neu gegründet wurden außerdem einige Stadtbanken in kreisfreien Städten und eine größere Anzahl von Sparkassen, die das Netz der öffentlich-rechtlichen Bankinstitute vervollständigen¹⁾. Wenn diese Institute auch die Gebäude und Einrichtungen der ehemaligen Sparkassen übernahmen, so traten sie doch nicht deren Rechtsnachfolge an.

Nur die Genossenschaftsbanken durften ihre frühere Tätigkeit wieder aufnehmen²⁾ sowie in den westlichen Teilen von Thüringen und Sachsen etwa 25 Privatbanken³⁾, die noch während der amerikanischen Besatzung ihren Geschäftsbetrieb aufgenommen hatten. Sie wurden aber von ihrem Altgeschäft gelöst. Nur drei von ihnen arbeiteten noch über die Währungsreform hinaus, gaben aber später auch das Geschäft auf.

Deutschland (im folgenden zitiert als SMAD) Nr. 01/1945 vom 23. Juli 1945 über die Neuorganisation der Deutschen Finanz- und Kreditorgane, abgedruckt bei G. Kohlmei und Ch. Dewey, Bankensystem ..., a.a.O., Seite 115 ff.

1) 1947 gab es in der Sowjetischen Besatzungszone etwa genauso viele Bankstellen wie vor der Kapitulation. Im August 1947 hatten die Banken Guthaben von über 13 Milliarden Reichsmark, die ausgegebenen Kredite beliefen sich auf 15 Milliarden Reichsmark. Siehe Christian Grabowski, Die deutschen Banken, in: DFW, Jahrgang 1, 1947, Heft 5, Seite 16 ff; Gerhard Abeken, Das Geld- und Bankwesen in der Sowjetischen Besatzungszone und im Sowjetsektor Berlins von 1945 bis 1954, (Bonner Berichte), Bonn 1955, Seite 9, gibt den Gesamtumlauf an Bargeld bis zur Währungsreform mit rund 28 Milliarden Reichsmark an.

2) Im November 1945 wurden die ländlichen Kreditgenossenschaften und im Januar 1946 die Volksbanken der kleinen Gewerbetreibenden eröffnet. Siehe SMAD-Befehl Nr. 146/1945 über die Wiederaufnahme der Tätigkeit der landwirtschaftlichen Genossenschaften im sowjetisch besetzten Gebiet Deutschlands vom 20. November 1945, abgedruckt bei G. Kohlmei und Ch. Dewey, Bankensystem ..., a.a.O., Seite 122 ff und SMAD-Befehl Nr. 14/1946 betr. Wiedereröffnung der Gewerbe-Handwerker-Banken in der von den Sowjets besetzten Zone Deutschlands vom 15. Januar 1946, abgedruckt bei G. Kohlmei und Ch. Dewey, Bankensystem ..., a.a.O., Seite 125; vergleiche Erich Walther, Zehn Jahre Finanzpolitik seit der Befreiung, in: DFW, Jahrgang 9, 1955, Heft 9, Seite 360 ff; Wilhelm Mönig, Ein Rückblick - 3 Jahre demokratische Finanzverwaltung in der Sowjetischen Besatzungszone, in: DFW, Jahrgang 3, 1949, Heft 2, Seite 62 ff.

3) Vergleiche Gerhard Abeken, Das Geld- und Bankwesen in der Sowjetischen Besatzungszone und im Sowjetsektor Berlins von 1945 bis 1954, a.a.O., Seite 6.

Nach eingehenden Verhandlungen der Sowjetischen Militäradministration mit den Finanzministern der Länder, der Deutschen Zentralfinanzverwaltung und den Landes- und Provinzialbanken wurden im Februar 1947 in Dresden, Halle, Weimar, Potsdam und Schwerin je eine "Emissions- und Girobank" mit dem Namenszusatz des entsprechenden Landes als Anstalt des öffentlichen Rechts errichtet¹⁾. Sie hatten insbesondere den Geldumlauf zu regeln und den Zahlungsverkehr zu erleichtern. Geschäfte durften sie nur mit oder für Rechnung von Geldinstituten und staatlichen Behörden tätigen. Ihre Funktionen entsprachen annähernd denen der Landeszentralbanken in den Westzonen²⁾.

Sie unterstanden dem Weisungsrecht der Ministerpräsidenten der einzelnen Länder, die zur Sicherung einer übereinstimmenden Kreditpolitik in der sowjetisch besetzten Zone angewiesen wurden, die im August 1945 gebildete Deutsche Zentralfinanzverwaltung zu bevollmächtigen, verbindliche Anweisungen für die Tätigkeit der Kreditinstitute zu erlassen³⁾.

Am 26. Mai 1948 wurde schließlich als zentrales Bankinstitut die Deutsche Emissions- und Girobank mit dem Sitz in Potsdam gegründet⁴⁾, die die Tätigkeit der fünf Emissions- und Girobanken der Länder zu koordinieren und den Geldumlauf sowie den Kredit- und Zahlungsverkehr zentral zu regeln hatte⁵⁾. Zur Ausgabe von Banknoten war sie ebenfalls nicht befugt.

1) Vergleiche SMAD-Befehl Nr. 37/1947 über Gründung von Abrechnungs- und Emissionsbanken in den Provinzen (Bundesländern) vom 19. Februar 1947, abgedruckt bei G. Kohlmeier und Ch. Dewey, Bankensystem ..., a.a.O., Seite 128 f.

2) Vergleiche Ernst Heinzelmann, Die neuen Emissions- und Girobanken, in: DFW, Jahrgang 1, 1947, Heft 1, Seite 6 ff.

3) Vergleiche SMAD-Befehl Nr. 37/1947 vom 19. Februar 1947, Ziffer 8, a.a.O.

4) Vergleiche SMAD-Befehl Nr. 94/1948 über die Deutsche Emissions- und Girobank vom 21. Mai 1948, ZVOBL. 1948, Seite 209.

5) Vergleiche Satzung der Deutschen Emissions- und Girobank vom 29. Mai 1948, ZVOBL. 1948, Seite 209 ff.

In dieser ersten Periode blieb das Wesen des Geld- und Kreditverkehrs noch weitgehend von zentralverwaltungswirtschaftlichen Eingriffen unberührt¹⁾.

2. Von der Währungsreform bis zur II. Parteikonferenz der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands im Sommer 1952

Das Kennzeichnende der zweiten Periode ist die Bildung eines zentralisierten Bankensystems. Sie wurde eingeleitet durch die Verordnung der Deutschen Wirtschaftskommission über die Währungsreform vom 21. Juni 1948²⁾, die wie in Westdeutschland auch in Mitteldeutschland das Erbe der nationalsozialistischen Geld- und Finanzpolitik - die durch die praktisch unbeschränkte Notenausgabe zerrüttete Währung - liquidierte. Indem man private Guthaben bis auf kleinere Beträge im Verhältnis 10 : 1 abwertete, dagegen aber die Guthaben und Kredite der inzwischen gebildeten volkseigenen Betriebe, staatlichen Verwaltungen und Organisationen im Verhältnis 1 : 1 umstellte, verfolgte man neben der Sanierung der Währung den Grundgedanken, das Geldvermögen nach den Erfordernissen der zentralen Wirtschaftsplanung neu zu verteilen³⁾.

Der Währungsreform von 1948 folgte nicht wie in den Westzonen die Herstellung der Verkehrswirtschaft, sondern der

1) Vergleiche Gerhard Abeken, Das Geld- und Bankwesen in der Sowjetischen Besatzungszone und im Sowjetsektor Berlins von 1945 bis 1954, a.a.O., Seite 5.

2) Siehe Verordnung der Deutschen Wirtschaftskommission über die Währungsreform in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands vom 21. Juni 1948, ZVOBl. 1948, Seite 220 ff und die Durchführungsbestimmungen hierzu, ZVOBl. 1948, Seite 224 ff; ferner SMAD-Befehl Nr. 111/1948 über die Durchführung der Währungsreform in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands vom 23. Juni 1948, ZVOBl. 1948, Seite 217 ff.

3) Vergleiche SMAD-Befehl Nr. 111/1948 über die Durchführung der Währungsreform in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands vom 23. Juni 1948, a.a.O., Seite 217.

für die zweite Hälfte des Jahres 1948 erstmalig ausgearbeitete Halbjahrplan¹⁾ bedeutet vielmehr den Beginn einer umfassenden zentralen Planung und Lenkung der Volkswirtschaft. Aufgrund der Erfahrungen dieses Halbjahrplanes stellte die Deutsche Wirtschaftskommission nach den Direktiven des Parteivorstandes der SED den zentralen Plan für die Jahre 1949 und 1950 auf. Das Prinzip der zentralen Planung und Leitung wurde fortan Hauptbestandteil der sowjetzonalen Wirtschaftsführung. Damit änderte sich die Bedeutung von Preisen, Geld und Banken. Dieser Übergang zur zentralen Wirtschaftsplanung erforderte die Schaffung eines zentralisierten Bankensystems.

Zur Durchführung der Währungsreform wurde die Deutsche Emissions- und Girobank in die Deutsche Notenbank umgewandelt²⁾, die zugleich das ausschließliche Recht zur Ausgabe von Banknoten und Münzen verliehen bekam³⁾. Wenn diese Umwandlung auch bereits die Neuordnung des sowjetzonalen Bankenapparates zum Zwecke der zentralen Planung und Kontrolle des Wirtschaftsablaufs einleitete, so ähnelte der zentralbankmäßige Überbau bis etwa 1950 in seiner Geschäftstätigkeit noch weitgehend den Landeszentralbanken in Westdeutschland beziehungsweise der Bank deutscher Länder⁴⁾.

1) Vergleiche Günter Falkner, Die Entwicklung der Planung und Leitung der Volkswirtschaft der DDR und ihre Grundsätze, in: Zehn Jahre Volkswirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik, (Ost-)Berlin 1959, Seite 53 ff.

2) Siehe SMAD-Befehl Nr. 122/1948 über die Umwandlung der Deutschen Emissions- und Girobank in die Deutsche Notenbank vom 20. Juli 1948, ZVOBl. 1948, Seite 320 und die Anordnung der Deutschen Wirtschaftskommission über die Deutsche Notenbank vom 20. Juli 1948, ZVOBl. 1948, Seite 291.

3) Vergleiche SMAD-Befehl Nr. 124/1948 über den Geldumtausch vom 24. Juli 1948, ZVOBl. 1948, Seite 294.

4) Zu den Geschäften der Deutschen Notenbank siehe Willy Huhn, Die Deutsche Notenbank, in: DFW, Jahrgang 2, 1948, Heft 5/6, Seite 7 ff.

Der eigentliche Wandel in der Banktätigkeit begann erst mit der Eingliederung der Emissions- und Girobanken der Länder und der Landeskreditbanken in die Deutsche Notenbank. Mit Wirkung vom 1. Januar 1950 sind die Aktiva und Passiva dieser Banken auf sie übergegangen¹⁾. Außer der Möglichkeit eines unmittelbaren Giroverkehrs unter den beteiligten Filialen der Deutschen Notenbank - bisher mußten bei Überweisungen über die Grenzen der fünf Länder innerhalb der Sowjetischen Besatzungszone noch zwei Emissions- und Girobanken eingeschaltet werden - schuf die Zentralisation des Bankennetzes die Voraussetzung für die Aufstellung einheitlicher Kreditpläne im Rahmen der zentralen Wirtschaftsplanung²⁾. Damit wurde die Deutsche Notenbank als Spitzeninstitut eines einstufigen Zentralbanksystems zur alleinigen Zentralbank ähnlich der früheren Reichsbank. Sie hatte jedoch nicht die Freiheit, geld- und kreditpolitische Entscheidungen im überkommenen Sinne zu treffen.

Der durch Eingliederung der Emissions- und Girobanken und der Landeskreditbanken in die Deutsche Notenbank eingeleitete Umwandlungsprozeß zum sowjetischen Staatsbanksystem fand am 31. Oktober 1951 seinen Abschluß durch die Erhebung der Deutschen Notenbank zur Staatsbank der "Deutschen Demokratischen Republik"³⁾. Von diesem Augenblick an wurde die Deutsche Notenbank eine reine weisungsgebundene Kontrollinstanz⁴⁾.

1) Siehe Gesetz über die Eingliederung von Kreditinstituten in die Deutsche Notenbank vom 22. März 1950, GBl. 1950, Seite 287.

2) Vergleiche: Vereinfachung des demokratischen Bankapparates, Zur Eingliederung der regionalen Bankinstitute in die Deutsche Notenbank, in: DFW, Jahrgang 4, 1950, Heft 7, Seite 298 ff.

3) Siehe Gesetz über die Deutsche Notenbank vom 31. Oktober 1951, GBl. 1951, Seite 991.

4) Ein Teil der in der bis dato gültigen Satzung (ZVOBl. 1948, Seite 403) aufgezählten Aufgaben, wie zum Beispiel der An- und Verkauf von Wechseln von der volkseigenen Wirtschaft, galt als überholt.

Während dieses Umwandlungsprozesses in das Staatsbanksystem sind außer der Deutschen Notenbank, die für das kurzfristige Kreditgeschäft, die Kontrolle des Bargeldumlaufs und die Regelung des Zahlungs- und Verrechnungsverkehrs zuständig ist, als Spezialbanken am 13. Oktober 1948 die Deutsche Investitionsbank¹⁾ für die Finanzierung der langfristigen Investitionen der staatlichen Wirtschaft und im Februar 1950 die Deutsche Bauernbank²⁾ als Finanzierungsinstitut der Landwirtschaft gegründet worden. Daneben gab es weiterhin als Bankinstitute mit vorwiegend örtlicher Bedeutung die Banken für Handwerk und Gewerbe sowie die Kreis- und Stadtparkassen. Die Garantie- und Kreditbank verwaltete als sowjetisches Bankinstitut die der Militärverwaltung aus Besatzungskosten zur Verfügung stehenden Gelder und bearbeitete die Geschäfte der sowjetischen Wirtschaftsverwaltungen und Handelsgesellschaften.

Seit dem 1. Januar 1952 erhielten die vorhandenen Bankinstitute ihre Kundschaft unter Berücksichtigung zentralverwaltungswirtschaftlicher Gesichtspunkte administrativ zugeteilt³⁾. Danach führt die Deutsche Notenbank die Konten für sämtliche Betriebe der volkseigenen Wirtschaft und alle Privatbetriebe mit mehr als zehn Beschäftigten, um lückenlos Produktion und Handel kontrollieren zu können.

Die Hauptkennzeichen des organisatorischen Aufbaues dieses neugeschaffenen Bankenapparates, an dessen Spitze die Deutsche Notenbank steht, sind:

- 1) die gesetzliche Fixierung der funktionalen und regionalen Abgrenzung der Tätigkeitsbereiche und Kundenzkreise der verschiedenen Bankinstitute,
- 2) die starke Zentralisierung und

1) Siehe Anordnung zur Errichtung der Deutschen Investitionsbank vom 13. Oktober 1948, ZVOBl. 1948, Seite 494.

2) Siehe Gesetz über die Errichtung der Deutschen Bauernbank vom 22. Februar 1950, GBl. 1950, Seite 175.

3) Vergleiche Erste Durchführungsbestimmung zum Gesetz über die Deutsche Notenbank vom 8. November 1951, GBl. 1951, Seite 1005.

- 3) die uneingeschränkte Abhängigkeit von staatlichen und politischen Instanzen (Staatliche Plankommission und Ministerium der Finanzen).

Damit ist ein Bankenapparat konzipiert worden, der als Instrument zum "Aufbau des Sozialismus" tätig werden sollte. Dieser "Aufbau des Sozialismus" war auf der II. Parteikonferenz der SED im Sommer 1952 beschlossen und verkündet worden¹⁾.

3. Die Periode der langfristigen Planung zum "Aufbau des Sozialismus"

Da die Umwandlung des Bankenapparates bis zum Beginn des ersten Fünfjahrplanes nahezu abgeschlossen war²⁾, beschränkten sich alle späteren bankpolitischen Maßnahmen darauf, die praktische Funktionsfähigkeit des vorhandenen Apparates im Sinne der Planung, Lenkung und Kontrolle zu verbessern. Diese dritte Periode ist deshalb bestimmt durch eine Kette von Gesetzen und Verordnungen, die nach der Organisation auch die funktionalen Beziehungen des Bankenapparates dem sowjetischen Vorbild angleichen. Es ist die Periode der systematischen Umstellung der Tätigkeit der Banken und speziell der Deutschen Notenbank auf die neue Aufgabe, die staatliche Wirtschaftsplanung "mit den Mitteln der Geld- und Kreditpolitik" zu unterstützen³⁾.

Seit der Einführung der zentralen Planung und Lenkung als dem bestimmenden Prinzip der Wirtschaftsführung sind die

1) Vergleiche Walter Ulbricht, Die gegenwärtige Lage und die neuen Aufgaben der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Referat und Schlußwort aus der II. Parteikonferenz der SED vom 9. bis 12. Juli 1952, (Ost-)Berlin 1952.

2) Im Zusammenhang mit der Auflösung der fünf Länder in der Sowjetischen Besatzungszone am 1. Oktober 1952 schuf die Deutsche Notenbank an Stelle ihrer fünf Landeszentralen in den neu gebildeten Bezirken 14 Bezirksfilialen.

3) Präambel zum Gesetz über die Deutsche Notenbank vom 31. Oktober 1951, a.a.O., Seite 991.

volkseigenen Betriebe nur noch ausführende Organe des zentralen Willens, der sich im Volkswirtschaftsplan manifestiert. Sie stehen unter der Forderung, die von der Zentrale zugewiesenen Produktionsauflagen zu erfüllen. Dafür erhalten sie Geldmittel in dem Umfange zur Verfügung gestellt, der es ihnen eben ermöglicht, ihren Auftrag auszuführen.

Seitdem die Staatliche Plankommission die volkseigenen Betriebe verpflichtete, im Rahmen des Vertragssystems durch 'Kauf und Verkauf' zu fixierten Preisen den Bedarf an Rohstoffen und Halbfabrikaten zu decken und ihre Erzeugnisse oder Leistungen abzusetzen, wurde das Geld als innerbetriebliche Rechen- und Kontrollgröße zu einem Instrument gegenseitiger Kontrolle der Betriebe¹⁾. Das Vertragssystem sichert dem einzelnen volkseigenen Betrieb aber nicht etwa einen Bereich, in dem er nach eigenem Ermessen die Produktion frei gestalten kann, sondern es ist eine Hilfskonstruktion zur elastischeren Gestaltung der Zentralverwaltungsverwaltungswirtschaft. Es hat vor allem die Planaufgabe hinsichtlich ihrer näheren Bestimmung (zum Beispiel Preise, Sortiment, Qualität, Liefertermine und andere abwandelbare Details der zu liefernden Waren) zu konkretisieren und zu präzisieren²⁾. Auch dies beruht auf einer Rezeption sowjetischer Verfahrensweisen.

Die Erlöse aus dem 'Verkauf' von Erzeugnissen und die Geldausgaben zum 'Kauf' von Rohstoffen und Halbfabrikaten und

1) Das Vertragssystem bestimmt seit dem Jahre 1951 die Lieferbeziehungen zwischen allen volkseigenen und genossenschaftlichen Betrieben. Siehe dazu die Verordnung über die Einführung des Allgemeinen Vertragssystems für Warenlieferungen in der volkseigenen und der ihr gleichgestellten Wirtschaft vom 6. Dezember 1951, GBl. 1951, Seite 1141 und das Gesetz über das Vertragssystem in der sozialistischen Wirtschaft vom 11. Dezember 1957, GBl. 1957, Seite 627.

2) Zu der Frage der Wirtschaftsverträge als Instrument der zentralen Planung siehe Eberhardt Pfuhl, Der Wirtschaftsvertrag im sowjetischen Recht, Berlin 1958, Seite 59 ff; Alfred Binz, Gesetzliche Einführung des allgemeinen Vertragssystems, in: Finanzen und Kredit, Aufsatzsammlung für Unterricht und Praxis, Band II, (Ost-)Berlin 1952, Seite 403 ff; Heinz Such, Die Bedeutung des Vertragssystems bei der Verwirklichung des neuen Kurses, (Ost-)Berlin 1954.

für die Zahlung von Löhnen, Abgaben und Steuern müssen - entsprechend dem Produktions- und Leistungsplan - mit dem betrieblichen Finanzplan übereinstimmen. Es zeigte sich jedoch bald, daß ein volkseigener Betrieb wohl seinen Finanzplan erfüllen konnte, ohne sein Produktionssoll zu erreichen, wenn er zum Beispiel entgegen der zugewiesenen Produktionsauflage preisgünstigere Güter herstellte und absetzte. In solch einem Falle mußte die erhoffte innerbetriebliche und gegenseitige Kontrolle durch das Geld unwirksam bleiben.

Hier setzte der Auftrag an die Deutsche Notenbank ein, mit Hilfe von Bargeldplanung, Kreditvergabe sowie Zahlungs- und Verrechnungsverfahren die volkseigenen Betriebe zu kontrollieren, denn mindestens so wichtig wie die Aufstellung der Produktionspläne ist die laufende Überwachung ihrer Erfüllung. Die sich langsam experimentell herausbildende Bargeld- und Kreditkontrolle durch die Deutsche Notenbank erscheint somit als zwangsläufige Folge der zentralen Produktionsplanung. Normalerweise könnte die Feststellung der Erfüllung der Pläne erst nach Abschluß einer Planperiode erfolgen. Die ständige Überwachung der Geldbewegungen der einzelnen volkseigenen Betriebe, wie zum Beispiel die Bezahlung von Rohstoffen und Halbfabrikaten, von Löhnen, Steuern und Abgaben sowie der Einzug von Forderungen, vermittelt der Deutschen Notenbank aber zu einem viel früheren Zeitpunkt Erkenntnisse über den Verlauf der Produktionsvorgänge und den jeweiligen Stand der Produktionsplanerfüllung.

Damit ist auf die zentrale Kontrollfunktion der Deutschen Notenbank verwiesen. Sie erweist sich als Barometer des jeweiligen Erfüllungsstandes und liefert den zentralen Planungsinstanzen laufend die wichtigsten Daten.

Um zu verhindern, daß sich die volkseigenen Betriebe der Bankkontrolle entziehen, stellte eine Reihe von Bestimmungen die Tätigkeit der Kreditinstitute und speziell der Deutschen Notenbank auf die neuen Aufgaben ab.

Als erstes schränkte die Deutsche Notenbank die Bargeldzahlungen der Betriebe ein und schaffte die überkommenen Zahlungs- und Verrechnungsmethoden ab. Bereits am 3. und 7. Juli 1948 wurden einzelne Bestimmungen¹⁾ zur Einschränkung des Bargeldverkehrs erlassen. Sie sollten im wesentlichen eine Ausdehnung des Bargeldvolumens und einen Abfluß des Bargeldes auf den schwarzen Markt verhindern. Knapp zwei Jahre später verpflichtete das heute noch geltende Gesetz über die Regelung des Zahlungsverkehrs²⁾ die Wirtschaftsunternehmen und Behörden zur Kontoführung bei der Deutschen Notenbank und zur bargeldlosen Abwicklung ihres gesamten Zahlungsverkehrs. Das Verbot der Bargeldverwendung wurde durch die Verpflichtung der staatlichen Betriebe zur Bargeldplanung erweitert.³⁾ Sie soll die Deutsche Notenbank in die Lage versetzen, neben Produktion und Absatz auch die Lohn- und Gehaltszahlungen und damit die Einhaltung des zentral geplanten Verhältnisses von Lohnfonds und Warenfonds zu überwachen.

Im Juli 1952 folgte die Einführung des Bankeninkassos als typisches Mittel einer Zwangskontrolle der Zahlungs- und Verrechnungsvorgänge in der staatlichen Wirtschaft⁴⁾. Da-

1) Vergleiche Anordnung der Deutschen Wirtschaftskommission über die Bargeldeinzahlungspflicht der Selbstverwaltungskörperschaften, Betriebe und Organisationen vom 3. Juli 1948; Anordnung der Deutschen Wirtschaftskommission betr. die Beschränkung der Barauszahlungen vom 7. Juli 1948 und die Verordnung des Landes Sachsen-Anhalt über die Regelung des Bargeldumlaufs und die Erweiterung des bargeldlosen Verkehrs vom 12. Juli 1948, sämtlich abgedruckt bei G. Kohlmei und Ch. Dewey, Bankensystem ..., a.a.O., Seite 230 ff.

2) Siehe Gesetz über die Regelung des Zahlungsverkehrs vom 21. April 1950, GBl. 1950, Seite 355.

3) Siehe Zweite Durchführungsbestimmung zum Gesetz über die Deutsche Notenbank vom 15. November 1951, GBl. 1951, Seite 1061.

4) Vergleiche Verordnung über das Bankeninkasso - Rechnungseinzugsverfahren - vom 17. Juli 1952, GBl. 1952, Seite 609; ferner die Fünfte Durchführungsbestimmung zum Gesetz über die Deutsche Notenbank vom 28. April 1955, GBl. 1955, Seite 327.

durch soll die Deutsche Notenbank vor allem die Verrechnungen für Warenlieferungen oder Leistungen beschleunigen und die Gewährung von Lieferantenkrediten unterbinden.

Mit der Organisation des bargeldlosen Zahlungs- und Verrechnungsverkehrs hat die Deutsche Notenbank die Methoden der Kreditgewährung verbunden. Zur Erfüllung der Produktionsauflagen erhalten die volkseigenen Betriebe die notwendigen Umlaufmittel aus dem Haushalt nicht in vollem Umfange in bar, sondern einen Teil (etwa 30 vH der 'richtsatzgebundenen Umlaufmittel'¹⁾) der Zuweisungen in Form von Krediten. Der einzelne Betrieb hat darauf entsprechend seiner Planaufgabe einen Anspruch, der unabhängig von bankmäßigen Bonitätserwägungen von der Deutschen Notenbank gewährt werden muß. Seit der Anordnung der Deutschen Wirtschaftskommission über kurzfristige Kredite vom 26. Januar 1949²⁾ koppelt die Deutsche Notenbank wie eine Notenbank in einem verkehrswirtschaftlichen System den kurzfristigen Kredit mit Produktions- und Warenumsatzvorgängen. Sie leitet den Zusammenhang aber aus dem zentralen Wirtschaftsplan ab. Durch diese Koppelung der Kredite an den Umschlag der Umlaufmittel kann sie mit deren bestimmungsmäßiger Verwendung zugleich die Erfüllung der Produktions- und Umsatzpläne prüfen.

Auf diesem sowjetischen Grundsatz baut die ständig verfeinerte Kreditkontrolle über die Wirtschaftsvorgänge auf³⁾.

Vorwiegend aus kontrollpolitischen Erwägungen wurde die Deutsche Notenbank auch Kassenhaltungs- und Kassenvollzugs-

1) Vergleiche Anordnung Nr. 3 über die Planung und Finanzierung der Umlaufmittel in der volkseigenen Wirtschaft vom 1. November 1960, GBl. 1960, Teil III, Seite 28. Siehe dazu auch Seite 239.

2) Siehe Anordnung der Deutschen Wirtschaftskommission über kurzfristige Kredite vom 26. Januar 1949, ZVOBl. 1949, Seite 63; ferner Kreditrichtlinien der Deutschen Notenbank vom 30. und 31. März 1949, abgedruckt in: DFW, Jahrgang 3, 1949, Heft 7/8, Seite 131 ff.

3) Siehe dazu Seite 246 ff.

organ des Staatshaushaltes¹⁾. Mit Wirkung vom 1. Januar 1951 übernahm sie die aufgelösten Haushalts- und Steuerkassen und schloß damit den Prozeß der Zentralisierung des Haushalts- und Finanzwesens ab.

Durch die Finanzierung der "Grund- und Umlaufmittel" und die Abführung der differenzierten Umsatzsteuer und eines Teiles der Betriebsgewinne an den Staatshaushalt ergibt sich eine enge und unmittelbare Verbindung zwischen beiden. Da die Deutsche Notenbank für jeden Einzelplan des Haushalts besondere Konten führt, werden die finanziellen Beziehungen zwischen den staatlichen Betrieben und dem Staatshaushalt unmittelbar sichtbar²⁾. Als Kontoführerin des Haushalts erhält die Deutsche Notenbank die Möglichkeit, von einem anderen und völlig bankfremden Ansatzpunkt das wirtschaftliche Verhalten der volkseigenen Betriebe zu überwachen.

Damit das gesamte System der Bankkontrollen funktioniert, wurde bereits 1949 die sowjetzonale Währung vom Währungsausland streng isoliert³⁾.

Die Einschränkung und Kontrolle des Bargeldumlaufs, die Organisation des bargeldlosen Zahlungs- und Verrechnungsverkehrs, die Unterbindung der Lieferantenkreditgewährung, die Kreditierung der volkseigenen Betriebe nach Plan und die Isolierung des Währungsinlandes sind geeignete Maßnahmen, finanzielle Operationen der volkseigenen Betriebe zu verhindern, die im Plan nicht vorgesehen sind.

1) Siehe Gesetz über die Reform des öffentlichen Haushaltswesens vom 15. Dezember 1950, GBl. 1950, Seite 1201.

2) In der "Kassenordnung für die DDR" vom 4. März 1954, GBl. 1954, Seite 243, wurde neben anderen Bestimmungen über die Kassenführung auch die Kontoführung der Haushaltskonten geregelt.

3) Vergleiche Anordnung über die Ein- und Ausfuhr von Zahlungsmitteln der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands und ausländischen Zahlungsmitteln aus und nach westlichen Besatzungszonen Deutschlands und dem Ausland vom 23. März 1949, ZVOBl. 1949, Seite 211.

Entgegen den Anschauungen von Karl Marx, der glaubte, daß Geld, Kredit und Banken - als sogenannte kapitalistische Kategorien - nach der Verstaatlichung der Wirtschaft nicht mehr notwendig wären¹⁾, erlangten sie speziell in dieser dritten Periode eine besondere Bedeutung. Sie haben allerdings ihre marktwirtschaftlichen Funktionen verloren und sind zu sogenannten "ökonomischen Hebeln" der Zentralverwaltungswirtschaft sowjetischen Typs geworden.

Viertes Kapitel: Der institutionelle Aufbau der Deutschen Notenbank

1. Gründung und Kapitalstruktur

Am 20. Juli 1948 wurde die Deutsche Emissions- und Girobank zur Vollendung der Währungsreform in die Deutsche Notenbank umgewandelt und ihr Sitz von Potsdam nach Ost-Berlin verlegt²⁾.

Das Grundkapital von ursprünglich 100 Millionen Deutsche Mark der Deutschen Notenbank erhöhte sich durch die Übernahme der Landeskreditbanken und der Emissions- und Girobanken der Länder am 22. März 1950³⁾ und wurde durch Gesetz über die Deutsche Notenbank vom 31. Oktober 1951⁴⁾ auf 400 Millionen festgelegt. Die Deutsche Notenbank arbeitet nach einem vom Ministerium der Finanzen bestätigten Haushaltsplan. Den Reingewinn führt sie je zur Hälfte an den Reservefonds und an den Staatshaushalt ab. Erreicht der Reservefonds die Höhe des Grundkapitals, beschließt

1) Vergleiche Karl Marx, Das Kapital, Band 3, (Ost-)Berlin 1947, Seite 359 und 655.

2) Siehe SMAD-Befehl Nr. 122/1948 über die Umwandlung der Deutschen Emissions- und Girobank in die Deutsche Notenbank vom 20. Juli 1948, ZVOBl. 1948, Seite 320 und die Anordnung der Deutschen Wirtschaftskommission über die Deutsche Notenbank vom 20. Juli 1948, ZVOBl. 1948, Seite 291.

3) Vergleiche GBl. 1950, Seite 287. Bilanzmäßig erfolgte die Angliederung rückwirkend ab 1. Januar 1950.

4) Siehe GBl. 1951, Seite 991.

der Ministerrat über die weitere Verfügung des Reingewinns. Für eventuelle Verluste ist der Reservefonds in Anspruch zu nehmen, darüber hinausgehende Verluste trägt der Staatshaushalt.

2. Der organisatorische Aufbau

Der organisatorische Aufbau der Deutschen Notenbank ist straff zentralisiert. Nachdem im Juli 1952 die fünf Länder aufgelöst und Mitteldeutschland in 14 Bezirke aufgegliedert wurde¹⁾, löste die Deutsche Notenbank ihre aus den Landeskreditbanken sowie den Emissions- und Girobanken der Länder hervorgegangenen fünf Landesfilialen auf und ersetzte sie durch Filialen in den 14 Bezirkshauptstädten. Diesen sind weitere 220 Niederlassungen in den Kreisstädten und 50 an sonstigen größeren Plätzen nachgeordnet²⁾.

Daneben besteht das Berliner Stadtkontor, das den gleichen Kundenkreis zu betreuen hat und die gleichen Funktionen ausübt wie die Bezirksfilialen der Deutschen Notenbank. Es untersteht in geld- und kreditpolitischen Maßnahmen der Zentrale der Deutschen Notenbank. Die mit Rücksicht auf die Sonderstellung Berlins aufgrund alliierter Abmachungen erfolgte rechtliche Trennung der Ost-Berliner Bankinstitute von den Banken der Zone wurde bisher beibehalten.

Das weitverzweigte Filialsystem der Deutschen Notenbank ist notwendig, um die Aufgaben als Kassenvollzugsorgan des Staates und als Geschäftsbank erfüllen zu können. Obwohl die Deutsche Notenbank als Geschäftsbank nicht die Kreditwürdigkeit der staatlichen Betriebe zu prüfen braucht, muß sie doch wegen der Zwangskontenführung und der Bewältigung

1) Vergleiche Gesetz über die weitere Demokratisierung des Aufbaus und der Arbeitsweise der staatlichen Organe in den Ländern der Deutschen Demokratischen Republik vom 23. Juli 1952, GBl. 1952, Seite 613.

2) Vergleiche Autorenkollektiv, Das Finanzsystem der DDR, (Ost-)Berlin 1962, Seite 543.

des bargeldlosen Zahlungsverkehrs wirtschaftsnah sein.

Die Zentrale in Berlin stellt den Bargeldumsatzplan und den Kreditplan auf und erläßt einheitliche Richtlinien für den bargeldlosen Zahlungsverkehr. Zur Ausführung der Aufgaben bedient sie sich der Bezirksfilialen. Den unmittelbaren Geschäftsverkehr mit den Kunden wickeln die Kreis- und Ortsfilialen ab.

Seit 1963 eröffnet die Deutsche Notenbank bei den 82 Vereinigungen volkseigener Betriebe, die in Zukunft wie "sozialistische Konzerne" organisiert und geführt werden sollen¹⁾, "spezielle Industrie-Bankfilialen"²⁾. Die Kreditierung und Finanzkontrolle der Betriebe bleiben jedoch weiterhin Aufgabe der Kreis- beziehungsweise Ortsfilialen, die sie nach den Weisungen der Direktoren der zuständigen Industrie-Bankfilialen durchführen³⁾. An den spezifischen Aufgaben, wie sie im Dritten Teil dargestellt werden, ändert dieser Wandel in der Organisationsstruktur nichts⁴⁾. Die Deutsche Notenbank soll durch die Organisationsänderung ihren Kontrollauftrag sachkundiger ausführen können.

Die innere Struktur der Deutschen Notenbank entspricht ihren Aufgaben:

In der Zentrale gibt es Hauptabteilungen für Grundsatzfragen, Geldplanung, Kredit, Zahlungsverkehr etc. Bei den Bezirks-, Kreis- und Ortsfilialen entsprechen diesen Hauptabteilungen sogenannte Aufgabengebiete. Jedes Aufgabengebiet einer

1) Vergleiche Richtlinie für das neue ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft vom 11. Juli 1963, GBl. 1963, Teil II, Seite 453 ff. Im folgenden wird die Richtlinie zitiert nach der Sonderbeilage des Neuen Deutschland vom 16. Juli 1963, hier Seite 30.

2) Vergleiche Richtlinie für das neue ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft vom 11. Juli 1963, a.a.O., Seite 12.

3) Ebenda.

4) Vergleiche Walter Halbritter, Die Beschlüsse des VI. Parteitages der SED zur wirtschaftlichen Rechnungsführung, in: DFW (Sammelausgabe), Jahrgang 17, 1963, Heft 6, Seite 2 ff.

Kreis- oder Ortsfiliale arbeitet unmittelbar mit dem der Bezirksfiliale und dieses wiederum mit der zuständigen Hauptabteilung der Zentrale zusammen¹⁾.

Diese einheitliche organisatorische Durchgliederung des Aufbaues der Deutschen Notenbank bedeutet sicher eine starke Vereinfachung der Bankarbeit.

3. Die Verfassung der Deutschen Notenbank

Geleitet wird die Deutsche Notenbank von dem Präsidenten. Oberster Grundsatz der Leitung ist die Forderung des "demokratischen Zentralismus", alle grundsätzlichen Entscheidungen zentral zu treffen und die sogenannte operative Arbeit zu dezentralisieren.

Der Präsident ist zugleich Vorsitzender des Direktoriums der Bank, das aus ihm, dem Vizepräsidenten und fünf Direktoren gebildet wird. Entscheidungen trifft dieses Kollegium mit einfacher Mehrheit. Bei Stimmengleichheit gibt der Präsident den Ausschlag. Der Verwaltungsrat, ein Organ, dem laut Satzung der Deutschen Notenbank von 1948 noch ein bedeutender Einfluß auf die allgemeine Leitung und Kontrolle der Tätigkeit zugestanden wurde²⁾, ist im Gesetz über die Deutsche Notenbank vom 31. Oktober 1951 überhaupt nicht mehr erwähnt. Die Aufsicht übt seitdem das Ministerium der Finanzen als das leitende Organ des "einheitlichen sozialistischen Finanzsystems" aus.

Der Präsident wird auf Vorschlag des Ministerpräsidenten vom Ministerrat, der Vizepräsident und die Direktoren werden auf Vorschlag des Präsidenten der Deutschen Notenbank durch den Ministerpräsidenten ernannt. Das auf diese Weise geschaffene Abhängigkeitsverhältnis der Zentralbank

1) Vergleiche H. Zimmermann, G. Fraas, M. Rätzer, Geld und Kredit ..., a.a.O., Seite 90.

2) Vergleiche die §§ 7 bis 10 der Satzung der Deutschen Notenbank vom 20. Juli 1948, ZVOBl. 1948, Seite 403.

von der Regierung und damit von dem Politbüro der SED ist zusätzlich institutionell gesichert.

Der Präsident der Deutschen Notenbank hat Sitz und Stimme im Ministerrat und gewährleistet so als Bindeglied zwischen Bank und Regierung die Durchführung des Volkswirtschaftsplanes. Folgerichtig erklärt das Gesetz vom 31. Oktober 1951 die Deutsche Notenbank zur Staatsbank der "Deutschen Demokratischen Republik" mit dem speziellen zentralverwaltungswirtschaftlichen Auftrag, das Volkseinkommen nach den Weisungen des Staates umzuverteilen, die Erfüllung der Produktions- und Umsatzpläne zu kontrollieren und zur Festigung des Prinzips der wirtschaftlichen Rechnungsführung beizutragen¹⁾.

Die Frage nach der Unabhängigkeit der Deutschen Notenbank gegenüber der staatlichen Exekutive ist in der Sowjetischen Besatzungszone nicht relevant. Sie stellt sich nur in einem demokratischen Staate.

Fünftes Kapitel: Die Abgrenzung der Aufgaben der Deutschen Notenbank gegenüber den sonstigen Kreditinstituten

Die Deutsche Notenbank ist nicht nur Bank der Banken, sondern gleichzeitig auch Geschäftsbank für die staatliche Wirtschaft (ohne volkseigene Güter), die Konsumgenossenschaften und die Betriebe der privaten Wirtschaft mit mehr als zehn Beschäftigten. Somit ist sie für die geschäftsbankmäßige Tätigkeit des größten Teiles der Wirtschaft ausschließlich zuständig. In dieser Eigenschaft obliegt ihr insbesondere die Kontenführung, die Abwicklung des Zahlungsverkehrs und die Gewährung von Krediten an die Nichtbankenkundschaft.

Seit Beginn der langfristigen Planung sind die Funktionen

1) Siehe Präambel zum Gesetz über die Deutsche Notenbank vom 31. Oktober 1951, a.a.O.

der Deutschen Notenbank¹⁾ ausschließlich auf die derzeit in der Sowjetischen Besatzungszone herrschende Wirtschaftsordnung abgestellt, und das Plan- und Kontrolldenken beherrscht ihre gesamte Tätigkeit. Sie hat als Noten- und Geschäftsbank im einzelnen folgende Aufgaben zu erfüllen²⁾:

- 1) Neuemission von Geldzeichen (Geldemission erfolgt auf Befehl der Regierung ohne Deckungsklausel)
- 2) Aufnahme freier Geldmittel der Wirtschaft, der Organisationen und des Staates (Zwangskontenführung und zentrale Akkumulation des Geldkapitals)
- 3) Durchführung des Zahlungs- und Verrechnungsverkehrs (zentrale Kontrolle der Wirtschaft durch die verschiedenen Verrechnungsverfahren)
- 4) Bargeldplanung und Bargeldkontrolle mit Hilfe des Bargeldumsatzplanes über die Entwicklung der Kauffonds der Bevölkerung (Kontrolle über die Lohnzahlungen und den Rückfluß des Bargeldes vom Einzelhandel zur Bank)
- 5) Kurzfristige Kreditgewährung an die Wirtschaft im Rahmen eines zentralen Kreditplanes und Durchführung der damit verbundenen Kontrolle
- 6) Gewährung von mittelfristigen Krediten an die volkseigenen Betriebe zur Einführung der neuen Technik und der Verbesserung der Rentabilität und Gewährung von Überbrückungskrediten
- 7) Kassenhaltung und Erledigung der Kassengeschäfte für den Staat und seine Verwaltungsorgane (Haushaltskontrolle)
- 8) Abwicklung des Zahlungsverkehrs mit dem Ausland und Haltung der Devisenbestände und Edelmetalle

1) Zu den Funktionen und Aufgaben der Deutschen Notenbank vor Beginn des ersten Fünfjahrplanes siehe Willy Huhn, Die Deutsche Notenbank, in: DFW, Jahrgang 2, 1948, Heft 3, Seite 7 ff.

2) Siehe Gesetz über die Deutsche Notenbank vom 31. Oktober 1951, a.a.O.

- 9) Refinanzierung der übrigen Banken und Kontrolle der anderen Kreditinstitute durch die zentrale Limitfestlegung im Kreditplan
- 10) Zusammenarbeit mit der Deutschen Investitionsbank bei der Finanzierung von Investitionen. Führung der laufenden Konten der Investitionsträger für Rechnung der Deutschen Investitionsbank und Durchführung des damit verbundenen Zahlungsverkehrs.

Sie lassen sich in drei Hauptfunktionen zusammenfassen:

- a) Mithilfe bei der Durchsetzung der zentralen Pläne durch Mittelbereitstellung
- b) Kontrolle der Erfüllung der Produktions- und Umsatzpläne der volkseigenen Wirtschaft
- c) Mithilfe bei der Sozialisierung der sowjetzonalen Wirtschaft als gesellschaftspolitische Aufgabe.

Von diesen Hauptfunktionen wird der laufenden und umfassenden Kontrolle des Wirtschaftsablaufs die größte Bedeutung beigemessen. Sie ist die notwendige Ergänzung zur zentralen Planung und Lenkung des Wirtschaftsprozesses.

Wenn hier und im folgenden von Kontrolle gesprochen wird, dann wird dieser Begriff nicht im Sinne der klassischen Gewaltenteilungslehre gebraucht, die darunter das wechselseitige Überprüfen und das gegenseitige Informieren durch selbständige Organe versteht.

In der Sowjetischen Besatzungszone bedeutet sie nicht autonome Prüfung und damit wirksamen selbständigen Einfluß, sondern stets weisungsgebundene Auftragshandlung.

Auf die Deutsche Notenbank bezogen heißt das, daß sie nicht selbständig aus ihren Prüfungsergebnissen Konsequenzen ziehen darf, sondern Daten zu erstellen hat. Insofern ist die von staatlichen Instanzen absolut abhängige Deutsche Notenbank mit ganz anderen Kompetenzen ausgestattet als die unabhängige und zu autonomen Befugnissen berechnete Bundesbank.

Während die Deutsche Bundesbank die Grundlinien der Geld- und Währungspolitik selbständig bestimmt und mit den Instrumenten der Diskont-, Offen-Markt- und Mindestreservenpolitik - um nur die wichtigsten zu nennen - das Verhältnis von Gesamtangebot und Gesamtnachfrage sowie das Preisniveau beeinflussen kann, muß sich die Deutsche Notenbank in dieser Hinsicht absolute Abstinenz auferlegen.

Obwohl die Bilanz der Deutschen Notenbank auf der Passivseite alle Merkmale einer westlichen Zentralbank zeigt, fehlt ihr doch deren eigentliches Kriterium, nämlich die Möglichkeit, durch herkömmliche bankmäßige Maßnahmen die Tätigkeit der Geschäftsbanken, einschließlich ihrer eigenen Geschäftsbanksparte, zu beeinflussen, denn die Höhe des Geld- und Kreditvolumens wird unabhängig von dem Willen der Deutschen Notenbank durch die Staatliche Plankommission und das Ministerium der Finanzen bestimmt¹⁾. Als Zentralbank und als Geschäftsbank ist sie vorwiegend eine Lenkungs- und Kontrollinstanz der Staatlichen Plankommission, die jede unternehmenswirtschaftliche Selbständigkeit entbehren muß und deshalb mit Bankunternehmen in der Bundesrepublik nur den Namen gemeinsam hat.

Die Verquickung der Funktionen von Notenbank und Geschäftsbank ist eine typische Erscheinung der Zentralverwaltungs-wirtschaft sowjetischen Typs. Sie hebt unter anderem die in einer Marktwirtschaft für die Kreditgewährung der Geschäftsbanken maßgeblichen Liquiditätsbedingungen auf.

Ohne der Deutschen Notenbank Konkurrenz zu machen, arbeiten in der Zone weitere Kreditinstitute, deren Geschäftsbereiche scharf voneinander abgegrenzt sind. Ihre Funktionen und Struktur sind nach sowjetischem Vorbild organisiert und aufgebaut²⁾. Nach zentraler Weisung ergänzen sie vor allem die Kontrollarbeit der Deutschen Notenbank beim Planvollzug.

1) Vergleiche Gerhard Abeken, Das Geld- und Bankwesen ..., a.a.O., Seite 31.

2) Zur Organisation des sowjetischen Bankensystems siehe Gertraud Menz, Das sowjetische Bankensystem, Band 17 der Wirtschaftswissenschaftlichen Veröffentlichungen des Osteuropa-Instituts an der Freien Universität Berlin, Berlin 1963, insbesondere Seite 51 ff.

1. Die Deutsche Investitionsbank (DIB)

Am 13. Oktober 1948, knapp drei Monate nach der Währungsreform, wurde die Deutsche Investitionsbank nach dem Vorbild der sowjetischen Strojbank gegründet¹⁾ und als Spezialinstitut vor allem mit der zentralen Abwicklung langfristiger Kreditgeschäfte und der finanziellen Kontrolle von Investitionsvorhaben betraut²⁾.

Sie ist Anstalt des öffentlichen Rechts und hat ihren Sitz in Ost-Berlin. In den 14 Bezirkshauptstädten und den bedeutendsten Orten sowie in den Zentren der Investitionsvorhaben der Sowjetischen Besatzungszone unterhält sie 54 Niederlassungen³⁾. Diese genügen, weil sich die Deutsche Investitionsbank an Plätzen, wo sie nicht vertreten ist, der Filialen der Deutschen Notenbank und der Sparkassen bei der Durchführung ihres Geschäftsverkehrs bedienen kann. Die Bereitstellung der Mittel für die Investitionsfinanzierung erfolgt dann über ein Sonderkonto bei der örtlichen Filiale der Deutschen Notenbank, notfalls der entsprechenden Sparkassenniederlassung, bei der der Investitionsträger sein laufendes Konto unterhält.

Für ihre Tätigkeit war sie ursprünglich mit einem Grundkapital von 200 Millionen DM ausgerüstet⁴⁾, das laut Statut

1) Anordnung zur Errichtung der Deutschen Investitionsbank vom 13. Oktober 1948, ZVOBl. 1948, Seite 494.

2) Die Darstellung stützt sich auf das Statut der Deutschen Investitionsbank. Siehe Beschluß über das Statut der Deutschen Investitionsbank vom 6. Juni 1957, GBl. 1957, Teil I, Seite 326. Es hat die Satzung der Deutschen Investitionsbank vom 13. Oktober 1948, ZVOBl. 1948, Seite 495 und die Bekanntmachung über die Änderungen der Satzung der Deutschen Investitionsbank vom 31. Mai 1949, ZVOBl. 1949, Seite 461 ersetzt und trägt in wesentlich stärkerem Maße als diese dem sozialistischen Wirtschaftssystem Rechnung.

3) Vergleiche Autorenkollektiv, Das Finanzsystem der DDR, a.a.O., Seite 543.

4) Siehe Satzung der Deutschen Investitionsbank vom 13. Oktober 1948, ZVOBl. 1948, Seite 495.

vom 6. Juni 1957 auf 300 Millionen DM erhöht wurde¹⁾. Ihre Mittel im Passiv-Geschäft beschafft sie sich in erster Linie durch Ausgabe mündelsicherer und bei der Deutschen Notenbank lombardfähiger Schuldverschreibungen und Hypothekendarlehenpfandbriefe, die vorwiegend an Genossenschaftsbanken und Sparkassen, seit 1954 aber auch an Privatpersonen abgegeben werden. Sie dürfen den zwanzigfachen Gesamtbetrag des Grundkapitals und des Reservefonds nicht übersteigen.

Geleitet wird die Bank von einem Präsidenten, der auf Vorschlag des Finanzministers von der Regierung der Zone ernannt und abgerufen wird. Er ist dem Finanzminister für die Arbeit der Bank verantwortlich. In allen grundsätzlichen Fragen berät ihn ein Direktorium.

Als Institution des einheitlichen Finanzsystems untersteht die Bank der Aufsicht, Anleitung und Kontrolle des Finanzministers²⁾, der auch die Grundsätze für die Arbeit der Bank festlegt, die Jahresabschlußbilanz, den Geschäftsbericht, den Finanz- und Kreditplan der Bank bestätigt und schließlich die Grundsätze für die Finanzierung und Kontrolle des Investitionsplanes und die Kreditbedingungen der Bank sanktioniert. Darüber hinaus ist der Finanzminister berechtigt, dem Präsidenten der Bank im Rahmen der Gesetze und Beschlüsse des Ministerrats Weisungen zu erteilen.

Im einzelnen hat die Deutsche Investitionsbank folgende Aufgaben zu erfüllen³⁾:

- 1) Die Finanzierung und Kontrolle der Investitionen der staatlichen Betriebe (ausgenommen der staatlichen Landwirtschaft) und Einrichtungen.
- 1) Siehe GBl. 1957, Teil I, Seite 326.
- 2) Den in der Satzung der Deutschen Investitionsbank vom 13. Oktober 1948 aufgeführten Verwaltungsrat als Organ der Bank (§ 12) gibt es in dem Statut vom 6. Juni 1957 nicht mehr. Den größten Teil seiner Aufgaben übernahm das Ministerium der Finanzen.
- 3) Vergleiche Statut der Deutschen Investitionsbank, GBl. 1957, Teil I, Seite 326.

Bis Ende 1954 wurden sämtliche im Plan vorgesehenen Investitionen und Generalreparaturen¹⁾ ausschließlich zinslos und nicht rückzahlbar von der Deutschen Investitionsbank finanziert. Die Mittel dafür erhielt sie aus Zuwendungen der öffentlichen Haushalte und Abschreibungsbeträgen, die die volkseigenen Betriebe über ihre Vereinigungen abführen mußten²⁾. Auf diese Weise konnte der Staat nach eigenem Ermessen die Verteilung des Volkseinkommens beziehungsweise die Umverteilung des Volksvermögens vornehmen und die Bildung eines neuen Anlagestocks bei den staatlichen Betrieben verhindern.

Von Januar 1955 an brauchten die zentral geleiteten staatlichen Betriebe ihre Gewinne und Amortisationen³⁾ nicht mehr voll an den Staatshaushalt beziehungsweise die Deutsche Investitionsbank abzuführen, sondern durften die einbehaltenen Teile selbst verwenden, wenn sie zur Finanzierung der Generalreparaturen oder von Investitionen im Plan vorgesehen waren⁴⁾. Da der Plan den Einsatz der betrieblichen Amortisationen hauptsächlich für Nettoinvestitionen vorsah, war jedoch die Erhaltung der

1) Als Investitionen im Sinne der sowjetischen Wirtschaftslehre gelten ausschließlich die Erstellung von Anlagen, nicht aber Lageraufstockungen und ähnliches. Generalreparaturen sind werterhöhende Instandsetzungsarbeiten.

2) Vergleiche §§ 9 und 10 der Anordnung über die Durchführung und Finanzierung des Investitionsplans des Volkswirtschaftsplanes der sowjetischen Besatzungszone für 1949 vom 30. März 1949, ZVOBl. 1949, Seite 259; ferner Walter Groß, Die Abführung der Amortisationsbeträge der VEB und ihre Verwendung, in: DFW, Jahrgang 3, 1949, Heft 6, Seite 207.

3) Amortisationen und Abschreibungen sind im sowjetischen Sprachgebrauch Synonyma. Vergleiche dazu Autorenkollektiv, Ökonomisches Wörterbuch, Übersetzung aus dem Russischen, (Ost-)Berlin 1960, Seite 8 und 18.

4) Vergleiche Verordnung über die Verwendung der Amortisationen in den Betrieben der volkseigenen Wirtschaft vom 6. Januar 1955, GBl. 1955, Teil I, Seite 21 und die Verordnung über die Verwendung der Gewinne in den Betrieben der volkseigenen Wirtschaft vom 6. Januar 1955, GBl. 1955, Teil I, Seite 23. In ihr ist die Reihenfolge der Gewinnverwendung im einzelnen festgelegt.

vorhandenen Anlagen nicht hinreichend gesichert¹⁾²⁾. Deshalb wurden die Prinzipien der Investitionsfinanzierung 1958 erneut geändert. Die Amortisationen dürfen die Betriebe seitdem voll für die im Plan vorgesehenen Ersatzinvestitionen verwenden³⁾. Die daraus planmäßig anfallenden Geldmittel und die für die eigene Verwendung verbleibenden Gewinne müssen die Betriebe monatlich auf getrennte Sonderkonten bei der Deutschen Notenbank einzahlen⁴⁾, damit sie diese nicht vor Ausführung der Generalreparaturen oder Investitionsvorhaben anderweitig verwenden. Die Deutsche Notenbank soll auf den rechtzeitigen und vollständigen Eingang achten. Über die Investitions-Sonderkonten können die Betriebe nur verfügen, wenn sie für einen vorbezeichneten Investitionsabschnitt die Freigabeerklärung der Deutschen Investitionsbank vorweisen.

Insgesamt gesehen ist das System der Investitionsfinanzierung so organisiert, daß beide Banken eine nahezu lückenlose Übersicht über alle Vorgänge gewinnen.

1) Vergleiche Autorenkollektiv, Das Finanzsystem der DDR, a.a.O., Seite 281.

2) Einzelheiten zum Problem der Erhaltung des Anlagevermögens und zur Finanzierung von Ersatzinvestitionen bei den vorgeschriebenen Abschreibungssätzen (Reproduktion von Grundmitteln) siehe Werner Gebhard, Bewertungsprobleme in der Bilanz des volkseigenen Betriebes, Band 16 der Wirtschaftswissenschaftlichen Veröffentlichungen des Osteuropa-Instituts an der Freien Universität Berlin, Berlin 1962, Seite 101 ff.

3) Vergleiche den Beschluß des Wirtschaftsrates über die Trennung des Investitionsplanes in einen Plan der Erhaltung der Grundmittel und einen Plan der Erweiterung der Grundmittel vom 17. April 1957, GBl. 1957, Teil I, Seite 517 und die Anordnung über die Verwendung der Amortisationen in den Betrieben der volkseigenen Wirtschaft vom 31. März 1958, GBl. 1958, Teil II, Seite 43.

4) Vergleiche Anordnung über die Verwendung der Amortisationen in den Betrieben der volkseigenen Wirtschaft vom 31. März 1958, a.a.O., Seite 43.

- 2) Die Finanzierung und Kontrolle der staatlichen Baubetriebe.

Weil ein großer Teil der Bauproduktion unmittelbar mit der Erfüllung der staatlichen Investitionspläne verbunden ist, wurde der Deutschen Investitionsbank seit dem 1. Januar 1953 zur besseren Kontrolle über die Durchführung der Bauvorhaben auch die kurzfristige Kreditgewährung an die staatlichen Baubetriebe und deren Kontenführung sowie Einzug der Verrechnungsaufträge übertragen.

Durch die Umlaufmittelfinanzierung soll die Deutsche Investitionsbank neben der Kontrolle der Investitionsmittel auch die Einhaltung der vorgeschriebenen Baukostensenkung der Betriebe überwachen.

- 3) Die Gewährung von mittelfristigen Rationalisierungskrediten an staatliche Betriebe.

Seit dem 15. Februar 1954 durfte die Deutsche Investitionsbank Investitionskredite zur Mechanisierung und Rationalisierung bestehender Einrichtungen und zur Herstellung einer Basis zur Produktion von Massenbedarfsartikeln gewähren¹⁾. Seit dem 1. Januar 1957 hat die Deutsche Notenbank das alleinige Recht, diese Kredite zu gewähren²⁾. Da sie aus den erzielten Überschüssen zu tilgen und zu finanzieren sind, müssen die Betriebe im voraus genau den ökonomischen Nutzeffekt der Investitionen berechnen. Außerdem hat die Deutsche Notenbank die ökonomische Zweckmäßigkeit zu bejahen und die Berechnung der sogenannten Rücklaufzeit, das heißt, die Zeit zu kontrollieren, in der der Kredit aus den erzielten Gewinnen getilgt werden soll.

1) Vergleiche Richtlinien über die Gewährung von Investitionskrediten an volkseigene Betriebe vom 15. Februar 1954, GBl. 1954, Seite 199. Diese Richtlinien wurden im Dezember 1956 außer Kraft gesetzt.

2) Vergleiche Verordnung über die Kreditgewährung an volkseigene Betriebe zur Unterstützung der Einführung der neuen Technik und der Verbesserung der Rentabilität vom 14. Dezember 1956, GBl. 1957, Teil I, Seite 3 sowie die Erste Durchführungsbestimmung hierzu vom 29. Dezember 1956, GBl. 1957, Teil I, Seite 80.

- 4) Die Ausgabe von langfristigen Krediten an sozialistische Genossenschaften und an die private gewerbliche Wirtschaft, wenn eine volkswirtschaftliche Notwendigkeit nachgewiesen wird.

Solche Kredite sichert die Deutsche Investitionsbank durch die Eintragung einer Hypothek oder Grundschild beziehungsweise durch Sicherungsübereignung.

- 5) Die Beteiligung als Kommanditist an privaten Unternehmen.

Seit Anfang 1956 nimmt die Deutsche Investitionsbank als Kommanditist die Interessen des Staates gegenüber dem Komplementär wahr und verwaltet die staatlichen Anteile dieser Betriebe. Damit begann in der Zone eine neue Phase der Verstaatlichung der privaten Wirtschaft¹⁾.

- 6) Die Verwaltung des Vermögens von Ausländern und Personen, die in Westdeutschland oder West-Berlin wohnen, soweit es in Betrieben angelegt ist²⁾.

Die Deutsche Investitionsbank kann nur noch bedingt als Bank im westlichen Sinne bezeichnet werden. Der Schwerpunkt ihrer Tätigkeit liegt nämlich in der Aufgabe, den Vollzug des Investitionsplanes und die Erfüllung seiner einzelnen Kennziffern zu überwachen und auf eine Steigerung des Nutzeffektes der Investitionen hinzuwirken³⁾.

1) H. Zimmermann, G. Fraas, M. Rätzer, Geld und Kredit ..., a.a.O., Seite 93, nennen die staatliche Beteiligung "eine neue Übergangsform vom privatkapitalistischen zum sozialistischen Eigentum".

2) Vergleiche Autorenkollektiv, Das Finanzsystem der DDR, a.a.O., Seite 550.

3) Vergleiche dazu Autorenkollektiv, Das Finanzsystem der DDR, a.a.O., Seite 549.

2. Die Deutsche Bauernbank (DBB)

Am 22. Februar 1950 wurde die Deutsche Bauernbank als Anstalt des öffentlichen Rechts gegründet^{1) 2)}. Das Grundkapital wurde auf 50 Millionen DM festgesetzt. Die Geschäfte führt ein Direktorium, dem der Präsident der Bank vorsteht. Überwacht und unterstützt wird die Geschäftsführung durch den Verwaltungsrat. Die Aufsichtsbehörde ist das Ministerium der Finanzen.

Nach der Liquidierung der Landesgenossenschaftsbanken am 14. Februar 1952 hat die Deutsche Bauernbank deren Aufgaben übernommen³⁾ und gleichzeitig ein eigenes Niederlassungsnetz aufgebaut. Neben der Zentrale - mit dem Sitz in Ost-Berlin - bestehen 14 Bezirks- und 182 Kreisstellen⁴⁾, die die Vereinigungen der gegenseitigen Bauernhilfe (Bäuerliche Handelsgenossenschaften)⁵⁾ anleiten und kontrollieren. Formal sind die landwirtschaftlichen Kreditgenossenschaften selbständig, praktisch bilden sie das unterste Glied des landwirtschaftlichen Kreditapparates. Die Deutsche Bauernbank hat ihnen gegenüber ein Weisungsrecht und ist ihr Refinanzierungsinstitut.

1) Siehe Gesetz über die Errichtung der Deutschen Bauernbank vom 22. Februar 1950, GBl. 1950, Seite 175.

2) Gemäß Erlaß des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik über die Planung und Leitung durch den Ministerrat vom 11. Februar 1963, GBl. 1963, Teil I, Seite 1, wurde die Deutsche Bauernbank "zur Landwirtschaftsbank umgebildet".

3) Siehe Verordnung über die Übernahme der Aufgaben der Landesgenossenschaftsbanken durch die Deutsche Bauernbank vom 14. Februar 1952, GBl. 1952, Seite 148.

4) Vergleiche Autorenkollektiv, Das Finanzsystem der DDR, a.a.O., Seite 543.

5) Ihre jetzige Form erhielten sie durch den Zusammenschluß der im November 1945 gegründeten landwirtschaftlichen Kreditgenossenschaften mit den Vereinigungen der gegenseitigen Bauernhilfe. Das Ziel war, den Einfluß der größeren selbständigen Bauern weitgehend auszuschalten.

Seit Februar 1958 ist die Deutsche Bauernbank zuständig für die Finanzierung der gesamten Grund- und Umlaufmittel¹⁾ in der Landwirtschaft. Von der Deutschen Notenbank hat sie die kurzfristige Kreditierung und Kontrolle sämtlicher 'volkseigener' landwirtschaftlicher Produktions- und Handelsbetriebe unter anderem auch der Maschinen-Traktoren-Stationen (MTS)²⁾ und von der Deutschen Investitionsbank im Sommer 1959 die Finanzierung und Kontrolle der Investitionen der 'volkseigenen' Land- und Forstwirtschaft sowie der 'volkseigenen' Erfassungs- und Aufkaufbetriebe (VEAB) übernommen³⁾.

Durch die gleichzeitige Finanzierung der Grund- und Umlaufmittel, die Führung der Konten und die Abwicklung des Zahlungs- und Verrechnungsverkehrs ist die Deutsche Bauernbank in die Lage versetzt, die gesamte Landwirtschaft zu kontrollieren.

Ihr obliegen die nachstehenden Aufgaben⁴⁾:

1) Zur Begriffsbestimmung der Grund- und Umlaufmittel in der sowjetzonalen Wirtschaftslehre siehe Werner Gebhard, Bewertungsprobleme in der Bilanz des volkseigenen Betriebes, a.a.O., Seite 74 ff und 106 f.

2) Vergleiche Verordnung über die Verbesserung der Arbeit des Ministeriums der Finanzen und der übrigen Finanzorgane vom 13. Februar 1958, GBl. 1958, Teil I, Seite 131. Bis zum Erlass der Verordnung hat die Deutsche Notenbank die Staatsgüter und die Maschinen-Traktoren-Stationen 'betreut'.

3) Vergleiche Wilhelm Voigt, DBB übernimmt Investitions-Finanzierung der volkseigenen Landwirtschaft, in: DFW (Geld und Kredit/Versicherung), Jahrgang 13, 1959, Heft 7, Seite 196 ff; ferner Wilhelm Hagemann, Die neuen Aufgaben der Deutschen Bauern-Bank, in: DFW (Geld und Kredit/Versicherung), Jahrgang 13, 1959, Heft 17, Seite 494 ff.

4) Vergleiche Satzung der Deutschen Bauernbank, Ministerialblatt der DDR 1950, Seite 21; Richtlinien der Deutschen Bauernbank zur Gewährung von kurz- und langfristigen Krediten an die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften vom 20. August 1952, abgedruckt bei W. Hofmann, Handbuch des gesamten Kreditwesens, Sechste Auflage, Frankfurt/Main 1960, Seite 805 ff; Richtlinien der Deutschen Bauernbank für kurz- und langfristige Kredite an Einzelbauern vom 13. Juni 1953, abgedruckt in: DFW, Jahrgang 7, 1953, Heft 13, Seite 678 f; Helmut Richter, Neue Struktur der DBB

- 1) Die Gewährung von kurz- und langfristigen Krediten an landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften, staatliche Güter und Forstbetriebe, Maschinen-Traktoren-Stationen beziehungsweise Reparatur-Technischen Stationen und 'volkseigene' Erfassungs- und Aufkaufbetriebe¹⁾.
- 2) Die Kontenführung und Abwicklung des bargeldlosen Zahlungs- und Verrechnungsverkehrs für alle landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften und - bis zur Kollektivierung - für alle Bauern mit mehr als 20 ha Grundbesitz²⁾.
- 3) Die Aufstellung eines Gesamtkreditplanes für die landwirtschaftlichen Kreditgenossenschaften.
- 4) Die Weisungs- und Kontrollbefugnis gegenüber den Vereinigungen der gegenseitigen Bauernhilfe (Bäuerliche Handelsgenossenschaften).
- 5) Die Anleitung der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften in Finanzierungsfragen und Fragen des Rechnungswesens sowie Hilfeleistung bei der Aufstellung ihrer Finanzpläne.
- 6) Die Mithilfe bei der Eingliederung der freien Bauern in die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften. Diese Aufgabe entfällt seit dem Abschluß der Kollektivierung³⁾.

hilft Ressortschranken überwinden, in: DFW (Geld und Kredit/Versicherung), Jahrgang 13, 1959, Heft 20, Seite 582 ff; Autorenkollektiv, Das Finanzsystem der DDR, a.a.O., Seite 553 ff.

1) Bis zur völligen Kollektivierung, am 14. April 1960 hat als letzter der 14 Bezirke in der Sowjetischen Besatzungszone Chemnitz die hundertprozentige Kollektivierung der Landwirtschaft gemeldet (vergleiche Neues Deutschland vom 15. April 1960), hat die Deutsche Bauernbank auch an die selbständigen Bauern mit einer landwirtschaftlichen Nutzfläche von mehr als 20 ha Kredite ausgereicht, die höher als die an landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften ausgegebenen zu verzinsen waren.

2) Für den Aufkauf landwirtschaftlicher Erzeugnisse wurde der bargeldlose Zahlungsverkehr vorgeschrieben. Siehe die Sechste Durchführungsbestimmung zur Verordnung über die

- 7) Die Entgegennahme von Spareinlagen der Landbevölkerung.
- 8) Seit 1962 die Übernahme der die Landwirtschaft betreffenden Haushaltskonten von der Deutschen Notenbank sowie die Verteilung und Kontrolle der im Haushalt für sie bereitgestellten Mittel¹⁾.

Auch nach der völligen Kollektivierung der Landwirtschaft gilt für die Deutsche Bauernbank (Landwirtschaftsbank) vor allem der Auftrag, "bei der Festigung und Weiterentwicklung der sozialistischen Produktionsverhältnisse auf dem Lande" mitzuwirken²⁾.

3. Banken mit überwiegend örtlicher Bedeutung

a) Die Sparkassen

Seit dem 23. Juli 1945 wurden in Städten und Gemeinden volkseigene Sparkassen eröffnet³⁾. Heute arbeiten sie in

Pflichtablieferung und den Aufkauf landwirtschaftlicher Erzeugnisse - Überweisungen und Bargeldzahlungen an die Erzeuger vom 3. August 1954, besonders § 8, GBl. 1954, Seite 733.

3) Diese Aufgabe wurde in der Satzung nicht genannt. Hinweise finden sich in der sowjetzonalen Literatur. Vergleiche H. Zimmermann, G. Fraas, M. Rätzer, Geld und Kredit ..., a.a.O., Seite 94 f.

1) Siehe H.-U. Wolff und W. Schütze, Die Aufgaben der Bauernbank nach dem 12. Plenum, in: DFW (Geld und Kredit/Versicherung), Jahrgang 15, 1961, Heft 14, Seite 261 ff.

2) Siehe dazu Günther Schmidt (Präsident der Deutschen Bauernbank), Die Aufgaben der Deutschen Bauern-Bank bei der Festigung und Weiterentwicklung der sozialistischen Produktionsverhältnisse auf dem Lande, in: DFW (Geld und Kredit/Versicherung), Jahrgang 16, 1962, Heft 11, Seite 5 f.

3) Vergleiche SMAD-Befehl Nr. 01/1945 vom 23. Juli 1945 über die Neuorganisation der Deutschen Finanz- und Kreditorgane, abgedruckt bei G. Kohlmeier und Ch. Dewey, Bankensystem ..., a.a.O., Seite 117.

allen Kreisen der Sowjetischen Besatzungszone nach dem Prinzip der wirtschaftlichen Rechnungsführung. In kreisfreien Städten, die zugleich Sitz des Rates eines Landkreises sind, können mit Zustimmung des Finanzministers gemeinsame Sparkassen für den Stadt- und Landkreis tätig sein. Die Zweigstellennetze in den Kreisgebieten sind so aufgebaut, daß mühelos alle Geldmittel erfaßt werden können¹⁾.

Geleitet werden die Sparkassen von Direktoren, die von den Räten der Kreise berufen und abberufen werden und denen gegenüber sie rechenschaftspflichtig sind.

Die Sparkassen arbeiten nach einheitlichen Grundsätzen. Die Deutsche Notenbank kontrolliert die Durchführung ihrer Kredit- und Bargeldumsatzpläne sowie die Einhaltung der Richtlinien für die Anlage freier Mittel und die Refinanzierung. In grundsätzlichen Fragen unterstehen die Sparkassen der Aufsicht und Weisung des Ministeriums der Finanzen.

Die Geschäfte der Sparkassen sind²⁾:

1) Die Entgegennahme und Sammlung von Spar- und sonstigen Einlagen der Bevölkerung vor allem in der Form von Vertragssparen, Prämiensparen, Zwecksparen (Abschluß

1) Zur Intensivierung der Sparwerbung wurden in allen Dörfern, Betrieben, Verwaltungen und Organisationen Komitees zur Förderung des Sparens gegründet. Vergleiche R. Müller, Das neue Statut unserer volkseigenen Sparkassen, in: DFW, Jahrgang 10, 1956, Heft 9, Seite 373. Außer den Kreis- und Stadtparkassen existieren in der Sowjetischen Besatzungszone noch Postsparkassen und Reichsbahnspar- und Darlehnskassen e.G.m.b.H., die den Sparverkehr ihrer Mitglieder organisieren und in geringem Umfange Personalkredite gewähren.

2) Vergleiche Verordnung über das Statut der volkseigenen Sparkassen der DDR vom 15. März 1956, GBl. 1956, Teil I, Seite 281; ferner R. Müller, Das Statut unserer volkseigenen Sparkassen, a.a.O., Seite 372 ff; Kurt Kittel, Die Aufgaben der Sparkassen nach dem V. Parteitag, in: DFW (Geld und Kredit/Versicherung), Jahrgang 12, 1958, Heft 17, Seite 484 ff und Heft 18, Seite 512 ff.

von Bausparverträgen¹⁾. Spareinlagen können in jeder Höhe und ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist (ausgenommen bei vertraglich vereinbarter Kündigungsfrist) bei jedem zum Sparverkehr zugelassenen Geldinstitut (Sparkassen, Deutsche Post, den Kreisstellen der Deutschen Bauernbank, den Banken für Handwerk und Gewerbe und den Reichsbahnsparbanken) eingezahlt und abgehoben werden (Freizügigkeitsverkehr)²⁾.

2) Die Kontoführung für private Handwerks- und Handelsbetriebe bis zu zehn Beschäftigten, für Organisationen und Institutionen.

3) Die Durchführung des Zahlungsverkehrs vor allem für die bei den Sparkassen Kontoführungspflichtigen³⁾. Durch Verordnung vom 6. September 1954 wurde auch der Überweisungsverkehr zu Lasten von Sparkonten zugelassen⁴⁾.

4) Die Gewährung von kurzfristigen Krediten im Rahmen der Kreditpläne und nach den gesetzlichen Bestimmungen und Richtlinien der Deutschen Notenbank für Zwecke der Produktion und des Warenumsatzes an Kleinbetriebe und Handwerker und bis zur Höhe von 2000,-- DM an Privatpersonen (zum Beispiel Teilzahlungskredite⁵⁾).

1) Vergleiche das Gesetz über die Aufnahme des Bausparens vom 15. September 1954, GBl. 1954, Seite 783.

2) Vergleiche Statut der volkseigenen Sparkassen der Deutschen Demokratischen Republik vom 15. März 1956, a.a.O., §§ 12 und 15.

3) Während die Deutsche Notenbank das Geld- und Kreditinstitut der Wirtschaft und des Staates ist, sind die Sparkassen die Geld- und Kreditinstitute der Bevölkerung und der kleinen Gewerbetreibenden.

4) Siehe Verordnung über die Teilnahme von Sparkonten am Überweisungsverkehr vom 6. September 1954, GBl. 1954, Seite 448.

5) Vergleiche Kurt Kittel, Bedingungen und Technik des Teilzahlungskredites, in: DFW, Jahrgang 7, 1953, Heft 23, Seite 1257.

- 5) Die Gewährung von langfristigen Krediten an Handwerk, Handel und Gewerbe und mit Vorrang für den Wohnungsbau.

Seit dem 9. Januar 1958 sind die Sparkassen für die finanzielle, technische und organisatorische Durchführung des 'volkseigenen' Wohnungsbaues zuständig¹⁾. Die Finanzierung erfolgt durch die Emission von Obligationen der VEB Kommunale Wohnungsverwaltung, die die Sparkassen an die Bevölkerung verkaufen. Alle mit der Abwicklung der Finanzierung zusammenhängenden Aufgaben sowie die Kassen- und Kontenführung für die VEB Kommunale Wohnungsverwaltung werden von den Sparkassen ausgeführt.

Außer der langfristigen Kreditierung der Arbeiterwohnungsbaugenossenschaften²⁾ gewähren die Sparkassen Hypothekarkredite für den Neubau von Eigenheimen sowie den Umbau und Ausbau älterer Wohngrundstücke, wenn dadurch neuer Wohnraum geschaffen wird. Darüber hinaus finanzieren sie den privaten Wohnungsbau auf der Grundlage von Bausparverträgen³⁾.

- 6) Die Führung von Haushaltskonten und Erledigung der Kassengeschäfte des Staatshaushaltes an Plätzen, an denen die Deutsche Notenbank nicht vertreten ist.
- 7) Sonstige Geschäfte, wie Beratung und Betreuung der Bevölkerung bei der Zeichnung von Anleihen und dem Erwerb von Hypothekenspfandbriefen, Verwahrung und Verwaltung von Wertpapieren, Verwaltung von Schuldbuchforderungen als treuhänderische Schuldbuchstelle der DDR, Verkauf von Beitragsmarken im Auftrage sogenannter gesellschaftlicher Organisationen.

1) Siehe Gesetz über die Finanzierung des volkseigenen Wohnungsbaues vom 9. Januar 1958, GBl. 1958, Teil I, Seite 69, § 11.

2) Vergleiche Kurt Gittel, Die Finanzierung des genossenschaftlichen Arbeiterwohnungsbaues durch die Sparkassen, in: DFW (Geld und Kredit/Versicherung), Jahrgang 12, 1958, Heft 3, Seite 81 ff.

3) Vergleiche Autorenkollektiv, Das Finanzsystem der DDR, a.a.O., Seite 559.

Zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit müssen die Sparkassen bei der Deutschen Notenbank Liquiditätsreserven unterhalten. Nach den Anlagerichtlinien des Ministeriums der Finanzen ist ein bestimmter Teil der Einlagen als sofort fälliges Geld und darüber hinaus ein anderer Teil entsprechend den eigenen Termineinlagen als Festgeld zu halten.

Die Sparkassen wurden in Mitteldeutschland wie die übrigen Geld- und Kreditinstitute völlig in den Dienst der staatlichen Wirtschafts- und Finanzpolitik gestellt. Der Katalog ihrer Aufgaben und Geschäfte zeigt, daß sie Aufgaben zu erfüllen haben, die die Sparkassen in der Bundesrepublik nicht kennen.

b) Die Banken für Handwerk und Gewerbe

Im April 1946 durften die gewerblichen Kreditgenossenschaften (Volksbanken) als Banken für Handwerk und Gewerbe ihre Tätigkeit wieder aufnehmen¹⁾.

Die Grundlage für den organisatorischen Aufbau bildet die Mustersatzung vom September 1947²⁾. Diese Institute haben ihren Sitz in Kreisstädten und sind durchweg in die Rechtsform einer eingetragenen Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht gekleidet. Ihre Mitglieder setzen sich zum großen Teil aus Handwerkern, privaten Einzelhändlern und kleinen Gewerbetreibenden zusammen³⁾, soweit sie nicht bei der

1) Siehe SMAD-Befehl Nr. 14/1946 betreffend Wiedereröffnung der Gewerbe-Handwerkerbanken (gew.Volksbank) in der von den Sowjets besetzten Zone Deutschlands vom 15. Januar 1946 und Bekanntgabe des Chefs des Stabes der Sowjetischen Militär-Administration in Deutschland zur Wiedererrichtung von Banken für Gewerbe und Handwerk (frühere Volksbanken) in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands vom 29. Januar 1946, abgedruckt bei G. Kohlmeier und Ch. Dewey, Bankensystem ..., a.a.O., Seite 125 f.

2) Veröffentlicht im Gesetz- und Verordnungsblatt der Landesregierung Sachsen, 1947, Seite 386. Siehe ferner Paul Schmidt, Wir diskutieren über die neue Mustersatzung der Banken für Handwerk und Gewerbe, in: DFW (Geld und Kredit/Versicherung), Jahrgang 11, 1957, Heft 3, Seite 86 f.

3) Vergleiche Autorenkollektiv, Das Finanzsystem der DDR, a.a.O., Seite 560.

Deutschen Notenbank kontoführungspflichtig sind. Die Eigenmittel werden aus Genossenschaftsanteilen aufgebracht.

Die Organe der Bank sind die Generalversammlung, der Aufsichtsrat und der Vorstand. Die staatliche Aufsicht und Anleitung obliegt dem zuständigen Rat der Stadt beziehungsweise Rat des Kreises (Abteilung Finanzen).

Die Banken werden von der Deutschen Notenbank in die Geld- und Kreditplanung einbezogen. In ihrer Geld- und Kreditpolitik sind sie an die Weisungen des Ministeriums der Finanzen und die Deutsche Notenbank gebunden. Neben den genannten Aufsichtsorganen besteht für sie ein eigener Prüfungsverband, der Deutsche Genossenschaftsverband der Banken für Handwerk und Gewerbe. Auf seinem Verbandstag am 9. Juni 1959 in Leipzig wurde die Zahl der Handwerker- und Gewerbebanken mit 266 beziffert¹⁾. Die einzelnen Banken können aber nicht mit den gewerblichen Kreditgenossenschaften im Sinne von Schulze-Delitzsch (Volksbanken) verglichen werden. Genossenschaften, die als Selbsthilfeorganisationen die wirtschaftliche Förderung ihrer Mitglieder anstreben, gibt es in Mitteldeutschland nicht mehr. Nach einer scharfen Bekämpfung in der ersten Phase des 'Aufbaues des Sozialismus'²⁾ werden sie heute mit bei der Kollektivierung des Handwerks eingesetzt³⁾.

1) Vergleiche Bericht vom Verbandstag des Deutschen Genossenschaftsverbandes der Banken für Handwerk und Gewerbe am 9. Juni 1959 in Leipzig: "Gewerbebanken - Mitgestalter am Aufbau des Sozialismus", in: DFW (Geld und Kredit/Versicherung), Jahrgang 13, 1959, Heft 13, Seite 375, hier Seite 377. G. Lenkeit und H. Müller, Vor der Jahreshauptversammlung der Gewerbebanken, in: DFW (Geld und Kredit/Versicherung), Jahrgang 13, 1959, Heft 4, Seite 115, nennen die Zahl 219.

2) Vergleiche K. Wadewitz, Einige Bemerkungen zur Arbeit der Banken für Handwerk und Gewerbe, in: DFW, Jahrgang 7, 1953, Heft 8, Seite 426 f.

3) Siehe die unter 5) genannte Aufgabe der Banken für Handwerk und Gewerbe, Seite 79.

Die Aufgaben der Banken für Handwerk und Gewerbe umfassen:

- 1) Die Führung der laufenden Geschäftskonten und die Abwicklung des Zahlungs- und Verrechnungsverkehrs von Handwerkerproduktionsgenossenschaften¹⁾, Handwerkern, kleinen Gewerbetreibenden und Einzelhändlern. Ziel dabei ist die Erhöhung der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes bei den kleinen privaten Gewerbetreibenden.
 - 2) Die Sammlung von Spargeldern von Mitgliedern und Kunden.
 - 3) Die Gewährung kurzfristiger Kredite an Handwerker, kleine Gewerbe- und Einzelhandelsbetriebe und insbesondere an Handwerkerproduktionsgenossenschaften im Rahmen der bestätigten Pläne und die Kontrolle von Produktion und Absatz.
 - 4) Die Gewährung langfristiger Kredite an Produktionsgenossenschaften des Handwerks zur planmäßigen Entwicklung ihrer Grundmittel und die Kontrolle ihrer zweckgebundenen und sparsamen Verwendung²⁾.
 - 5) Die Umerziehung der "Mittelschichten" im sozialistischen Sinne³⁾ und die Mitwirkung bei der Bildung von Produktionsgenossenschaften des Handwerks (PGH) durch Kredit-
- 1) 1960 haben von den rund 3.400 existierenden Produktionsgenossenschaften des Handwerks rund 2.500 ihre Konten bei den Gewerbebanken geführt. Siehe Autorenkollektiv des Deutschen Genossenschaftsverbandes der Banken für Handwerk und Gewerbe e.V., Die Gewerbebanken im sozialistischen Aufbau, in: DFW (Geld und Kredit/Versicherung), Jahrgang 16, 1960, Heft 15, Seite 284.
- 2) Vergleiche Rolf Wohlfarth, Die Gewährung langfristiger Kredite an Produktionsgenossenschaften des Handwerks durch Banken für Handwerk und Gewerbe, in: DFW (Geld und Kredit/Versicherung), Jahrgang 11, 1957, Heft 17, Seite 529 ff.
- 3) In seiner Eigenschaft als Stellvertreter des Finanzministers führte Rothe in einem Referat "Stellung und Perspektiven der Banken für Handwerk und Gewerbe" vom 18. Oktober 1956 aus: Die Banken für Handwerk und Gewerbe haben die Aufgabe, die Mittelschichten umzuerziehen, sie an sozialistisches

vergabe¹⁾ sowie die Steigerung der Arbeitsproduktivität der Handwerkerproduktionsgenossenschaften²⁾.

- 6) Der Verkauf von Hypothekenpfandbriefen und Obligationen sowie der Abschluß von Sparrentenversicherungen³⁾.

Denken und Handeln zu gewöhnen, sie an sozialistische Produktionsformen heranzuführen und für den Aufbau des Sozialismus zu gewinnen. Hierin liege die besondere Bedeutung, die den Gewerbebanken beim Aufbau des Sozialismus zukomme. Siehe DFW, Jahrgang 10, 1956, Heft 21, Seite 1002 und 1004 ff. Dieselbe Forderung wurde von ihm noch einmal auf dem Verbandstag des Deutschen Genossenschaftsverbandes der Banken für Handwerk und Gewerbe am 9. Juni 1959 in Leipzig erhoben. Vergleiche DFW (Geld und Kredit/Versicherung), Jahrgang 13, 1959, Heft 13, Seite 375.

--

1) Am Ende des Jahres 1957 betrug der Anteil der den Produktionsgenossenschaften des Handwerks gewährten Kredite nicht ganz 1/2 vH der ausgereichten Kredite der Banken für Handwerk und Gewerbe. Ende 1958 stieg der Anteil auf 20 vH, und am 31. März 1959 macht er 36,1 vH aus. Vergleiche Horst Müller, Die Arbeit der Gewerbebanken im Jahre 1958, in: DFW (Geld und Kredit/Versicherung), Jahrgang 13, 1959, Heft 11, Seite 328 ff. Diese Tendenz hielt auch nach 1959 weiter an. Vergleiche: "Gewerbebanken - Mitgestalter am Aufbau des Sozialismus", in: DFW (Geld und Kredit/Versicherung), Jahrgang 13, 1959, Heft 13, Seite 377. Der Zusammenschluß des privaten Handwerks zu Handwerkerproduktionsgenossenschaften setzte in Übereinstimmung mit der Kreditpolitik der Banken für Handwerk und Gewerbe 1958 ebenfalls in verstärktem Maße ein. Von 1953 bis 1957 gelang nur die Gründung von 295 Handwerkerproduktionsgenossenschaften mit 8.125 Mitgliedern. Denen standen 231.536 private Handwerksbetriebe mit 795.035 Beschäftigten gegenüber. Das heißt, daß in diesen fünf Jahren wenig mehr als ein vH aller im Handwerk Beschäftigten in Produktionsgenossenschaften des Handwerks zusammengeschlossen waren. Im Jahre 1958 ist ein plötzliches Ansteigen der Handwerkerproduktionsgenossenschaften festzustellen. Siehe Karl Pernutz, Offensive gegen die Privatwirtschaft - Der Stand der Sozialisierung der privaten Wirtschaft in der Sowjetzone Ende Dezember 1959 und heute, in: SBZ-Archiv, Jahrgang 11, 1960, Heft 7, Seite 106. Auch in der Folgezeit hielt der staatliche Druck auf das private Handwerk mit dem Ziele der Kollektivierung unvermindert an. Im ersten Halbjahr 1959 wurden allein 314 Produktionsgenossenschaften des Handwerks neu gegründet, also mehr als in der Zeit von 1953 bis 1957. Anfang 1960 betrug der Anteil der Handwerkerproduktionsgenossenschaften an der Gesamthandwerksleistung 22,1 vH. Vergleiche: "Statistische Praxis", herausgegeben von der 'Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik beim Ministerrat der DDR', (Ost-)Berlin 1960, Heft 3. Daraus läßt sich leicht eine

4. Die Deutsche Handelsbank AG

Am 23. Februar 1956 wurde in Ost-Berlin die Deutsche Handelsbank AG mit einem Aktienkapital von 30 Millionen DM gegründet.¹⁾

Gemäß Paragraph 2, Absatz 1 der Satzung gehört zu ihren Aufgaben "die Durchführung bankmäßiger Geschäfte im Zusammenhang mit dem Einfuhr-, Ausfuhr- und Transithandel der Deutschen Demokratischen Republik einschließlich der Diskontierung, Rediskontierung und Akzeptierung von Wechseln, der Stellung von Bürgschaften und Garantien aller Art, der Übernahme von Avalverpflichtungen und ähnlichen Geschäften"²⁾.

Da solche Bankgeschäfte bei der Abwicklung des Außenhandels innerhalb des Ostblocks nicht üblich sind, besteht die begründete Vermutung, daß die Bank einzig und allein errichtet wurde, um Handelsgeschäfte mit den westlichen Staaten und den blockfreien Entwicklungsländern abzuwickeln. Dies wird bestätigt durch ihren Direktor Erich Renneisen, der in einem Interview unverhüllt ausführte: "Eine Handelsbank kann angesichts ihres kommerziellen Charakters leichter zu engen Kontakten mit den Handelsbanken anderer Länder gelangen als eine Staatsbank, und

Übereinstimmung in der Entwicklung der Kollektivierung mit der praktizierten Kreditpolitik der Banken für Handwerk und Gewerbe feststellen. Selbstverständlich ist die Kreditpolitik nur eines von vielen Mitteln zur Erzielung des Kollektivierungseffekts.

2) Vergleiche Herbert Kross, Neue Aufgaben für die Banken für Handwerk und Gewerbe, in: DFW (Geld und Kredit/Versicherung), Jahrgang 16, 1962, Heft 14, Seite 12 ff.

3) Vergleiche dazu: Unzulänglichkeiten bei der Sparrentenwerbung, in: DFW (Geld und Kredit/Versicherung), Jahrgang 14, 1960, Heft 13, Seite 256.

--

1) Siehe Neues Deutschland, Nr. 47 vom 24. Februar 1956.

2) Zitiert nach H. Zimmermann, G. Fraas, M. Rätzer, Geld und Kredit ..., a.a.O., Seite 102.

diese Möglichkeit gilt es weitgehend zu erschließen."¹⁾
Sie soll demzufolge nur dort in Aktion treten, wo die Deutsche Notenbank als Staatsbank über weniger gute Verbindungen zu den Zentral- und Geschäftsbanken der nicht-kommunistischen Länder verfügt²⁾.

Aus diesem Grunde ist - entgegen den sonstigen Gepflogenheiten - zweifelsohne auch die Form der Aktiengesellschaft gewählt worden. Sie soll das nicht-informierte westliche Ausland und die Entwicklungsländer über den wahren Charakter dieses Instituts täuschen.

In Wirklichkeit ist die Deutsche Handelsbank AG nichts anderes als eine formal ausgegliederte Abteilung der Deutschen Notenbank, in deren Hand sich auch der allergrößte Teil des Aktienkapitals befindet. Zur Wahrung einer einheitlichen Geschäftspolitik wurde als Vorsitzter des Aufsichtsrates der Vizepräsident der Deutschen Notenbank, Werner Todtmann, gewählt.

Die Deutsche Handelsbank AG ist also nicht allein zuständig für die Abwicklung des sowjetzonalen Zahlungs- und Verrechnungsverkehrs im Außenhandel. Dies ist nach wie vor Aufgabe der Deutschen Notenbank, die sie auf der Grundlage eines Valutaplanes, in dem das Aufkommen und die Verwendung der Devisen planmäßig festgelegt ist, wahrnimmt. Die Deutsche Handelsbank AG darf lediglich zur Erfüllung ihres Auftrages Konten im Ausland unterhalten. Die Devisen muß sie aber mit der Deutschen Notenbank abrechnen.

Publikationen über die Deutsche Handelsbank AG liegen nicht vor. Deshalb läßt sich schwer etwas über die Geschäftstätigkeit und die Beziehungen der Bank aussagen.

1) Erich Renneisen: Über die Aufgaben der Deutschen Handelsbank AG, in: Der Außenhandel, Jahrgang 1956, Nr. 5-6, Seite 174; siehe auch Interview mit dem Generaldirektor Gawehn und Direktor Renneisen, in: DFW, Jahrgang 10, 1956, Heft 6, Seite 255.

2) Für den Verrechnungsverkehr mit den Ostblockländern bleibt weiterhin allein die Deutsche Notenbank zuständig.

Sechstes Kapitel:

Exkurs: Der Standort der Deutschen Notenbank im 'einheitlichen sozialistischen Finanzsystem'

1. Gegenstand, Aufgaben und Organe des 'einheitlichen sozialistischen Finanzsystems'

Gegenstand und Aufgaben der sowjetzonalen Finanzwirtschaft decken sich nicht mit den Vorstellungen, die wir herkömmlicherweise von ihr haben. Im Gegensatz zur Bundesrepublik, in der sie eine vorwiegend auf Zwangserwerb beruhende Wirtschaft der öffentlichen Körperschaften ist¹⁾, betrachtet die sowjetzonale Finanzwissenschaft die gesamte wirtschaftliche Tätigkeit als Bestandteil der Staatsfinanzen²⁾.

Bedingt durch die spezifische Aufgabenstellung - die zentrale Lenkung und Kontrolle der Volkswirtschaft -

1) Vergleiche Robert Nöll v.d.Nahmer, Finanzwissenschaft, in: Die Verwaltung, Vierte Auflage, Braunschweig 1957, Seite 2.

2) Vergleiche Rolf Lohse, Das Wesen des Finanzsystems in der DDR, in: DFW (Sammelausgabe), Jahrgang 12, 1958, Heft 5, Seite 67; Martin Schmidt, Klarheit im Kopf und neuer Arbeitsstil - Die nächsten Aufgaben der Mitarbeiter der Deutschen Notenbank auf Grund der Beschlüsse des 35. Plenums, in: DFW (Geld und Kredit/Versicherung), Jahrgang 12, 1958, Heft 13, Seite 379; Erhart Knauthe, Finanzsystem und Finanzen der Wirtschaftszweige, in: DFW (Finanzen und Buchhaltung), Jahrgang 12, 1958, Heft 9, Seite 260; Ernst Kaemmel, Das Finanzsystem der DDR, in: Handbuch der Finanzwissenschaft, Zweite Auflage, Tübingen 1958, Band 3, Seite 396 ff. Kaemmel bietet dort umfassende Literaturhinweise zu den Fragen des Finanzsystems in der Sowjetischen Besatzungszone. Zur Geschichte der Finanzwirtschaft in der Sowjetischen Besatzungszone siehe W. Hendrix, Die Finanzwirtschaft der Ostzone, maschinengeschrieben, herausgegeben vom Finanzwirtschaftlichen Forschungsinstitut an der Universität Köln, Köln März 1954; Gerhard Lämmerhirt, Zehn Jahre Finanzwirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik, in: Zehn Jahre Volkswirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik, (Ost-)Berlin 1959, Seite 273 ff; Die Stellung des einheitlichen, sozialistischen Finanzsystems in der Volkswirtschaft der DDR, Thesen zur wissenschaftlichen Konferenz aus Anlaß des 10. Jahrestages der Gründung der Hochschule für Ökonomie, in: DFW (Sammelausgabe), Jahrgang 14, 1960, Heft 16, Seite 486 ff und Heft 17, Seite 522 ff; W. Ehlert, Das einheitliche Finanzsystem in der Volkswirtschaft der DDR, in: DFW (Sammelausgabe), Jahrgang 14, 1960, Heft 20, Seite 614 ff.

ist der finanzwirtschaftliche Apparat in der Sowjetischen Besatzungszone streng zentralistisch und totalitär organisiert. Er verfolgt in konsequenter Weise die Durchführung des zentralen Planungsprinzips¹⁾.

Das nach sowjetischem Vorbild²⁾ geschaffene 'einheitliche sozialistische Finanzsystem' umfaßt den gesamten Apparat zur Bildung und Verteilung der Geldmittel und zur Organisation des Verrechnungswesens. Im einzelnen gliedert es sich in³⁾:

den Staatshaushalt,

das Bankensystem (Geld- und Kreditwesen einschließlich des Zahlungsverkehrs),

das System der Finanzen der verstaatlichten Betriebe und sozialistischen Genossenschaften,

das Abgabensystem und

das Versicherungssystem (Staatliche Sozial-, Sach- und Personenversicherung).

Seine Aufgaben sind⁴⁾:

- 1) die planmäßige Verteilung des Nationaleinkommens⁵⁾ entsprechend dem Bedarf des Staates,

1) Vergleiche dazu Wolfgang Förster, Die Rolle der Finanzwirtschaft im sowjetischen Wirtschaftssystem, Berichte des Osteuropa-Instituts an der Freien Universität Berlin, Berlin 1955, Heft 19, Seite 1.

2) Zum sowjetischen Finanzsystem siehe W. Djatschenko, Finanzen und Kreditwesen, in: Große Sowjet-Enzyklopädie, Band I, Zweite Auflage, (Ost-)Berlin 1952, Seite 1107; N.N. Rowinski, Das Finanzsystem der UdSSR, Deutsche Ausgabe, (Ost-)Berlin 1953.

3) Siehe die in der Fußnote 2) auf der vorangegangenen Seite aufgeführte Literatur.

4) Vergleiche Günther Kohlmei, Das sozialistische Finanzsystem, (Ost-)Berlin 1952, Seite 20; ferner Werner Halbritter und Manfred Ermlich u.a., Örtliche Staatsorgane und sozialistische Finanzpolitik, (Ost-)Berlin 1959, Seite 11.

5) Nationaleinkommen ist, in Geld ausgedrückt, der Teil

- 2) die Erfassung und Finanzierung der für die volkswirtschaftliche Bruttoinvestition erforderlichen Mittel (volkswirtschaftlich notwendige Akkumulationsmittel, erweiterte Reproduktion),
- 3) die Sammlung und Verteilung freier Geldmittel durch das Kreditsystem und
- 4) die Planung der Geldemission und des Geldumlaufs sowie die Regelung des Verrechnungs- und Zahlungsverkehrs.

Grundsätzlich neu ist demnach die Einbeziehung der 'volkseigenen' Betriebe in die staatliche Finanzwirtschaft. Einerseits müssen die Betriebe neben der Produktions-, Dienstleistungs- und Handelsabgabe einen Teil der Gewinne an den Staatshaushalt abführen, andererseits werden sie aus ihm zusätzlich dotiert.

Der Staatshaushalt übernimmt damit außer den fiskalischen völlig neue Aufgaben: die Anleitung und Überwachung der gesamten wirtschaftlichen Tätigkeit.

Steuern, Abgaben, Gewinne sowie Geldrechnung und Kreditwesen wurden zu einem Kontrollapparat erster Ordnung entwickelt. Die Preisbildung verliert ihre Beziehung zum Markt und wird ausschließlich Bestandteil der Finanzpolitik. Das 'einheitliche sozialistische Finanzsystem' soll eine umfassende Lenkung und Kontrolle der Wirtschaft

des gesellschaftlichen Gesamtprodukts (die Gesamtmasse der materiellen Güter, die in einem bestimmten Zeitabschnitt produziert werden), der nach Abzug der Ersatzinvestitionen verbleibt. Vergleiche Helmut Koziol, Grundfragen der marxistisch-leninistischen Theorie des Nationaleinkommens im Sozialismus, (Ost-)Berlin 1957, Seite 30 ff; Johannes Rudolph und Gerd Friedrich, Grundriß der Volkswirtschaftsplanung, (Ost-)Berlin 1957, Seite 583.

An der Schaffung des Nationaleinkommens sind nur die in der materiellen Produktion Beschäftigten beteiligt. Deshalb enthält das Nationaleinkommen der Sowjetischen Besatzungszone weniger Wertschöpfungsbestandteile als das Sozialprodukt nach westdeutscher Berechnung, in der auch öffentliche und private Dienstleistungen und die Nutzung des vorhandenen Wohnungsbestandes mit erfaßt werden.

gewährleisten und alle planwidrigen Individualregungen der Betriebe im Wirtschaftsleben ersticken.

Wenn der Finanzwirtschaft diese Aufgabe zufällt, dann müssen zwischen Volkswirtschaftsplan und Finanzwesen enge Wechselwirkungen und ein untrennbarer Zusammenhang bestehen. Das bedeutet, daß der Volkswirtschaftsplan (naturnale Planung) die Grundlage für die Bildung und Planung der gesamten Staatsfinanzen im Staatshaushalt darstellt. Die wirtschaftspolitischen Direktiven werden in einer zahlenmäßigen Gegenüberstellung von Aufkommen und Verteilung ausgedrückt. Das wichtigste Mittel hierfür ist die sogenannte volkswirtschaftliche Bilanz. Da dieselben Direktiven zugleich auch die Finanzwirtschaft bestimmen, muß der Staatshaushaltsplan mit der volkswirtschaftlichen Bilanz übereinstimmen. Er wird somit zu einem Instrument der Kontrolle und Gegenrechnung bei der Aufstellung und Durchführung des Volkswirtschaftsplanes¹⁾.

Im ersten Jahrzehnt zentralverwaltungswirtschaftlicher Wirtschaftsführung in Mitteldeutschland ist es allerdings nicht gelungen, beide Pläne zu synchronisieren, weil der Wirtschaftsprozess natural von der Staatlichen Plankommission und finanziell vom Ministerium der Finanzen geplant wurde²⁾. Die Folge von dieser Desintegration der Planung waren schwerwiegende Fehlleistungen bei der Planrealisierung³⁾.

1) Vergleiche Wolfgang Förster, Die Rolle der Finanzwirtschaft im sowjetischen Wirtschaftssystem, a.a.O., Seite 7 f.

2) Die Staatliche Plankommission legte die Bruttoproduktion zu Festpreisen, die Arbeitsproduktivität, die Lohnfonds, den Materialverbrauch sowie die Selbstkosten fest, und das Finanzministerium plante die Warenproduktion zu Industrieabgabepreisen und zu Betriebspreisen, die Höhe der Einnahmen des Staates (zentralisiertes Reineinkommen des Staates) und die dem Betrieb verbleibenden Gewinne (betriebliches Reineinkommen), die Umlaufmittelzuführungen und -abführungen und die übrigen Haushaltsbeziehungen.

3) Vergleiche "Verordnung über die Verbesserung der Arbeit

Deshalb wurden im Februar 1958 die Aufgaben und Kompetenzen der Staatlichen Plankommission und des Ministeriums der Finanzen neu formuliert¹⁾. Das wichtigste Resultat dieser Verwaltungsreform war eine kräftige Stärkung der Staatlichen Plankommission²⁾. Sie ist seitdem "das zentrale Organ des Ministerrates für die Planung und Leitung der Volkswirtschaft sowie für die Kontrolle der Durchführung der Pläne"³⁾. Die Anerkennung des Primats der natürlichen Planung hatte eine entsprechende Unterordnung des Ministeriums der Finanzen unter die Staatliche Plankommission zur Folge.

des Ministeriums der Finanzen und der übrigen Finanzorgane" vom 13. Februar 1958, GBl. 1958, Teil I, Seite 131. Sie enthält einen Katalog von sechs Mängeln, die zu Differenzen zwischen der Volkswirtschaftsplanung und der Staatshaushaltsplanung, also zwischen natürlicher und finanzieller Planung in der volkseigenen Wirtschaft führten.

1) Siehe Gesetz über die Vervollkommnung und Vereinfachung der Arbeit des Staatsapparates in der DDR vom 11. Februar 1958, GBl. 1958, Teil I, Seite 117; Verordnung über die Organisation der Planung der Volkswirtschaft vom 13. Februar 1958, GBl. 1958, Teil I, Seite 125 und Verordnung über die Verbesserung der Arbeit des Ministeriums der Finanzen und der übrigen Finanzorgane vom 13. Februar 1958, GBl. 1958, Teil I, Seite 131.

2) Vergleiche dazu die "Verordnung über das Statut der Staatlichen Plankommission" vom 27. November 1959, GBl. 1959, Teil I, Seite 919. Sie setzte den Beschluß vom 3. Mai 1956 über das Statut der Staatlichen Plankommission des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik (GBl. 1956, Teil I, Seite 391) außer Kraft.

3) Siehe Gesetz über die Vervollkommnung und Vereinfachung der Arbeit des Staatsapparates in der DDR vom 11. Februar 1958, a.a.O., Paragraph 3, Absatz 3. Dort heißt es: Die Staatliche Plankommission trägt die Verantwortung für die proportionale Entwicklung der gesamten Volkswirtschaft sowie für die komplexe und regionale Koordinierung der wichtigsten volkswirtschaftlichen Aufgaben. Zur Herstellung richtiger Proportionen verwendet sie die Methode der finanziellen Bilanzierung (Bilanz der Einnahmen und Ausgaben des Staates und die Bilanz der Einnahmen und Ausgaben der Bevölkerung). Die Bilanz der Einnahmen und Ausgaben des Staates enthält alle Finanzbewegungen, die den Staat unmittelbar betreffen, gleichgültig, ob sie über den Staatshaushaltsplan, den Plan der langfristigen Kredite oder über andere Kredit- und Finanzpläne abgewickelt werden.

Im 'einheitlichen sozialistischen Finanzsystem' bleibt dagegen die administrative Zentralinstanz weiterhin das Ministerium der Finanzen, das nach den von der kommunistischen Partei bestimmten Weisungen handelt und auch der Deutschen Notenbank Weisungen erteilt¹⁾. Das eindeutig größere Entscheidungsgewicht des Ministeriums der Finanzen erklärt sich aus der Struktur des politischen Systems, und beim Studium der Fachzeitschriften erhält man den Eindruck, daß im Finanzministerium der Parteidogmatiker (Ideologie) mehr Gewicht besitzt als der Wirtschaftsexperte (Sachorientierung). Nur so glaubt der Zonenstaat, die zentrale Lenkung des Wirtschaftsablaufs sichern zu können.

Auf welche Weise Konflikte gelöst werden, die sich daraus ergeben, daß sachliche Forderungen und dogmatische Postulate miteinander in Widerspruch geraten, mag die im folgenden wiedergegebene Diskussion verdeutlichen. Diese Diskussion stößt ins Prinzipielle vor, indem sie klarstellt, daß sachlich gerechtfertigte Argumente vor ideologischen Ansprüchen keinen Bestand haben.

Die endgültige Finanzierung des Volkswirtschaftsplanes wird durch die sogenannten operativen Finanzpläne gesichert. Darunter sind der Staatshaushaltsplan (als der wichtigste Finanzierungsplan der Volkswirtschaft), der langfristige Kreditplan, die Quartalskreditpläne und die Finanzpläne der volkseigenen Wirtschaft zu verstehen, die mit dem Staatshaushaltsplan verbunden sind. Siehe dazu Klaus-Dieter Freitag, Die finanzielle Bilanzierung des Volkswirtschaftsplanes, in: DFW (Staatshaushalt), Jahrgang 11, 1957, Heft 5, Seite 129; derselbe, Die Aufgaben der Staatlichen Plankommission auf dem Gebiete der Finanzen und der Preise, in: DFW (Sammelausgabe), Jahrgang 12, 1958, Heft 15, Seite 242.

1) Vergleiche "Verordnung über die Verbesserung der Arbeit des Ministeriums der Finanzen und der übrigen Finanzorgane" vom 13. Februar 1958, GBl. 1958, Teil I, Seite 131.

2. Die Deutsche Notenbank als Leitungs- und Kontrollinstrument der sowjetzonalen Volkswirtschaft nach der Konzeption der sogenannten Revisionisten

Ermuntert durch die Kritik am Stalinismus auf dem zwanzigsten Parteitag der KPdSU und die daraufhin erfolgte Verurteilung von "Personenkult" und "Dogmatismus", wagten einige Wirtschaftswissenschaftler in der Sowjetischen Besatzungszone Kritik an der dort bestehenden Wirtschaftsverfassung. Sie beanstandeten die Unterordnung der Deutschen Notenbank unter die Staatliche Plankommission und das Ministerium der Finanzen und forderten, die Deutsche Notenbank solle an Stelle des Staatsapparates mit seiner administrativ auf Planbefehl beruhenden Methode frei von staatlichen Eingriffen die Leitung und Kontrolle der sowjetzonalen Volkswirtschaft mittels sogenannter ökonomischer Kategorien übernehmen¹⁾. Sie stellten die Frage der Kompetenzabgrenzung zwischen politischer und wirtschaftlicher Entscheidungsbefugnis.

Soweit sich die Kritik auf die Forderung nach Lenkung der sowjetzonalen Wirtschaft durch die Deutsche Notenbank bezieht, gehörten zu den Hauptwortführern für die Wissenschaft Professor Dr. Behrens und Dr. Benary, Professor Dr. Kohlmei und für die Praxis Greta Kuckhoff, seinerzeit Präsident der Deutschen Notenbank²⁾.

1) Die ökonomischen Kategorien bilden nach sowjetzonaler Lehrauffassung zwei Gruppen:

1. ökonomische Kategorien, die nur im Sozialismus wirksam sind und 2. ökonomische Kategorien, die auch in der vorsozialistischen Produktion im Sinne der sowjetischen Stadienlehre wirksam sind (zum Beispiel Ware, Wert, Geld, Preis, Kredit etc.).

Diese Kategorien bleiben zum Teil auch im Sozialismus erhalten, nur ändere sich nach der Meinung der Kommunisten grundlegend ihr Inhalt.

2) In der Darstellung der Gedanken der sogenannten Revisionisten beschränke ich mich auf die Aussagen der hier angeführten Vertreter, da sie repräsentativ und am ausführlichsten sind. Gegen sie richten sich auch die Hauptangriffe der SED.

Obwohl sie sich durchweg sowohl zur "Diktatur des Proletariats" als auch zur "Vergesellschaftung der Produktionsmittel" und der "planmäßigen, bewußten Leitung des volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozesses" bekannten, gerieten sie in Widerspruch zu den Intentionen der SED-Führung, weil sie forderten, daß die für die Stalin-Ära kennzeichnende "administrative" Methode der Planung und Leitung der Volkswirtschaft durch die von ihnen konzipierte "ökonomische Methode" ersetzt werden müsse.

Die Gedanken dieser sogenannten Revisionisten lassen sich wie folgt zusammenfassen¹⁾:

Die Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus muß entsprechend der spezifischen Situation in der Sowjetischen Besatzungszone unterteilt werden in zwei Etappen:

- 1) die Diktatur des Proletariats
- 2) der Übergang von der strengen Administration zur "ökonomischen Leitung" der Wirtschaft²⁾.

1) Siehe dazu folgende Abhandlungen: Fritz Behrens, Zum Problem der Ausnutzung ökonomischer Gesetze in der Übergangsperiode, in: Wirtschaftswissenschaft, Drittes Sonderheft, (Ost-)Berlin 1957, Seite 105 ff; Arne Benary, Zu Grundproblemen der politischen Ökonomie des Sozialismus in der Übergangsperiode, in: Wirtschaftswissenschaft, Drittes Sonderheft, (Ost-)Berlin 1957, Seite 62 ff; Gunther Kohlmei, Nach der Arbeitskonferenz der Finanzwissenschaftler, in: Geld und Kredit, Wissenschaftliches Bulletin, 1956, Heft 3, Seite 183 ff; derselbe, Manuskript eines zurückgezogenen, unveröffentlichten Aufsatzes, Währung, Finanzen und Kredit aus dem Jahre 1958. Dieses Manuskript war vorgesehen für eine Veröffentlichung in der Zeitschrift 'Deutsche Finanzwirtschaft', Jahrgang 12, 1958, Heft 9; derselbe, Währung, Finanzen und Kredit, in: DFW (Sammelausgabe), Jahrgang 12, 1958, Heft 15, Seite 237 ff; derselbe, Die Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus, (Ost-)Berlin 1956; Greta Kuckhoff, Die Aufgaben der Staatsbank, in: DFW (Geld und Kredit/Ver-sicherung), Jahrgang 12, 1958, Heft 2, Seite 33 ff. Ferner ist noch ein vervielfältigtes und unveröffentlichtes Vortragsmanuskript für die im Oktober 1956 in (Ost-)Berlin veranstaltete Geldkonferenz von Gunther Kohlmei zu nennen.

2) Siehe Arne Benary, a.a.O., Seite 87.

In der ersten Etappe hat die "Arbeiterklasse" die politische Macht erobert, den Staat der "Bourgeoisie" beseitigt und ihre Diktatur errichtet. Der Staatsapparat wird das Hauptinstrument der proletarischen Diktatur auf wirtschaftlich-organisatorischem und kulturell-erzieherischem Gebiet. Durch Anwendung von Gewalt werden die in der Hand der "Kapitalisten" verbliebenen ökonomischen Positionen in sozialistische umgewandelt. In dieser ersten Etappe muß der "Staatsapparat" zwangsläufig eine "selbständige ökonomische Funktion im Rahmen des Systems der Ökonomik" ausüben. Diese selbständige ökonomische Funktion des Staatsapparates ist vorwiegend die Anwendung administrativer Methoden bei der Leitung der Volkswirtschaft¹⁾.

Das Kennzeichen der zweiten Etappe ist, daß die "Arbeiterklasse" auch zur "ökonomisch herrschenden Klasse" geworden ist²⁾.

Das Übergewicht der "sozialistischen Produktionsverhältnisse" garantiert in Zukunft den Ablauf des wirtschaftlichen Geschehens nach den ökonomischen Gesetzen des Sozialismus. Von der strengen Administration muß zur vorwiegend ökonomischen Methode der Leitung der Volkswirtschaft übergegangen werden. Deshalb gibt der Staatsapparat sukzessive die in der ersten Etappe geübte Funktion ab, und an seine Stelle tritt ein funktionsfähiges Zentralbanksystem, das nicht nur Kontroll-, sondern vor allem Leitungsinstrument ist³⁾.

Die Leitung der Wirtschaft durch die Deutsche Notenbank muß eine bewußte Ausnutzung der ökonomischen Gesetze des

1) Siehe Arne Benary, a.a.O., Seite 87 ff.

2) Nach der Meinung von Fritz Behrens und Arne Benary ist dies in der Zone bereits 1953, spätestens 1954 geschehen. Siehe Arne Benary, a.a.O., Seite 93.

3) Siehe Arne Benary, a.a.O., Seite 89.

Sozialismus, insbesondere des Marx'schen Wertgesetzes¹⁾ sein, die die Lenkung "von oben" mit einem Höchstmaß von Initiative und Selbständigkeit "von unten" verbindet. Deshalb soll sie an die unmittelbaren "materiellen Interessen" der Wirtschaftssubjekte anknüpfen²⁾. Wirtschaftspolitische Maßnahmen - vor allem Preis-, Lohn-, Kredit- und Zinspolitik - sollen die Interessen der Arbeiter und Produzenten mit denen der gesamten Volkswirtschaft verbinden³⁾. Das Lenken mit materiellen Anreizen macht eine zentrale Preisbildung für Konsumgüter überflüssig. An ihre Stelle tritt ein von Angebot und Nachfrage bestimmter Preismechanismus⁴⁾. Durch ihn soll die Produktionsstruktur in der Konsumgüterindustrie in Detailfragen geregelt werden und somit eine bedarfsgerechte Produktion erfolgen. Das heißt, der Preismechanismus soll die Überplanbestände auf der einen und den Kaufkraftüberhang auf der anderen Seite aufheben.

1) Im Gegensatz zur Auffassung der offiziellen Parteitheoretiker - siehe dazu unter anderem Helmuth Richter - Wertgesetz und Spontaneität in der Übergangsperiode, in: Wirtschaftswissenschaft, Drittes Sonderheft, (Ost-)Berlin 1957, Seite 44 ff; Erwin Rohde, Helmuth Neltner, Dieter Reuschel, Das einheitliche sozialistische Finanzsystem, die gesellschaftliche Praxis und die Ansichten von Professor Dr. Kohnmeyer, in: DFW (Sammelausgabe), Jahrgang 12, 1958, Heft 12, Seite 189 -, die eine vom Staat dirigierte, planmäßige und beschränkte Anwendung dieses Gesetzes fordern, sollen sich nach Benary, Behrens und Kohnmeyer die Betriebe, vor allem der Konsumgüterindustrie, auf dieses Gesetz stützen, mit Preisen und Löhnen auf dem Markt manövrieren und sich an den Anreizen des Marktes orientieren. Wertgesetz bedeutet im weitestgehenden Sinne die wirtschaftsregulierende Funktion der Preise.

2) Siehe Fritz Behrens, a.a.O., Seite 109: "Planen heißt, ökonomische Gesetze wirken lassen, das heißt menschliche Handlungen bewußt lenken, positive oder negative ökonomische Impulse auflösen."

3) Siehe Arne Benary, a.a.O., Seite 76 ff.

4) Vergleiche dazu auch Günther Kohnmeyer, Nach der Arbeitskonferenz der Finanzwissenschaftler, in: Geld und Kredit, Wissenschaftliches Bulletin, 1956, Heft 3, Seite 186.

So ist nach Gunther Kuhlmei Sozialismus gleichbedeutend mit Marktwirtschaft, und zwar "planmäßig verlaufende, auf dem gesellschaftlichen Eigentum an den Produktionsmitteln beruhende Marktwirtschaft"¹⁾, in der das "Wertgesetz (als das allgemeinste Gesetz einer jeden Markt- und Geldwirtschaft), das Gesetz von Angebot und Nachfrage, das Gesetz von der Gesamtübereinstimmung der Preise mit den Werten bei laufenden Einzelabweichungen, die Gesetze des Geldumlaufs usw."²⁾ wirken.

Unter sozialistischen Bedingungen "wirken die Markgesetze" aber "planmäßig". "Sie sind nicht mehr dem Gesetz der Konkurrenz und Anarchie der Produktion unterworfen, das in der privaten Wirtschaft fungiert"³⁾⁴⁾. Mehr als bisher müssen deshalb die Betriebe mit Hilfe "richtiger Preise, richtiger Kreditbestimmungen, Zinssätze, Produktionsabgaben usw. geleitet werden"⁵⁾.

Dies ist vorwiegend Aufgabe der Deutschen Notenbank, die als ökonomische Institution - in dem bisherigen Planungssystem der Sowjetischen Besatzungszone war sie "kein ökonomisches Organ, sondern eine administrative Behörde"⁶⁾ - mit Hilfe von Kredit-, Zins- und Bargeldemissionspolitik den "gesamtgesellschaftlichen Reproduktionsprozeß" proportional steuern soll⁷⁾.

1) Siehe Gunther Kuhlmei, Nach der Arbeitskonferenz der Finanzwissenschaftler, a.a.O., Seite 186 f.

2) Ebenda.

3) Ebenda.

4) Kuhlmei erkennt, daß der echte Leistungswettbewerb ein konstituierendes Prinzip der Marktwirtschaft ist. Ich referiere hier lediglich die Gedanken der Revisionisten und verzichte auf eine Kritik an deren Auffassung.

5) Siehe Gunther Kuhlmei, Nach der Arbeitskonferenz der Finanzwissenschaftler, a.a.O., Seite 186 f.

6) So bezeichnet Gunther Kuhlmei die Deutsche Notenbank auf Seite 12 des vervielfältigten und unveröffentlichten Vortragsmanuskriptes für die Geldkonferenz am 30. und 31. Oktober 1956 in (Ost-)Berlin. Zitiert nach Erwin Rohde,

Das Planungssystem in der Sowjetischen Besatzungszone, das lediglich auf administrativen Befehlen basiert, muß ein "gelenkter Mechanismus ökonomischer Wirkungskategorien"¹⁾ werden, in dem sich die "Wirkungskraft der Wertformen (Geld, Preis, Kosten, Lohn, Kredit, Finanzen usw.) im sozialistischen Reproduktionsprozeß"²⁾ frei entfalten kann.

Entsprechend der bevorzugten Lenkung durch den Markt sollen die einzelnen Produktionsbetriebe Selbstständigkeit erhalten und in Eigenverantwortung handeln³⁾. Offensichtlich sollte nach jugoslawischem Muster anstelle der Verwaltung durch den zentralisierten Staat die "Selbstver-

Helmuth Neltner, Dieter Reuschel, Das einheitliche sozialistische Finanzsystem, die gesellschaftliche Praxis und die Ansichten von Professor Dr. Kohlmey, a.a.O., Seite 188. Dieser Gedanke wird ebenfalls zitiert von K. Kampfert, Gegen das Aufkommen revisionistischer Auffassungen in der Wirtschaftswissenschaft, in: Wirtschaftswissenschaft, Drittes Sonderheft, (Ost-)Berlin 1957, Seite 12 und Willy Rumpf, Ein sozialistisches Lehrbuch?, in: DFW (Sammelauflage), Jahrgang 11, 1957, Heft 24, Seite 373 (in Fußnote 5).

7) Siehe Arne Benary, a.a.O., Seite 89 und 91 sowie Gunther Kohlmey in seinem vervielfältigten und unveröffentlichten Vortragsmanuskript zur Geldkonferenz in (Ost-)Berlin vom Oktober 1956, Seite 12. Zitiert nach Erwin Rohde, Helmuth Neltner, Dieter Reuschel, a.a.O., Seite 190.

--

1) Siehe Gunther Kohlmey in seinem vervielfältigten und unveröffentlichten Vortragsmanuskript für die Geldkonferenz im Oktober 1956 in (Ost-)Berlin, Seite 11. Zitiert nach Erwin Rohde, Helmuth Neltner, Dieter Reuschel, a.a.O., Seite 188.

2) Ebenda.

3) Siehe Fritz Behrens, a.a.O., Seite 132 f.

waltung der Wirtschaft" mit allen Konsequenzen für den Staat treten¹⁾. Wird aber das wirtschaftliche Leben weitgehend von Organen der Selbstverwaltung getragen, muß sich auch zwangsläufig die Rolle des Staates wandeln.

1) Siehe Arne Benary, a.a.O., Seite 89.

Walter Ulbricht wirft in "Grundfragen der Politik der SED", (Ost-)Berlin 1957, Seite 49, Arne Benary vor, Teile seiner Konzeption fast wörtlich aus einer Lektion des stellvertretenden Ministerpräsidenten der Regierung Jugoslawiens abgeschrieben zu haben, die dieser im Oktober 1954 in Oslo hielt. Des jugoslawischen Revisionismus werden die genannten Autoren auch von Professor Lemnitz und anderen Kritikern beschuldigt.

In der Tat besteht eine Übereinstimmung der Gedanken von Professor Behrens, Dr. Benary und Professor Kohlmey mit denen, die die Kommunistische Partei Jugoslawiens in die Praxis umzusetzen versucht. Sie erklärt sich zum Teil aus folgender Begebenheit, die dem Verfasser von Fritz Schenk, einem ehemaligen persönlichen Referenten des Ersten Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission in der Sowjetischen Besatzungszone, Bruno Leuschner, am 13. Mai 1960 in Königstein/Taunus im Beisein von Carola Stern, der Autorin von "Portrait einer bolschewistischen Partei - Entwicklung, Funktion und Situation der SED", Köln 1957, wie folgt mitgeteilt wurde: Während ihres Aufenthaltes in Belgrad 1955 besuchten Chrustschow und Bulganin die Universität und wohnten einer Lektion von Eduard Kardelj zum Thema "Wirtschaftsführung und Wirtschaftsplanung der Betriebsräte in Jugoslawien" bei, die auf Tonband aufgenommen wurde. Von diesem Tonband wurde im Jahre 1956 in der Sowjetischen Besatzungszone für Mitglieder des Zentralkomitees der SED eine Kopie angefertigt. Weitere Kopien ließ Fritz Schenk herstellen und an die Mitglieder der Staatlichen Plankommission weiterleiten, der seinerzeit Professor Behrens als Leiter der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik angehörte. Professor Behrens hat sie an seine Kollegen Dr. Benary, Professor Kohlmey und andere Mitglieder der Akademie der Wissenschaften weitergegeben. In der Annahme, es handle sich hierbei um den letzten Stand der Erkenntnisse aus der Sowjetunion, beziehungsweise der Inhalt sei von Seiten der Sowjetunion gebilligt worden, gingen Behrens, Kohlmey, Benary an die literarische Verarbeitung, wobei sie einfach ganze Passagen abgeschrieben haben sollen. Jedenfalls bildeten die in dem weitergegebenen Manuskript enthaltenen Auffassungen die Grundlage der von den Professoren Behrens, Kohlmey und Dr. Benary später vertretenen Theorie von der Wirtschaftslenkung in der Sowjetischen Besatzungszone.

Zu den diskutierten Gedanken der Wirtschaftslenkung in Jugoslawien vergleiche folgende Beiträge: Gurov Edvarda Kardelja (die Rede Edvarda Kardeljas) in: "Borba", Belgrad, 20. April 1960 und Ljubisa Ristic: Smela odluka (Ein kühner Beschluß), aus: "Kommunist", Belgrad, 7. April 1960, auszugsweise abgedruckt unter dem Titel "Kriterien des jugoslawischen Sozialismus", in: Ost-Probleme, Jahrgang 12, Bonn 1960, Heft 14, Seite 432 ff.

Aus der marxistischen These, daß eine Änderung der ökonomischen Basis auch eine Änderung der Rolle des Staates (Theorie von Basis und Überbau) bewirke, leiten Behrens und Benary für die konkrete Situation in der Sowjetischen Besatzungszone die Schlußfolgerung ab: In der ersten Periode der "Diktatur des Proletariats" habe der Staat unter Anwendung von Gewalt seine wirtschaftlich-organisatorischen und kulturell-erzieherischen Aufgaben zu bewältigen gehabt. Dafür mußte er einen starken bürokratischen Apparat aufbauen. In der zweiten Etappe solle dieser Staatsapparat aber reduziert werden, und ein funktionsfähiges Zentralbanksystem werde als Kontroll- und Leitungsinstanz wichtiger als der staatliche Wirtschaftsapparat¹⁾.

Offensichtlich sind die jugoslawischen Verhältnisse Leitbilder. Wie dort soll anstelle der Verwaltung durch den zentralistischen Staat die Selbstverwaltung der Wirtschaft treten. Entsprechend der Vision des Kommunismus soll der Staat an Bedeutung verlieren und schließlich ganz absterben beziehungsweise liquidiert werden. Damit beginnt die Periode des Absterbens des Staates. "Der Staat wird nicht 'abgeschafft', er stirbt ab, weil an die Stelle der 'Regierung über Personen' die 'Verwaltung von Sachen und die Leitung von Produktionsprozessen' tritt."²⁾ Staatliche Macht wird dezentralisiert, und eine umfassende sozialistische Demokratie wird entwickelt.

Das ist eine unverhohlene Kritik an den Herrschaftsansprüchen des totalitären kommunistischen Staates³⁾, und hier setzen vor allem, wie zu erwarten und zu zeigen ist, die Angriffe der parteigebundenen Ideologen und Polit-ökonomen an.

1) Siehe Arne Benary, a.a.O., Seite 89.

2) Fritz Behrens, a.a.O., Seite 130; fast genauso Arne Benary, a.a.O., Seite 91.

3) Dabei ist zu beachten, daß diese Konzeption niedergeschrieben wurde im Jahre des Posener und des ungarischen Aufstandes.

Dieser Konzeption von der Wirtschaftsleitung durch die Staatsbank stand Greta Kuckhoff, seinerzeit Präsident der Deutschen Notenbank, nahe. Unter Berufung auf Lenin¹⁾ forderte sie eine Erweiterung der Aufgaben der Staatsbank: "Es ist prinzipiell notwendig, sie (die Staatsbank) allmählich zum e i n z i g e n staatlichen Organ für die Hergabe kurzfristiger Bankdarlehen an alle Zweige der Wirtschaft und Zentrum der Verrechnungen zu machen."²⁾ Insbesondere im Hinblick auf die Landwirtschaft ist diese Forderung auf Zentralisierung des kurzfristigen Kredits bei der Deutschen Notenbank stark kritisiert und als politisch völlig verfehlt bezeichnet worden³⁾.

Auch Greta Kuckhoff orientierte sich an dem jugoslawischen Leitbild, in dem die Nationalbank weitgehende Lenkungs-funktionen ausübt⁴⁾.

3. Die Kritik an der Konzeption der sogenannten Revi-sionisten⁵⁾

Diese Konzeption sollte nie realisiert werden. Den Wirtschaftsprozeß planen und lenken weiterhin der Staat beziehungsweise die Staatliche Plankommission und das

1) Lenin hat 1921 zur Bankpolitik ausgeführt: "Eine einheitliche Staatsbank, die größte unter den größten, mit Zweigstellen in jedem Landbezirk, in jeder Fabrik, das sind schon neun Zehntel eines sozialistischen Apparates. Das bedeutet eine gesamtstaatliche Buchführung, eine gesamtstaatliche Rechnungsführung über die Produktion und Verteilung der Produkte, das ist sozusagen das Gerippe der sozialistischen Gesellschaft." Abgedruckt in: Werden die Bolschewiki die Staatsmacht behaupten?, (Ost-)Berlin 1950, Seite 28.

2) Greta Kuckhoff, Die Aufgaben der Staatsbank, in: DFW (Geld und Kredit/Versicherung), Jahrgang 12, 1958, Heft 2, Seite 34.

3) Speziell diese Frage wurde durch die Verordnung über die Verbesserung der Arbeit des Ministeriums der Finanzen und der übrigen Finanzorgane vom 13. Februar 1958, a.a.O., zu Gunsten der Deutschen Bauernbank geregelt.

4) Zu den Funktionen der Nationalbank in Jugoslawien vergleiche G. Strauch, Das jugoslawische Bankwesen, in: Österreichisches Bankarchiv, Jahrgang 4, 1956, Heft 1, Seite 24 ff.

Ministerium der Finanzen. Die Staatsbank hat keine unmittelbaren Lenkungsfunktionen, sondern nur gestellte Aufgaben auszuführen¹⁾.

5) Siehe dazu: "Erhöht die Wirksamkeit des einheitlichen sozialistischen Finanzsystems", Bericht über die gemeinsame Parteiaktiv-Tagung der Parteiorganisationen der SED des Ministeriums der Finanzen und der Deutschen Notenbank am 19. März 1958, in: DFW (Sammelausgabe), Jahrgang 12, 1958, Heft 8, Seite 108 ff; Werner Kalweit, Das einheitliche sozialistische Finanzsystem in der DDR, in: DFW (Sammelausgabe), Jahrgang 12, 1958, Heft 8, Seite 111 ff; Helmut Richter, Thesen zur Auswertung der 35. Tagung des Zentralkomitees der SED, in: DFW (Sammelausgabe), Jahrgang 12, 1958, Heft 9, Seite 122 ff; Erwin Rohde, Helmut Neltner, Dieter Reuschel: Das einheitliche sozialistische Finanzsystem, die gesellschaftliche Praxis und die Ansichten von Professor Dr. Kohlmei, in: DFW (Sammelausgabe), Jahrgang 12, 1958, Heft 12, Seite 187 ff (hierbei handelt es sich um einen von der Redaktion der DFW in Auftrag gegebenen Artikel); Charles Dewey, Einige Bemerkungen zum Arbeitskreis "Geldtheorie" am Institut für Wirtschaftswissenschaften, in: DFW (Geld und Kredit/Versicherung), Jahrgang 12, 1958, Heft 1, Seite 5 f; "Für die richtige Durchsetzung der Beschlüsse des 33. Plenums in den Finanzorganen - Einige Bemerkungen zu einem Artikel der Genossin Kuckhoff", in: DFW (Sammelausgabe), Jahrgang 12, 1958, Heft 3, Seite 31 ff; "Deutsche Notenbank berät über die Verbesserung ihrer Arbeitsweise", Referat des Vizepräsidenten der Deutschen Notenbank, Todtmann, und Diskussionsbeiträge auf der Arbeitskonferenz der Deutschen Notenbank am 25. und 26. Februar 1958 in (Ost-)Berlin, in: DFW (Geld und Kredit/Versicherung), Jahrgang 12, 1958, Heft 6, Seite 161 ff; Richter und Lämmerhirt, Staat und Wirtschaft in der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus, in: DFW (Sammelausgabe), Jahrgang 12, 1958, Heft 13, Seite 201 ff; Walter Heinicke, Gegen jegliche Anzeichen von Revisionismus, in: DFW (Sammelausgabe), Jahrgang 12, 1958, Heft 18, Seite 281 ff; H. Scheler, Über das Verhältnis von Spontaneität und Bewußtheit, in: Wirtschaftswissenschaft, Drittes Sonderheft, (Ost-)Berlin 1957, Seite 20 ff; Martin Schmidt und Eberhard Geissler, Probleme des einheitlichen Finanzsystems, in: DFW (Sammelausgabe), Jahrgang 12, 1958, Heft 22, Seite 347 ff; Karlheinz Seidel, Zu einigen Problemen unseres sozialistischen Finanzsystems - Eine Antwort an Professor Dr. Kohlmei, in: DFW (Sammelausgabe), Jahrgang 12, 1958, Heft 23, Seite 368 f; Martin Schmidt, Klarheit im Kopf und neuer Arbeitsstil - Die nächsten Aufgaben der Mitarbeiter der Deutschen Notenbank auf Grund der Beschlüsse des 35. Plenums, in: DFW (Geld und Kredit/Versicherung), Jahrgang 12, 1958, Heft 13, Seite 369 ff; Willy Rumpf, Ein sozialistisches Lehrbuch?, in: DFW (Sammelausgabe), Jahrgang 11, 1957, Heft 24, Seite 369; Helmut Richter, Wertgesetz und Spontaneität in der Übergangsperiode, in: Wirtschaftswissenschaft, Drittes Sonderheft, (Ost-)Berlin

Den Startschuß für die Angriffe auf die Position der wenig "klassenbewußten" Revisionisten gab Walter Ulbricht auf der dreißigsten Tagung des Zentralkomitees der SED am 30. Januar 1957 selbst. Er korrigierte die sogenannten Revisionisten und ihre Gedanken zur Wirtschaftslenkung durch die Deutsche Notenbank und wies scharf die Aussagen von Professor Behrens und Dr. Benary zur Rolle des Staates im Sozialismus zurück¹⁾.

Finanzminister Willy Rumpf griff diese Kritik auf²⁾ und ermunterte damit parteiergebene Ökonomen, Stellung zu beziehen. Möglichst schnell distanziierten sich viele der Fachkollegen von den vertretenen Auffassungen. Spielte die Diskussion über die Stellung der Deutschen Notenbank zu den Finanzorganen im Zusammenhang mit den Parteidirektiven seit der 30., 32. und 33. Tagung des Zentralkomitees der SED noch eine Rolle, so wurde sie mit der Ausschaltung der sogenannten opportunistischen Gruppe Oelßner - Schirdewan - Wollweber³⁾ durch das 35. Plenum des Zentralkomitees der SED 1958 unterbunden.

1957, Seite 44 ff; K. Kampfert, Gegen das Aufkommen revisionistischer Auffassungen in der Wirtschaftswissenschaft, in: Wirtschaftswissenschaft, Drittes Sonderheft, (Ost-)Berlin 1957, Seite 1 ff; Walter Ulbricht, Grundfragen der Politik der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, (Ost-)Berlin 1958; Herbert Luck, Bemerkungen zum Artikel von Behrens "Zum Problem der Ausnutzung ökonomischer Gesetze in der Übergangsperiode", in: Wirtschaftswissenschaft, Drittes Sonderheft, (Ost-)Berlin 1957, Seite 95 ff.

1) Vergleiche dazu Siegfried Friebe, Revisionismus auch im Finanzwesen, in: SBZ-Archiv, Dokumente, Berichte, Kommentare zu gesamtdeutschen Fragen, Nr. 10 vom 25. Mai 1958, Seite 150.

--

1) Siehe Walter Ulbricht, Grundfragen der Politik der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, a.a.O., Seite 48 ff.

2) Siehe Willy Rumpf, Ein sozialistisches Lehrbuch?, a.a.O., Seite 369.

3) Zu den Vorwürfen gegen diese Gruppe siehe Walter Ulbricht, Der Weg zur Sicherung des Friedens und zur Erhöhung der materiellen und kulturellen Lebensbedingungen des Volkes, (Ost-)Berlin 1959, Seite 53 f.

Der sogenannte demokratische Zentralismus¹⁾, das heißt die "dialektische Einheit von Demokratie und Zentralismus", wurde zum Grundprinzip für den wirtschaftlichen und staatlichen Aufbau in der Sowjetischen Besatzungszone erhoben. Auf den Wirtschaftsprozeß bezogen, bedeutet dies eine Verstärkung der zentralen Planung und Lenkung.

Zur Liquidation noch vorhandener ideologischer Schwächen und zur Bestimmung des Kurses für die künftige Arbeit wurde am 19. März 1958 unter der Losung "Erhöht die Wirksamkeit des einheitlichen sozialistischen Finanzsystems" eine gemeinsame Parteiaktiv-Tagung der Parteiorganisationen der SED des Ministeriums der Finanzen und der Deutschen Notenbank einberufen. Der Bericht zur Tagung gibt über die Verurteilung der sogenannten revisionistischen Gedanken folgende, für die Argumentation typische Zusammenfassung: Es ist notwendig, sich mit falschen Auffassungen auseinanderzusetzen, um sie überwinden zu können. Hierzu zählen Auffassungen der Genossen Professor Dr. Behrens und Dr. Benary über 'Die ausschlaggebende Funktion bei der Lenkung der Wirtschaft durch die Notenbank auf der Grundlage des Wirkens des Marktgesetzes von Angebot und Nachfrage'. Eine solche Konzeption bedeutet letztlich, die Restaurierung kapitalistischer Eigentumsverhältnisse zu unterstützen - oder die falschen Auffassungen des Genossen Professor Kohlmei - wonach 'die Staatsbank energischer zu einer Institution gemacht werden soll, die mit Hilfe von Kredit-, Zins-, Verrechnungs- und Bargeldsystem selbständiger als bisher den Reproduktionsprozeß so steuern soll, daß er planmäßig verläuft'. Während bei dieser Auffassung ein unmittelbarer Zusammenhang zu der Konzeption der Genossen Behrens und Benary

1) Über die Bedeutung des "demokratischen Zentralismus" als Strukturprinzip der Verwaltung siehe Alfons Galette, Der "Demokratische Zentralismus" als Strukturprinzip der Verwaltung im kommunistisch beherrschten Teil Deutschlands, in: Jahrbuch für Ostrecht, Band 1, April 1960, Seite 41 ff.

besteht, geht Genosse Kohlmei mit seiner anderen, noch heute vertretenen Auffassung, daß 'das Kreditsystem und das Geldsystem verschiedene Elemente der Geldwirtschaft seien, so im Kapitalismus und so im Sozialismus' von vornherein den Weg, sich den Blick für das völlig neue, auf der Basis revolutionärer Veränderungen entstandene sozialistische Finanzsystem in seiner Einheit zu versperren.

Es wurde auch kritisch eingeschätzt, daß solche theoretischen Auffassungen der Vergangenheit, wie sie vom Genossen Dr. Heinicke vertreten wurden - er hat diese Auffassungen inzwischen revidiert - 'nach denen die Deutsche Investitionsbank in die Deutsche Notenbank eingegliedert und alle Banken und Sparkassen der Deutschen Notenbank unterstellt werden sollten', woraus sich letztlich die für den Monopolkapitalismus typische Bank der Banken ergibt, nicht dazu beitragen konnten, die unter vielen Mitarbeitern der Bankorgane herrschende Grundkonzeption über die besondere Stellung der Bank zu überwinden.

Auch die falsche Vorstellung des Genossen Professor Dr. Lemnitz, die er inzwischen revidierte, daß es völlig falsch sei, der Deutschen Notenbank die Aufgaben übertragen zu wollen, die die ureigensten Aufgaben des Staates sind, verstärkte die sogenannte Bankideologie, indem sie die Bank nicht als ein Organ des sozialistischen Staates charakterisierte, sondern neben den Staat stellte.

Das Parteiaktiv stellte fest, daß diese Konzeptionen sich im Kern nicht von bürgerlichen Darstellungen unterscheiden, weil sie die grundlegenden Veränderungen in den Machtverhältnissen negieren."¹⁾

¹⁾ Erhöht die Wirksamkeit des einheitlichen sozialistischen Finanzsystems, in: DFW (Sammelausgabe), Jahrgang 12, 1958, Heft 8, Seite 110.

Zu den Ausführungen von Greta Kuckhoff¹⁾ stellte das Parteiaktiv fest, "daß mit diesem Artikel den Mitarbeitern der Bankorgane eine falsche Orientierung gegeben wurde, die nicht dazu beiträgt, die Einheit und damit die Wirksamkeit der Tätigkeit aller Finanzorgane des Finanzministeriums zu erhöhen".²⁾

Das eigentliche Problem, die Frage der politischen Macht, wurde in dieser Verurteilung nur tangiert. Wie zu erwarten, ging es der SED in der Auseinandersetzung nicht primär um die ökonomische Leitung des Wirtschaftsprozesses, sondern um die Machtstellung des Staates³⁾. Die kommunistische Partei muß zur Bewahrung und zum weiteren Ausbau ihrer Machtpositionen den Staat weiterhin instrumental gebrauchen, will sie sich nicht selbst aufgeben. Der Wirtschaftsprozeß darf sich nicht losgelöst von politischen Entscheidungen vollziehen können. Er muß zur Einhaltung einer bestimmten Rangfolge in Aufgaben und Zielen vom Staat planmäßig gesteuert werden. Selbststeuerung der Wirtschaft entspricht nicht dem 'planmäßigen Aufbau des Sozialismus'.

Die These, daß der volksdemokratische Staat das Hauptinstrument zum Aufbau des Sozialismus sei, begründete Walter Ulbricht erneut in der Rede "Über die Vervollkommenung der Arbeit des Staatsapparates und die Änderung

1) Siehe Greta Kuckhoff, Die Aufgaben der Staatsbank, in: DFW (Geld und Kredit/Versicherung), Jahrgang 12, 1958, Heft 2, Seite 33 ff.

2) "Erhöht die Wirksamkeit des einheitlichen sozialistischen Finanzsystems", a.a.O., Seite 109.

3) Siehe Walter Ulbricht, Grundfragen der Politik der SED, a.a.O., Seite 50 f: "Trotz 'Sympathiekundgebungen' dieser Genossen für die Arbeiter- und Bauernmacht kann kein Zweifel daran bestehen, daß die Konsequenz solcher Maßnahmen geradezu die Preisgabe der Arbeiter- und Bauernmacht, ihre Liquidation wäre." Ferner Erwin Rohde, Helmuth Neltner, Dieter Reuschel, Das einheitliche sozialistische Finanzsystem, die gesellschaftliche Praxis und die Ansichten von Professor Dr. Kohlmei, a.a.O., Seite 187: "Die theoretische Konzeption des Genossen Professor Kohlmei läuft im Prinzip auf eine Herabsetzung der Bedeutung des sozialistischen Staates beim Aufbau des Sozialismus hinaus."

des Arbeitszieles"¹⁾ vor der sogenannten Volkskammer der DDR. Er erkannte richtig, daß eine Realisierung der Konzeption der sogenannten Revisionisten die Machtposition seiner Partei einschränken und schwächen mußte.

Gerade in den Jahren 1956 und 1957 hielt die Partei eine erneute Festigung und Stärkung der Staatsmacht für notwendig. Professor Martin Schmidt, der Greta Kuckhoff als Präsident der Deutschen Notenbank ablöste²⁾, nennt dafür als Gründe: Mängel in der zentralen Leitung und Lenkung der einzelnen Wirtschafts- und Industriezweige, die Versorgungskrise und die Angst vor politischen Unruhen³⁾.

1) Siehe Neues Deutschland vom 11. Februar 1958, Seite 3.

2) Am 26. April 1958 wurde in einer kurzen Mitteilung des Presseamtes beim Ministerpräsidenten der Sowjetischen Besatzungszone bekanntgegeben, daß Greta Kuckhoff (SED) darum gebeten habe, sie aus Gesundheitsgründen vom Amt des Präsidenten der Deutschen Notenbank zu entbinden. Siehe "Professor Dr. Schmidt, Präsident der Deutschen Notenbank", in: Neues Deutschland vom 26. April 1958.

3) Siehe Martin Schmidt, Klarheit im Kopf und neuer Arbeitsstil - Die nächsten Aufgaben der Mitarbeiter der Deutschen Notenbank auf Grund der Beschlüsse des 35. Plenums, a.a.O., Seite 370 f. Er nennt dort: Bürokratismus, Mängel in der Planung, mangelhafte Kooperation der einzelnen Zweige von Industrie und Landwirtschaft, ungenügende Mobilisierung der Reserven an Material, Maschinen und Arbeitskräften, teilweise Nichtübereinstimmung der Nachfrage der Bevölkerung mit der Produktion von Ernährungs- und Genußmitteln sowie von Industrieerzeugnissen hinsichtlich Qualität und Sortiment. Mit einem Hinweis auf die Ereignisse in Polen und Ungarn nennt er den Versuch der "Imperialisten", das sozialistische Lager aufzuweichen, und fährt fort: "Anstatt aber in dieser Situation unsere Staatsmacht - das wichtigste Instrument beim Aufbau des Sozialismus - mit allen Kräften zu schützen und zu stärken, entwickelten Behrens, Benary und einige andere Wirtschaftswissenschaftler Theorien und Vorschläge, die letztlich auf die Preisgabe der planmäßigen Lenkung und Leitung unserer Wirtschaft durch die sozialistische, auf die 'Selbstverwaltung der Wirtschaft' hinausliefen." Martin Schmidt schien als Stellvertretender Minister der Finanzen am geeignetsten, die Deutsche Notenbank in das sogenannte einheitliche sozialistische Finanzsystem einzugliedern und sie zu einem Teil des sozialistischen Staatsapparates zu machen, in dessen Auftrag sie administrative und kontrollierende Aufgaben zu bewältigen hat.

In den Gedanken der sogenannten Revisionisten sind Elemente verschiedener Wirtschaftsordnungen miteinander vermengt. Wenn sich ihre Konzeption auch nicht mit unseren Ordnungsvorstellungen deckt, so enthält sie doch Ansätze, aus der Anwendung von Geldrechnung, Zins, Preis und Gewinn richtige Konsequenzen zu ziehen. Mit ihrer Fragestellung zielen die sogenannten Revisionisten auf den archimedischen Punkt: Läßt sich der Mensch als Konsument restlos verplanen? Geht das auf die Dauer nicht, oder ist das auch nicht zu wünschen, dann ist es zweckmäßig, die Volkswirtschaft nicht bis ins Detail zentral zu planen, sondern dem Preismechanismus und dementsprechend den Gewinnerwartungen die Lenkung zu überlassen.

Im Gegensatz zu dieser fachbezogenen Ausrichtung der Wirtschaftsexperten zielen die primär parteipolitischen Begründungen auf die Schaffung des neuen oder sozialistischen Menschen¹⁾. Das ist nicht wirtschafts-, sondern gesellschaftsbezogenes Denken mit totalitär gesellschaftsgestaltender Intention.

Aufgrund dieser Erkenntnis kann gesagt werden, daß die Partei Behrens, Benary, Kohlmei und Kuckhoff verurteilen mußte²⁾, weil ihre Absichten, die Funktionen der Deutschen Notenbank markt- oder wirtschaftsgerechter zu gestalten, dem gesellschaftsgestaltenden Willen des totalitären Systems nicht nur fremd sind, sondern gefährlich sein können.

1) Siehe dazu Martin Schmidt, Klarheit im Kopf und neuer Arbeitsstil ..., a.a.O., Seite 372: "Die Stellung der Staatsbank wird im Sozialismus also keinesfalls primär durch ihre Tätigkeit als Kassen- und Verrechnungszentrum bestimmt; maßgebend für ihre Kreditpolitik sind niemals Gesichtspunkte der bankmäßigen Rentabilität, die ein Hauptbuchhalter zu hüten hat. Maßgebend für Stellung und Politik der sozialistischen Staatsbank sind vielmehr die Aufgaben, die ihr im Rahmen der wirtschaftlich-organisatorischen und kulturell-erzieherischen Tätigkeit des sozialistischen Staates zukommen. Das ist das prinzipiell Neue."

2) Erst Ende 1959/Anfang 1960 haben Fritz Behrens und Arne Benary öffentlich Selbstkritik geübt. Die Veröffentlichung der beiden Widerrufte erfolgte in der SED-Zeitschrift 'Neuer Weg', Organ des Zentralkomitees der SED für Fragen des Parteilebens, (Ost-)Berlin 1960, Nr. 9.

DRITTER TEIL

DIE AUFGABEN DER DEUTSCHEN NOTENBANK

Siebentes Kapitel: Die Regulierung des Geldumlaufs

Als 'Kassen- und Emissionszentrum' der Sowjetischen Besatzungszone darf die Deutsche Notenbank nur soviel Geld in den Wirtschaftskreislauf fließen lassen, daß er gerade funktionsfähig bleibt. Die Planung und Regulierung des Geldumlaufs verfolgt sowohl im mikro- als auch im makro-ökonomischen Bereich den Zweck, durch eine strenge Kontrolle des Wirtschaftsprozesses die Erfüllung des Volkswirtschaftsplanes zu sichern.

1. Die Geldemission in der Sowjetischen Besatzungszone

a) Die Erstausrüstung der Sowjetischen Besatzungszone mit Deutscher Mark der Deutschen Notenbank

Die 1948 in zwei Etappen durchgeführte Währungsreform liquidierte alle auf Reichsmark und Rentenmark lautenden Zahlungsmittel und regelte die Erstausrüstung der Sowjetischen Besatzungszone mit auf "Deutsche Mark" lautenden Noten der Deutschen Notenbank¹⁾.

In der ersten Etappe vom 24. - 28. Juni 1948 erhielt die Bevölkerung ähnlich wie in den Westzonen eine Kopfquote von 70 Reichsmark oder Rentenmark mit aufgeklebten Spezialkupons gegen Ablieferung von Altgeldnoten desselben Nennbetrages und Abgabe der Stammabschnitte der Lebensmittelkarte. Die privaten Guthaben wurden in Höhe bis zu

1) Die rechtliche Grundlage für die Währungsreform bilden: SMAD-Befehl Nr. 111/1948 über die Durchführung der Währungsreform in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands vom 23. Juni 1948, ZVOBl. 1948, Seite 217; Verordnung über die Währungsreform in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands vom 21. Juni 1948, ZVOBl. 1948, Seite 220; Durchführungsbestimmungen zur Verordnung über die Währungsreform in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands vom 21. Juni 1948, ZVOBl. 1948, Seite 224; SMAD-Befehl Nr. 124/1948 über den Geldumtausch vom 24. Juli 1948, ZVOBl. 1948, Seite 294; Anordnung der Deutschen Wirtschaftskommission zur Regelung des Umtausches der im Umlauf befindlichen Reichsmark und Rentenmark mit aufgeklebten Spezialkupons in Deutsche Mark der Deutschen Notenbank vom 20. Juli 1948, ZVOBl. 1948, Seite 295.

1000 Mark im Verhältnis 5:1 (die ersten 100 Mark davon im Verhältnis 1:1) und die 1000 Mark übersteigenden Spareinlagen grundsätzlich im Verhältnis 10:1 umgetauscht. Bei Beträgen, die 5000 Mark überstiegen, mußte der rechtmäßige Erwerb nachgewiesen werden.

Das gesamte Bargeld in den Kassen von privaten Unternehmen, Organisationen und Anstalten wurde im Verhältnis 10:1 umgetauscht. Da gewerbliche Unternehmen (einschließlich Handwerksbetriebe) als Kassenhöchststand lediglich entweder 3000 Mark oder einen Betrag von 100 Mark je Beschäftigten halten durften¹⁾, war die Höchstgrenze der zum Umtausch gelangenden Kassenbestände bereits vorher festgelegt.

Beträge der laufenden und der anderen Konten erhielten die Industrieunternehmen in den Grenzen des wöchentlichen Umsatzes und der Lohnrückstände und die privaten Unternehmen in den Grenzen der wöchentlichen Lohnsumme im Verhältnis 1:1 umgetauscht. Darüber hinausgehende Beträge wurden gleichfalls im Verhältnis 10:1 abgewertet.

Dagegen wurden von der Währungsreform nicht die Guthaben und Kredite der staatlichen Verwaltungen und Organisationen sowie der inzwischen geschaffenen volkseigenen Betriebe berührt. Deren Guthaben wurden im Verhältnis 1:1 umgestellt.

In der zweiten Etappe der Währungsreform vom 25. - 28. Juli 1948 tauschte die Deutsche Notenbank die im Umlauf befindliche Kuponmark im Verhältnis 1:1 in Deutsche Mark der Deutschen Notenbank um²⁾. Außer dem dafür erforderlichen

1) Vergleiche Bekanntmachung der Deutschen Emissions- und Girobank betreffend Geldeinzahlungspflicht vom 15. Juni 1948, abgedruckt bei G. Kohlmeier und Ch. Dewey, Bankensystem, a.a.O., Seite 192 f.

2) Vergleiche SMAD-Befehl Nr. 124/1948 über den Geldumtausch vom 24. Juli 1948, a.a.O., Seite 294.

Betrag (an Deutscher Mark) durfte sie nur aufgrund eines Beschlusses der Deutschen Wirtschaftskommission Banknoten bis zur Höhe von 500 Millionen DM ausgeben.

Insgesamt wurden im Rahmen der Währungsreform rund 27 Milliarden Reichsmark und Rentenmark in annähernd 3,62 Milliarden sogenannter Kuponmark umgetauscht¹⁾. Zusammen mit der Emissionsreserve von 0,5 Milliarden machte das einen Gesamtbetrag von etwa 4,2 Milliarden sogenannter Kuponmark aus, von dem in der Zeit vom 24. - 28. Juli 1948 11 Millionen Kuponmark nicht zum Umtausch vorgelegt wurden. Der so verbliebene Emissionsbetrag von 4,11 Milliarden DM erhöht sich durch 57 Millionen Mark im Verkehr gebliebener Scheidemünzen²⁾. Dieser Umlaufbetrag von rund 4,17 Milliarden DM³⁾ wurde in voller Höhe durch Forderungen an die öffentliche Hand gedeckt. Im Verhältnis zu Westdeutschland war die Erstaussstattung deshalb so hoch⁴⁾, weil im Gegensatz zur westdeutschen Regelung auch die Kassenbestände der Banken voll umgetauscht wurden⁵⁾ und die Emissions- und Girobank eine Emissionsreserve zugeteilt erhielt. Dies

1) Vergleiche Gerhard Abeken, Das Geld- und Bankwesen in der Sowjetischen Besatzungszone und im Sowjetsektor Berlin von 1945 bis 1954, a.a.O., Seite 10. Abeken vermerkt dort, daß diese Zahlen einem internen Bericht des stellvertretenden Leiters der Finanzverwaltung der SMAD, Sitnin, entstammen, die dieser auf einer Konferenz der Finanzminister und Präsidenten der Emissions- und Girobanken am 30. Juni 1948 in Karlshorst gegeben hat.

2) Vergleiche Gerhard Abeken, a.a.O., Seite 10.

3) Vergleiche Horst Zimmermann, Günter Fraas und Manfred Rätzer, Geld und Kredit in der Deutschen Demokratischen Republik, (Ost-)Berlin 1957, Seite 289; ferner Hermann Fürst, Der Ausweis der Deutschen Notenbank, in: DFW, Jahrgang 3, 1949, Heft 12, Seite 351.

4) Nach einem Bericht der Bank deutscher Länder betrug in Westdeutschland das Gesamtneuvolumen aus Kopfquoten, Geschäftsbeträgen und Dotierung der öffentlichen Hand bis zum 3. Juli nur 5,7 Milliarden und davon 2,6 Milliarden Bargeldumlauf. (Nach DFW, Jahrgang 2, 1948, Heft 5/6, Seite 51.)

5) Vergleiche Verordnung über die Währungsreform in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands vom 21. Juni 1948, a.a.O., Abschnitt 11d.

erlaubte den sowjetzonalen Stellen auch, den Bargeldumlauf bis zum September 1953 konstant zu halten, was entsprechend propagandistisch ausgewertet wurde¹⁾, obwohl sich der Umlauf außerhalb der Banken von 3 Milliarden auf durchschnittlich 3,5 Milliarden erhöht hatte²⁾.

Die erste Satzung der Deutschen Notenbank vom 20. Juli 1948 sah noch vor, daß die "ausgegebenen Geldzeichen" durch Wechsel, Schecks, Anleihen und Schatzanweisungen gedeckt sein müssen³⁾. Diese Bestimmung ist durch das Gesetz über die Deutsche Notenbank vom 31. Oktober 1951 weggefallen. Darin heißt es lediglich, daß die Deutsche Notenbank den Geldumlauf regelt und "zu diesem Zweck für jedes Quartal einen Bargeldumsatzplan (Kassenplan)" ausarbeitet, eine Neu-Emission von Geldzeichen aber "nur auf Grund eines Beschlusses des Ministerrates" vornehmen darf⁴⁾.

b) Die Entstehung des Geldes
- Notenausgabe und Giralgeldschöpfung durch die
Deutsche Notenbank -

Die Deutsche Notenbank gewährt den volkseigenen Betrieben zur Realisierung ihrer Produktionsauflagen zu den vorhandenen eigenen Umlaufmitteln Kredite in der im Plan vorgesehenen Höhe. Auf diese Weise erwirbt sie Aktiva in der Form von Forderungen gegen die Betriebe und schreibt die entsprechenden Beträge auf deren Konten gut. Da die Deutsche

1) Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung hat festgestellt, daß im Jahre 1951 der wirkliche Bargeldumlauf um etwa 1,8 Milliarden Ostmark höher gelegen hat als theoretisch notwendig gewesen wäre. Siehe: Geld und Kredit in der heutigen Wirtschaftssituation der sowjetischen Besatzungszone, in: Wochenbericht des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) 1954, Berlin, Nr. 26.

2) Vergleiche H. Zimmermann, G. Fraas und M. Rätzer, Geld und Kredit ..., a.a.O., Seite 289.

3) Siehe ZVOBl. 1948, Seite 403, § 21.

4) Gesetz über die Deutsche Notenbank vom 31. Oktober 1951, GBl. 1951, Seite 991, § 3, Absatz 3 und § 2, Absatz 2.

Notenbank allein Noten ausgibt und fast ausschließlich kurzfristige Kredite gewährt, ist sie schlechthin das Instrument der Geldschöpfung in der Sowjetischen Besatzungszone.

Der Anstoß zur Schaffung des Geldes (Geldschöpfung) hängt aber nicht, wie in einer freiheitlichen Wirtschaftsordnung, vom Willen der Wirtschaftssubjekte ab, sich in einem gewissen Maße bei der Bank zu verschulden, sondern geht einzig und allein vom Staat aus. Die staatlichen Betriebe müssen sich allein deshalb bei der Deutschen Notenbank verschulden, weil mit Hilfe des vorgeschriebenen Richtsatzplankredites ihr Planverhalten kontrolliert werden soll.

Während in der Bundesrepublik die Zentralbank allein und unabhängig über eine Expansion oder Kontraktion der Zentralbankgeldmenge entscheidet, schafft die Deutsche Notenbank Geld ausschließlich auf Weisung des Staates.

In der Emissionsfondsdirektive und im Kreditplan bestimmt die Staatliche Plankommission das Geld- und Kreditvolumen für eine Planperiode. Geld entsteht so durch autonome Akte des Staates, auch wenn diese in der Praxis zum größten Teil in die Form der Kreditgewährung gekleidet sind.

Ein Zusammenhang zwischen Kreditgewährung und Geldschöpfung wird von den Geldtheoretikern in der Sowjetischen Besatzungszone geleugnet. Sie halten an der These von Karl Marx fest, daß die Geldfunktionen nur von einer Geldware (in der heutigen konkreten Situation: vom Gold) ausgeübt werden kann. Aus dieser falschen Hypothese schließen sie, daß es in der Sowjetischen Besatzungszone kein Kreditgeld gibt¹⁾. Die

1) Siehe Bericht über die Tagung des Arbeitskreises "Geldtheorie" am Institut für Wirtschaftswissenschaften bei der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin, in: DFW, Jahrgang 8, 1954, Heft 9, Seite 459 ff. Dort heißt es auf Seite 460 f: "In jeder Waren produzierenden Gesellschaft stellen wir fest, daß sich eine bestimmte Ware historisch als Geldware aus der Menge der übrigen Waren abgesondert hat, eine Ware, die zum allgemeinen Äquivalent in der Waren

Umstellung der sowjetzonalen Währung auf eine imaginäre Goldbasis hat zum Ziel, diese Theorie zu stützen.

c) Die Liquidität der Deutschen Notenbank

Die Deutsche Notenbank kann als Organ des Staates unbegrenzt Geld schaffen, ohne dabei ernsthaft in Liquiditätsschwierigkeiten zu geraten. Das Liquiditätsproblem bestünde überhaupt nur dann, wenn die Deutsche Notenbank Zahlungen in ausländischer Währung zu leisten hätte, die sie selbst nicht beschaffen kann. Die Möglichkeit der Schaffung von Geld ohne Rücksicht auf Liquiditätsschwierigkeiten beruht auf der Konstruktion der sowjetzonalen

produzierenden Gesellschaft erhoben wurde. Diesen bevorzugten Platz unter den Waren eroberte sich das Gold. Es wurde zu der Ware, in der alle anderen Waren ihren Wert ausdrücken ... Das Gold kann nun in seiner Funktion als Zirkulationsmittel durch Papier nicht ersetzt, sondern nur vertreten werden. Der Wert der Waren wird nicht im Wert des Papiers, sondern im Wert des Goldes ausgedrückt ... Das Kreditgeld beruht dagegen nicht auf der Goldgrundlage, seine Grundlage ist das kapitalistische Kreditsystem ... In der DDR ist die Basis des Kreditgeldes, die Wechselzirkulation in der volkseigenen Wirtschaft, verschwunden und damit das Kreditgeld selbst. Während das reelle Geld (das Gold: der Verfasser) und als solches auch das Papiergeld eine Kategorie der Warenproduktion schlechthin ist, ist das Kreditgeld eine typische Erscheinungsform der kapitalistischen Warenproduktion. Es entstand mit der Entwicklung des Kapitalismus und verschwindet mit ihm." Vergleiche ferner Günter Kohlmey, Das Geldsystem in der DDR, (Ost-)Berlin 1955 und Charles Dewey, Die Planung und Regulierung des Geldumlaufs in der DDR, (Ost-)Berlin 1956. Aus der sowjetischen Literatur sei zur These vom Gold als Geldware genannt: J. A. Kronrod, Das Geld in der sozialistischen Gesellschaft, Theoretischer Grundriß, Übersetzung aus dem Russischen nach der zweiten überarbeiteten Auflage, (Ost-)Berlin 1963, Seite 184 ff.

Wirtschaft. Außenhandel und Devisenbewirtschaftung sind wie in jeder anderen gelenkten Wirtschaft in den Händen des Staates zentralisiert. Ihre entsprechenden Organisationsformen finden sie im Außenhandels- und Valutamonomopol. Nur auf diese Weise kann der Staat die Waren- und Geldbewegungen effektiv planen, lenken und kontrollieren.

Außenhandelsmonopol des Staates bedeutet, daß sämtliche Im- und Exportgeschäfte durch den Staat selbst oder durch von ihm bevollmächtigte Außenhandelsorganisationen bzw. Betriebe abgewickelt werden. Die Einheit von Waren- und Geldbeziehungen macht es notwendig, das Außenhandelsmonopol durch das Valutamonomopol zu ergänzen. Das heißt, die Geldbeziehungen zum Ausland müssen abgeschirmt, alle Devisen zentral durch die Staatsbank erfaßt und ihre Verwendung im Plan der Devisenbewegungen festgelegt werden. Dazu bedarf es einer staatlichen Organisation der Devisenwirtschaft, die im Falle der Sowjetischen Besatzungszone auf eine totale Regelung des Zahlungsverkehrs mit dem Ausland hinausläuft. Außenhandels- und Valutamonomopol bedingen sich gegenseitig und sind eine politisch-ökonomische Notwendigkeit jeder Zentralverwaltungswirtschaft.

Ihre Zahlungsmittel kann die Deutsche Notenbank deshalb nur in dem im Devisen- und Valutaplan vorgesehenen Umfange in ausländische Währung eintauschen. Außer für den Bezug von Waren aus dem sogenannten kapitalistischen Ausland sind Devisen kaum erforderlich, da die gebräuchlichste Form des Außenhandelsgeschäftes auf bilateralen Verträgen mit ausgeglichenen Austauschwerten beruht. Von vornherein wird der Export auf die Importe abgestimmt, die zur Komplettierung der eigenen Industrieanlagen und der allgemeinen Versorgung notwendig sind. Außerhalb des Planes können staatliche Außenhandelsorganisationen und Betriebe keine ausländischen Zahlungsmittel anfordern und erwerben.

Infolge dieses Außenhandels-, Devisen- und Valutamonomopols

ist die Außenwirtschaft von der Binnenwirtschaft scharf getrennt und die sowjetzonale Währung eine reine Binnenwährung. Die sowjetzonale Wirtschaft darf deshalb als eine geschlossene Volkswirtschaft betrachtet werden. Berücksichtigt man weiter die Tatsache, daß die Bankinstitute außer der Deutschen Notenbank bei der kurzfristigen Kreditgewährung und in ihrer sonstigen Geschäftigkeit eine völlig untergeordnete Rolle spielen und die Deutsche Investitionsbank in der Hauptsache Haushaltsmittel verteilt und in bescheidenem Umfange langfristige Kredite ausreicht, dann gibt es in der Sowjetischen Besatzungszone nur ein dominierendes zentrales Bankinstitut¹⁾. Deshalb gilt dort, was Erich Schneider über das Modell des einstufigen Bankensystems in einer geschlossenen Volkswirtschaft ausführt²⁾.

Die Deutsche Notenbank ist immer liquide - sowohl in dem Sinne, daß sie niemals zahlungsunfähig werden kann als auch in dem Sinne, daß sie jederzeit Kredite gewähren kann. Somit sind der Deutschen Notenbank bei der Geldschöpfung keine anderen Grenzen gezogen als die, die sie sich selbst setzt oder die ihr vom Staat vorgeschrieben werden, denn sie schafft selbst die Zahlungs- und Verrechnungsmittel darstellenden Forderungen.

Daran könnte grundsätzlich auch das Erfordernis einer Umwandlung von Giralgeld in Noten nichts ändern, denn die Deutsche Notenbank kann theoretisch als Geschäftsbank unbegrenzt Sichtguthaben in Noten umwandeln oder als Notenbank in dem gewünschten Maße Noten emittieren.

1) Die dominierende Rolle der Deutschen Notenbank bei der Vergabe von kurzfristigen Krediten wird sichtbar aus dem Anteil der Deutschen Notenbank an der Gewährung kurzfristiger Kredite.

2) Siehe Erich Schneider, Einführung in die Volkswirtschaftstheorie, III. Teil, Geld, Kredit, Volkseinkommen und Beschäftigung, Zweite, verbesserte Auflage, Tübingen 1953, Seite 23.

Wenn sie das Bargeldvolumen dennoch bewußt niedrig hält, dann nur deshalb, um unkontrollierbare Bargeldzahlungen seitens der Betriebe zu verhindern, die ein Abweichen von den Planvorschriften ermöglichen könnten. Deshalb dürfen die Betriebe das im Zuge der Kreditgewährung geschaffene Giralgeld auch nur für bestimmte Zwecke in Bargeld (definitives Geld) abfordern. Ein Verstoß gegen diese Vorschrift ist nahezu unmöglich, da die Deutsche Notenbank allein für alle Betriebe mit mehr als zehn Beschäftigten zwangsweise die Konten führt und somit ungesetzliche Umwandlungen von Giralgeld in Bargeld verhindern kann¹⁾.

Den Kreditplan und die Emissionsfondsdirektive setzt die Staatliche Plankommission nach den Erfordernissen des Volkswirtschaftsplanes fest. Dem Verfasser ist nicht bekannt, daß dabei Liquiditätserwägungen irgendeine Rolle spielten. Somit gibt es keine institutionelle Sicherung der Währung²⁾. Daran ändert auch nichts die Umstellung der sowjetzonalen Währung auf "Goldbasis".

d) Die Umstellung der sowjetzonalen Währung auf eine imaginäre Goldbasis

Im Oktober 1953 wurde die sowjetzonale Währung auf "Goldbasis" umgestellt³⁾, der Deutschen Notenbank aber eine

1) Vergleiche dazu den Abschnitt über die Kontoführung der Deutschen Notenbank, Seite 118 ff.

2) Im § 2 des Gesetzes über die Deutsche Notenbank vom 31. Oktober 1951, a.a.O., heißt es lediglich, daß eine Neu-Emission von Geldzeichen nur aufgrund eines Beschlusses des Ministerrates erfolgen kann. Verbindliche Deckungsvorschriften oder gesetzliche Begrenzungen gibt es in der Sowjetischen Besatzungszone nicht.

3) Siehe Bekanntmachung des Beschlusses über die Festsetzung des Goldgehaltes der Deutschen Mark der Deutschen Notenbank vom 29. Oktober 1953, GBl. 1953, Seite 1089.

Deckung der Emissionen nicht zur Auflage gemacht. Die Ausgabe von Noten erfolgt weiterhin durch Beschluß der sowjetzonalen Regierung, und das Giralgeld entsteht durch autoritäre Kreditschöpfungsakte der Deutschen Notenbank. Mit Recht bezeichnet deshalb Siegfried Friebe das sowjetzonale Geld als "autoritär geschaffenes Willkürgeld"¹⁾.

Wenn wir unter Goldwährung ein Währungssystem verstehen, in dem Gold entweder gesetzliches Zahlungsmittel ist (Goldumlaufswährung) oder Geld jederzeit in Gold eingelöst werden kann, dann hat die sowjetzonale Währung mit Goldwährung überhaupt nichts zu tun.

1) Die Deutsche Notenbank ist nicht verpflichtet, Noten in Gold einzutauschen. Die Bevölkerung in Mitteldeutschland kann Gold zu dem offiziell festgesetzten Preis nicht kaufen. Daher hat der amtlich festgelegte Goldgehalt der DM-Ost für die Bevölkerung keinerlei praktische Bedeutung. Diese staatliche Fixierung des Goldwertes des Geldes ist vielmehr in höchstem Maße irrelevant, wenn man sich zum Beispiel vergegenwärtigt, daß eine volkseigene Gold- und Silberscheideanstalt in einer Annonce für das Gramm Feingold außer dem amtlichen Kaufpreis von 3,20 DM-Ost noch eine "Prämie" von 18,-- DM-Ost bot, mithin 21,20 DM-Ost oder das Sechseinhalbfache des "Goldgehaltes" dieser Währung²⁾.

2) Daß es sich bei der sowjetzonalen Währung um keine echte Goldwährung handelt, zeigt weiter die Tatsache, daß sie an keiner Börse gehandelt wird, obwohl der Goldgehalt der sowjetzonalen Währung auf 0,399902 Gramm Feingold je DM-Ost festgesetzt wurde. Aufgrund dieser "Goldbasis" ist

1) Siegfried Friebe, Das Kreditwesen in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, Bonn 1958, Seite 20.

2) Vergleiche Fritz Ullrich Pack, Der 'Schwindelkurs', Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 12.12.1957.

die Deutsche Notenbank auch ermächtigt, die Wechselkurse festzulegen. Danach ergibt sich eine Relation der Ostmark zum US-Dollar von 2,22 DM-Ost¹⁾. Die "Devisenumrechnungskurse" stehen jedoch in einem krassen Gegensatz zur Bewertung der Ostmark außerhalb des Ostblocks.

3) Die amtliche These, "Gold sei die Währungsgrundlage des sozialistischen Geldes"²⁾, bezweifeln selbst Vertreter des sowjetischen Wirtschaftssystems. Nach Stefan Varga ist diese These falsch, weil sich "eine Goldwährung" "ohne gewisse Spontaneitäten nicht vorstellen läßt"³⁾. "In der Währung der sozialistischen Länder dürfen aber dergleichen Spontaneitäten nicht aufkommen"⁴⁾. Deshalb kann auch die sowjetzonale Währung keine Goldwährung sein.

1) Die Devisenumrechnungssätze der Deutschen Notenbank sind abgedruckt in: Der Außenhandel, (Ost-)Berlin, Jahrgang 4, 1954, Nr. 38, Seite 831; ferner Martin Schmidt, Die Leipziger Messe und der Kurs der Deutschen Mark der Deutschen Notenbank, in: Der Außenhandel, a.a.O., Jahrgang 5, 1955, Heft 5, Seite 157 f.

2) Siehe Stefan Varga, Wesen und Funktionen des Geldes im "Sozialismus", in: Offene Welt, Zeitschrift für Wirtschaft, Politik und Gesellschaft, Köln und Opladen, Juni 1962, Nr. 76, Seite 196.

3) Stefan Varga, Wesen und Funktionen des Geldes im "Sozialismus", a.a.O., Seite 196.

4) Stefan Varga, Wesen und Funktionen des Geldes im "Sozialismus", a.a.O., Seite 196 f. In diesem Sinne besagt Spontaneität, daß sich die wirtschaftenden Menschen in ihrem Handeln von einzelwirtschaftlichen Interessen leiten lassen, was sich mit einer zentralen Planung und Lenkung des Wirtschaftsprozesses nur schwer vereinbaren läßt, weil die privaten Interessen sehr oft den staatlichen diametral entgegenstehen.

2. Die Kontrolle des Bargeldumlaufs und der Bargeldverwendung

Den Fragen des Bargeldumlaufs und insbesondere der Anpassung der Bargeldmenge an den echten Bedarf wird eine weit größere Beachtung geschenkt als der Regulierung des Giralgeldvolumens, das die Deutsche Notenbank durch die verschiedenen bargeldlosen Verrechnungsmethoden und die zentrale Kreditplanung sowie Kreditvergabe ausreichend unter Kontrolle halten zu können glaubt.

Vom Giralgeld können in der Tat keine ernsthaften Störungen des Wirtschaftsprozesses ausgehen, weil es bei der Deutschen Notenbank konzentriert ist und Bargeldabhebungen nur für wenige Zwecke erlaubt sind¹⁾. Damit hat die Deutsche Notenbank den Geldumlauf scharf in zwei Sphären getrennt: in die Bargeld- und in die Giralgeldsphäre. Da somit der unmittelbare Zusammenhang zwischen Bar- und Giralgeld aufgehoben ist, sind Auswirkungen der Kreditgewährung auf den Bargeldumlauf zum Teil eliminiert und eine übermäßige Versorgung mit Giralgeld relativ ungefährlich.

Dennoch bereitet den Planungsinstanzen der Bargeldumlauf große Sorge. Sie haben Mühe, das Bargeld als systemfremdes Mittel zur Verteilung des Sozialproduktes in das zentrale Planungssystem einzuordnen. Die Verfügung über Bargeld verleiht den einzelnen Wirtschaftssubjekten Handlungsfreiheit und damit die Möglichkeit, von der Planaufgabe abzuweichen. Deshalb unterwirft es die Deutsche Notenbank einer besonders strengen Planung und Kontrolle. Dafür reichen die uns bekannten Mittel der Geldmengenregulierung einer Notenbank in einem freien Wirtschaftssystem wie Diskont-, Offenmarkt- und Mindestreservenpolitik sowie Kreditselektionen

1) Siehe Gesetz zur Regelung des Zahlungsverkehrs vom 21. April 1950, GBl. 1950, Seite 355 und die Fünfte Durchführungsbestimmung zum Gesetz über die Deutsche Notenbank - Verrechnung von Geldforderungen und Geldverbindlichkeiten aus Warenlieferungen und Leistungen im Bereich der sozialistischen und privaten Wirtschaft - vom 28. April 1955, GBl. 1955, Teil I, Seite 327, § 1.

bei weitem nicht aus. Sie werden durch systemtypische Zwangsmaßnahmen wie Kontoführungspflicht, Bargeldverwendungsbestimmungen, eine vollkommene Bargeld- und Kreditplanung und eine umfassende monetäre Kontrolle ersetzt.

a) Die Kontoführungspflicht und die Beschränkung der Bargeldzahlungen

Die Kontoführungs- und Bargeldeinzahlungspflicht sowie die Beschränkung der Bargeldauszahlungen ordnete die Deutsche Wirtschaftskommission bereits während der Durchführung der Währungsreform unmittelbar an die Ausgabe von Reichsmark mit aufgeklebten Spezialkupons an¹⁾.

Mit der Vorbereitung des ersten Fünfjahrplanes wurden diese Bestimmungen konkreter gefaßt²⁾.

Seither sind in der Sowjetischen Besatzungszone kontoführungspflichtig³⁾:

- (1) Verwaltungen, Körperschaften und Anstalten des öffentlichen Rechts, volkseigene Betriebe, eingetragene Vereine und alle sonstigen juristischen Personen oder Gesellschaften mit Ausnahme der Postsparkassen,

1) Siehe hierzu Anordnung der Deutschen Wirtschaftskommission über die Bargeldeinzahlungspflicht der Selbstverwaltung, Körperschaften und Organisationen vom 3. Juli 1948; Anordnung der Deutschen Wirtschaftskommission betreffend die Beschränkung der Barauszahlungen vom 7. Juli 1948 und die Anordnung der Deutschen Wirtschaftskommission über die Regelung des Bargeldumlaufs und des bargeldlosen Zahlungsverkehrs vom 7. Juli 1948 - sämtlich abgedruckt bei G. Kohlmei und Ch. Dewey, Bankensystem ..., a.a.O., Seite 230 ff.

2) Vergleiche Gesetz über die Regelung des Zahlungsverkehrs vom 21. April 1950, GBl. 1950, Teil I, Seite 355.

3) Siehe Gesetz über die Regelung des Zahlungsverkehrs vom 21. April 1950, a.a.O., § 2 und die Vierte Durchführungsbestimmung zum Gesetz über die Regelung des Zahlungsverkehrs vom 19. März 1959, GBl. 1959, Teil I, Seite 240, § 2.

- (2) a) alle sonstigen Industriebetriebe und Großhandelsunternehmen,
- b) die übrigen Gewerbebetriebe, soweit sie einen Umsatz von mehr als jährlich 20.000,-- DM-Ost haben¹⁾,
- (3) alle Haus- und Grundstückseigentümer, Vermieter, Verpächter und Verwalter, deren monatliche Miet- oder Pachtingänge 250,-- DM-Ost übersteigen,
- (4) diejenigen Angehörigen freier Berufe, die drei und mehr Arbeiter oder Angestellte beschäftigen²⁾.

Zunächst durften sich die Kontoführungspflichtigen ihre Bankverbindung noch selbst wählen. Ab 1. Januar 1952 wurden sie zur besseren Plankontrolle einzelnen Kreditinstituten zugewiesen³⁾. Seitdem führt die Deutsche Notenbank die Konten von allen volkseigenen und genossenschaftlichen sowie privaten Betrieben mit mehr als zehn Beschäftigten. Handwerksbetriebe und private Industrie-, Einzelhandels- und Verkehrsunternehmen mit weniger als zehn Beschäftigten können wählen, ob sie ihre Konten bei der Sparkasse oder bei einem genossenschaftlichen Kreditinstitut einrichten wollen, und die Konten für die Landwirtschaft unterhalten die Vereinigungen der gegenseitigen Bauernhilfe - Bäuerliche Handelsgenossenschaften.

1) Hinsichtlich der Kontoführungspflicht der Handwerker ist in der Vierten Durchführungsbestimmung zum Gesetz über die Regelung des Zahlungsverkehrs vom 19. März 1959, GBl. 1959, Teil I, Seite 240, folgendes bestimmt worden:

Von den Handwerkern sind kontoführungspflichtig:

- a) die Betriebe des Nahrungsmittelhandwerks (Bäcker, Konditoren, Fleischer, Roßschlächter, Müller, Brauer usw.);
- b) alle übrigen Handwerksbetriebe, die nach Gesetz vom 12. März 1958 über die Besteuerung des Handwerks (GBl. 1958, Teil I, Seite 262) einen Jahressteuerbetrag von insgesamt mehr als 1.200,-- DM zu entrichten haben.

2) Sie dürfen das Pflichtkonto auch als Postscheckkonto unterhalten.

3) Vergleiche Erste Durchführungsbestimmung zum Gesetz

Über diese Konten können die Inhaber nur beschränkt frei verfügen. Reichen die vorhandenen Mittel zur Befriedigung aller Forderungen nicht aus, so hat die Deutsche Notenbank die Zahlungsaufträge in einer bestimmten Reihenfolge auszuführen: Arbeitslöhne, Beiträge an die Sozialversicherung, Abführungen an den Staatshaushalt, Forderungen der Lieferanten und zuletzt die Abdeckung überfälliger Kredite¹⁾.

Somit erhält die notwendige Unterhaltung eines Kontos für die Abwicklung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs den Charakter einer Zwangsmaßnahme, durch die die Deutsche Notenbank sämtliche finanziellen Transaktionen aller für die Volkswirtschaft interessanten Betriebe erfassen und kontrollieren kann.

Zur Vereinfachung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs dürfen die Kontoführungspflichtigen zusätzlich sogenannte gebundene Postscheckkonten unterhalten^{2) 3)}, von denen jedoch Barentnahmen durch Schecks oder Zahlungsanweisung nicht gestattet sind⁴⁾.

über die Deutsche Notenbank vom 8. November 1951, GBl. 1951, Seite 1005; ferner DFW, Jahrgang 5, 1951, Heft 22, Seite 440.

1) Vergleiche Greta Kuckhoff, Der Kampf um die Durchsetzung der neuen Kreditierungsmethoden und ihre Hilfe für die Wirtschaft der DDR, in: DFW, Jahrgang 10, 1956, Heft 1, Seite 8 und Verordnung über die Gewährung kurzfristiger Kredite zur Finanzierung von Beständen und Forderungen vom 23. März 1961, GBl. 1961, Teil II, Seite 123, § 10.

2) Gebundene Postscheckkonten sind Konten, über die die kontoführungspflichtigen Inhaber ausschließlich bargeldlos verfügen dürfen.

3) Siehe Erläuterungen zu der Verordnung über die Einrichtung besonderer Postscheckkonten vom 13. Mai 1950, abgedruckt bei G. Kohlmeier und Ch. Dewey, Bankensystem ..., a.a.O., Seite 330 ff.

4) Kontoführungspflichtige, die ihr Pflichtkonto bei Postscheckämtern unterhalten, benötigen für Bargeldabhebungen eine besondere Genehmigung. Vergleiche Verordnung über die Einrichtung besonderer Postscheckkonten vom 13. Mai 1950, GBl. 1950, Seite 436.

Freie Postscheckkonten, von denen Barabhebungen ohne besondere Genehmigung erlaubt sind, dürfen nur Personen eröffnen, die nicht kontoführungspflichtig sind.

Damit die Deutsche Notenbank eine hinreichende Kontrolle über die Geldbewegungen ausüben kann, sind die Kontoführungspflichtigen gezwungen, den Zahlungsverkehr bargeldlos abzuwickeln und sämtliche Bargelderlöse, die ein von der Deutschen Notenbank festgesetztes Kassenlimit überschreiten, unverzüglich an das kontoführende Kreditinstitut abzuführen^{1) 2)}.

Die Zahlung mit Hilfe von Bargeld ist ihnen nur noch für wenige im Gesetz genannte Verwendungszwecke erlaubt. Mit Ausnahme von Kleinausgaben für den täglichen Bedarf, die nicht bargeldlos vorgenommen werden können und im Einzelfalle 100 DM nicht überschreiten dürfen³⁾, stellen die Kreditinstitute Bargeld nur noch bereit für⁴⁾:

- a) die Auszahlung von Löhnen, Gehältern und Lohnnebenkosten,
- b) Prämien, Stipendien, Renten (soziale Aufwendungen),

1) Vergleiche Gesetz zur Regelung des Zahlungsverkehrs vom 21. April 1950, a.a.O., § 3. Zunächst ging es der Deutschen Notenbank nur darum, die vor der Währungsreform infolge der großen Bargeldmenge eingerissenen Sitten, Zahlungen auch für größere Warenumsätze in bar zu tätigen, radikal zu ändern. Vergleiche hierzu Präambel zur Anordnung über die Regelung des Bargeldumlaufs und die Regelung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs vom 7. Juli 1948, ZVOBl. 1948, Seite 376.

2) Zur Kontrolle führt die Bank für die Bargeldplanungspflichtigen besondere Plankontrollkarten und für die restlichen Kontoführungspflichtigen "Strichlisten". Siehe Helmut Egerland, Vereinfachung im Bargeldsektor notwendig, in: DFW, Jahrgang 10, 1956, Heft 18, Seite 869.

3) Siehe Vierte Durchführungsbestimmung zum Gesetz über die Regelung des Zahlungsverkehrs vom 19. März, GBl. 1959, Teil I, Seite 240, § 6. Bis zu ihrem Erlass galten als Kleinausgaben nur Beträge bis 50,-- DM. Siehe dazu Zweite Durchführungsbestimmung über die Regelung des Zahlungsverkehrs vom 28. Juni 1950, § 9, Absatz 2, GBl. 1950, Teil I, Seite 630.

4) Siehe Vierte Durchführungsbestimmung zum Gesetz über die Regelung des Zahlungsverkehrs vom 19. März 1959, a.a.O., § 6.

- c) den Aufkauf landwirtschaftlicher Erzeugnisse, soweit die gesetzlichen Bestimmungen hierfür Barzahlungen vorsehen,
- d) die Verteilung des Einkommens der sozialistischen Genossenschaften an ihre Mitglieder und
- e) Privatentnahmen.

Auf der Rückseite der Auszahlungsbelege müssen die Kontoführungspflichtigen den Verwendungszweck quittieren. Zur Überprüfung der Notwendigkeit der Bargeldabforderungen und ihrer Verwendung läßt sich die Deutsche Notenbank zum Beispiel Lohnlisten oder Dienstreisenachweise vorlegen. Das Bargeldverwendungsverbot ist so umfassend, daß selbst Zahlungen an Privatpersonen, die kein Konto unterhalten, bargeldlos erfolgen müssen, obwohl den Empfängern durch die Einlösung von Schecks zusätzliche Mühen entstehen.

Bei größeren Barabhebungen vom Konto eines Nichtkontoführungspflichtigen sollen die Kreditinstitute die Herkunft der Gutschrift prüfen, um zu verhindern, daß die Bargeldbestimmungen durch die Überweisung auf solch ein Konto umgangen werden¹⁾.

Dieser strengen Reglementierung versuchen sich die Betriebe auf jede mögliche Weise zu entziehen. So bestritten sie zum Beispiel zeitweilig verbotene Bargeldausgaben aus den Einnahmen ihrer Werksküchen und Kantinenbetriebe, bis ihnen die Deutsche Notenbank die Auflage machte, dafür bis zum 31. Dezember 1952 Unterkonten zu eröffnen, auf die seitdem laufend alle derartigen Bareinnahmen einzuzahlen sind²⁾. Erst seit 1959 dürfen die Kontoführungspflichtigen Barzahlungen aus der Tageskasse, sogenannte Kompensationen, vornehmen.

1) Vergleiche H. Zimmermann, G. Fraas, M. Rätzer, Geld und Kredit ..., a.a.O., Seite 285.

2) Vergleiche Karl Labbert, Gedanken zur Bargeldlenkung im volkseigenen Sektor, in: DFW, Jahrgang 7, 1953, Heft 9, Seite 483.

Um den Geld- und Kreditinstituten und besonders der Deutschen Notenbank die Kontrolle über die Bargeldverwendung zu erleichtern, haben die Betriebe über ihren Bargeldzahlungsverkehr einen einwandfreien Nachweis zu führen. Die laufenden Aufzeichnungen müssen Angaben über den Tag und den Sachbetreff der Zahlung, die Bargeldeinnahmen und -ausgaben sowie den täglichen Kassenbestand enthalten.

b) Die Bargeldplanung

Die Bargeldplanung ist ein Versuch, die für eine reibungslose Zirkulation notwendige Bargeldmenge zu ermitteln, das heißt, die Kassenhaltung der Betriebe und Privathaushalte auf den plandeterminierten Bedarf an Zahlungsmitteln für Transaktionszwecke, für sonstige in bar zu regulierende Zahlungsverpflichtungen und die für die Ersparnisbildung benötigte Summe zu beschränken¹⁾.

Das banktechnische Instrument dafür ist der Bargeldumsatzplan (BUP)²⁾, den die Deutsche Notenbank aus der Bilanz der Geldeinnahmen und -ausgaben der Bevölkerung ermittelt. Mit seiner Hilfe soll der Bargeldumlauf so exakt an die einzelnen Wirtschaftsprozesse angepaßt werden, daß deren monetäre Kontrolle möglich ist. Anhand des Bargeldumsatzplanes sollen die Filialen der Deutschen Notenbank durch die Überwachung der Ein- und Auszahlungen von Bargeld die im Volkswirtschaftsplan gestellten Produktions- und Zirkulationsaufgaben der staatlichen und genossenschaftlichen Betriebe kontrollieren und die neuralgischen Punkte genau analysieren, um festzustellen, worauf die Nichterfüllung des Planes zurückzuführen ist.

1) Vergleiche Gertraud Menz, Das sowjetische Bankensystem, Band 17 der Wirtschaftswissenschaftlichen Veröffentlichungen des Osteuropa-Instituts an der Freien Universität Berlin, Herausgegeben von Karl C. Thalheim, Berlin 1963, Seite 133.

2) Vergleiche Zweite Durchführungsbestimmung zum Gesetz über die Deutsche Notenbank vom 15. November 1951, GBl. 1951, Seite 1061.

aa) Die Bilanz der Geldeinnahmen und -ausgaben der Bevölkerung

Durch die Bargeldverwendungsbestimmungen ist die Bargeldzirkulation im wesentlichen auf den Einkommenskreislauf beschränkt. Um einen notwendigen Überblick über die Höhe der an die Privathaushalte fließenden Geldströme und ihren Verlauf zu erhalten, stellt die Staatliche Plankommission im Rahmen der Volkswirtschaftsplanung sogenannte Bilanzen der Geldeinnahmen und -ausgaben der Bevölkerung auf, in denen die aus den verschiedenen Quellen fließenden Einnahmen und die möglichen Verwendungen erfaßt werden sollen.

Auf der Einnahmenseite der Geldbilanz errechnet sie anhand bestimmter Kennziffern (Produktionsumfang, Arbeitsproduktivität, Zahl der Beschäftigten und deren Arbeitsentgelt) den Lohnfonds¹⁾ - der etwa 70 vH aller Geldeinnahmen der Bevölkerung ausmacht²⁾ - und die Renten, Stipendien etc. Die Einkünfte der kollektivierten Bauern und Handwerker beziehungsweise der verbliebenen Selbständigen schätzt sie aus den Kennziffern für den Warenumsatz einschließlich der Dienstleistungen³⁾. Auf der anderen Seite hält die Staatliche Plankommission insbesondere die Ausgaben für den Warenumsatz und die Dienstleistungen fest⁴⁾.

Die Bilanz der Geldeinnahmen und -ausgaben der Bevölkerung wird für die Zone insgesamt und ihre einzelnen Bezirke

1) Vergleiche dazu Seite 152 ff.

2) Im ersten Halbjahr 1960 betrug der Anteil der Geldeinnahmen der Arbeiter und Angestellten an den Gesamteinnahmen der Bevölkerung 67,2 vH. Siehe Walter Ziemer, Die Entwicklung der Geldeinnahmen und Ausgaben der Bevölkerung im 1. Halbjahr 1960, in: DFW (Geld und Kredit/Versicherung), Jahrgang 14, 1960, Heft 17, Seite 330.

3) Vergleiche W. W. Ikonnikow, Geld- und Kreditwesen in der UdSSR, Übersetzung aus dem Russischen, (Ost-)Berlin 1954, Seite 341.

4) Zur Gliederung der Bilanz vergleiche Alfred Keck, Die Bilanz der Geldeinnahmen und -ausgaben der Bevölkerung - Aufgaben/Aufstellung/Analyse, (Ost-)Berlin 1956, Seite 8 und zur Aufstellung der Bilanz Seite 59 ff.

ex ante aufgestellt. Sie enthält aber nicht die Gewinne der staatlichen Betriebe und ist schon deshalb nicht mit dem Volkseinkommen in der Bundesrepublik zu vergleichen.

Durch die Aufstellung der Geldbilanzen versucht die Staatliche Plankommission, verschiedene, eng miteinander zusammenhängende Aufgaben zu lösen¹⁾:

1) Die Abstimmung von Kaufkraft und Konsumgüterangebot

Nach wie vor gilt es, geplante Produktionsziele und feste Zuwachsraten zu realisieren. Das bedingt auch eine verbindliche Fixierung des Konsumgüterangebots. Es wird über die Geldbilanzen mit der Kaufkraft der Bevölkerung abgestimmt. Da der Preismechanismus, der automatisch einen Ausgleich zwischen Gesamtgüterangebot und Gesamtnachfrage schafft, außer Kraft gesetzt ist, muß die Zentrale selbst die geplante Konsumgütermenge mit dem Gesamtgeldeinkommen in ein richtiges Verhältnis bringen. Dabei muß sie berücksichtigen, daß langfristige Investitionen laufend Einkommen schaffen, ohne daß im selben Maße das Konsumgüterangebot steigt. Daraus ergibt sich für sie die Aufgabe, den Preis für jedes einzelne Gut so anzusetzen, daß unter Berücksichtigung der Spartätigkeit und der Steuer- und Abgabenzahlung am Ende einer Periode der Summe der Geldeinkommen eine entsprechende Summe der Preise aller Güter und Dienstleistungen gegenübersteht. Das kann die Staatliche Plankommission, weil Produktion und Verteilung streng voneinander getrennte Vorgänge sind und zwischen Investitions- und Konsumgüterpreisen kein funktionaler Zusammenhang besteht.

Mit dem Erzielen eines formalen Gleichgewichts von 'Kauf-

1) Vergleiche Alfred Keck, a.a.O., Seite 24 ff; ferner Paul Frenzel, Möglichkeiten, Grenzen und Perspektiven örtlicher Geldbilanzen, in: DFW (Sammelausgabe), Jahrgang 16, 1962, Heft 9, Seite 17 ff.

fonds'¹⁾ und 'Warenfonds' ist aber noch nicht garantiert, daß in jedem Falle das zentral geplante Angebot und die monetäre Nachfrage übereinstimmen. Die Schwierigkeit besteht nämlich darin, die Preise so zu bemessen, daß im Endeffekt weder Güter unabsetzbar bleiben noch Verknappungen eintreten können. In der Wirtschaftspraxis läßt sich immer wieder beobachten, daß auch bei exakter Gesamtbilanzierung von Kauf- und Warenfonds einzelne Wünsche mit Kaufkraft ausgestatteter Nachfrager unbefriedigt bleiben, während andererseits Waren zu gegebenen Preisen, zu bestimmten Zeitpunkten und an bestimmten Orten nicht absetzbar sind. Mit dem Aufstellen der globalen Geldbilanz ist das Problem der Verteilung also noch nicht gelöst.

2) Die Ermittlung der kaufkräftigen Nachfrage in den einzelnen Bezirken und Kreisen

Eine fast noch wichtigere Aufgabe als die Gesamtabstimmung ist die Ermittlung der mutmaßlich zu erwartenden kaufkräftigen Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen in den einzelnen Bezirken und Kreisen²⁾. Die dafür aufgestellten Regionalgeldbilanzen sollen dem Handel helfen, das Konsumgüter- und Dienstleistungsangebot richtig nach Sortiment und Menge auf die Verkaufsstellen zu verteilen. Die richtige Anpassung des Warenangebots an die Struktur der Nachfrage ist eine Voraussetzung dafür, daß es nicht zu ernsthaften Versorgungsschwierigkeiten und zu einer unerwünschten Erhöhung der Kassenhaltung der einzelnen Wirtschaftssubjekte kommt.

1) "Der Kauffonds der Bevölkerung ist ein für den Kauf von Waren im Einzelhandel bestimmter Fonds der Einnahmen der Bevölkerung". Alfred Keck, a.a.O., Seite 23. Er ist also die Größe, die verbleibt, wenn von den Einnahmen der Bevölkerung die Ausgaben für Steuern, Sozialversicherung und Anleihen abgezogen werden.

2) Erst seit 1958 werden in den Kreisen Geldbilanzen aufgestellt. Vergleiche dazu Karl-Heinz Weber, Die Bilanz der Einnahmen und Ausgaben der Bevölkerung und die örtlichen Organe, in: DFW (Sammelausgabe), Jahrgang 12, 1958, Heft 1, Seite 4. Allerdings bestehen dabei noch immer besondere

Die Beibehaltung des Geldes vereinfacht zwar wesentlich die Verteilung der Konsumgüter und verbessert an sich auch die Versorgung der Bevölkerung, sie behebt aber keineswegs die praktisch-organisatorischen Schwierigkeiten, die sich aus der zentralen Planung und Lenkung des Produktions- und Verteilungsprozesses notwendig ergeben.

Auch die Aufstellung von Regionalbilanzen hat es nicht vermocht, die Initiative des privaten Handels und die Steuerungsfunktion sich frei bildender Preise zu ersetzen. Das bezeugen die ständigen Klagen über die schlechte Verteilung und die Forderungen, die Warenbereitstellung noch "bedeutend zu verbessern"¹⁾.

Obwohl die Zentrale an der unterschiedlichen Absatzgeschwindigkeit der Güter, an dem Bilden von 'Schlangen' vor den Verkaufsstellen besonders begehrter und preisgünstiger Güter erkennen kann, welche über und welche unter dem partiellen Gleichgewicht liegen, ist bei der Schwerfälligkeit des staatlichen Handels und den zentral fixierten Preisen auch in Zukunft eine reibungslose Versorgung der Bevölkerung nicht zu erwarten.

3) Die Errechnung der Sparquote

Die Höhe und die Verteilung des Einkommens bestimmen nicht nur die Zusammensetzung der nachgefragten Güter und Dienstleistungen, sondern auch die Sparquote. Unter Berücksichtigung der Sparneigung der verschiedenen Einkommensgruppen schätzt die Staatliche Plankommission den zu erwartenden Zuwachs der Spareinlagen.

Schwierigkeiten, weil bisher noch keine rechtzeitige und zusammengefaßte Lohnfondsplanung für die Kreise erfolgt. Vergleiche hierzu Hans-Georg Raunigk, Wie sollen die Kauffondsberechnungen in den Kreisen vorgenommen werden, in: DFW (Sammelausgabe), Jahrgang 16, 1962, Heft 14, Seite 9.

¹⁾ Alfred Keck, a.a.O., Seite 5; vergleiche ferner die Ausführungen von Frau Dr. Wittkowski im Neuen Deutschland vom 21. März 1961, Seite 4, "daß die Maßnahmen zur Leitung, Planung und Organisation auf dem Gebiet der Versorgung" "in stärkerem Maße in den Vordergrund" rücken müssen.

Sie begnügt sich aber keineswegs damit, allein die Sparneigung zu registrieren, sondern sie versucht, durch eine aktive Beeinflussung der Sparrate auftretende "Diskrepanzen zwischen Kaufkraft und Warendecke auszugleichen"¹⁾.

Bleibt jedoch die Produktion von Konsumgütern so weit hinter den Produktionszielen zurück, daß ein Ausgleich durch die Beeinflussung der Sparrate nicht möglich ist, dann kann der Überschuß auf der Einnahmenseite nicht ausgegeben werden, und es bildet sich ein Kaufkraftüberhang.

4) Die Aufstellung des Bargeldumsatzplanes

Schließlich bildet die Geldbilanz die Grundlage für die Aufstellung des Bargeldumsatzplanes. Besonders die Regionalbilanzen sind für die Filialen der Deutschen Notenbank wichtige Unterlagen zur Planung des Bargeldumlaufs in ihren Kreisen, die eine etwa notwendig werdende Änderung der Bargeldversorgung rechtzeitig feststellen sollen. Die einzelnen Positionen des Bargeldumsatzplanes stehen in direktem Zusammenhang mit den Positionen der Geldbilanz und werden aus Kontrollgründen soweit wie möglich der Gliederung der Geldbilanz angepaßt. So stehen, um nur die wichtigsten Positionen zu nennen, die Löhne und Gehälter auf der Einnahmenseite der Geldbilanz und auf der Ausgabenseite des Bargeldumsatzplanes. Entsprechend erscheinen die Ausgaben der Bevölkerung für Güter und Dienstleistungen auf der Ausgabenseite der Bilanz und, soweit sie bar erfolgen, auf der Einnahmenseite des Bargeldumsatzplanes.

bb) Bargeldumsatzplan, Bargelddispositionsplan und Emissionsfonds als Instrumente der Bargeldumlaufsplanung

Die unmittelbare Regulierung des Bargeldumlaufs erfolgt durch den Bargeldumsatzplan, der nicht die gesamte Bargeld-

1) Otto Grotewohl führte auf dem 23. Plenum des Zentralkomitees der SED dazu aus: "Die Entwicklung des Sparvolumens spielt bei uns eine wesentliche Rolle. Sie gestattet uns, zeitweilige Diskrepanzen zwischen Kaufkraft und Warendecke auszugleichen." In: Neues Deutschland vom 21. April 1955.

zirkulation der Zone erfaßt, sondern nur die durch die Kassen der Kreditinstitute laufenden Bargeldströme widerspiegelt. Bei der Bargeldumsatzplanung hält sich die Deutsche Notenbank stark an die Praxis der sowjetischen Staatsbank, die seit August 1930 solche Pläne aufstellt¹⁾.

Der Bargeldumsatzplan ist der auf der Grundlage der Geldbilanz zusammengefaßte Plan sämtlicher Bargeldbewegungen einer bestimmten Periode in der Sowjetischen Besatzungszone²⁾. Seine Ausarbeitung verfolgt den Zweck, während der Planung

1) Vergleiche W. M. Batyrjow, Die Organisation und Planung des Geldumlaufs in der UdSSR, (Ost-)Berlin 1955, Seite 90. Zur Bargeldumsatzplanung in der Sowjetunion vergleiche ferner Gertraud Menz, Das sowjetische Bankensystem, a.a.O., Seite 139 ff.

2) Im einzelnen bestehen folgende Unterschiede zwischen der Geldbilanz und dem Bargeldumsatzplan:

- (1) In die Geldbilanz gehen sämtliche Einnahmen und Ausgaben der Bevölkerung ein, in den Bargeldumsatzplan aber nur die bar bezogenen Einkünfte und die bar getätigten Ausgaben. Das heißt, in die Bargeldumsatzpläne sind nicht aufgenommen:
 - (a) die Steuern und Sozialversicherungsbeiträge der Beschäftigten, die die Betriebe einbehalten und sofort bargeldlos an den Staatshaushalt abführen,
 - (b) Löhne und Gehälter, die auf Gehaltskonten überwiesen werden und
 - (c) bargeldlos getätigte Warenumsätze im Einzelhandel.
- (2) Der Bargeldumsatzplan erfaßt abweichend von der Geldbilanz die zulässigen Kleinausgaben der Betriebe, die in ihrem Volumen aber recht unbedeutend sind.

Vergleiche Heinz Ebersbach, Die Beziehungen zwischen der Bilanz der Geldeinnahmen und -ausgaben der Bevölkerung und dem Bargeldumsatzplan, in: DFW (Geld und Kredit/Versicherung), Jahrgang 12, 1958, Heft 1, Seite 24 f; W. W. Ikonnikow, a.a.O., Seite 353 f; Charles Dewey, Die Planung und Regulierung des Bargeldumlaufs in der Deutschen Demokratischen Republik, a.a.O., Seite 69 ff; W. M. Batyrjow, a.a.O., Seite 64 f; Alfred Keck, a.a.O., Seite 35 ff.

und des Planvollzugs kontrollieren zu können, ob sich das Bargeldvolumen gemäß den vom Volkswirtschaftsplan gesetzten Bedingungen entwickelt. Unter der Voraussetzung, daß die verschiedenen Positionen des Bargeldumsatzplanes richtig berechnet worden sind, kann die Deutsche Notenbank an jeder Abweichung der effektiven Eingänge und Auszahlungen von den Planansätzen ablesen, daß sich die realen Wirtschaftsprozesse nicht plangemäß entwickeln.

Der Bargeldumsatzplan ist daher ein vorzügliches Instrument zur Überwachung der Erfüllung verschiedener Teilpläne bzw. Kennziffern, insbesondere der Warenumsatzpläne und Lohnfonds. Er bietet die Möglichkeit, durch eine aktive Beeinflussung einzelner Komponenten der Ein- und Ausgänge von Bargeld aus den Kassen der Kreditinstitute das Bargeldvolumen zu regulieren und etwaige Fehlentwicklungen der Bargeldbewegungen zu korrigieren¹⁾.

Der Bargeldumsatzplan wird in Form einer Bilanz aufgestellt, in der die Kreditinstitute sämtliche in einer Planperiode zu erwartenden Bargeldauszahlungen und -einzahlungen, getrennt nach volkseigenen bzw. genossenschaftlichen und privaten Betrieben, in stark aufgegliederter Form gegenüberstellen²⁾.

Die einzelnen Bargeldausgangspositionen sollen angeben, wofür Bargeld von der Bank abgefordert wird³⁾. Der bei weitem

1) Vergleiche Gertraud Menz, Das sowjetische Bankensystem, a.a.O., Seite 139 f.

2) Siehe Instruktion über die Bargeldumsatzplanung und die Analyse der Durchführung des Bargeldumsatzplanes, zitiert nach H. Zimmermann, G. Fraas, M. Rätzer, Geld und Kredit ..., a.a.O., Seite 276 ff.

3) Vergleiche J. Rudolph und G. Friedrich, Grundriß der Volkswirtschaftsplanung, a.a.O., Seite 532.

wichtigste Verwendungszweck ist die Zahlung von Löhnen und Gehältern (etwa 70 bis 75 vH der gesamten Barausgänge¹⁾). Dazu kommen als weitere Positionen Lohnnebenkosten, Prämien, Stipendien, Leistungen von Versicherungen und anderen Einrichtungen, Aufkauf landwirtschaftlicher Produkte²⁾, Privatentnahmen der restlichen Privatunternehmer³⁾, Abforderungen von Sparkonten usw.

Auf der Eingangsseite geben die einzelnen Positionen dagegen die Quellen an, aus denen das Bargeld zu den Kreditinstituten zurückfließt⁴⁾. Neben dem Einzelhandel, dessen Erlöse etwa 75 vH der Bargeldeingänge ausmachen⁵⁾, stammen die Einzahlungen von der Reichsbahn und sonstigen Verkehrsbetrieben, den Versorgungsbetrieben (Gas, Wasser, Strom), der Post, den Haushaltsorganisationen und staatlichen Einrichtungen (Steuern, Gebühren), den Parteien und Massenorganisationen (Beiträge), der Industrie, dem Handwerk, dem Großhandel, der Landwirtschaft, aus Mieten und Pachten, aus Kultur- und Sportveranstaltungen, aus Einzahlungen auf Sparkonten und sonstigen Einzahlungen.

1) Vergleiche H. Zimmermann, G. Fraas, M. Rätzer, Geld und Kredit ..., a.a.O., Seite 218 und 279.

2) Gemäß § 54 der Verordnung über die Pflichtablieferung und den Verkauf landwirtschaftlicher Erzeugnisse vom 10. November 1955 (GBl. 1955, Seite 801) sollen den landwirtschaftlichen Erzeugern die Erlöse aus dem Aufkauf über die Vereinigungen der gegenseitigen Bauernhilfe (BHG) überwiesen werden.

3) Mit der systematischen Liquidation der restlichen privaten Betriebe hat auch die Bedeutung der Schätzungen abgenommen, ohne daß die Brauchbarkeit und Aussagekraft der Bargeldumsatzpläne insgesamt wesentlich verbessert wurde.

4) Siehe Instruktion über die Bargeldumsatzplanung und die Analyse der Durchführung des Bargeldumsatzplanes, zitiert nach H. Zimmermann, G. Fraas, M. Rätzer, Geld und Kredit ..., a.a.O., Seite 278.

5) Vergleiche H. Zimmermann, G. Fraas, M. Rätzer, Geld und Kredit ..., a.a.O., Seite 218.

In den Bargeldumsatzplänen der einzelnen Kreditinstitute brauchen die Ein- und Ausgänge nicht übereinzustimmen. Ebenso wenig braucht dies für einzelne Kreise oder Bezirke zuzutreffen, weil zum Beispiel die Kreditinstitute in Feriengemeinden mehr Bargeld einnehmen als ausgeben und die Filiale der Deutschen Notenbank in Merseburg große Bargeldbeträge für Löhne und Gehälter bereitstellt, die die Beschäftigten der Leuna-Werke in ihren Wohngemeinden ausgeben¹⁾. Die Differenz zwischen Zufluß und Abfluß von Bargeld bestimmt schließlich die Höhe der Emission, für die die Deutsche Notenbank einen entsprechenden Fonds zur Verfügung hält.

Eine Vorbedingung für die Ausarbeitung der Bargeldumsatzpläne ist die Bargeldplanung der einzelnen Betriebe. Sie sind verpflichtet, den kontoführenden Kreditinstituten detaillierte Berechnungen der in der nächsten Planperiode zu erwartenden Bargeldeingänge und -ausgänge einzureichen²⁾. Diese Bargeldpläne dienen den einzelnen Kreditinstituten - nicht nur den Filialen der Deutschen Notenbank³⁾ - zusammen mit eigenen Berechnungen der Bargeldeinnahmen und -ausgaben der restlichen Privatbetriebe als Unterlagen für die Aufstellung der Bargeldumsatzplanvor-

1) Vergleiche H. Zimmermann, G. Fraas, M. Rätzer, Geld und Kredit ..., a.a.O., Seite 290 f.

2) Siehe Zweite Durchführungsbestimmung zum Gesetz über die Deutsche Notenbank vom 15. November 1951, GBl. 1951, Seite 1061, § 2. Die Bargeldpläne der staatlichen und genossenschaftlichen Betriebe ergeben sich aus den Planaufgaben der jeweiligen Planperiode. Die Produktionsbetriebe, die kaum über Bargeldeinnahmen verfügen, planen in erster Linie die benötigten Bargeldausgaben für Löhne und Gehälter entsprechend den festgesetzten Planlohnfonds. Bei den Handels- und Dienstleistungsbetrieben handelt es sich vor allem um die Planung der sich aus den Warenumsatz- und Dienstleistungsplänen ergebenden Bargeldrückflüsse.

3) Die Zweite Durchführungsbestimmung zum Gesetz über die Deutsche Notenbank sichert die Einbeziehung aller übrigen Geldinstitute in das System der Bargeldumsatzplanung.

schläge, die über die Kreis- und Bezirksfilialen¹⁾ an die Zentrale der Deutschen Notenbank in Berlin weitergerichtet und dort nach eingehender Überprüfung zum einheitlichen Bargeldumsatzplan der Sowjetischen Besatzungszone zusammengefaßt werden. Der Bargeldumsatzplan ist somit im Prinzip nichts anderes als die Summe aller Bargeldpläne der staatlichen Betriebe und Haushaltsorganisationen zuzüglich der errechneten Bargeldein- und -ausgänge der privaten Wirtschaft.

Die Deutsche Notenbank legt ihn mit einer Stellungnahme der Staatlichen Plankommission und des Ministeriums der Finanzen dem Ministerrat vor. Mit dessen Bestätigung erhält er Gesetzeskraft²⁾. Anschließend teilt die Deutsche Notenbank den Bargeldumsatzplan auf und reicht die Teilpläne über die Zwischeninstanzen an die einzelnen Kreditinstitute zurück.

Zur Überwachung der geplanten Bargeldströme verlangt die Deutsche Notenbank von den Betrieben und Organisationen zu den Bargeldplänen monatliche Erfüllungsmeldungen. Abweichungen von den Planansätzen sind der zuständigen Filiale der Deutschen Notenbank ausführlich zu begründen. Wie die Bargeldumsatzplanvorschläge werden auch die Erfüllungsberichte zusammengefaßt und über die übergeordneten Instanzen an die Zentrale weitergeleitet. Diese hat schließlich bis zum 20. des ersten Monats im Quartal der

1) Die Kreis- und Bezirksfilialen der Deutschen Notenbank sollen die eingereichten Bargeldumsatzplanvorschläge nicht bloß addieren, sondern die Realität der einzelnen Kennziffern der Planvoranschläge prüfen und mit den Warenumsatzplänen der Abteilung Handel und Versorgung beim Rat des Kreises oder beim Rat des Bezirks abstimmen. Bei der Plankommission des Rates des Kreises oder des Bezirks soll eine entsprechende Abstimmung mit der für den Kreis oder Bezirk aufgestellten Bilanz der Geldeinnahmen und -ausgaben der Bevölkerung erfolgen.

2) Vergleiche Charles Dewey, Die Planung und Regulierung des Bargeldumlaufs in der Deutschen Demokratischen Republik, a.a.O., Seite 92.

Regierung den Bericht zur Erfüllung des Bargeldumsatzplanes vorzulegen¹⁾.

Anfänglich wurde der Bargeldumsatz jeweils für ein Quartal geplant und zur besseren Übersicht nach Monaten untergliedert. Seit dem 1. September 1952 läßt die Deutsche Notenbank zusätzlich sogenannte Bargelddispositionspläne aufstellen²⁾, in denen jeweils für einen Monat im voraus die täglichen Bargeldeinzahlungen und -auszahlungen genau zu ermitteln sind.

Die Kreditinstitute sollen dazu erfahrungsgemäß periodisch auftretende Schwankungen der Bargeldeingänge und die für einen bestimmten Monat typischen Abweichungen festhalten. So ist zum Beispiel zu berücksichtigen, daß in der Regel vor Sonn- und Feiertagen oder anlässlich besonderer Veranstaltungen die Bargeldrückflüsse vom Handel zur Bank höher als üblich sind und der Monat Dezember wegen des Weihnachtsgeschäftes die höchsten Umsätze im Jahr verzeichnet, während im Januar der Bargeldrückfluß am schwächsten ist. Auf keinen Fall dürfen die Kreditinstitute bei der täglichen Bestimmung der Bargeldeingänge den im Bargeldumsatzplan ausgewiesenen Monatsbetrag schematisch durch die Zahl der Werk-tage dividieren.

Bei der Ermittlung der täglichen Bargeldausgänge ist vor allem von den im Lohn- und Gehaltsstreuungsplan festgelegten Auszahlungsterminen auszugehen. Alle übrigen Ausgangspositionen des Bargeldumsatzplanes teilen die Kreditinstitute in der Regel gleichmäßig auf die einzelnen Werk-tage des Monats auf³⁾.

1) Siehe Zweite Durchführungsbestimmung zum Gesetz über die Deutsche Notenbank vom 15. November 1951, a.a.O., § 5.

2) Vergleiche G. Kohlmei und Ch. Dewey, Bankensystem ..., a.a.O., Seite 398 f.

3) Vergleiche W. M. Batyrjow, Die Organisation und Planung des Geldumlaufs in der UdSSR, (Ost-)Berlin 1955, Seite 212 f.

Damit ist der Bargelddispositionsplan die Aufgliederung der im Bargeldumsatzplan festgelegten monatlichen Ein- und Auszahlungen auf die einzelnen Tage. Seine tägliche Kontrolle gehört zur Arbeit der Kassierer, Geldumlaufbearbeiter und Filialleiter, die anhand von Kontokontrollkarten etwaige Abweichungen feststellen und bis zu den einzelnen Bargeldplanungspflichtigen hin verfolgen sollen¹⁾. Im Gegensatz zu den Monats- und Quartalsplänen, die deutlicher die Entwicklungstendenzen des Bargeldumlaufs sichtbar werden lassen, bieten die Bargelddispositionspläne die Möglichkeit, während des Planvollzuges auftretende Abweichungen von den Ausgangsdaten relativ schnell durch zusätzliche Planauflagen zu korrigieren.

Im Bargelddispositionsplan werden für jeden Tag der Kassenanfangsbestand und die voraussichtlichen Bargeldein- und -ausgänge eines jeden Kreditinstituts festgelegt. Aus dem Saldo ergibt sich der Kassenendbestand. Übersteigt er das von der Zentrale der Deutschen Notenbank festgesetzte Kassenlimit, so muß das Kreditinstitut den überschießenden Betrag unverzüglich an einen Emissionsfonds²⁾ abführen. Umgekehrt erhält es aus diesem Fonds Zuführungen, wenn die Bargeldabforderungen den Kassenbestand übersteigen. Die einzelnen Kreditinstitute tragen selbst keine Verantwortung mehr für ihren Liquiditätsstatus. Mit dem Emissionsfonds reguliert die Zentrale der Deutschen Notenbank die in den Kassen der Kreditinstitute befindlichen Bargeldbestände³⁾.

1) Vergleiche Karlheinz Tannert und Herbert Fischer, Die analytische Arbeit bei der Kontrolle des Bargeldumsatzplanes, in: DFW, Jahrgang 9, 1955, Heft 16, Seite 688.

2) Zum Emissionsfonds siehe Bestimmungen über die Schaffung von Emissionsfonds an Deutscher Mark der Deutschen Notenbank bei den Emissions- und Girobanken der Sowjetischen Besatzungszone sowie dem Berliner Stadtkontor, wiedergegeben bei G. Kohlmeier und Ch. Dewey, Bankensystem ..., a.a.O., Seite 307 f.

3) Die umlaufende Bargeldmenge bilden Noten und Münzen bei der Bevölkerung, den Betrieben, Organisationen und in den sogenannten 'operativen Kassen' der Kreditinstitute. Die im

Wieviel Bargeld in einer bestimmten Planperiode in Umlauf gebracht oder aus dem Verkehr gezogen werden soll, bestimmen die zentralen Finanzplanungsorgane in der sogenannten Emissionsfondsdirektive¹⁾.

Bereits am 1. Juni 1949 ordnete die Deutsche Notenbank die Bildung von Emissionsfonds bei den damaligen Emissions- und Girobanken und dem Berliner Stadtkontor an und verfügte gleichzeitig, daß diese Institute sämtliche ihr 'Kassenlimit' übersteigenden Bargeldbestände in diesen Fond abzuführen hatten²⁾. Über die dort angesammelten Bargeldbeträge durften sie nur noch mit Genehmigung der Deutschen Notenbank verfügen. Der Zweck dieser Bestimmungen war, "alle nicht mehr zur Befriedigung der normalen Zahlungsbedürfnisse benötigten Bargelder zeitweilig aus den Kassenbeständen der Kreditinstitute und damit aus der Geldzirkulation herauszulösen"³⁾, um eine Ausweitung des Bargeldvolumens zu verhindern.

Im Mai 1952 verfeinerte die Deutsche Notenbank das System der Regulierung der Emissionsfonds⁴⁾. Seitdem bestimmt sie die Höhe der Emission nicht mehr für die Länder insgesamt,

Emissionsfonds befindlichen Geldzeichen gehören nicht zur umlaufenden Bargeldmenge, sie werden nicht als Geld betrachtet. Siehe H. Zimmermann, G. Fraas, M. Rätzer, Geld und Kredit ..., a.a.O., Seite 286 f.

1) Aus der zentralen Emissionsfondsdirektive werden die Emissionsfondsdirektiven für die Bezirke und Kreise entwickelt. Vergleiche H. Zimmermann, G. Fraas, M. Rätzer, Geld und Kredit ..., a.a.O., Seite 286 f.

2) Siehe Bestimmungen über die Schaffung von Emissionsfonds an Deutscher Mark der Deutschen Notenbank bei den Emissions- und Girobanken der Sowjetischen Besatzungszone sowie dem Berliner Stadtkontor, a.a.O., Seite 307 f.

3) Bestimmungen über die Schaffung von Emissionsfonds, zitiert nach G. Köhlmei und Ch. Dewey, Bankensystem ..., a.a.O., Seite 307.

4) Siehe Bestimmungen über die Führung der Kassenbestände und des Emissionsfonds an Deutscher Mark der Deutschen Notenbank in den Ländern der Deutschen Demokratischen Republik und im demokratischen Sektor von Groß-Berlin, wiedergegeben bei G. Köhlmei und Ch. Dewey, Bankensystem .., a.a.O., Seite 381 f.

sondern für jedes Kreditinstitut getrennt und setzte an die Stelle der "Globalkassenlimite" "Einzelkassenlimite". Dadurch wurde die bis dato geübte Praxis, zu niedrige mit zu hohen Kassenbeständen der einzelnen Kreditinstitute auf Landesebene aufzurechnen, unterbunden. Jedes Kreditinstitut wurde fortan verpflichtet, noch am selben Tage den ihr Kassenlimit übersteigenden Betrag aus dem "operativen Kassenbestand" auszubuchen und dem Emissionsfonds zuzuführen, der von sechs auf etwa dreißig Emissionsfondsdepotstellen dezentralisiert wurde¹⁾.

Damit gelang es der Deutschen Notenbank, die Liquiditätsreserve aller Kreditinstitute insgesamt um über 200 Millionen DM-Ost zu verringern. Die effektiven "operativen Kassenbestände" sind von 427 Millionen DM am 15. Januar 1952 auf 224 Millionen DM am 15. Januar 1953 gesunken²⁾.

Eine weitere Verringerung der Kassenhaltung der Kreditinstitute auf 180 Millionen DM³⁾ erzielte die Deutsche Notenbank, als sie am 1. Juni 1954 bei allen ihren Niederlassungen Depots des Emissionsfonds einrichtete⁴⁾ und die bisher zeitraubenden und kostspieligen Geldtransporte einsparte⁵⁾. Am

1) Vergleiche Charles Dewey, Die Planung und Regulierung des Bargeldumlaufs in der Deutschen Demokratischen Republik, a.a.O., Seite 169.

2) Derselbe, a.a.O., Seite 169.

3) Derselbe, a.a.O., Seite 170.

4) Siehe Anweisung über die Führung des Emissionsfonds der Deutschen Notenbank - Fassung Juli 1954, abgedruckt bei G. Kohlmeier und Ch. Dewey, Bankensystem ..., a.a.O., Seite 462 f.

5) Die Schaffung von Emissionsfondsdepots bei allen Niederlassungen der Deutschen Notenbank führte in den Monaten Juli bis September 1954 zu einer Einsparung von etwa 50 Prozent aller Geldtransporte; siehe Charles Dewey, Die Planung und Regulierung des Bargeldumlaufs in der Deutschen Demokratischen Republik, a.a.O., Seite 170. Gesamtwirtschaftlich bedeutet das eine weitere Beschleunigung des Bargeldumlaufs in der Zone, die die Verringerung des Bargeldvolumens mehr als kompensierte. Das war im Sommer 1954 auch unbedingt notwendig, denn die nach dem Juni-Aufstand im Zuge des 'Neuen Kurses' von Partei und Regierung vorübergehend an die private Wirt-

31. Dezember 1954 betrugen die Kassenbestände der Banken in der Sowjetischen Besatzungszone nur noch 154,2 Millionen DM gegenüber einer laufenden Verpflichtung von 15.638,4 Millionen DM. Die Barliquidität betrug demzufolge etwa ein vH¹⁾.

Die täglichen Kassenbestände der Kreditinstitute und die Einhaltung der Emissionsfondsdirektive kontrolliert die Deutsche Notenbank anhand der Bargelddispositionspläne. Diese Bemühungen um eine stete Beschleunigung der Umlaufgeschwindigkeit und die Verringerung des Bargeldvolumens verfolgen primär Kontrollabsichten.

cc) Die Zwecke des Bargeldumsatzplanes

Mit Hilfe von Bargelddispositionsplan, Kassenlimit und Emissionsfonds legt die Deutsche Notenbank die Kassenbestände ihrer Filialen und der übrigen Kreditinstitute so fest, daß sie jeweils nur über die gerade unbedingt erforderliche Bargeldmenge zur Erfüllung ihres Bargeldumsatzplanes verfügen können.

Auf diese Weise werden sie gezwungen, dafür zu sorgen, daß die im Bargelddispositionsplan festgehaltenen Zahlungseingänge vollständig und rechtzeitig erfolgen, damit aus ihnen die im Plan vorgesehenen Bargeldauszahlungen vorgenommen werden können. Denn nur für den Teil der Bargeldausgänge erhalten die Kreditinstitute Zuschüsse aus dem Emissionsfonds, der nicht durch Bargeldeingänge oder die 'operative Kasse' gedeckt ist.

Hier stellt sich die Frage, welche Möglichkeiten die Filialen haben, die einzelnen Positionen des Bargeldumsatzplanes zu beeinflussen, um in jedem Falle das geplante Verhältnis von Bargeldeinnahmen und -auszahlungen herzustellen.

schaft gemachten Zugeständnisse erforderten entsprechende Maßnahmen, wenn ernste Zahlungsschwierigkeiten abgewendet werden sollten.

1) Vergleiche Siegfried Friebe, Der Kredit in der Zentralverwaltungswirtschaft, a.a.O., Seite 208.

Entweder können sie das durch eine Steigerung der Bargeldeingänge oder durch eine Senkung der Bargeldausgaben erzielen, also in erster Linie durch eine Steigerung der Erlöseingänge von Handels- und Dienstleistungsbetrieben oder durch eine Reduzierung der Bargeldauszahlungen für Löhne und Gehälter.

Die Aufgabe der Filialen der Deutschen Notenbank besteht daher vornehmlich darin, die Erfüllung der Warenumsatzpläne und der betrieblichen Lohnfonds zu kontrollieren¹⁾.

1) Die Kontrolle der Warenumsatzpläne

Etwa 75 vH der bar bezogenen Löhne und Gehälter verwenden die Konsumenten für den Kauf von Konsumgütern und Dienstleistungen. Aufgrund der Kontoführungs- und Bargeldablieferungspflicht fließen diese Bargelderlöse bis auf einen geringen Prozentsatz, den die Einzelhandelsgeschäfte für Kompensationen ausgeben dürfen, unverzüglich wieder in die Kassen der Kreditinstitute zurück.

Da die Einzelhandelsgeschäfte im Bargeldplan neben dem Bargeldrückfluß auch ihren geplanten Warenumsatz in Preisen angeben müssen, kann die Deutsche Notenbank durch die Erfassung aller baren Verkaufserlöse täglich die Erfüllung der Warenumsatzpläne überwachen. Zu ihren Erfüllungsmeldungen müssen die Einzelhandelsgeschäfte monatliche Nachweise über die bargeldlosen Umsätze und erlaubten Kompensationen von Bargeldeinnahmen und -ausgaben (nicht für Lohn- und Gehaltszahlungen!) einreichen. Es kam zuweilen vor, daß die Einzelhandelsgeschäfte zwar ihre Warenumsatzpläne erfüllten, aber trotzdem der Eingang an Barerlösen bei den Kreditinstituten nicht die geplanten Beträge erreichte, weil der Handel in unvorhergesehenem Maße Waren bargeldlos an Betriebe und Organisationen verkaufte. Dies ist vor-

1) Vergleiche Zweite Durchführungsbestimmung zum Gesetz über die Deutsche Notenbank vom 15. November 1951, GBl. 1951, Seite 1061, § 1.

nehmlich aus Kontrollgründen seit dem April 1955 verboten¹⁾. Dafür stehen seither gesonderte Kontingente beim staatlichen Großhandel zur Verfügung.

Die Nichterfüllung der Ansätze im Bargeldumsatzplan ist ein Symptom dafür, daß die Warenumsatzpläne nicht eingehalten wurden und korrigierende Eingriffe notwendig sind, um die Bildung überschüssiger Barbestände bei den privaten Haushalten zu verhindern. In solchen Fällen muß sich die Deutsche Notenbank einschalten und unverzüglich untersuchen, ob die Planverstöße auf eine nach Art und Menge nicht vertragsgemäße Produktion, eine Nichteinhaltung der Liefertermine, eine nicht bedarfsgerechte Warenbereitstellung oder das Vorhandensein von Überplanbeständen zurückzuführen sind. Auf jeden Fall ist sie verpflichtet, auf eine Beseitigung der vorhandenen Fehlerquellen hinzuwirken. Insbesondere soll sie dadurch etwa vorhandene Reserven beim Handel aufdecken²⁾ und auf Kreis- und Bezirksebene dorthin lenken, wo die größten Versorgungslücken bestehen.

Wenn die Filialen der Deutschen Notenbank gewährleisten wollen, daß die im Bargeldumsatzplan vorgesehenen Bargeldeinzahlungen planmäßig eingehen, dann dürfen sie sich nicht allein auf eine passive Registratur wirtschaftlicher Tatbestände beschränken, sondern müssen dem Handel als der wichtigsten Bargeldeinnahmequelle bei der richtigen Warendisposition, Sortimentszusammenstellung etc. behilflich sein³⁾. Das ist auch das Ziel der Zentrale der Deutschen Notenbank und ein Versuch, die sich aus der Konstruktion des Wirtschaftssystems ergebende Funktionsunfähigkeit des Handels zu kaschieren. Außerdem hatten die Filialen der Deutschen

1) Vergleiche Anordnung über die Regelung des Bezugs von Waren des Bevölkerungsbedarfs durch gewerbliche Konsumenten vom 12. April 1955, GBl. 1955, Seite 141.

2) Vergleiche Paul Frenzel, Der Bargeldumsatzplan - seine Aufgaben, seine Mängel und deren Überwindung, in: DFW, Jahrgang 10, 1956, Heft 16, Seite 744 ff.

3) Vergleiche H. Zimmermann, G. Fraas, M. Rätzer, Geld und Kredit ..., a.a.O., Seite 298 ff.

Notenbank unter Klassenkampfaspekten den Bargeldrückfluß der privaten Einzelhändler zu registrieren und zu errechnen, wie sich deren Anteil am gesamten Warenumsatz entwickelt.

2) Die Kontrolle der betrieblichen Lohn- und Gehaltszahlungen

Auf der Ausgabenseite können die Filialen der Deutschen Notenbank das Gleichgewicht praktisch kaum durch eine Kürzung der Planansätze, das heißt durch eine Senkung der Bargeldausgänge, erzielen.

Im wesentlichen bemühen sie sich deshalb, im Laufe des Planvollzugs eine Überziehung der Ansätze im Bargeldumsatzplan zu verhindern. Da die wichtigste Position auf der Ausgabenseite die Auszahlungen für Löhne und Gehälter bildet, konzentriert sich die Kontrollarbeit auf die Überwachung der Lohnfonds der staatlichen Betriebe¹⁾.

Die Deutsche Notenbank macht die Auszahlung von Bargeld für Löhne und Gehälter direkt von der Planerfüllung abhängig. Die Betriebe erhalten Bargeld nur anteilig für die nachgewiesenen Produktions- und Umsatzzakte. Durch diese Kopplung kann die Deutsche Notenbank die betrieblichen Produktions- und Absatzprozesse verfolgen. Ein Zurückbleiben der tatsächlichen Ausgaben hinter dem Soll im Lohnfonds, das sich auf der Ausgabenseite des Bargeldumsatzplanes entsprechend auswirkt, zeigt in jedem Falle Abweichungen von den Produktions- und Umsatzplänen an. Nach den Erfahrungen der letzten Jahre hat in der Regel der tatsächlich verausgabte Lohnfonds den geplanten ohne entsprechend erhöhte Güterproduktion überstiegen.

Deshalb konnte die Deutsche Notenbank durch die Lohnfondskontrolle auch nicht gewährleisten, daß das fixierte Verhältnis von staatlicher Kapitalbildung und Einkommensbildung der Bevölkerung für Konsumzwecke eingehalten wird.

1) Wegen ihrer Wichtigkeit wird die Lohnfondskontrolle der Deutschen Notenbank in einem eigenen Kapitel behandelt.

dd) Kritische Betrachtungen zur Rolle des Bargeldumsatz-
planes

Durch den Einblick in die Bargeldpläne sowie in die Produktions- und Warenumsatzpläne müßte die Deutsche Notenbank jederzeit in der Lage sein, eine der Wirklichkeit entsprechende Analyse der gesamten Produktions- und Distributionstätigkeit aller Betriebe zu erstellen.

Sicher wird ihr das Zurückbleiben der tatsächlichen Eingänge an Handelserlösen hinter den Planansätzen Stockungen im Planvollzug anzeigen. Jedoch muß ernsthaft bezweifelt werden, daß sich mit Hilfe des Bargeldumsatzplanes eine exakte Kontrolle des Wirtschaftsprozesses durchführen läßt. Das setzte voraus, daß die realen Bargeldbewegungen den geplanten entsprechen und die güterwirtschaftlichen Vorgänge bis ins Detail widerspiegeln.

Trotz größter Anstrengungen hat dies die Deutsche Notenbank bisher nicht erreicht. Die größten Schwächen zeigt die Bargeldumsatzplanung bei den Zweig- und Nebenstellen der Sparkassen, den Gewerbebanken und den bäuerlichen Kreditgenossenschaften (BHG)¹⁾. Zum Beispiel stützen sich die Sparkassen in der Praxis ausschließlich auf Erfahrungswerte²⁾, und bei den landwirtschaftlichen Kreditinstituten weicht in der Regel das Ist von den Plänen ganz erheblich ab. Es heißt, daß Differenzen von 50 vH bis hundert Prozent nicht außergewöhnlich sind³⁾. An diesen Ungenauigkeiten der Planung hat sich, wie die Klagen aus den Jahren 1960 und 1961 zeigen, bis heute nichts geändert⁴⁾.

1) Vergleiche Rudi Richter, Beitrag ohne Titel zum Thema "Lebhafte Diskussion zum Bargeldumsatzplan", in: DFW, Jahrgang 10, 1956, Heft 23, Seite 1136; Siegfried Eberl, Mängel in der Bargeldumsatzplanung, in: DFW, Jahrgang 10, 1956, Heft 10, Seite 428 ff.

2) Vergleiche Walter Bremer, Beitrag ohne Titel zum Thema "Lebhafte Diskussion zum Bargeldumsatzplan", in: DFW, Jahrgang 10, 1956, Heft 23, Seite 1137.

3) Vergleiche Helmut Egerland, Vereinfachung im Bargeldsektor, in: DFW, Jahrgang 10, 1956, Heft 18, Seite 869; ferner Hans Lange, Beitrag ohne Titel zum Thema "Lebhafte Diskussion zum Bargeldumsatzplan", in: DFW, Jahrgang 10, 1956, Heft 23, Seite 1134.

Die praktische Bedeutung des Bargeldumsatzplanes für die Kontrolle der im Volkswirtschaftsplan festgelegten Kennziffern ist deshalb nicht besonders hoch zu veranschlagen.

Die Unzulänglichkeit der Kontrollarbeit der Deutschen Notenbank besteht in der Hauptsache darin, "daß durch die Analyse wohl die bestehenden Mängel und ihre Ursachen aufgedeckt werden, daß sich die Aktenschränke mit 'Analysen' anfüllen, daß aber die operative Arbeit zu wenig davon beeinflusst wird"¹⁾.

Dagegen übt die Bargeldumsatzplanung einen nicht zu unterschätzenden Einfluß auf die Knapphaltung des Bargeldvolumens aus. Zusammen mit der Emissionsfondsdirektive, der Bestimmung von Kassenlimits und der Bargeldablieferungs-pflicht läßt sich mit ihr der Bargeldrückfluß in die Kassen der Kreditinstitute erheblich beschleunigen.

4) Vergleiche Fieberling und Reimann, Bargeldumsatzplanung im Kollektiv, in: DFW (Geld und Kredit/Versicherung), Jahrgang 14, 1960, Heft 21, Seite 422 f. Dort heißt es: "... die Zahlen (im Bargeldumsatzplan, der Verfasser) werden ohne besondere Überlegung zusammengestellt und zum Teil nicht oder nur sehr oberflächlich auf ihre Realität untersucht und begründet." Pohl und Schneider, Arbeitsgemeinschaft Wissenschaft - Deutsche Notenbank klärt Probleme der Bargeldumsatzplanung, in: DFW (Geld und Kredit/Versicherung), Jahrgang 14, 1960, Heft 23, Seite 461 ff. Auf Seite 461 heißt es: "Die Qualität der Bargeldumsätze der Deutschen Bauernbank, der Sparkassen und Gewerbebanken (im Bezirk Frankfurt/Oder, der Verfasser) wurde allgemein als mangelhaft bezeichnet." Ursula Pech, Bessere Bargeldumsatzplanung, in: DFW (Geld und Kredit/Versicherung), Jahrgang 15, 1961, Heft 14, Seite 271 f. Dort heißt es: "Die Aussprachen mit den Kreditinstituten in StalinStadt zeigen, daß man den Bargeldumsatzplan bisher meist als eine rein statistische und zusätzliche Arbeit betrachtete. Die Zusammenhänge zwischen der ökonomischen Entwicklung und dem Bargeldumsatzplan wurden nicht klar erkannt."

¹⁾ Karlheinz Tannert und Herbert Fischer, Die analytische Arbeit bei der Kontrolle des Bargeldumsatzplanes, in: DFW, Jahrgang 9, 1955, Heft 16, Seite 687.

Die Einschränkung der Bargeldmenge und die Erhöhung der Umlaufgeschwindigkeit sind die Voraussetzung für eine erfolgreiche Kontrolle der Produktions- und Umsatzeakte und für die Beseitigung eventueller Kaufkraftüberhänge. Neben den Tauschmittelaufgaben spielen seither die Planungs-, Lenkungs- und vor allem die Kontrollaufgaben des Bargeldes eine wichtige Rolle. Dieser Funktionswandel des Bargeldes bestimmt zweifellos auch den ständigen Kampf der Deutschen Notenbank um die Reduzierung des Bargeldvolumens.

Propagandistisch bezeichnen die sowjetzonalen Geldtheoretiker die niedrige Zunahmequote des Bargeldumlaufs als einen Beweis für die Festigkeit der Währung und die Solidität der gesamten Wirtschaftsführung¹⁾.

Unverständlicherweise schwächen sie jedoch diese quantitativ-theoretisch zu wertende Tatsache durch den Hinweis auf die ständig steigende Umlaufgeschwindigkeit ab. In der Tat ist die relative Konstanz der Bargeldmenge allein noch kein schlüssiger Beweis für die Stabilität der Währung. Sie sagt deshalb wenig aus, weil die Umlaufgeschwindigkeit des Bargeldes erheblich erhöht wurde und die Forcierung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs zu einer Ausweitung des Gesamtgeldvolumens (Bargeld und Giralgeld)²⁾ geführt hat. Das war auch infolge der Steigerung des Sozialproduktes notwendig. Andernfalls hätten ohne eine Senkung des Preisniveaus Störungen des Absatzprozesses auftreten müssen.

c) Technisch-organisatorische Maßnahmen zur Beschleunigung der Bargeldzirkulation

Wenn die Deutsche Notenbank die Bargeldmenge klein hält,

1) Vergleiche Charles Dewey, Die Kontrolle durch die Deutsche Mark im Bargeldsektor, in: DFW, Jahrgang 5, 1951, Heft 23, Seite 486 ff.

2) Genaue Angaben zur Geldumlaufentwicklung lassen sich nicht machen, weil die Giralgeldmenge nicht bekanntgegeben wird.

dann muß sie die Umlaufgeschwindigkeit entsprechend erhöhen, damit ein gegebenes Volumen an Transaktionen möglich ist. Denn je schneller das in Umlauf gegebene Bargeld wieder zur Bank zurückkehrt, desto häufiger kann sie es für weitere Zahlungen verwenden. Da die Umlaufgeschwindigkeit steigt, wenn sich die Dauer des Umlaufs verringert, kann der Zahlungsverkehr der Einkommensempfänger mit einer insgesamt geringeren Bargeldmenge abgewickelt werden.

Zur optimalen Beschleunigung der Geldzirkulation und entsprechenden Verringerung des Bargeldvolumens hat die Deutsche Notenbank ein ganzes System technisch-organisatorischer Maßnahmen entwickelt. Dazu gehören die Abstimmung der Zahlungstermine für Löhne und Gehälter, Stipendien und Renten, die Unzulässigkeit von Lohn- und Gehaltsvorschüssen, die für alle Betriebe und Organisationen und Banken festgesetzten Kassenhöchstbestände und deren Kontrolle, die Bestimmungen über den örtlichen Geldausgleich, das schnelle Inkasso der Bargelderlöse durch Späteeinzahlungsdienst¹⁾ und Inkassostellen sowie der im Frühjahr 1955 eingeführte Sparkaufbrief.

aa) Der Lohn- und Gehaltsstreuungsplan

Bereits für den 1. September 1951 arbeitete die Deutsche Notenbank für alle bargeldplanungspflichtigen staatlichen Betriebe verbindliche Lohn- und Gehaltsstreuungspläne aus, um das Aufeinandertreffen der Zahlungstermine an bestimmten Tagen des Monats zu vermeiden²⁾. Seitdem verteilen sich die Zahlungstermine der einzelnen Branchen und Organisationen für Löhne etwa gleichmäßig auf den ganzen Monat und für Gehälter auf jeweils die zweite Monatshälfte. Dadurch konnte die Deutsche Notenbank die für Lohn- und Gehaltszahlungen erforderliche Bargeldmenge erheblich verringern. Nach Angaben von Charles Dewey³⁾ haben die

1) Der Späteeinzahlungsdienst wurde am 1. April 1953 eingerichtet. Siehe G. Kohlmei und Ch. Dewey, Bankensystem ..., a.a.O., Seite 431.

2) Siehe Gehaltsstreuungsplan der Deutschen Notenbank, aus-

Kreditinstitute im Verlaufe eines Monats an Bargeld über 170 Millionen DM weniger benötigt, da ein Teil der beispielsweise am 15., 16. und 17. gezahlten Gehälter so rechtzeitig zur Bank zurückfloß, daß er am 28., 29. und 30. desselben Monats erneut für Gehaltszahlungen verwendet werden konnte. Eine Änderung der vorgeschriebenen Zahlungstermine ist nur mit Zustimmung der Zentrale der Deutschen Notenbank erlaubt.

In welchem Umfange die Reduzierung des Bargeldvolumens im einzelnen überhaupt möglich ist, wird unter anderem von der Festlegung der Zahlungstermine und der Länge der Zahlungsperioden abhängen. Verausgaben nämlich die Einkommensbezieher täglich etwa den gleichen Betrag, so müssen sie eine Geldreserve halten, die im Durchschnitt der Hälfte eines wöchentlichen oder monatlichen Einkommens entspricht¹⁾. Je kürzer der Abstand zwischen den Lohn- und Gehaltszahlungsterminen ist, desto schneller fließt das Bargeld zur Bank zurück - desto größer ist die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes²⁾. Dies gilt nur unter der Voraussetzung, daß das Bargeld nicht gehortet wird. Die für die Auszahlung erforderliche Geldmenge könnte demzufolge weiter reduziert werden, würden die Zahlungsperioden verkürzt³⁾.

zugweise wiedergegeben bei G. Kohlmeier und Ch. Dewey, Bankensystem ..., a.a.O., Seite 362 ff.

3) Siehe Charles Dewey, Die Planung und Regulierung des Bargeldumlaufs in der Deutschen Demokratischen Republik, a.a.O., Seite 175.

--

1) Wegen der unregelmäßigen Konsumgüterversorgung werden die Einkommensbezieher in der Zone eine größere Kassenhaltung anstreben, um jederzeit liquide zu sein.

2) Den Einfluß der Zahlungsperioden und Zahlungstermine auf die für Lohnzahlungen notwendige Bargeldmenge untersucht Helmut Jägerland: Zum Einfluß der Umschlaggeschwindigkeit des Geldes auf die notwendige Bargeldmenge, in: Geld und Kredit, Wissenschaftliches Bulletin, 1956, Heft 4, Seite 283 ff.

3) Vergleiche Hans Lange, Bessere Lohn- und Gehaltsstreuung, in: DFW, Jahrgang 10, 1956, Heft 15, Seite 718 f.

Seit der Bekanntgabe des Lohn- und Gehaltsstreuungsplanes stellt die Deutsche Notenbank Bargeld für Lohn- und Gehaltszahlungen erst am Auszahlungstage selbst bereit und nicht mehr einen oder zwei Tage vorher. Am Tage vor der Auszahlung haben die Betriebe und Verwaltungen der Bank den Gesamtbetrag mit der gewünschten Stückelung mitzuteilen.

bb) Die Unzulässigkeit der Zahlung von Lohn- und Gehaltsvorschüssen

Allen staatlichen Betrieben und Organisationen ist es untersagt, Lohn- und Gehaltsvorschüsse zu zahlen. Begründet wird dieses Verbot damit, daß ein Vorschuß ein Darlehen sei, dessen Hergabe nicht in die Zuständigkeit der volkseigenen Betriebe, sondern in die der Kreditinstitute gehöre. Außerdem störe die Zahlung von Vorschüssen die Planung und erschwere die Nachprüfung der Erfüllungsmeldungen zum Bargeldplan¹⁾.

Das Verbot soll indessen nicht ausschließen, daß in wenigen Ausnahmefällen (zum Beispiel bei Urlaubsantritt) Vorschüsse gezahlt werden dürfen²⁾. Die Deutsche Notenbank honoriert Barschecks aber nur dann außerhalb der Lohnzahlungstermine, wenn der Verwendungszweck auf der Rückseite erläutert ist. Dieser Nachweis wird verlangt, weil über die Inanspruchnahme der geplanten Barmittelpositionen bei der Bank eine besondere Kontrollkarte geführt wird.

Wegen Verletzung der Finanzdisziplin wurde ein Betrieb bestraft, der aus der Kasse - er füllte sie täglich durch Einnahmen aus dem Kantinenbetrieb bis zum Limit wieder auf - in erheblichem Umfange Vorschüsse zahlte, die er bei der nächsten Disposition von Lohngeldern bei der Bank mit abforderte und über das Vorschußkonto wieder ausglich..

1) Vergleiche Karl Labbert, Gedanken zur Bargeldlenkung im volkseigenen Sektor, in: DFW, Jahrgang 7, 1953, Heft 9, Seite 483 f.

2) Derselbe, a.a.O., Seite 483.

cc) Die Bestimmung von Kassenhöchstbeständen für alle kontoführungspflichtigen Betriebe und Organisationen

Durch das Gesetz über die Regelung des Zahlungsverkehrs vom 21. April 1950¹⁾ wurden für alle kontoführungspflichtigen Betriebe und Organisationen Kassenslimite festgesetzt, die die oberste Grenze für die Bargeldmenge bestimmen, die sie zur Bestreitung ihrer zulässigen Bargeldausgaben halten dürfen. Übersteigen die Bargeldeinnahmen ein solches Limit, so sind sie unverzüglich bei der Deutschen Notenbank einzuzahlen.

Wiederholt wurde der Deutschen Notenbank vorgeworfen, die Kassenhöchstbeträge viel zu niedrig angesetzt zu haben. Bei einem Kassenslimit von 20,-- DM oder 50,-- DM können Einzelhandelsgeschäfte oder Handwerker beim besten Willen ihren Zahlungsverkehr nur schwer abwickeln. Es wird berichtet, daß Käufe wegen des fehlenden Wechselgeldes überhaupt nicht zustande kamen. Kleinere Betriebe helfen sich oft dadurch, daß sie ihr niedriges Kassenslimit durch eine private Wechselkasse ausgleichen²⁾. Obwohl die Deutsche Notenbank diese Schwierigkeiten kennt, besteht sie auf niedrigen Kassenhöchstbeständen, um selbst kleine Betriebe oder solche mit geringem Bargeldumsatz zur täglichen Einzahlung ihrer Erlöse zu zwingen. Den Problemen bei der Abwicklung des Waren- und Dienstleistungsverkehrs versucht sie, durch eine entsprechend klein gestückelte Auszahlung der Löhne und Gehälter zu begegnen³⁾.

1) Siehe GBl. 1950, Teil I, Seite 355.

2) Vergleiche Helmut Egerland, Vereinfachung im Bargeldsektor, in: DFW, Jahrgang 10, 1956, Heft 18, Seite 869 ff; ferner Rudi Richter, Zuschrift ohne Titel an die Zeitschrift 'Deutsche Finanzwirtschaft', in: DFW, Jahrgang 10, 1956, Heft 23, Seite 1137; Walter Bremer, Zuschrift ohne Titel an die Zeitschrift 'Deutsche Finanzwirtschaft', in: DFW, Jahrgang 10, 1956, Heft 23, Seite 1138.

3) Nach Herbert Schieferdecker, Vereinfachung im Bargeldsektor, in: DFW, Jahrgang 10, 1956, Heft 21, Seite 1033 ff., spielen Hundertmarkscheine bei Lohn- und Gehaltszahlungen keine Rolle mehr. Der Anteil der Fünfundzwanzigmarkscheine sollte weiter verringert werden.

In der Regel dürfte das Kassenlimit sicher etwas höher liegen. Zum Beispiel betrug der durchschnittliche Kassenhöchstbestand bei 10.000 privaten Einzelhändlern, 7.000 kontoführungspflichtigen Handwerksbetrieben 98,-- DM und etwa 3.000 Verkaufsstellen des staatlichen und genossenschaftlichen Einzelhandels 70,-- DM im Jahre 1956 im Raum Halle.¹⁾

Bis 1959 ließ die Deutsche Notenbank durch einen Stab von Bargeldprüfern die Kassenhaltung der Betriebe und deren Bargeldzahlungen überwachen²⁾. Heute wird diese Kontrolle von Prüfern der Finanzrevision sowie Steuer- und Lohnabzugsprüfern vorgenommen³⁾.

dd) Der örtliche Geldausgleich

Um die Umlaufgeschwindigkeit zusätzlich erhöhen und dadurch die knapp bemessenen Kassenlimite der einzelnen Kreditinstitute weiter herabsetzen zu können, hat die Deutsche Notenbank den örtlichen Geldausgleich eingeführt⁴⁾. An ihm sind die Sparkassen, die Banken für Handel und Gewerbe, die Vereinigungen der gegenseitigen Bauernhilfe sowie die Post und die Reichsbahn beteiligt. Sein Ziel ist, unnötige Geldbewegungen zu vermeiden und aus den örtlichen Überschüssen den örtlichen Geldbedarf unmittelbar zu decken. Lediglich der dann noch verbleibende Saldo ist, soweit er die vorgeschriebenen Kassenhöchstbestände übersteigt, an den Emissionsfonds der Deutschen Notenbank abzuführen. Bedeutung

1) Siehe Herbert Schieferdecker, a.a.O., Seite 1035.

2) Vergleiche Zweite Durchführungsbestimmung zum Gesetz über die Deutsche Notenbank vom 15. November 1951, GBl. 1951, Seite 1061, § 7; ferner H. Zimmermann, G. Fraas, M. Rätzer, Geld und Kredit ..., a.a.O., Seite 302 f.

3) Vergleiche Vierte Durchführungsbestimmung zum Gesetz über die Regelung des Zahlungsverkehrs vom 19. März 1959, GBl. 1959, Teil I, Seite 240. Danach kann die kontoführende Filiale der Deutschen Notenbank nur noch in besonderen Fällen eine Überprüfung des Kontoführungspflichtigen vornehmen.

4) Vergleiche Charles Dewey, Die Planung und Regulierung des Bargeldumlaufs in der Deutschen Demokratischen Republik, a.a.O., Seite 177 f.

gewinnt der örtliche Geldausgleich vor allem in kleineren Orten, in denen die Deutsche Notenbank keine Filiale unterhält.

ee) Der bargeldlose Einkauf

Trotz aller Bemühungen der Deutschen Notenbank, die Kassenbestände der Kreditinstitute auf die zur Durchführung des Bargeldzahlungsverkehrs unbedingt erforderliche Höhe zu reduzieren, ist die insgesamt umlaufende Bargeldmenge von 3,63 Milliarden DM im Jahre 1953 auf 4,26 Milliarden DM im Jahre 1954 gestiegen¹⁾. Der Grund für die vor allem höhere Kassenhaltung der Bevölkerung war der Wunsch, stets liquide zu sein, um unregelmäßig angebotene Konsumgüter nachfragen zu können.

Diesem Bedürfnis nach Liquidität sollte der am 31. März 1955 eingeführte Sparkaufbrief²⁾ Rechnung tragen, den die Bevölkerung als Zahlungsmittel, insbesondere zum Einkauf langlebiger Konsumgüter, erwerben sollte. Sparkaufbriefe werden von den Sparkassen und seit dem 27. Oktober 1955 auch von den Kreisstellen der Deutschen Bauernbank, den Vereinigungen der gegenseitigen Bauernhilfe-Bäuerliche Handelsgenossenschaften, den Reichsbahnsparbanken und den Banken für Handwerk und Gewerbe³⁾ an natürliche Personen gegen Abbuchung des Gegenwertes von einem Sparkonto, einem laufenden Konto oder Gehaltskonto oder gegen Bareinzahlung des Gegenwertes ausgegeben. Alle Einzelhandelsgeschäfte sind zu seiner Annahme verpflichtet⁴⁾.

1) Siehe Statistisches Jahrbuch der DDR 1956, zitiert nach H. Kalus, Wirtschaftszahlen aus der SBZ, Dritte erweiterte Auflage, Bonn 1961, Seite 120.

2) Vergleiche Verordnung über die Einführung des Sparkaufbriefes vom 31. März 1955, GBl. 1955, Teil I, Seite 280.

3) Vergleiche Zweite Durchführungsbestimmung zur Verordnung über die Einführung des Sparkaufbriefes vom 27. Oktober 1955, GBl. 1955, Teil I, Seite 790.

4) Zur banktechnischen Handhabung des Sparkaufbriefes siehe Erste Durchführungsbestimmung zur Verordnung über die Einführung des Sparkaufbriefes vom 15. April 1955, GBl. 1955, Teil I, Seite 283.

Der Sparkaufbrief verliert ein Jahr nach Ausstellung seine Gültigkeit und ist, soweit nicht in Anspruch genommen, an das ausstellende Kreditinstitut zurückzugeben. Nicht verbrauchte Beträge werden dem ursprünglichen Konto gutgeschrieben und mit 3 vH jährlich verzinst. Die Verzinsung für den in Anspruch genommenen und abgebuchten Betrag endet am Tage des Einkaufs.

Achtes Kapitel: Die Lohnfondskontrolle

Ursprünglich wurde die Lohnfondskontrolle vom Referat Bargeldumlauf der Deutschen Notenbank in Verbindung mit der Bargeldumsatzplanung und der Bargeldkontrolle ausgeübt. Seit 1956/57 ist sie als Teil der 'komplexen Betriebskontrolle' Aufgabe der Abteilung Kredit¹⁾.

1. Prinzip und Aufgaben der Lohnfondskontrolle

Aus Gründen des Leistungsanreizes entlohnt auch die Zentralverwaltungswirtschaft sowjetischen Typs die Arbeitnehmer in Geld. Die Vergütung der Arbeitsleistung ist jedoch der tarifvertraglichen Regelung entzogen und wird durch zentrale Anweisung bestimmt. Die Staatliche Plankommission setzt im Volkswirtschaftsplan eine Lohnsumme für alle in staatlichen und genossenschaftlichen Betrieben beschäftigten Personen, den sogenannten **L o h n f o n d s**, verbindlich fest. Lohnfonds im Sprachgebrauch der Sowjetischen Besatzungszone ist nicht die Menge des zum Unterhalt der Arbeiter verfügbaren Kapitals im Sinne der Klassiker, sondern der Anteil am Volkseinkommen, den die in der sozialistischen Wirtschaft und staatlichen Verwaltung beschäftigten Arbeitnehmer in einem bestimmten Zeitraum brutto er-

1) Vergleiche Werner Schilke und Gerhard Vökler, Die komplexe Betriebskontrolle durch die Bank verwirklichen, in: DFW (Geld und Kredit/Versicherung), Jahrgang 13, 1959, Heft 17, Seite 497.

halten. Er ist die Summe der Lohnfonds aller staatlichen und genossenschaftlichen Betriebe, Verwaltungen und Organisationen, die jeweils die in den Arbeitskräfteplänen vorgesehenen Bruttolohn- und Gehaltssummen enthalten.

Die Lohnfondskontrolle der Deutschen Notenbank ist sowohl Kontrolle des Bargeldumlaufes als auch Kontrolle der Betriebe durch die Bereitstellung von Bargeld. Daher unterscheiden wir die Kontrolle der Einhaltung des Lohnfonds von der Kontrolle der Betriebe mit Hilfe des Lohnfonds.

1) Der Gesamtlohnfonds ist eine der wichtigsten Positionen der Bilanz der Einnahmen und Ausgaben der Bevölkerung und des Bargeldumsatzplanes, deren gesamtwirtschaftliche Bedeutung vor allem in der Abstimmung aller privaten Einkommen mit dem sogenannten Warenfonds und des staatlich fixierten Verhältnisses von Investition und privatem Konsum liegt.

Überschreitungen des Lohnfonds müssen daher zwangsläufig zu Störungen dieser Pläne führen, was infolge der Interdependenz aller Einzelpläne im Volkswirtschaftsplan sehr ernste Folgen haben kann. Aus diesem Grunde ist die Kontrolle der Deutschen Notenbank über die Einhaltung des Gesamtlohnfonds eine absolut notwendige Einrichtung der Zentralverwaltungswirtschaft.

2) Ein anderes Ziel verfolgt die Kontrolle der Betriebe durch den Lohnfonds. Hierbei steht nicht das Bemühen im Vordergrund, die geplante Kaufkraft einzuhalten, sondern die Überwachung der Produktions- und Umsatzzakte. Ihr liegt folgendes Prinzip zugrunde:

Die Deutsche Notenbank stellt den Betrieben bis zur Höhe des bestätigten Lohnfonds das benötigte Bargeld für Lohn- und Gehaltszahlungen entsprechend der Erfüllung der Produktions- bzw. Leistungs- und Warenumsatzpläne bereit. Indem sie die Verfügung über die Lohnfonds mit der Planerfüll-

lung der Betriebe koppelt, kann sie an der Inanspruchnahme des Lohnfonds den jeweiligen Stand der Planerfüllung ablesen.

Bei ungerechtfertigten Lohnfondsüberschreitungen muß sie weitere Auszahlungen von Bargeld verweigern.

2. Die Ermittlung des Lohnfonds

Die Ermittlung des Lohnfonds ist die Aufgabe der Staatlichen Plankommission. Sie erfolgt im Rahmen der Arbeitskräfteplanung, die die Planung der Steigerung der Arbeitsproduktivität, des Arbeitskräftebedarfs und schließlich die Festsetzung des Lohnfonds umfaßt. Dafür beschafft sich die Staatliche Plankommission einen möglichst exakten Überblick über die Arbeitsmarktlage und deren Entwicklung in der zentral-, bezirks- und örtlich geleiteten sowie der verbliebenen privaten Wirtschaft und schränkt die Arbeitsfreiheit soweit ein, daß unkontrollierte Bewegungen der Arbeitskräfte die Planung nicht ernsthaft gefährden können¹⁾.

Nach der Planung der Kontrollziffern des Produktionsprogrammes errechnet die Staatliche Plankommission unter Berücksichtigung der vorgesehenen Steigerung der Arbeitspro-

1) Siehe dazu "Gesetzbuch der Arbeit der Deutschen Demokratischen Republik" vom 12. April 1961, GBl. 1961, Teil I, Seite 27, insbesondere die §§ 24 bis 29 und die Verordnung zur Verbesserung der Arbeitskräftelenkung und Berufsberatung vom 24. August 1961, GBl. 1961, Teil II, Seite 347. Danach haben die Ämter für Arbeit und Berufsberatung bei den jeweiligen Räten der Bezirke, Kreise und kreisfreien Städte für die volkswirtschaftlich richtige Lenkung und Werbung der Arbeitskräfte und des Nachwuchses zu sorgen (§ 5 der Verordnung), bei der Ausarbeitung der territorialen "Arbeitskräfte- und Jugendlichenbilanzen" und der regionalen Abstimmung der Arbeitskräftepläne mitzuwirken (§ 7 der Verordnung) und die Durchführung der Einhaltung der Arbeitskräftepläne in den Betrieben zu kontrollieren (§ 8 der Verordnung). Zur planmäßigen Versorgung der volkswirtschaftlichen Schwerpunkte mit Arbeitskräften haben sie das Recht, Einstellungsbeschränkungen auszusprechen und die Freistellung von Arbeitskräften zu fordern (§ 9 der Verordnung).

duktivität den Arbeitskräftebedarf der verschiedenen Zweige der Volkswirtschaft¹⁾.

Mit Hilfe der Arbeitskräftebilanz sucht sie, eine Übereinstimmung zwischen Arbeitskräftebedarf und Arbeitskräftepotential für einen bestimmten Zeitraum in den einzelnen Wirtschaftszweigen und Berufen sowie in den Bezirken und Kreisen zu erzielen²⁾.

Liegen Arbeitsproduktivität und Arbeitskräftezahl fest, bestimmt die Zentrale die Höhe der Durchschnittslöhne. Dabei läßt sie sich stets von der Maxime leiten, daß die Arbeitsproduktivität schneller wachsen müsse als die Durchschnittslöhne. Genau wie sie den Bedarf an Arbeitskräften gesondert nach Produktionsarbeitern und übrigen Beschäftigten (kaufmännisches Personal, Techniker) plant, berechnet sie gesondert die Durchschnittslöhne für die einzelnen Beschäftigtengruppen. Durch Multiplikation der zur Erfüllung der geplanten Aufgaben notwendigen Arbeitskräfte mit den vorgesehenen Durchschnittslöhnen erhält sie schließlich den Gesamtlohnfonds.

1) Die Steigerung der Arbeitsproduktivität gilt in der Sowjetischen Besatzungszone als die wichtigste Voraussetzung für das Erreichen der hochgesteckten Ziele. Da bei der derzeitigen Erschöpfung der Arbeitskräftereserven ein zusätzlicher Einsatz von Arbeitskraft kaum möglich ist, soll sie durch bessere Organisation der Arbeit, vor allem aber durch höhere Leistung des Faktors Arbeit, erreicht werden. Eine Ursache für die Erschöpfung der Arbeitskräftereserven in der Zone war die starke Fluchtbewegung vor allem arbeitsfähiger Menschen in die Bundesrepublik. Die Staatliche Plankommission hatte bis zum 13. August 1961 die voraussichtliche Zahl der "Republikflüchtigen" bereits in die Arbeitskräftebilanz eingesetzt. In den Jahren 1952 bis 1957 betrug sie jährlich etwa 60.000 Arbeitskräfte und insgesamt etwa 250.000 Personen. Siehe Fritz Schenk, Magie der Planwirtschaft, Köln-Berlin 1960, Seite 32. - Fritz Schenk war vor seiner Flucht in die Bundesrepublik Sekretär der Staatlichen Plankommission und persönlicher Referent ihres Vorsitzenden, Bruno Leuschner.

2) Die Arbeitskräftebilanz soll wichtige Hinweise über Disproportionen zwischen Arbeitskräftebedarf und Deckung liefern, die die Staatliche Plankommission durch langfristige Arbeits-

Um die Besonderheiten der einzelnen Branchen berücksichtigen zu können, wirken die Betriebe bei der Arbeitskräfteplanung mehr als bei den anderen Planungen mit. Sie errechnen die Zahl der zur Erfüllung ihrer Produktionsaufgabe erforderlichen Arbeitskräfte detailliert nach Produktionsgrund- und Hilfsarbeitern nach der Normzeit- und Arbeitsplatzmethode sowie die Zahl der übrigen Beschäftigten nach dem Stellenplan gemäß der von der Zentrale vorgeschriebenen Kontrollziffern¹⁾.

Auf der Grundlage der betrieblichen Planvorschläge ermitteln die Vereinigungen volkseigener Betriebe sowie die Räte der Bezirke und Kreise ihren Arbeitskräftebedarf, den die Staatliche Plankommission nach kritischer Prüfung in dem Arbeitskräfteplan für die gesamte Volkswirtschaft zusammenfaßt.

Anschließend beginnt die Planung der Lohnfonds. Dabei haben die Betriebe auszugehen von:

- a) den zum Zeitpunkt der Planung geltenden gesetzlichen Lohnsätzen, Prämienverordnungen, dem Wirtschaftszweiglohngruppenkatalog etc.,
- b) dem geplanten Produktionsprogramm und den dafür notwendigen Arbeitsstunden in den einzelnen Lohngruppen bzw. der in den Stellenplänen vorgesehenen Anzahl der Beschäftigten und

kräftelenkung (Plan der Berufsausbildung und Plan der Ausbildung und Verteilung der Arbeitskräfte mit Hoch- und Fachschulbildung) auszugleichen sucht.

1) Zur Technik der Arbeitskräfteplanung und der betrieblichen Lohnfondsplanung siehe Hans Klabunde, Die Arbeitskräfteplanung in der volkseigenen örtlichen Industrie, (Ost-)Berlin 1957, Seite 23 ff., Seite 81 bis 86; Josef Morgenthal, Der Betriebsplan in der sozialistischen Industrie, (Ost-)Berlin 1959, Seite 78 ff; H. Ultsch, W. Vater, E. Schmidt, Organisation und Planung der volkseigenen örtlichen Industrie, (Ost-)Berlin 1957, Seite 296 bis 307; H. Arnold, H. Borchert, J. Schmidt, Ökonomik der sozialistischen Industrie in der Deutschen Demokratischen Republik, Lehrbuch, Berlin 1956, Seite 393 ff; W. Kontorowitsch, Der Betriebsplan des Industriebetriebes (Übersetzung aus dem Russischen), Berlin 1955, Seite 244 ff.

- c) dem staatlich festgesetzten Verhältnis von Steigerung der Arbeitsproduktivität und Durchschnittslohn.

Der zu ermittelnde Lohnfonds setzt sich aus dem Grundlohn, dem Mehrverdienst oder Leistungslohn, den Lohnzuschlägen und dem Zusatzlohn zusammen.

Durch die Addition aller geplanten Lohnbestandteile und die Multiplikation mit den notwendigen Arbeitsstunden bzw. Arbeitskräften jeder Lohngruppe erhalten die Betriebe schließlich ihre Gesamtlohnsumme für alle Beschäftigten-gruppen, das heißt ihren Lohnfonds, der nach seiner Bestä-tigung die Grundlage für die Kontrollarbeit der Deutschen Notenbank bildet.

Zum Abschluß der Lohn- und Gehaltsplanung müssen die Be-triebe noch zusätzlich die Durchschnittslöhne für die ein-zelnen Beschäftigtengruppen errechnen. Die Staatliche Plan-kommission soll sofort erkennen können, ob die Berechnungen der Betriebe mit den zentralen Kennziffern übereinstimmen und die ausgewiesene Arbeitsproduktivität schneller als der Durchschnittslohn wächst.

3. Die Entwicklung der Lohnfondskontrolle zu einem brauchbaren Instrument zur Überwachung der staatlichen Betriebe
-

a) Die Einführung der Lohnfondskontrolle im November 1951

Zum ersten Male wurde die Deutsche Notenbank im November 1951 verpflichtet, a) die Inanspruchnahme der Lohn- und Gehaltsfonds der volkseigenen und genossenschaftlichen In-dustriebetriebe auf der Grundlage der Kostenpläne und des Standes der Erfüllung der Produktionspläne, b) die Inan-spruchnahme der Lohn- und Gehaltsfonds der staatlichen und konsumgenossenschaftlichen Handelsbetriebe im Rahmen der für sie bestätigten Arbeitskräftepläne und c) die Inan-spruchnahme der Lohn- und Gehaltsfonds der übrigen Bargeld-planungspflichtigen unter Berücksichtigung ihrer Kosten- und

Stellenpläne zu kontrollieren¹⁾. Die genannten Betriebe mußten dafür den kontoführenden Filialen der Deutschen Notenbank ihre bestätigten Arbeitskräftepläne und zu Beginn eines jeden Quartals ihre Bargeldpläne vorlegen. Anhand der dazu monatlich einzureichenden Erfüllungsmeldungen wachte die Deutsche Notenbank erstens über die Verwendung der betrieblichen Lohnfonds und zweitens über die Einhaltung des Gesamtlohnfonds.

Dieser erste Versuch einer Lohnfondskontrolle durch die Deutsche Notenbank darf als gescheitert bezeichnet werden, denn allein 1952, im ersten Jahr der Kontrolle, wurde der geplante Lohnfonds der "sozialistischen Wirtschaft" um etwa eine halbe Milliarde DM überschritten²⁾³⁾. Diese überplanmäßige Bereitstellung von Bargeld schuf zusätzliche Kaufkraft, ohne das Konsumgüterangebot entsprechend zu erhöhen, und führte zu Störungen der im Gesamtplan festgelegten Proportionen von Produktion, Distribution und Konsumtion.

Dieses Mißverhältnis zwischen Soll und Ist wollte die SBZ-Regierung mit ihrem Beschluß vom 5. März 1953 abstellen⁴⁾. Sie warf darin den Ministerien, Staatssekretariaten und Betriebsleitungen Mangel an Plandisziplin und Verstöße gegen das Prinzip der Entlohnung nach Leistung vor und urteilte, daß sie in die Pläne Reserven eingearbeitet hatten, die ohne Anstrengung die Planerfüllung ermöglichten.

1) Siehe Zweite Durchführungsbestimmung zum Gesetz über die Deutsche Notenbank vom 15. November 1951, GBl. 1951, Seite 1061, § 1, Absatz 2.

2) Siehe Bekanntmachung des Regierungsbeschlusses über Maßnahmen zur Verbesserung der Verwendung und Abrechnung der Lohnsummen in den Betrieben der sozialistischen Wirtschaft vom 5. März 1953, GBl. 1953, Seite 403.

3) Das sind etwa 5 vH des Lohnfonds. Bei der Ermittlung wurden die Angaben für 1953 zugrunde gelegt, als erstmals eine Aufgliederung der Jahresbruttolohnsumme auf volkseigene, genossenschaftliche, private Betriebe und gesellschaftliche Organisationen erfolgte; ferner wurde der Rückgang der Zahl der Beschäftigten in der privaten Wirtschaft von 1952 auf 1953 um gut 9 vH berücksichtigt. Siehe Statistisches Jahrbuch der DDR 1955, (Ost-)Berlin 1956, Seite 95.

4) Siehe GBl. 1953, Seite 403.

Damit rührte der Regierungsbeschluß an einen der wundesten Punkte der Zentralverwaltungswirtschaft überhaupt, nämlich das ständige Bestreben der Betriebsleiter, einen möglichst leichten Plan auszuhandeln, der ohne Mühen erfüllt werden kann¹⁾. In diesem Bestreben stimmen aus völlig unterschiedlichen Motiven die Planungszwischeninstanzen mit den Betriebsleitern überein. Während die Zwischeninstanzen aus optischen Gründen eine hundertprozentige Erfüllung oder, wenn möglich, eine Übererfüllung des Planes der Zentrale zu melden wünschen, bemühen sich die Betriebsleiter darum aus materiellen Gründen, denn davon hängt in der Regel die Höhe ihrer Prämien ab. Soweit die Betriebe auf die Planung Einfluß ausüben können, werden die Produktionspläne deshalb nur Minimalpläne sein. Die verbleibenden Leistungsreserven versucht die Staatliche Plankommission, nachträglich mit Hilfe von Prämien hervorzulocken.

Hier stellt sich die Frage: Ist in einer zentral geplanten Wirtschaft eine Planübererfüllung durch einzelne Betriebe überhaupt sinnvoll? Diese Frage berührt ein Zentralproblem des Wirtschaftens, nämlich das der richtigen Proportionalisierung.

Eine Zentralverwaltungswirtschaft kann es nicht dem Zufall oder dem guten Willen der Beteiligten überlassen, ob und in welchem Maße der Produktionsplan übererfüllt wird. Handelt es sich beispielsweise um die Produktion von Komplementärgütern, so ist eine Übererfüllung bei einem Gut völlig sinnlos. Meldet zum Beispiel in der Kraftfahrzeugfertigung der Karosseriebau eine Übererfüllung von 3vH und erreicht der Motorenbau im besten Falle gerade sein Soll, dann ist die Übererfüllung nicht nur nutzlos, sondern eine volkswirtschaftliche Verschwendung, denn die Produktions-

1) Vergleiche dazu Hans Klabunde, Die Arbeitskräfteplanung in der volkseigenen örtlichen Industrie, (Ost-)Berlin 1957, Seite 34: "In den Betrieben ist die Tendenz vorhanden, die Produktion möglichst niedrig einzuschätzen, dafür aber die Anzahl der Arbeitskräfte und vor allem die Selbstkosten möglichst hoch anzugeben. Mit dieser schlechten Einschätzung versuchen sich die Betriebe Polster zu verschaffen, ..."

faktoren sind nicht optimal eingesetzt. Das Vorhandensein von Überplanbeständen zeigt, daß sich die Wirtschaft nicht im Gleichgewicht befindet.

Es ist dies in der Tat ein schwieriges Problem für die zentrale Planungsinstanz. In der Tschechoslowakei versuchte sie es folgendermaßen zu lösen¹⁾:

Die Planungsbehörde schreibt den einzelnen Betrieben im Rahmen der Gesamtplanung ein Produktionssoll verbindlich vor. Erklärt der Betrieb unmittelbar nach der Zuweisung, er könne die Auflage übererfüllen, dann erhält er dafür eine höhere Prämie als bei nachträglicher Übererfüllung. Das hat für das Planungsamt angeblich den Vorteil, daß es die zusätzliche Leistung noch vor Beginn der neuen Planperiode in den Gesamtplan einbauen kann. Die Planer irren jedoch, wenn sie meinten, damit ein proportionales Wachstum erreichen zu können. Die Zusage eines einzelnen Betriebes, das Soll überzu-erfüllen, setzt nämlich der Zentrale völlig neue Daten, von denen die Planung auszugehen hätte. Es reicht nicht, die zusätzliche Leistung eines Betriebes nachträglich in den Gesamtplan einzuflicken.

b) Die Bestimmungen des Regierungsbeschlusses vom 5. März 1953

In Anlehnung an die Grundsätze des Regierungsbeschlusses und die vom Finanzministerium herausgegebene Rahmendirektive²⁾

1) Nach Prof. Stefan Varga, Budapest, mitgeteilt am 16. Mai 1961 in der bereits zitierten Arbeitstagung der Wirtschaftspolitischen Gesellschaft 1947 in Frankfurt am Main. Vergleiche Stefan Varga, Wesen und Funktion des Geldes im "Sozialismus", a.a.O., Seite 196.

2) Siehe Rahmendirektive des Ministeriums der Finanzen für die Fachministerien, Staatssekretariate m.e.G. und Räte der Bezirke über die Kontrolle und Verwendung des Lohnfonds in den Betrieben der sozialistischen Wirtschaft vom 10. März 1953, abgedruckt bei G. Kohlmeier und Ch. Dewey, Bankensystem ..., a.a.O., Seite 424 ff. Siehe dazu die Anweisung Nr. 183/53

erließ die Deutsche Notenbank neue technische Anweisungen¹⁾, wonach die staatlichen und genossenschaftlichen Betriebe ihre Lohnfonds monatlich auszuschöpfen hatten und die Jahresbruttoproduktion und Jahreslohnsumme, aufgeteilt auf Quartale und Monate und untergliedert nach Produktionsarbeitern und übrigen Beschäftigten, angeben mußten. Außerdem verlangte die Deutsche Notenbank monatlich am Tage der Restlohnzahlung eine Erfüllungsmeldung zum Bargeldplan mit Produktionsergebnis und angeforderten Lohngeldern²⁾.

Bei einer Übererfüllung der monatlichen Produktionspläne durfte die Deutsche Notenbank nur eine entsprechende Überschreitung des Teiles des Lohnfonds zulassen, der auf die Produktionsarbeiter in Industriebetrieben oder vergleichbare Beschäftigte in anderen Wirtschaftszweigen entfiel. Überstieg die angeforderte Lohnsumme den geplanten Lohnfonds, ohne daß die Produktionsauflage - gerechnet zu geplanten Absatzpreisen - erfüllt wurde, dann mußte sie die Hergabe von Bargeld verweigern³⁾.

Aber auch diese technischen Änderungen der Lohnfondskontrolle

des Ministeriums der Finanzen vom 21. September 1953, ebenfalls abgedruckt bei G. Kohlmei und Ch. Dewey, Bankensystem .., a.a.O., Seite 437 ff.

1) Vergleiche: Kontrolle des Lohnfonds, Stellungnahme der Deutschen Notenbank Berlin, in: DFW, Jahrgang 7, 1953, Heft 22, Seite 1197 ff.

2) Die Betriebsleiter und Hauptbuchhalter hatten seither darauf zu achten, daß die für Lohnzahlungen jeweils benötigten Mittel rechtzeitig auf den Bankkonten zur Verfügung stehen. Zu diesem Zweck müssen sie sogenannte Zahlungskalender führen. Bei vorübergehenden Liquiditätsschwierigkeiten können sie bei der kontoführenden Filiale der Deutschen Notenbank beantragen, daß zwei Tage vor dem Zahlungstermin und am Lohnzahlungstage selbst Zahlungs- und Vollstreckungsaufträge sowie gesetzlich vorgeschriebene Zahlungsverpflichtungen solange zurückgestellt werden, bis die für die Lohnzahlung erforderlichen Mittel angesammelt sind. Darüber hinaus können sie eine Liquiditätshilfe aus einem dafür bereitstehenden Reservefonds beantragen.

3) Vergleiche Rudolf Eisenklam, Kontrolle des Lohnfonds durch die Deutsche Notenbank, in: DFW, Jahrgang 7, 1953, Heft 12, Seite 654 f.

waren nicht geeignet, in der Praxis befriedigende Ergebnisse zu erzielen. Dafür lassen sich folgende Gründe anführen:

1) Kaum ein Betrieb berücksichtigte bei der monatlichen Aufgliederung des Produktionsplanes und des Lohnfonds das Verhältnis der prozentualen Kostenzusammensetzung der Erzeugnisse. Vielmehr verteilten die Betriebe in der Regel die gesamte Produktionsauflage schematisch auf die einzelnen Quartale und Monate und setzten einfach dazu den gleichen Prozentsatz des Gesamtjahreslohnfonds als Planzahl ein¹⁾.

Bei dieser Handhabung der Anweisungen der Deutschen Notenbank mußten auch bei planmäßiger Durchführung der Produktion Abweichungen bei der monatlichen Inanspruchnahme des Lohnfonds auftreten, da die monatlichen Zahlen nicht das richtige Verhältnis von Produktionsplanerfüllung und Lohnkosteneinsatz widerspiegeln. Bei der Fertigung eines Gutes, die zum Beispiel über den Zeitraum eines Monats hinausgeht, brauchen die übrigen Plankosten den anteilig berechneten Lohnkosten nicht zu entsprechen. In der Regel werden während des Produktionsprozesses die Kosten für Material und Lohnaufwand nicht im gleichen Verhältnis anfallen.²⁾ Da sich also die Leistung nicht grundsätzlich mit der Inanspruchnahme des Lohnfonds in den einzelnen Monaten deckt, kann auch die Inanspruchnahme des Lohnfonds nicht die Erfüllung des Produktionsplanes anzeigen.

Einen selbständigen Rückgriff der Betriebe auf nicht in Anspruch genommene Lohnfondsteile der Vormonate lehnte die

1) Vergleiche Günter Metzler, Die Kontrolle des Lohnfonds durch die Deutsche Notenbank bedarf der Veränderung, in: DFW, Jahrgang 7, 1953, Heft 17, Seite 931.

2) Zum Beispiel wird aus der Lederindustrie berichtet, daß von den Gesamtkosten im ersten Drittel der Produktion etwa 60 vH auf Material und etwa 8 vH auf Lohn entfallen, während am Ende des Fertigungsprozesses der Lohnaufwand im Verhältnis zum Materialaufwand höher ist als am Anfang der Produktion. Siehe Walter Klug, Kontrolle zur Einhaltung des Lohnfonds 1953, in: DFW, Jahrgang 7, 1953, Heft 13, Seite 705.

Deutsche Notenbank jedoch kategorisch ab. Solche Einsparungen mußten an eine beim zuständigen Ministerium zu bildende Reserve von nicht ausgenutzten Lohnfondsanteilen abgeführt werden, weil die Deutsche Notenbank befürchtete, daß andernfalls die zentrale Kontrolle verloren ging¹⁾. Eine gegenseitige Aufrechnung der einzelnen Monate ist erst seit 1956 erlaubt²⁾.

2) Die Bestimmungen der Deutschen Notenbank hinsichtlich der monatlichen Inanspruchnahme des Lohnfonds setzten weiter voraus, daß die Betriebe die vorgesehenen Kostenträger (Erzeugnisse) entsprechend der Produktionsauflage herstellen. Wird aus Gründen, die der Betrieb nicht zu vertreten hat, die Herstellung anderer Erzeugnisse oder Erzeugnisgruppen notwendig, dann läßt sich der Lohnfonds im Verhältnis zu den übrigen Kosten nicht in der vorgeschriebenen Höhe einhalten, wenn nicht zufällig die Kostenträger prozentual den gleichen Lohnanteil enthalten.

Da in der Regel der Lohnanteil bei den verschiedenen Kostenträgern unterschiedlich ist, besteht bei den in der Praxis notwendigen Produktionsumstellungen die Gefahr, daß ein Betrieb, obwohl er die geplante Lohnsumme pro Kostenträger einhält, den Lohnfonds überzieht, ohne daß die Produktion wertmäßig den Planansatz erreicht; dies soll das nachfolgende Beispiel verdeutlichen³⁾:

1) Siehe: Kontrolle des Lohnfonds, Stellungnahme der Deutschen Notenbank Berlin, a.a.O., Seite 1197 ff.

2) Siehe Sechste Durchführungsbestimmung zum Gesetz über die Deutsche Notenbank - Kontrolle über die Inanspruchnahme des Lohnfonds in der volkseigenen und konsumgenossenschaftlichen Wirtschaft - vom 26. Januar 1956, GBl. 1956, Teil I, Seite 157.

3) Siehe Rudolf Eisenklam, Kontrolle des Lohnfonds durch die Deutsche Notenbank, in: DFW, Jahrgang 7, 1953, Heft 12, Seite 654.

Kostenträger A: Material pro 1000 kg	4.500,--	DM =	96,78 %
Lohn	30,--	DM =	0,64 %
übrige Kosten	120,--	DM =	2,58 %
Verkaufspreis	4.650,--	DM =	100 %
Kostenträger B: Material pro 1000 kg	2.800,--	DM =	60,22 %
Lohn	350,--	DM =	7,52 %
übrige Kosten	1.500,--	DM =	32,26 %
Verkaufspreis	4.650,--	DM =	100 %

Sieht der Plan pro Monat zum Beispiel 100 t Kostenträger A = 465.000,-- DM mit einem Lohnanteil von 3.000,-- DM und 100 t Kostenträger B = 465.000,-- DM mit einem Lohnanteil von 35.000,-- DM vor und kann der Betrieb in einem Monat aus Materialgründen oder wegen Ausfall eines Aggregates nur 50 t Kostenträger A = 232.500,-- DM mit einem Lohnanteil von 1.500,-- DM und 120 t Kostenträger B = 558.000,-- mit einem Lohnanteil von 42.000,-- DM, also insgesamt eine Produktion im Werte von 790.000,-- DM mit einem Lohnanteil von 43.500,-- DM erfüllen, dann ist zwar die Produktion wertmäßig nicht plangemäß erfüllt, die Löhne sind aber überschritten worden, obwohl die geplante Lohnsumme pro Kostenträger eingehalten wurde¹⁾.

Unvorhergesehene Störungen und Produktionsumstellungen lassen die von der Deutschen Notenbank starr und schematisch angewandte Lohnfondskontrolle als Produktionskontrolle nicht wirksam werden. Sie ist deshalb wirklichkeitsfremd und wird der Dynamik des Wirtschaftens nicht gerecht.

3) Schließlich lag der Hauptmangel darin, daß die Betriebe in völliger Übereinstimmung mit den Vorschriften den zugeordneten Lohnfonds voll ausschöpfen konnten, ohne den Produktionsplan erfüllen zu müssen.

Die Bestimmungen zur Lohnfondskontrolle sehen eine Intervention der Deutschen Notenbank erst bei absoluter Lohnfondsüberschreitung vor. Daher achtete sie lediglich darauf, daß

1) Dabei wurde unterstellt, daß es möglich war, Arbeiter des ausgefallenen Aggregates zur Übererfüllung des Produktionssolls des anderen Kostenträgers einzusetzen.

der Lohnfonds nicht ohne entsprechende Produktionsübererfüllung überschritten wurde. Solange sich deshalb die Betriebe in ihrem Limit bewegten, verhielten sie sich plangerecht.

Eine volle Lohnfondsinanspruchnahme bei einer Produktionsplanerfüllung von nur 90 vH bedeutet aber auch eine Abweichung von den geplanten Proportionen zwischen Gütererzeugung und Einkommensbildung.

Auftragsgemäß verweigerten die Filialen der Deutschen Notenbank bis zur Neuregelung der Lohnfondskontrolle im Jahre 1956 grundsätzlich Barauszahlungen, die den Lohnfonds überstiegen, wenn nicht der Nachweis einer sogenannten Umsetzung¹⁾ vorgelegt wurde. Sie wollten sich nicht erneut mangelnde Kontrolle vorwerfen lassen.

Umsetzungen waren von den Betrieben bei den zuständigen Fachministern oder Staatssekretären zu beantragen. Die oberste Autorität sollte von allen Planabweichungen Kenntnis erhalten und entsprechende Maßnahmen zu ihrer Überwindung einleiten können²⁾. Üblicherweise waren dafür langwierige Verhandlungen notwendig, ehe die Deutsche Notenbank Bargeld für Lohnfondsüberschreitungen freigab.

Zu welchen Schwierigkeiten das Verhalten der Deutschen Notenbank in der Wirtschaftspraxis führte, sollen Beispiele aus zwei verschiedenen Branchen zeigen:

Erstes Beispiel:

Einem Betrieb des Kraftverkehrsgewerbes legte die Deutsche Notenbank für die Bewilligung von Bargeld für Lohn- und Gehaltszahlungen als Kennziffer die Leistung eines Omnibusses zugrunde, die sich wie folgt errechnete: Dreihundert Einsatztage pro Jahr mal dreihundert Kilometer pro Tag ergeben bei

1) Umsetzungen sind von den den Betrieben übergeordneten Organen zugelassene Lohnfondsüberschreitungen, die durch eine entsprechende Einsparung eines anderen Betriebes oder anderer Betriebe der gleichen Branche kompensiert werden müssen.

2) Siehe "Kontrolle des Lohnfonds" - Stellungnahme der Deutschen Notenbank Berlin, a.a.O.

dreißig Sitzplätzen im Jahr eine Leistung von 2.700.000 Personenkilometern. Mit 0,04 DM multipliziert, ergibt das einen Betrag von 108.000,-- DM. - Als der Omnibus wegen unvorhergesehener Reparaturen bzw. erheblicher Schwierigkeiten bei der Ersatzteilbeschaffung längere Zeit ausfiel, fertigten die Kraftfahrer in Überstunden die Ersatzteile selbst an, um das Fahrzeug möglichst schnell wieder einsatzfähig zu machen. Dadurch entstanden nicht im Plan vorgesehene Lohnkosten, ohne daß die Omnibusleistung die Plan-kennziffern überschritt. Die Deutsche Notenbank verweigerte die zusätzlich angeforderten Lohnfelder und bestrafte somit einen Betrieb, der größeren Schaden abzuwenden versucht hatte¹⁾.

Zweites Beispiel:

Ein staatlicher Wasserwirtschaftsbetrieb in Plauen hätte an einem Sonntag die Reinigung eines wasserführenden Mühlgrabens vornehmen müssen, damit die anliegenden Betriebe, die aus diesem Graben das Wasser entnahmen, ihre Produktion nicht zu unterbrechen brauchten. Da die Deutsche Notenbank die Auszahlung von Bargeld für die nicht im Lohnfonds vorgesehenen Überstunden und Sonntagszuschläge verweigerte, ließ sich der Wasserwirtschaftsbetrieb kurzerhand dafür Arbeiter eines Privatbetriebes²⁾, der die Arbeitszeit in Rechnung stellte. Wäre der Wasserwirtschaftsbetrieb vorschriftsmäßig verfahren; hätte er die Arbeit wochentags unter Einhaltung der geplanten Arbeitszeit ausgeführt. Als Folge davon hätte die Produktion der Anliegerbetriebe zwei Tage lang ausfallen müssen³⁾.

1) Siehe Fred Jerke, Die Kontrolle durch die Mark unbürokratisch durchführen, in: DFW, Jahrgang 7, 1953, Heft 15, Seite 818.

2) Die privaten Betriebe (besonders die privaten Handwerksbetriebe) hatten infolge ihrer größeren Dispositionsfreiheit bis zu ihrer Liquidierung erheblich dazu beigetragen, das starre System der Zentralverwaltungswirtschaft elastischer zu gestalten.

3) Siehe Conrad Trautmann, "Morgen früh um halb acht" oder: Die Deutsche Notenbank muß Überspitzungen schnell abstellen, in: DFW, Jahrgang 7, 1953, Heft 14, Seite 766 f.

Allein aus der Zeitschrift 'Deutsche Finanzwirtschaft' liesse sich aus einer Fülle von weiteren Beispielen leicht nachweisen, daß der Zwang, unter allen Umständen den Lohnfonds einzuhalten, Kosten verursachte, die bei weitem die zusätzlich erforderlich gewesen Löhne überschritten.

c) Die Lohnfondsbestimmungen vom 1. Februar 1954

Die im Jahre 1953 gesammelten Erfahrungen haben der Deutschen Notenbank gezeigt, daß das unbewegliche System der Lohnfondskontrolle in vieler Hinsicht nicht der Vielfältigkeit des Wirtschaftsgeschehens gerecht wird.

Deshalb arbeiteten das Ministerium der Finanzen und die Deutsche Notenbank für das Jahr 1954 neue Bestimmungen über die Verwendung und Abrechnung des Lohnfonds aus¹⁾, die sich im Prinzip aber nur in wenigen Punkten von denen des Ministerratsbeschlusses vom 5. März 1953 unterschieden²⁾.

Neu war lediglich, daß die Filialen der Deutschen Notenbank das Recht erhielten, den Betrieben vorübergehend Überschreitungen der monatlichen Lohnfonds bis zu einem Prozent der geplanten Monatslohnsumme zu gestatten und die sogenannten Umsetzungen elastischer zu handhaben.

Das Umsetzungsverfahren war bislang umständlich und langsam. In der Zeitschrift 'Deutsche Finanzwirtschaft' heißt es: "Trotz telefonischer Weitergabe waren Verzögerungen nicht immer zu vermeiden. Die Werktätigen kritisieren mit Recht, daß das Kontrollsystem in seiner technischen Durchführung zu starr und unbeweglich war. Vor allen Dingen beschwerten

1) Siehe Anordnung über die Verwendung und Abrechnung des Lohnfonds in den Betrieben der volkseigenen und genossenschaftlichen Wirtschaft sowie den Haushaltsorganisatoren vom 1. Februar 1954, GBl. 1954. Seite 133 und hierzu die Erste Durchführungsbestimmung vom 1. Februar 1954, GBl. 1954, Seite 135.

2) Vergleiche S. Ebert und W. Rohr, Lohnfondskontrolle - ihre Probleme und Mängel, in: DFW, Jahrgang 8, 1954, Heft 11, Seite 566.

sie sich auch darüber, daß selbst bei Kleinstbeträgen der gesamte Apparat - Meldung an Hauptverwaltung, Brief vom Minister an die Zentrale der Deutschen Notenbank, Weitergabe von dort an die kontoführende Filiale - in Bewegung gesetzt werden mußte."¹⁾

Nunmehr sollten Betriebe, die ihre monatlichen Lohnfonds aus produktionstechnischen Gründen nicht einhalten konnten, der kontoführenden Niederlassung der Deutschen Notenbank nur den Durchschlag eines Antrages auf Umsetzung vorzulegen brauchen, um die zusätzlich angeforderten Lohngehälter zu erhalten. Der Hauptverwaltungsleiter hatte dann bis zur nächsten Lohnschlußzahlung Zeit, der Zentrale der Deutschen Notenbank nachzuweisen, wo die entsprechende Lohnsumme eingespart worden ist.

Die Deutsche Notenbank hatte darauf zu achten, daß Lohnfondsüberschreitungen nur mit Einsparungen kompensiert werden durften.

Konnten Betriebe bei der nächsten Lohnzahlung die Genehmigung zur Umsetzung nicht vorlegen, dann mußte die Deutsche Notenbank die über das vorgesehene Limit hinaus in Anspruch genommene Lohnsumme von der jetzt angeforderten wieder abziehen.

Andererseits mußten die Betriebe den zuständigen Ministern, Staatssekretären, Hauptverwaltungsleitern, Vorsitzenden der Räte der Bezirke und Kreise eingesparte Löhne und Gehälter sofort melden. Einmal erzielte Einsparungen standen den Betrieben selbst nicht mehr zur Verfügung²⁾.

1) Martin Macher, Kontrolle der Verwendung des Lohnfonds im Jahre 1954, in: DFW, Jahrgang 8, 1954, Heft 6, Seite 282.

2) Zur Frage der Umsetzung siehe Erste Durchführungsbestimmung zur Anordnung über die Verwendung und Abrechnung des Lohnfonds in den Betrieben der volkseigenen und genossenschaftlichen Wirtschaft sowie den Haushaltsorganisationen vom 1. Februar 1954, a.a.O., vergleiche Martin Macher, a.a.O., Seite 282 ff.

Außerdem sollte eine Reihe von Spezialdirektiven¹⁾, die die Fachministerien mit Zustimmung des Ministeriums der Finanzen und der Deutschen Notenbank für die einzelnen Wirtschaftszweige erließen, deren Besonderheiten berücksichtigen.

Trotzdem ist es nicht gelungen, die bereits kritisierten Mängel, vor allem die Möglichkeit der hundertprozentigen Lohnfondsinanspruchnahme ohne eine gleichzeitige Erfüllung des Produktionsolls, zu beseitigen. Deshalb hat die Deutsche Notenbank auch 1954 eine Vergrößerung des Geldüberhangs nicht verhindern können²⁾.

- 1) In den Spezialdirektiven ist insbesondere zu regeln:
- "a) aus welchen Kontengruppen des Rechnungswesens sich der Lohnfonds zusammensetzt,
 - b) wie die Betriebe die Aufgliederung des Lohnfonds gemäß § 1, Absatz 3 (der Anordnung über die Verwendung und Abrechnung des Lohnfonds in den Betrieben der volkseigenen und genossenschaftlichen Wirtschaft sowie den Haushaltsorganisationen vom 1. Februar 1954, a.a.O., der Verfasser) vorzunehmen haben,
 - c) welche Bemessungsgrundlage für die Feststellungen der Erfüllung der Produktions- bzw. Warenumsatzpläne oder Leistungsauflagen heranzuziehen ist,
 - d) welche Beschäftigten, die nach der Nomenklatur der Arbeitskräfteplanung nicht zu den Produktionsarbeitern zählen, den Produktionsarbeitern gleichgestellt werden müssen."

Anordnung über die Verwendung und Abrechnung des Lohnfonds in den Betrieben der volkseigenen und genossenschaftlichen Wirtschaft sowie den Haushaltsorganisationen vom 1. Februar 1954, a.a.O., § 9, Absatz 2.

- 2) Vergleiche Walter Ulbricht, Fragen der politischen Ökonomie in der DDR, Ausführungen auf der 21. Plenartagung der SED am 12. November 1954, in: Chronologische Materialien zur Geschichte der SED, Dokumentation des Informationsbüros West, Berlin 1956, Seite 472 ff.

d) Die Kontrolle der relativen Inanspruchnahme des Lohnfonds

Nachdem das 21. Plenum des Zentralkomitees der SED das Verfahren der Lohnfondskontrolle kritisiert hatte, verpflichtete die Deutsche Notenbank 1955 erstmals ihre Filialen, darüber zu wachen, daß die Betriebe den Lohnfonds A (Lohnfonds für Produktionsarbeiter) nur prozentual zur Planerfüllung in Anspruch (= ökonomisch gerechtfertigte Inanspruchnahme) nehmen¹⁾.

Damit wurde ihnen untersagt, den Lohnfonds hundertprozentig auszuschöpfen, ohne die Planaufgabe voll zu erfüllen. Als Einsparungen, über die die übergeordneten Organe zum Ausgleich von Lohnfondsüberschreitungen anderer Betriebe im Rahmen der sogenannten Umsetzungen verfügen konnten, galten seither nur noch die Teile des Lohnfonds, die im Verhältnis zur Erfüllung der Planaufgaben nicht in Anspruch genommen wurden. Bei einer Produktionsplanerfüllung von 95 vH, der eine Inanspruchnahme des Lohnfonds A mit 92 vH gegenübersteht, beträgt die Einsparung nur 3 vH, während vorher noch 8 vH als Einsparung ausgewiesen worden wären²⁾.

Diesem Prinzip der 'relativen Inanspruchnahme des Lohnfonds' verlieh die sowjetzonale Regierung im Januar 1956 gesetzliche Verbindlichkeit³⁾. Sie erhoffte sich davon eine größere

1) Vergleiche Anleitung für die Durchführung der Kontrolle über die Einhaltung und Verwendung des Lohnfonds in den volkseigenen und konsumgenossenschaftlichen Betrieben, zitiert nach Kurt Schickram, Die Durchführung der Lohnfondskontrolle im Jahre 1955, in: DFW, Jahrgang 9, 1955, Heft 18, Seite 770 ff.

2) Vergleiche Kurt Schickram, a.a.O., Seite 771.

3) Siehe Sechste Durchführungsbestimmung zum Gesetz über die Deutsche Notenbank vom 26. Januar 1956, GBl. 1956, Teil I, Seite 157; ferner Anordnung Nr. 1 zur Durchführung der Kontrolle der Inanspruchnahme des Lohnfonds in der volkseigenen und konsumgenossenschaftlichen Wirtschaft - Industrie - vom 26. Januar 1956, GBl. 1956, Teil I, Seite 158 und Anordnung Nr. 2 zur Durchführung der Kontrolle der Inanspruchnahme des Lohnfonds in der volkseigenen und konsumgenossenschaftlichen Wirtschaft - Verkehr, Land- und Forstwirtschaft sowie Handel - vom 26. Januar 1956, GBl. 1956, Teil I, Seite 160. Diese beiden Anordnungen wurden durch die Anordnung (Nr. 1)

Wirkung des Kontrollverfahrens, denn die Deutsche Notenbank war - obschon die technischen Arbeiten einen unvertretbar großen Umfang angenommen hatten - "bei der bisherigen Durchführung der Lohnfondskontrolle" im wesentlichen über eine "registrierende und signalisierende Tätigkeit nicht hinaus"¹⁾ gekommen.

Im einzelnen regelten die Lohnfondsbestimmungen vom 26. Januar 1956:

1) Die Gliederung des betrieblichen Lohnfonds in den Lohnfonds A und den Lohnfonds B.

Seit dem 1. Juli 1957 sind im Lohnfonds A im Soll und Ist von Industrie- und Verkehrsbetrieben Grundlohn, Zuschläge und Zusatzlohn; von Handelsbetrieben Löhne für Lager-, Transport- und Verkaufspersonal einschließlich anteiliger Zuschläge und Zusatzlohn und im Lohnfonds B alle im Lohnfonds A nicht erfaßten Lohnkosten zusätzlich der Lehrausbilderprämien und Treueprämien auszuweisen²⁾.

Nach dieser Gliederung müssen die Betriebe monatlich die geplante und die tatsächliche Lohnfondsinanspruchnahme sowie die geplante und tatsächliche Erfüllung der Planaufgaben vom Beginn des Planjahres bis zum Ende des Berichtsmonats (Berichtszeitraum) nachweisen.

zur Durchführung der Kontrolle der Inanspruchnahme des Lohnfonds in der volkseigenen und konsumgenossenschaftlichen Wirtschaft vom 2. Januar 1957, GBl. 1957, Teil I, Seite 82 in der Fassung der Änderungsanordnung vom 1. Juli 1957, GBl. 1957, Teil I, Seite 375 und die Anordnung Nr. 2 zur Durchführung der Kontrolle der Inanspruchnahme des Lohnfonds in der volkseigenen und konsumgenossenschaftlichen Wirtschaft - Lohnfonds für das technische Personal - vom 1. April 1959, GBl. 1959, Teil I, Seite 328, ersetzt.

1) Erich Schoder und Manfred Schulz, Die Kontrolle über die Inanspruchnahme des Lohnfonds, in: DFW, Jahrgang 10, 1956, Heft 14, Seite 648.

2) Vergleiche Anordnung (Nr. 1) zur Durchführung der Kontrolle der Inanspruchnahme des Lohnfonds in der volkseigenen und konsumgenossenschaftlichen Wirtschaft vom 2. Januar 1957 in der Fassung der Änderungsanordnung vom 1. Juli 1957, GBl. 1957, Teil I, Seite 375.

Die Filialen der Deutschen Notenbank kontrollieren, daß sie im Berichtszeitraum ("kumulative Kontrolle") den Lohnfonds A jeweils nur im Verhältnis zum Stand der Erfüllung des Produktionsplanes und den Lohnfonds B bis zum vorgeschriebenen Limit in Anspruch nehmen.

2) Die Erweiterung der Kontrollbefugnisse der Deutschen Notenbank.

a) Seit der Einführung der relativen Lohnfondskontrolle müssen auch die Vereinigungen volkseigener Betriebe und die Räte der Bezirke und Kreise der Zentrale der Deutschen Notenbank bzw. den zuständigen Bezirks- oder Kreisfilialen monatlich zu den für die laufende Finanzberichterstattung festgesetzten Terminen einen zusammenfassenden Nachweis der Angaben der unterstellten Betriebe einreichen, in dem die Lohnfondseinsparungen und Lohnfondsüberschreitungen unsaldiert auszuweisen sind.

Gleichfalls sind die Genehmigungen zur Überschreitung des Lohnfonds mit Begründung der kontoführenden Filiale der Deutschen Notenbank zu übergeben.

b) Eine wichtige Kompetenzerweiterung bedeutete die Befugnis der Deutschen Notenbank, die Ministerien, Staatssekretariate, Hauptverwaltungen, Räte der Bezirke und Kreise bzw. deren Abteilungen unmittelbar zu prüfen, insbesondere erstens, ob der Gesamtlohnfonds auf die unterstellten Betriebe rechtzeitig und richtig aufgeteilt wurde; zweitens, in welcher Höhe im Gesamtbereich des betreffenden Organs der Lohnfonds in Anspruch genommen wurde, wie sich etwaige Überschreitungen auf die unterstellten Betriebe verteilen, und welche Gründe zu diesen Überschreitungen führten; drittens, welche Maßnahmen gegenüber den Betrieben getroffen wurden, um Lohnfondsüberschreitungen abzustellen und die zugrunde liegenden Ursachen zu beseitigen, und viertens, ob die erteilten endgültigen Genehmigungen für Lohnfondsüberschreitungen im Rahmen der Einsparungen anderer Betriebe oder verfügbarer Beträge des Reservefonds liegen.

Es hatte sich schon längst gezeigt, daß die 'Lohnfondsdisziplin' bereits von diesen Organen verletzt wurde¹⁾.

c) Noch wichtiger waren die Bestimmungen, die der Deutschen Notenbank das Recht gaben, säumige Betriebe durch Anwendung von sogenannten Sanktionen zu zwingen, die Ursachen für Lohnfondsüberschreitungen zu beseitigen. Bisher mußten alle Interventionen einfach deshalb erfolglos bleiben, weil die Deutsche Notenbank keine Möglichkeit hatte, ihren Forderungen den nötigen Nachdruck zu verleihen. Seitdem sind folgende Sanktionen vorgesehen²⁾:

1. Die Deutsche Notenbank kann verlangen, daß vom Fachministerium bzw. vom Vorsitzenden des Rates des Bezirkes eine Kommission im Betrieb eingesetzt wird, die mit geeigneten Maßnahmen hilft, die Lohnfondsüberschreitungen zu beseitigen.
2. Die Deutsche Notenbank ist befugt, den Kredit zu sperren, wenn Betriebe die zur Durchführung der Kontrolle erforderlichen Plandokumente sowie die Anträge und Genehmigungen für Lohnfondsüberschreitungen nicht termingerecht vorlegen.
3. Die Deutsche Notenbank darf die Kreditgewährung bis zur Richtigstellung unterbrechen, wenn die von einem Betrieb eingereichten Unterlagen falsche Angaben enthalten und verlangen, daß die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden.
4. Die Deutsche Notenbank kann beim übergeordneten Organ beantragen, daß den verantwortlichen Wirtschaftsfunktionären die Prämien ganz oder teilweise entzogen werden, wenn die Betriebe die Ursachen für die Verstöße gegen die Lohnfondsdisziplin nicht beseitigen.

1) Siehe Kurt Schickram, Die Durchführung der Lohnfondskontrolle im Jahre 1955, a.a.O.

2) Siehe Anordnung (Nr. 1) zur Durchführung der Kontrolle der Inanspruchnahme des Lohnfonds in der volkseigenen und konsumgenossenschaftlichen Wirtschaft vom 2. Januar 1957, a.a.O., §§ 5 und 8.

5. In besonders schwerwiegenden Fällen ist der Präsident der Deutschen Notenbank verpflichtet, die Verantwortlichen dem zuständigen Minister oder Staatssekretär beziehungsweise dem Vorsitzenden des Rates des Bezirkes zu melden und die Einleitung eines Disziplinarverfahrens zu empfehlen.

Obwohl man bei einer konsequenten Anwendung der genannten Sanktionen größte Anstrengungen der Betriebsleiter hätte erwarten dürfen, sind nach dem Bericht eines offiziellen Sprechers der Deutschen Notenbank von einer "Vielzahl von Betrieben"¹⁾ noch im Herbst 1958 - ein Jahr nach dem Währungsumtausch in der Zone - die Lohnfonds überschritten worden.

e) Die Lohnfondsverordnung vom 8. September 1961

Seit 1957 kontrollierte die Deutsche Notenbank die betrieblichen Lohnfonds nicht mehr primär unter dem Aspekt der Bargeldumlaufkontrolle, sondern im Rahmen der Kreditkontrolle. Dementsprechend ist die Kontrollzuständigkeit von der 'Abteilung Geldumlauf' auf die 'Kreditabteilung' der Deutschen Notenbank übergegangen.

Eine in den Jahren 1959/60 groß angelegte Diskussion in der Zeitschrift 'Deutsche Finanzwirtschaft' zielte sogar auf eine völlige Neuorientierung in der Lohnfondskontrolle ab, nämlich auf die Umwandlung der speziellen Lohnfondskontrolle in eine allgemeine Rentabilitätskontrolle der Betriebe²⁾. Nach neunjährigen erfolglosen Experimenten³⁾ sollte für die

1) Reinhard Gruschwitz, Die Kraft des Kollektivs bei der Beseitigung von Lohnfondsüberschreitungen nutzen, in: DFW (Geld und Kredit/Versicherung), Jahrgang 12, 1958, Heft 10, Seite 291.

2) Siehe Gerd Kasche und Karl-Ludwig Kuklies, Lohnfondskontrolle oder Rentabilitätskontrolle?, in: DFW (Geld und Kredit/Versicherung), Jahrgang 13, 1959, Heft 22, Seite 634; Wolf, Um die Existenzberechtigung der Lohnfondskontrolle, in: DFW (Geld und Kredit/Versicherung), Jahrgang 14,

Deutsche Notenbank nur noch der finanzielle Erfolg das Kriterium sein, das anzeigt, in welchem Maße es dem Betrieb gelingt, seine Produktions- bzw. Leistungsaufgabe zu erfüllen.

Da der Lohn ein wichtiger Bestandteil der betrieblichen Selbstkosten ist, müssen sich Lohnfondsüberschreitungen bei zentraler Planung im Betriebsergebnis als Mindererwinne oder außerplanmäßige Verluste niederschlagen. Als planwidriger Verbrauch von Umlaufmitteln spiegeln sie sich tatsächlich sehr oft in überfälligen Krediten der Betriebe wider, die aber bisher in der Regel am Jahresende aus dem Haushalt abgedeckt wurden. Erst seit dem 5. April 1958 müssen nicht erbrachte Gewinne bzw. nicht geplante Verluste eines Jahres im folgenden Planjahr aus Überplangewinnen abgedeckt werden¹⁾. Die Deutsche Notenbank gewährt zwar auch weiterhin in Ausnahmefällen Liquiditätsdarlehen, verlangt aber vor ihrer Auszahlung eine Einsparungsverpflichtung für

1960, Heft 3, Seite 51; Werner Schilke und Gerhard Vökler, Rentabilität - Ausgangspunkt für komplexe Betriebskontrollen, in: DFW (Geld und Kredit/Versicherung), Jahrgang 13, 1959, Heft 18, Seite 519 ff; Werner Schilke und Gerhard Vökler, Die komplexe Betriebskontrolle durch die Bank verwirklichen, in: DFW (Geld und Kredit/Versicherung), Jahrgang 13, 1959, Heft 17, Seite 497 ff; Erhard Heyde, Die Lohnfondskontrolle richtig anpacken, in: DFW (Geld und Kredit/Versicherung), Jahrgang 14, 1960, Heft 13, Seite 245 ff.

3) Vergleiche Gerd Kasche und Karl-Ludwig Kuklies, Lohnfondskontrolle oder Rentabilitätskontrolle? a.a.O., Seite 634: "... denn die bisherige Form der Lohnfondskontrolle allein anhand des Formblattes hat praktisch keine Ergebnisse gebracht und hat in der Tat ein formales Arbeiten der Bank begünstigt."

1) Vergleiche Verordnung über die Behandlung von Mindererwinnen bzw. außerplanmäßigen Verlusten in der volkseigenen Wirtschaft und die Gewährung von Liquiditätsdarlehen an volkseigene Betriebe vom 5. April 1958, GBl. 1958, Teil I, Seite 313.

die zuviel ausgegebenen Lohngelder und einen Plan für das Aufholen des Ergebnismrückstandes.

Wenn die Lohnfondskontrolle im Zusammenhang mit dem im Plan fixierten Betriebsergebnis gesehen wird, dann muß den Wirtschaftsfunktionären die Verbindung der Lohnfondskontrolle mit der Kreditkontrolle und der Überwachung der Verrechnungsoperationen der Betriebe als zweckmäßig und sinnvoll erscheinen. Die Beurteilung des Erfolges eines Betriebes anhand vorgegebener finanzieller Kennziffern würde jedoch voraussetzen, daß bei der Planung in jedem Falle die günstigste Kostenkombination zugrunde gelegt ist und die Zahlen den für die Produktion erforderlichen Aufwand objektiv widerspiegeln. Mit Hilfe subjektiver Wertschätzung ohne die von der realen Knappheit ausgehende Marktpreisbildung können die Planungsinstanzen dieses Problem aber nicht lösen.

Die am 8. September 1961 vom Ministerrat erlassene und zur Zeit geltende "Verordnung über die Kontrolle der Lohnfonds in der volkseigenen und konsumgenossenschaftlichen Wirtschaft"¹⁾ berücksichtigt jedoch die in der Diskussion vorgetragenen Gedanken nicht. Sie behandelt die Lohnfondskontrolle wie bisher vornehmlich unter dem Aspekt des geplanten Verhältnisses von Kauffonds zu Warenfonds und Investition zu Konsum. Die Verordnung bot deshalb im Prinzip nichts Neues. Sie drückte lediglich entschiedener als alle vorangegangenen den Willen aus, unter allen Umständen unerlaubte Lohnfondsüberschreitungen zu unterbinden. Sie übertrug die Verantwortung für die Lohnfondsinanspruchnahme den Betriebsleitern und Wirtschaftsfunktionären der übergeordneten Instanzen und ordnete die innerbetriebliche Lohnfondskontrolle an. Ungeachtet dessen bleibt die Deutsche Notenbank die oberste und wichtigste Kontrollinstanz. Das ergibt sich ohne ausdrückliche Erwähnung aus ihrer Berechtigung bzw. Verpflichtung, auch die Lohnfonds der Vereinigungen volkseigener Betriebe zu kontrollieren und gegebenenfalls gegen

1) GBl. 1961, Teil II, Seite 449.

sie Sanktionen anzuwenden. Der Anlaß für diese Regelung der Lohnfondskontrolle war offensichtlich der nach dem Währungsschnitt vom Oktober 1957 erneut bis 1961 entstandene Kaufkraftüberhang von 1,2 Milliarden DM¹⁾.

Begründet wurde das Festhalten an überkommenen Vorstellungen und Methoden damit, daß der Lohnfonds nicht irgendeine unter vielen Kennziffern sei, sondern den Hauptteil der Einnahmen der Bevölkerung und rund 25 vH der Selbstkosten der Industriebetriebe bei der Gütererzeugung ausmache²⁾. Außerdem bestimme er nach wie vor:

- a) das für das wirtschaftliche Gleichgewicht wichtige Verhältnis von Kauffonds zu Warenfonds und
- b) das Verhältnis der Steigerung des Durchschnittslohnes zur Steigerung der Arbeitsproduktivität und damit die Verteilung des Volkseinkommens auf Investition und Konsum³⁾, das heißt das künftige Tempo des Wachstums des Sozialproduktes.

In den Lohnfondsbestimmungen von 1956 hatten die staatlichen Betriebe eine Reihe von Lücken entdeckt, die es ihnen erlaubte, sich der strengen Kontrolle der Deutschen Notenbank zu entziehen und damit die Intentionen des Gesetzgebers zu vereiteln:

1) Bisher achtete die Deutsche Notenbank fast ausschließlich darauf, daß die Betriebe den Lohnfonds A (für Produktionsarbeiter) nur entsprechend der Erfüllung des Produktionsplanes und den Lohnfonds B (Verwaltungsangestellte und Techniker) nicht höher als im Plan vorgesehen in Anspruch nahmen. Es interessierte sie dabei nicht, ob die in den Arbeitskräfteplänen ausgewiesenen Arbeiter auch wirklich beschäftigt wurden. Für die Betriebe hatte es keine nachtei-

1) Siehe Neues Deutschland vom 21. Dezember 1960, Seite 3 f.

2) Vergleiche Alfred Keck, Die Wirksamkeit der Lohnfondskontrolle erhöhen, in: DFW, Jahrgang 15, 1961, Heft 8, Seite 233 ff.

3) Derselbe, a.a.O.

ligen Folgen, wenn sie beispielsweise das Produktionssoll mit weniger als im Plan vorgesehenen Arbeitskräften erfüllten und dadurch den geplanten Durchschnittslohn überschritten¹⁾. Deshalb waren viele Betriebsleiter tatsächlich bemüht, möglichst große Reserven in die Arbeitskräftepläne einzubauen. Wurden ihre großzügigen Planansätze gebilligt, waren sie durch die Lohnfondskontrolle kaum in Schwierigkeiten zu bringen. Im Gegenteil, sie konnten möglicherweise noch Lohnfondsteile einsparen und so ihre Selbstkosten "außerplanmäßig senken"²⁾.

2) Die Lohnfondskontrolle war bislang fast ausschließlich als Auftrag an die Deutsche Notenbank formuliert. Ihre Filialleiter hatten sich ständig mit Betriebsleitern und Wirtschaftsfunktionären auseinanderzusetzen, die nach wie vor primär betriebsegoistische Interessen verfolgten. Trotz der verschärften Bedingungen erteilten die übergeordneten Verwaltungsinstanzen den Betrieben auch nach 1956 noch so großzügig Genehmigungen für Lohnfondsüberschreitungen³⁾, daß alle Bemühungen der Deutschen Notenbank, die im Plan vorgesehenen Proportionen einzuhalten, ins Leere zielten. Aus diesem Verhalten hatte die Deutsche Notenbank 1959 schließlich die Konsequenzen gezogen und ihren Filialen erlaubt, von der Anforderung solcher Genehmigungen im allgemeinen abzusehen⁴⁾. Sie wollte damit vermeiden, daß die Betriebe ihre Anstrengungen anstatt auf die Beschaffung von

1) Das Verhältnis von Arbeitsproduktivität und Durchschnittslohn spielte bisher nur bei der Planung eine Rolle. Vergleiche Kaps und Matzkau, Einige Gedanken zur neuen Lohnfondsverordnung, in: DFW (Sammelausgabe), Jahrgang 16, 1962, Heft 1, Seite 21.

2) Vergleiche Rolf Illgen, Zur neuen Verordnung über die Lohnfondskontrolle, in: DFW, Jahrgang 16, 1962, Heft 5, Seite 12 ff.

3) Vergleiche Werner Schilke und Gerhard Vökler, Die komplexe Betriebskontrolle durch die Bank verwirklichen, in: DFW (Geld und Kredit/Versicherung), Jahrgang 13, 1959, Heft 17, Seite 497 ff.

4) Vergleiche Werner Schilke und Gerhard Vökler, Die komplexe Betriebskontrolle durch die Bank verwirklichen, a.a.O., Seite 499.

Genehmigungen auf die Überwindung von Planwidrigkeiten konzentrieren¹⁾.

Die Erfahrung, daß Lohnfondsüberschreitungen letzten Endes doch genehmigt wurden, veranlaßte die Betriebsleiter sogar, die von der Staatlichen Plankommission jährlich angeordneten Selbstkostensenkungen soweit wie möglich bei den Lohnkosten vorzunehmen und die Kosten für den Materialanteil je Produkt möglichst hoch zu veranschlagen. Sie verschafften sich auf diese Weise eine hohe Umlaufmittelausstattung und brauchten für Materialüberplanbestände keinen zusätzlichen Kredit zu beantragen. Für Überplanbestandskredite hätten sie der Deutschen Notenbank Abbaupläne vorlegen und außerdem hohe Zinsen zahlen müssen. Ferner waren die Genehmigungen dafür schwerer zu erhalten als eine Erlaubnis zur Lohnfondsüberschreitung²⁾.

Unter diesem Aspekt nimmt sich die Mitteilung des Präsidenten der Deutschen Notenbank, Rolf Wetzels³⁾, daß in der Zeit vom 31. August 1958 bis zum 31. August 1961 die Bestände an Material in den volkseigenen Industriebetrieben um einige Milliarden DM gestiegen sind⁴⁾, gleichsam wie eine offizielle Bestätigung dieser planwidrigen Verhaltensweisen aus.

1) Mit dem Erlass der Lohnfondsverordnung von 1961 wurde der Deutschen Notenbank diese eigenwillige Interpretation ihres Kontrollauftrages verboten. In der Rede zum Staatshaushaltsplan 1962 wies der Minister der Finanzen darauf hin, daß kein Filialleiter mehr das Recht habe, außerplanmäßige Lohngehälter zu zahlen. Vergleiche Frank Seefeldt und Marianne von der Heyde, Die Arbeit mit der Lohnfondsverordnung, in: DFW (Geld und Kredit/Versicherung), Jahrgang 16, 1962, Heft 16, Seite 8.

2) Vergleiche Gerd Kasche und Karl-Ludwig Kuklies, Lohnfondskontrolle oder Rentabilitätskontrolle? in: DFW (Geld und Kredit/Versicherung), Jahrgang 13, 1959, Heft 17, Seite 634.

3) Rolf Wetzels wurde Anfang November 1962 Präsident der Deutschen Notenbank. Im Juni 1964 wurde er von seinem Posten abberufen und als neuer Präsident Helmut Dietrich bestellt. Vergleiche Neues Deutschland vom 27. Juni 1964, Seite 2.

4) Siehe Rolf Wetzels, Höhere Arbeitsqualität zur Unter-

Vor allem an diesen beiden neuralgischen Punkten setzte die neue Lohnfondsverordnung an.

Die Einsicht, daß die Deutsche Notenbank allein nicht in der Lage ist, die ökonomisch gerechtfertigte Lohnfondsinanspruchnahme zu garantieren¹⁾, bestimmte den Ministerrat, die volle Verantwortung für die Verwendung und Einhaltung der Lohnfonds den Betriebsleitern²⁾ und den Wirtschaftsfunktionären der übergeordneten Verwaltungsinstanzen zu übertragen.

Der Paragraph 3 der Verordnung schreibt den Betriebsleitern vor, eine ständige Kontrolle über die Einhaltung der Lohnfonds und der Durchschnittslöhne sowie über die Entwicklung des Verhältnisses von Arbeitsproduktivität und Durchschnittslohn zu organisieren und über deren Ergebnis vor den Leitungs- und Kontrollorganen sowie vor der "Ständigen Produktionsberatung" zu berichten. Für diese innerbetriebliche Kontrolle müssen sie seitdem ihre Lohnfonds, zusammen mit den wichtigsten Kennziffern des Betriebsplanes, quartalsweise bis auf die einzelnen Betriebsabteilungen und Meisterbereiche aufschlüsseln und detaillierte Organisationsanweisungen ausarbeiten. Bis zum 20. des folgenden Monats sind die Kontrollergebnisse dem übergeordneten Organ und der zuständigen Filiale der Deutschen Notenbank zuzuleiten³⁾ und bei Planabweichungen die zur Überwindung eingeleiteten Maßnahmen zu erläutern.

stützung des Produktionsaufgebots, in: DFW (Geld und Kredit/Versicherung), Jahrgang 15, 1961, Heft 24, Seite 473 ff., insbesondere Seite 477.

1) Vergleiche Autorenkollektiv, Das Finanzsystem der DDR, (Ost-)Berlin 1962, Seite 435.

2) Damit ließ sich nicht zuletzt ein für das Funktionieren des Systems notwendiger psychologischer Prozeß mit dem Ziel in Gang setzen, das Verhalten der Betriebsleiter nachhaltig zu ändern. Wenn diese sich durch die Übernahme von Verantwortung und aus Angst vor Strafe bei Zuwiderhandlungen auf die Seite der Autorität schlagen und sich dabei deren Forderungen zu eigen machen, engagieren sie sich bewußt oder unbewußt für die wirtschaftspolitischen Teilziele der kommunistischen Partei.

3) Vergleiche Eberhard Seyboth, Höhere Arbeitsproduktivität bei gleichem Lohn, in: DFW (Geld und Kredit/Versicherung), Jahrgang 16, 1962, Heft 10, Seite 5 ff.

Als ein wesentlicher Mangel bei der Überwachung des Planvollzugs durch die Kontrolle der Lohnfonds machte sich bisher das Fehlen einer brauchbaren Bemessungsgrundlage bemerkbar. In der Praxis besteht keine direkte Beziehung zwischen Lohnfondsinanspruchnahme und Produktionsplanerfüllung. Der vorübergehend für alle Produktionsbetriebe einheitlich zugrunde gelegte 'Bruttowert der Produktion zu Abgabepreisen' und die Erfüllung der Warenumsatzpläne beim Handel erwiesen sich als völlig unzulänglich¹⁾, weil sich im Produktionsprozeß immer wieder Planabweichungen hinsichtlich des Produktionssortiments und damit des Kostengefüges ergaben, die zwangsläufig zu einer Änderung des Verhältnisses von Lohnfondsinanspruchnahme und Produktionsplanerfüllung führten.

Die Ministerien und Industrieabteilungen des Volkswirtschaftsrates haben deshalb gemäß Paragraph 16 der neuen Lohnfondsverordnung die Aufgabe, mit der Deutschen Notenbank abgestimmte interne Dienstanweisungen zu erlassen, in denen in erster Linie brauchbare Bemessungsgrundlagen festzulegen sind, die die echte Betriebsleistung am besten widerspiegeln und den Besonderheiten der einzelnen Branchen gerecht werden²⁾ und den Verwaltungsinstanzen genaue Richtlinien für ihre Kontrollarbeit in den Betrieben geben, die sie im Rahmen des Weisungs- und Aufsichtsrechts auszuüben haben.

Nur in Ausnahmefällen, "in denen die Betriebe infolge notwendiger Produktionsumstellungen oder in Katastrophenfällen

1) Vergleiche Horst Zimmermann, Die Planung und Kontrolle der Lohnfonds, in: DFW, Jahrgang 8, 1954, Heft 7, Seite 343 ff.

2) Vergleiche Stellungnahme der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik, in: DFW (Geld und Kredit/Versicherung), Jahrgang 16, 1962, Heft 9, Seite 13.

ihren Lohnfonds überschreiten oder das geplante Verhältnis von Arbeitsproduktivität und Durchschnittslohn verletzen"¹⁾, sollen die Vereinigungen volkseigener Betriebe der Deutschen Notenbank empfehlen dürfen, keine Sanktionen einzuleiten. Sie haben aber die Betriebsleiter disziplinarisch zur Verantwortung zu ziehen (Mißbilligung, Streichung der Prämien etc.), wenn diese sich nicht an die Maßnahmen halten, die gemeinsam zur Beseitigung der Ursachen von Lohnfondsverstößen erarbeitet worden sind.

Den anderen Schwerpunkt der Verordnung bilden die Bestimmungen, wonach die Deutsche Notenbank gleichzeitig mit der Kontrolle der relativen und absoluten Inanspruchnahme des Lohnfonds die Einhaltung der Arbeitskräftezahl, des Durchschnittslohnes und des geplanten Verhältnisses von Arbeitsproduktivität und Durchschnittslohn zu überwachen hat. Nur in volkswirtschaftlich begründeten Ausnahmefällen darf sie Überschreitungen des Durchschnittslohnes zulassen, wenn durch eine entsprechende Steigerung der Arbeitsproduktivität das geplante Verhältnis zum Durchschnittslohn eingehalten und der Lohnfonds insgesamt nicht überschritten wird²⁾.

Überschreiten die Betriebe die Zahl der vorgesehenen Arbeitskräfte und kommen sie der Aufforderung, den planmäßigen Zustand herzustellen, nicht nach, dann sind die Räte der Kreise berechtigt, für jede zuviel beschäftigte Arbeitskraft (Vollbeschäftigteineinheit) eine "monatliche außerplanmäßige Gewinnabführung von 500,-- DM zu erheben bzw. bei Betrieben, die planmäßig mit Verlust arbeiten, die

1) Lohnfondsverordnung vom 8. September 1961, a.a.O., § 13 (2).

2) Siehe Lohnfondsverordnung vom 8. September 1961, a.a.O., § 6. Das kann nichts anderes heißen, als daß die außerplanmäßige Steigerung der Arbeitsproduktivität weniger zu einer Planübererfüllung als zur Erfüllung aller Planpositionen führen soll und eventuell frei werdende Arbeitskräfte anderen volkswirtschaftlich bedeutsamen Vorhaben zur Verfügung zu stellen sind. Vergleiche R. Martin und E. Müller von Baczko, Konsequente Anwendung der Lohnfonds-Verordnung, in: DFW (Geld und Kredit/Versicherung), Jahrgang 16, 1962, Heft 8, Seite 4 f.

Verluststützen in dieser Höhe zu kürzen"¹⁾. Um andererseits zu unterbinden, daß Betriebe den Lohnfonds für im Plan vorgesehene Arbeitskräfte in Anspruch nehmen, die in Wirklichkeit wegen Einstellungsschwierigkeiten oder aus anderen Gründen nicht beschäftigt werden und damit den Durchschnittslohn außerplanmäßig erhöhen, sind die übergeordneten Organe angewiesen, die auf die nicht beschäftigten Arbeitskräfte entfallenden Lohngelder spätestens am Quartalsende zu sperren.

Den Betrieben wird damit theoretisch der letzte Spielraum genommen, ihre Produktionsauflage außerhalb der von der Staatlichen Plankommission zugewiesenen Kennziffern: Anzahl der Gesamtbeschäftigten im Jahresdurchschnitt (in Vollbeschäftigteneinheiten VBE), Gesamtlohnfonds (in Tausend DM), Anzahl der Produktionsarbeiter (in VBE), Arbeitsproduktivität je Produktionsarbeiter (in DM) und Durchschnittslohn je Produktionsarbeiter (in DM) zu erfüllen.

Für vorübergehende Schwierigkeiten kann die Deutsche Notenbank Betrieben auf Antrag 'Überbrückungsdarlehen' gewähren, wenn sie sich verpflichten, in sogenannten Aufholeplänen Maßnahmen zur Wiederherstellung des geplanten Verhältnisses von Arbeitsproduktivität und Durchschnittslohn besonders auszuweisen. Unternehmen die Betriebe danach nur unzureichende Anstrengungen zur Beseitigung der Störungen, dann muß sie die Deutsche Notenbank durch die Anwendung der ihr zur Verfügung stehenden Sanktionen dazu zwingen²⁾.

Die Ergebnisse ihrer Kontrollarbeit teilt die Deutsche Notenbank den Kreis- und Bezirkstagen mit, damit diese notfalls auf die Betriebsleitungen politischen Druck ausüben

1) Lohnfondsverordnung vom 8. September 1961, a.a.O., § 17. Siehe dazu Franz Boller, Bemerkungen zum Paragraph 17 der Verordnung über die Lohnfondskontrolle, in: DFW (Sammelausgabe), Jahrgang 16, 1962, Heft 12, Seite 19 f.

2) Vergleiche Verordnung über die Gewährung kurzfristiger Kredite zur Finanzierung von Beständen und Forderungen vom 23. März 1961, GBl. 1961, Teil II, Seite 123. - Bei diesen Sanktionen handelt es sich im Prinzip um dieselben, die bereits im vorangegangenen Abschnitt aufgeführt worden sind.

können. Ferner muß sie zur ständigen Unterrichtung der Staatlichen Plankommission und der zentralen politischen Instanzen monatlich im Zusammenhang mit der Abrechnung des Bargeldumsatzplanes "die Inanspruchnahme des Netto-Lohnfonds in der absoluten monatlichen Höhe seit Jahresbeginn und im prozentualen Anteil zur Jahressumme"¹⁾ ausweisen.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß die in den einzelnen Entwicklungsphasen geschilderte Form der Lohnfondskontrolle der Deutschen Notenbank ihrem Wesen nach eine Vorkontrolle ist. Sie stützt sich auf die von den Betrieben einzureichenden Nachweise, in denen der Stand der Planerfüllung, die Höhe des bestätigten Lohnfonds pro Monat und die tatsächlich berechneten Löhne und Gehälter anzugeben sind.

Erst wenn die Deutsche Notenbank feststellt, daß die Betriebe bei der Auszahlung der Löhne und Gehälter gegen die vorgeschriebenen Kennziffern verstoßen, soll sie durch Betriebsprüfungen die Ursachen dafür aufzudecken suchen und darüber hinaus geeignete Maßnahmen zu ihrer Beseitigung veranlassen.

Bei diesen sogenannten Objektkontrollen soll die Deutsche Notenbank tief in das Betriebsgeschehen eindringen und insbesondere prüfen, ob die Plankennziffern des Arbeitskräfteplanes und des Lohnfonds mit den Abrechnungsdaten übereinstimmen und Verstöße gegen die planmäßige Ausnutzung der Arbeitskräfte (zum Beispiel zu hohe Zahl der Beschäftigten, Stillstandszeiten, falsche Berechnung von Löhnen und Prämien etc.) feststellen. Das Schwergewicht soll neuerdings bei der Prüfung der planmäßigen Entwicklung des Verhältnisses von Arbeitsproduktivität und Durchschnittslöhnen liegen. Sodann gilt es, über die Lohnfondskontrolle Verstöße gegen den Produktionsplan (richtige Zusammenstellung des Sortiments, Qualität der Erzeugnisse, Verwendung minderwertigen Materials etc.) aufzuspüren und zu analysieren.

¹⁾ Lohnfondsverordnung vom 8. September 1961, a.a.O., § 25.

In diesem Zusammenhang hat die Deutsche Notenbank noch eine ganze Reihe von anderen Fragen zu prüfen, zum Beispiel, ob weitere Einsparungen möglich sind, ob die Produktionsmittel voll ausgenutzt sind, ob die Arbeitsnormen dem neuesten Stand der Technik entsprechen und die erteilten Planaufträgen der Betriebskapazität entsprechen.

Kurzum, die Deutsche Notenbank soll durch die Lohnfondskontrolle nicht nur Planverletzungen aufdecken, sondern auch feststellen, ob in den Betriebsplänen verdeckte Reserven stecken, die eine mühelose Planübererfüllung und damit unverdient hohe Prämien gestatten.

Bei einer kritischen Würdigung läßt sich die theoretische Bedeutung der Lohnfondskontrolle für die Funktionsfähigkeit der sowjetzonalen Zentralverwaltungswirtschaft nicht bestreiten. Dennoch gilt es, ihren Effekt für die Praxis nicht überzubewerten. Sie kann zwar Lohnfondsüberschreitungen signalisieren und auch deren Ursachen feststellen, sie aber nicht völlig verhindern. Dazu bedürfte es einer grundsätzlichen Änderung des Wirtschaftssystems. Solange nicht sich auf dem Markt bildende Preise die Lenkung und Koordination des Wirtschaftsgeschehens übernehmen, sind die Bemühungen um ein gesamtwirtschaftliches Gleichgewicht vergeblich. Weil sich die Funktionäre aus ideologischen Gründen dieser Einsicht verschließen, bedeuten all ihre Maßnahmen nur ein Kurieren an Symptomen, das die systemtypischen Schwierigkeiten nicht beheben kann.

Es braucht deshalb nicht zu verwundern, daß es auch die Lohnfondsverordnung vom 8. September 1961 nicht vermocht hat, in "einer Vielzahl von Betrieben"¹⁾ Abweichungen vom Lohnfonds, vom Durchschnittslohn und dem geplanten Verhältnis von Arbeitsproduktivität und Durchschnittslohn zu verhindern²⁾.

1) Eberhard Seyboth, Höhere Arbeitsproduktivität bei gleichem Lohn, in: DFW (Geld und Kredit/Versicherung), Jahrgang 16, 1962, Heft 10, Seite 5.

4. Gründe für Lohnfondsüberschreitungen

Wir müssen zugeben, daß die Deutsche Notenbank im Laufe eines Jahrzehnts die Sicherung gegen Lohnfondsüberschreitungen und die Kontrollmaßnahmen bis zu äußerster Perfektion entwickelt hat und ihre Anwendung an sich funktioniert. Wenn sie dennoch Lohnfondsüberschreitungen nicht vollends verhindern konnte, dann hat das Gründe, die sich letztlich nur aus dem Wirtschaftssystem der Zone erklären lassen.

a) Sortimentsänderungen und Produktionsumstellungen

Zum Wesen der zentralen Planung des Wirtschaftsprozesses gehört, daß die Staatliche Plankommission das Gütersortiment für eine volle Planperiode im voraus so festlegt, daß zwar noch Spielraum für geringfügige Anpassungen bleibt, aber kein Platz für grundlegende Änderungen ist. Werden trotzdem im Laufe der Planperiode infolge der Veränderungen irgendwelcher Annahmen, die ursprünglich der Planung zugrunde lagen, Sortimentsänderungen bzw. Produktionsumstellungen notwendig, dann teilt sich dies wegen der Interdependenz allen anderen Daten mit und führt in der Regel an unvorhergesehenen Stellen zu Planabweichungen.

Eine Sortimentsänderung bedeutet fast immer eine Verringerung oder Erhöhung der Produktion von Gütern, die einen größeren oder geringeren Zeitaufwand bzw. einen verstärkten oder verminderten Einsatz des Faktors Arbeit erfordern¹⁾. Automatisch muß sich damit der Lohnkostenanteil je Produktionseinheit ändern²⁾. Angenommen es werden nach der Planänderung Investitionsgüter hergestellt, die höhere Lohn-

2) Vergleiche Eberhard Seyboth, Höhere Arbeitsproduktivität bei gleichem Lohn, a.a.O.; vergleiche dazu unter anderem auch Hasso Schlesinger, Die Kontrolle des Lohnfonds in der gesellschaftlichen Konsumtion, in: DFW (Staatshaushalt), Jahrgang 16, 1962, Heft 6, Seite 2; Walter Rubner, Strengere Lohnfondskontrolle, in: DFW (Staatshaushalt), Jahrgang 17, 1963, Heft 5, Seite 12.

1) Die Fälle, bei denen zufälligerweise der Lohnkostenanteil bei Produktionsumstellungen gleichbleibt, sollen außer Betracht bleiben.

2) Vergleiche dazu Seite 161 f.

kosten als die ursprünglich im Plan vorgesehenen verursachen, dann wird zusätzlich Einkommen geschaffen, das bei unverändertem Warenangebot Kaufkraftüberhang bildet.

Da nun die Zonenwirtschaft wie jede moderne Wirtschaft nicht statisch, sondern in höchstem Maße dynamisch ist, sind die zur Anpassung notwendigen Sortimentsänderungen und Produktionsumstellungen ein Grund für Lohnfondsüberschreitungen, den weder die Deutsche Notenbank, noch die Staatliche Plankommission voraussehen und beseitigen kann.

b) Nicht plangerechte Lohnzahlungen

Für nicht plangerechte Lohnzahlungen führt die sowjetzonalen Literatur selbst eine Fülle von Beispielen an. Danach werden Arbeiten unter Zugrundelegung falscher Normen so manipuliert, daß das Entgelt die geplanten Lohnkosten weit übersteigt, wenn nicht sogar fiktive Leistungen bezahlt werden. Es geht in allen diesen Fällen um die Selbstbehauptung der Arbeiter gegenüber einem System, das ihre Mitwirkung an der Lohnfestsetzung ausschließt.

Wie sich diese Selbstbehauptung vollzieht, und um welche Größenordnungen es sich dabei handelt, sollen folgende aus der Zeitschrift 'Deutsche Finanzwirtschaft' ausgewählte Beispiele veranschaulichen:

1) "Auf der Baustelle Gaswerk Dimitroffstraße ... fielen in großem Umfange nicht normbare Arbeiten an. Sie wurden daher als Stundenlohnarbeiten ausgeführt und hätten nur mit dem Zeitlohn vergütet werden dürfen. Es wurde aber erstens der Leistungsgrundlohn (Zeitgrundlohn plus 15 vH) gezahlt, und zweitens wurden mehr Stunden 'geschrieben', als tatsächlich geleistet worden waren. Von einer Brigade (9 Mann) wurden auf diese Weise im Oktober 1957 2266 Stunden 'geschrieben'. Im Höchstfalle hätten jedoch nur 1764 Stunden verrechnet werden können."¹⁾

1) Karl-Ludwig Kuklies und Gerd Kasche, Unreale Normen widersprechen dem Leistungsprinzip, in: DFW (Geld und Kredit/Versicherung), Jahrgang 12, 1958, Heft 10, Seite 297.

2) "Auch beim VEB Volksbau wurden bei einer Prüfung Manipulationen festgestellt, die zu ungerechtfertigten Lohnzahlungen führten: Auf die vom Normer festgesetzten Endsummen der Arbeitsaufträge wurden durch den Bauleiter Zuschläge in Höhe von 25 - 45 % ohne Angabe von Gründen oder für angeblich 'nicht messbare Arbeiten' gewährt. Auf einer einzigen Baustelle wurden das Jahr 1957 hindurch 10 000 DM Lohn gezahlt, dem keine Leistung gegenübersteht. Daß es sich hierbei nicht um einen Einzelfall handelt, beweist die Tatsache, daß der Betrieb insgesamt eine Lohnfondsüberschreitung von rund 900 TDM (900 000 DM; der Verfasser) per 31. Dezember 1957 auswies. (Allerdings ist dies nicht die alleinige Ursache.)" ¹⁾

3) "Ein markantes Beispiel für nicht leistungsentsprechende Lohnzahlungen lieferte im vergangenen Jahre der VEB Malerei und Glaserei. Es ist bekannt, daß Badewannen, Ausgußbecken, Trapse, Wrasenklappen und andere Metallkörper grundiert auf die Baustelle geliefert werden, so dass der Malereibetrieb nur noch die weiteren Ölanstriche auszuführen hat. Der VEB Malerei und Glaserei hielt es jedoch anscheinend noch für nötig, diese grundierten Teile zu entrosten! Sogar Lüftungssiebe für Speisekammern aus Vinidur wurden lt. Aufmass entrostet! Hier wurden also einwandfrei Arbeiten bezahlt und berechnet, die niemals ausgeführt wurden." ²⁾

4) Des weiteren wird darüber geklagt, daß Überstunden nicht als solche ausgewiesen, sondern die Leistungen zu den in der regulären Arbeitszeit erbrachten addiert werden, weil dadurch die erzielte Normenübererfüllung insgesamt einen höheren Verdienst einbringt als die Abrechnung von Überstunden, oder daß ferner Zimmerleute vorgefertigte

1) Karl-Ludwig Kuklies und Gerd Kasche, Unreale Normen widersprechen dem Leistungsprinzip, a.a.O., Seite 298.

2) Ebenda.

Schalungselemente mehrere Male benutzen, während in der Vorgabe jeweils eine Neuanfertigung vorgesehen ist, die auch tatsächlich abgerechnet wird¹⁾.

Wer die Umstände in der Zone kennt, weiß, daß sich die Bauführer bis zum Herbst 1961 hinsichtlich des Mangels an Arbeitskräften in einer vergleichbaren Lage wie ihre west-deutschen Kollegen befanden. Wollten sie ihren Produktionsauftrag erfüllen, waren sie nicht selten gezwungen, Löhne zu zahlen, die im Plan nicht vorgesehen waren.

5) Bedeutsamer als diese Verstöße gegen die Lohnbestimmungen ist für Lohnfondsüberschreitungen die ungenügende Kenntnis der Objekte in der Bauindustrie zum Zeitpunkt der Planung der Lohnfonds. "Bei Aufstellung der betrieblichen Pläne für 1956 waren keinem der Berliner Baubetriebe die durchzuführenden Bauvorhaben in dem Maße bekannt, daß darauf eine exakte Planung der Kosten, insbesondere der Lohnkosten, erfolgen konnte."²⁾

All diese Beispiele schildern nicht extreme Ausnahmeerscheinungen aus der Bauindustrie, sondern stehen prinzipiell für alle Branchen³⁾.

c) Diskontinuierlicher Produktionsrhythmus

Mit der Verabschiedung des Gesetzes zum Volkswirtschaftsplan durch die Volkskammer ist der Planungsvorgang nicht

1) Siehe Karl-Ludwig Kuklies und Gerd Kasche, Warum überschreiten die volkseigenen Baubetriebe den Lohnfonds? in: DFW (Geld und Kredit/Versicherung), Jahrgang 11, 1957, Heft 15, Seite 461.

2) Ebenda, Seite 460.

3) Vergleiche dazu W. Rennwanz, H. Gieseler, Lohnfondskontrolle in der volkseigenen Landwirtschaft, in: DFW (Geld und Kredit/Versicherung), Jahrgang 12, 1958, Heft 23, Seite 659 ff; H. Bethge und K. Papke, Komplexe Finanzkontrolle gegen falsche Leistungsmethoden, in: DFW (Sammelausgabe), Jahrgang 14, 1960, Heft 1, Seite 18; Rudolph und Friedrich, a.a.O., Seite 403; H. Klabunde, Die Arbeitskräfteplanung in

abgeschlossen. Die sich anschließende Prozedur der Aufschlüsselung des Planes durch die Staatliche Plankommission und die Weiterleitung an die Vereinigungen volkseigener Betriebe nehmen noch Wochen und Monate in Anspruch, so daß die Betriebe ihr verbindliches Produktionssoll teilweise erst im April und Mai des laufenden Planjahres erfahren. Zu der dadurch erzeugten Unsicherheit kommt, daß die Betriebe regelmäßig in den ersten Monaten eines jeden Jahres über das Fehlen notwendiger Rohstoffe und Halbfabrikate bzw. die Verspätung von Importeingängen aus den benachbarten Ostblockstaaten klagen. Die sich daraus ergebenden Stillstands- und Wartezeiten¹⁾ führen zu einem falschen Produktionsrhythmus und vermindern erheblich die Arbeitsproduktivität. In einer Übersicht über das Wachstumstempo von Arbeitsproduktivität und Durchschnittslohn in der ersten Fünfjahrplanperiode von 1951 - 1955 weist Fritz Behrens, der als Leiter der Statistischen Zentralverwaltung bei der Staatlichen Plankommission das vorhandene Zahlenmaterial auswerten konnte, nach, daß in der Zone rund ein Drittel der gesamten Stillstands- und Wartezeiten jeweils im ersten Quartal des Jahres anfielen²⁾. Die Folge davon ist der erhöhte Anfall von Überstunden und Nacharbeit am Jahresende³⁾ zur termingerechten Produktionsplanerfüllung, für die im Lohnfonds nicht vorgesehene Löhne gezahlt werden müssen.

der volkseigenen örtlichen Industrie, a.a.O., Seite 43 ff; Alfred Lemnitz, Die Einsparung von Umlaufmitteln als wichtige Quelle der Rentabilität in den volkseigenen Betrieben, (Ost-)Berlin 1956, Seite 21 f.

1) Ein Teil der Ausfallstunden geht zusätzlich auf das Konto "Gesellschaftliche Tätigkeit". Horst Bergert, Operative Lohnfondskontrolle in der MTS, in: DFW (Geld und Kredit/Versicherung), Jahrgang 11, 1957, Heft 4, Seite 115, berichtet zum Beispiel von Ausfallstunden für gesellschaftliche Tätigkeit in einer MTS von 16,7 vH der Gesamtarbeitsstunden.

2) Fritz Behrens, Zum Problem der Ausnutzung ökonomischer Gesetze in der Übergangsperiode, in: Wirtschaftswissenschaft, Drittes Sonderheft, (Ost-)Berlin 1957, Seite 121.

3) Hans Klabunde, a.a.O., Seite 47, berichtet, daß ein Viertel der gesamten Überstunden eines Maschinenbaubetriebes in Chemnitz im Monat Dezember anfielen.

Außerdem beeinträchtigt das krampfartig anmutende Bemühen, das Produktionsziel bis zum Jahresende zu erreichen, stark die Qualität der Erzeugnisse, worauf der hohe Prozentsatz der Ausschußproduktion hinweist.

Der diskontinuierliche Produktionsverlauf, der zwangsläufig Lohnfondsüberschreitungen verursacht, ohne daß zusätzliche Werte geschaffen werden, läßt sich auch für die nachfolgenden Planjahre nachweisen. Das deutet schon auf eine systemtypische Erscheinung hin.

5. Lohnfondsüberschreitungen als eine Ursache für Geldüberhang 1)

Außer der Überwachung des Produktions- und Absatzprozesses verfolgt die Lohnfondskontrolle den Zweck, die Währung zu sichern. Wird mehr Geld ausgegeben, als im Plan an Einkommen vorgesehen ist, entsteht eine Diskrepanz zwischen monetärer Nachfrage und güterwirtschaftlichem Angebot, also ein Geld- oder Kaufkraftüberhang, der die Bargeldplanung und Bargeldkontrolle der Deutschen Notenbank empfindlich beeinträchtigt und schwerwiegende Störungen im Ablauf des Wirtschaftsprozesses verursacht.

Der Geld- oder Kaufkraftüberhang in der Zentralverwaltungswirtschaft ist eine zurückgestaute Inflation, die sich infolge staatlich fixierter Preise nicht durch ein Steigen des allgemeinen Preisniveaus, sondern in einer latenten Unterversorgung der Bevölkerung mit Konsumgütern ausdrückt.

1) Als weitere Ursachen für die Entstehung des Geldüberhangs sind vor allem noch eine mangelnde Konsumgüterplanerfüllung und die Produktion nicht bedarfsgerechter Güter, die infolge von Qualitätsmängeln und Modewandlungen als unabsetzbare Überplanbestände beim Handel lagern, zu nennen. Allein bei Textilien und Trikotagen wurden im April 1959 durch eine amtliche Stelle die Überplanbestände mit etwa 78 Millionen DM beziffert. Siehe "SBZ von A bis Z", Ein Taschen- und Nachschlagebuch über die Sowjetische Besatzungszone Deutschlands, sechste, überarbeitete und erweiterte Auflage, Bonn 1960, Seite 420, Stichwort "Überplanbestände".

Da eine für den Gegenwert des Geldüberhanges notwendige Einfuhr von Konsumgütern im Gesamtplan nicht vorgesehen ist, wird die Lage nur dann nicht kritisch, wenn konsumtive Kaufkraft durch zusätzliches freiwilliges Sparen stillgelegt wird.

Der Deutschen Notenbank und der staatlichen Verwaltung ist es trotz Lohnfondskontrolle, Reglementierung des Bargeldumlaufs, Einrichtung von HO-Geschäften¹⁾, Anleihezeichen und den verschiedenen Formen des Zwecksparens nicht gelungen, den Bargeldumlauf unter Kontrolle zu halten. Bis 1957 war der Geldüberhang in der Zone auf etwa 1,5 Milliarden DM angestiegen und hatte damit ein so bedrohliches Ausmaß angenommen, daß eine zentrale Intervention längst geboten schien. Zweifelsohne wäre das Mißverhältnis zwischen Bargeldumlauf und Konsumgüterversorgung noch bedrohlicher gewesen, wenn die Deutsche Notenbank nicht den Giralgeld vom Bargeldumlauf scharf getrennt hätte. Nur die strengen Bargeldverwendungs- und Abhebungsbeschränkungen haben die inflationäre Entwicklung in dieser Grenze gehalten.

Am einfachsten wäre das Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage durch eine Preisberichtigung herzustellen gewesen. Eine allgemeine Freilassung der Preise hätte aber ununter dem Druck des Geldüberhanges zu einer Steigerung des gesamten Preisniveaus und damit zu einer offenen Geldentwertung geführt. Aus politischen Erwägungen und optischen Gründen war diese Maßnahme für die Zonenmachthaber undiskutabel. Deshalb entschloß sich der sowjetzonale

1) Sie hatten die Funktion, durch hohe Preise überschüssige Kaufkraft abzuschöpfen.

Ministerrat zur Sicherung eines halbwegs geordneten Ablaufs des Wirtschaftsprozesses zu der Geldumtauschaktion vom 13. Oktober 1957¹⁾, die das von der Bevölkerung zurückgehaltene Bargeld auf den Konten sichtbar machen und den Geldüberhang abschöpfen sollte. Die seit langem aus propagandistischen Gründen angekündigte Abschaffung der Lebensmittelkarten ließ sich erst danach durchführen. Andernfalls hätte nach dem 1. Juni 1958 die akute Gefahr eines totalen Ausverkaufs der Konsumgüter, insbesondere der Lebensmittel, bestanden²⁾. Erfahrungsgemäß löste die im Plan nicht vorgesehene Kaufkraft in der Zone vor allem eine erhöhte Nachfrage nach Lebensmitteln aus und führte zu jährlich wiederkehrenden Versorgungskrisen.

Diese drastische und letzte Maßnahme zur Sanierung der Währung hatte aber keinen dauerhaften Erfolg. Nach Angaben des "Neuen Deutschland" erhöhte sich das Geldeinkommen der Bevölkerung in der Zone von 1957 bis 1960 um 12 Milliarden DM, während das Güterangebot in der gleichen Zeit nur um 10 Milliarden DM stieg³⁾.

Erst nach dem Mauerbau am 13. August 1961 können die Chancen der Zentralverwaltungswirtschaft, Kaufkraftüberhänge zu vermeiden, optimistischer beurteilt werden. Das ist aber nicht das Ergebnis einer verbesserten Lohnfondskontrolle seitens der Deutschen Notenbank, sondern die Folge einer politischen Entscheidung. Mit der hermetischen Abschnürung

1) Siehe Verordnung über die Ausgabe neuer Banknoten und die Außerkraftsetzung bisher gültiger Banknoten der Deutschen Notenbank, GBl. 1957, Teil I, Seite 603.

2) Zur Abschaffung der Lebensmittelkarten in der Zone am 1. Juni 1958 siehe "Neues Deutschland" vom 29. Mai 1958: "Genosse Rau begründet die neuen Gesetze", Rede des Stellvertreters des Vorsitzenden des Ministerrates vor der Volks- und Länderkammer. Vergleiche Siegfried Friebe, Die Aufhebung der Rationierung, in: SBZ-Archiv, Dokumente, Berichte, Kommentare zu gesamtdeutschen Fragen, Jahrgang 9, 1958, Heft 12 vom 25. Juni 1958.

3) Siehe "Neues Deutschland" vom 10. Januar 1962.

hat das SED-Regime die Voraussetzungen geschaffen, im "Produktionsaufgebot" eine Verpflichtungsbewegung durchzusetzen, in der die Arbeiter "freiwillig" in der gleichen Zeit für das gleiche Geld mehr zu produzieren haben¹⁾. Das ist nichts anderes als eine Reallohnsenkung.

Als einen Erfolg feierte die SED, daß auf diese Weise bis Juli 1962 die Arbeitsproduktivität in der Industrie um 9,5 vH, der Durchschnittslohn dagegen aber nur um eins vH angestiegen ist²⁾.

Auf diese Weise kann es allerdings gelingen, Kaufkraftüberhänge in der Zone abzubauen.

1) In der Präambel zur Lohnfondsverordnung vom 8. September 1961 verlangt der Ministerrat, "die sozialistische Arbeitsmoral und -disziplin" der Werktätigen "zu festigen". Rolf Illgen von der Zentrale der Deutschen Notenbank schreibt dazu: "Dieser Erziehungsprozeß vollzieht sich gegenwärtig im Produktionsaufgebot." Die Arbeiter sollen davon überzeugt werden, "daß objektiv die persönlichen Interessen mit den gesellschaftlichen Interessen übereinstimmen müssen." Rolf Illgen, Zur neuen Verordnung über die Lohnfondskontrolle, in: DFW (Sammelausgabe), Jahrgang 16, 1962, Heft 5, Seite 13.

2) Siehe Walter Günther, Für weitere Erfolge in der Lohnfondskontrolle, in: DFW (Geld und Kredit/Versicherung), Jahrgang 16, 1962, Heft 20, Seite 1. Für das Jahr 1963 stellte der Ministerrat den staatlichen Betrieben als grundlegende Aufgabe, "durch maximale Steigerung der Arbeitsproduktivität bei Einhaltung des geplanten Durchschnittslohnes und durch Senkung der Selbstkosten die Rentabilität zu steigern und Westdeutschland auf wichtigen Gebieten in der Arbeitsproduktivität zu überholen." Hans-Werner Richter, Mängel in der Lohnfondskontrolle müssen beseitigt werden, in: DFW (Finanzen und Buchführung), Jahrgang 17, 1963, Heft 2, Seite 3; vergleiche ferner Richtlinien des Ministerrates über die Entwicklung von Arbeitsproduktivität und Durchschnittslohn - neue Technik - neue Normen und Anwendung zweckmäßiger Lohnformen im Jahre 1963, abgedruckt in: Neues Deutschland vom 30. Oktober 1962 (Ausgabe B).

Neuntes Kapitel: Die Abwicklung des bargeldlosen Zahlungs- und Verrechnungsverkehrs

1. Die Vereinheitlichung des Überweisungsverkehrs und der Zahlungsbedingungen

Im bargeldlosen Zahlungsverkehr, der Ende des 19. Jahrhunderts zur Bewältigung des zunehmenden Geschäftsvolumens eingeführt wurde, haben sich vor allem zwei Methoden entwickelt - die Überweisung und der Scheck.

Die Scheckzahlung ist hauptsächlich in den angelsächsischen Ländern üblich, während in Deutschland durch den 1876 eingeführten Reichsbank-Giroverkehr die Überweisung zur vorherrschenden Methode der bargeldlosen Zahlung wurde¹⁾.

Das Wesen des bargeldlosen Zahlungsverkehrs besteht in dem Zahlungsausgleich ohne Verwendung von Bargeld. Ein bestimmter Geldbetrag wird vom Konto des Zahlenden abgebucht und auf dem Konto des Zahlungsempfängers gutgeschrieben. Die Voraussetzung dafür ist, daß beide Beteiligten Bankkonten besitzen.

Obgleich der bargeldlose Zahlungsverkehr wegen verschiedener Vorzüge (schnelle und zuverlässige Durchführung bei geringen Kosten, Ausschluß der Verlustgefahr etc.) im Geschäftsleben allgemein als Zahlungsmethode gewählt wird und zum Beispiel auch in der Bundesrepublik summenmäßig den Barzahlungsverkehr übertrifft, wurde er in der Sowjetischen Besatzungszone aus Kontrollgründen allen Betrieben verbindlich vorgeschrieben. Die Einführung der Kontoführungspflicht und die Bargeldbestimmungen schufen die banktechnischen Voraussetzungen hierfür.

Nach dem Zusammenbruch wurde in Mitteldeutschland der Überweisungsverkehr der Kreditinstitute über die Überweisungs-

1) Vergleiche Karl Theisinger und Josef Löffelholz, Die Bank, Lehrbuch und Nachschlagwerk des Bank- und Sparkassenwesens, Wiesbaden 1952, Band 2, Seite 301 f.

netze der ehemaligen Reichsbank, der Sparkassen und der genossenschaftlichen Kreditinstitute im wesentlichen nach den bis 1945 üblichen Methoden abgewickelt. Außerdem wurde der Postscheckverkehr wieder zugelassen.

Die drei Überweisungsnetze der Kreditinstitute waren in sich geschlossen. Überweisungen aus dem einen Netz in ein anderes mußten über zentrale Verrechnungsstellen geleitet werden. Das waren in der Regel die Landeszentralen der Deutschen Notenbank auf Landes- oder Zonenebene und die Kreisfilialen der Deutschen Notenbank auf der Kreisebene. Eine Direktüberweisung zwischen den Kreditinstituten verschiedener Überweisungsnetze gab es nicht.

Die Laufzeit einer Verrechnung bzw. Zahlung, vor allem wenn sie von einem Überweisungsnetz in ein anderes überging, dauerte infolgedessen nicht selten länger als sieben Tage¹⁾. Die Folge davon war, daß die richtsatzplangebundenen Umlaufmittel zur Planerfüllung nicht ausreichten und die staatlichen Betriebe in der Regel gezwungen waren, zusätzliche Kredite in Anspruch zu nehmen.

Deshalb sind ab 1. Oktober 1951 die drei Überweisungsnetze durch a) den Direktüberweisungsverkehr zwischen allen Kreditinstituten (von der Bank des Auftraggebers unmittelbar an die Bank des Begünstigten), b) die einheitliche Technik, die einheitlichen Vordrucke und einheitlichen Sicherungsmittel und c) die vereinfachte Abwicklung des Überweisungsverkehrs zu enger Zusammenarbeit verpflichtet worden, ohne ihre Eigenständigkeit zu verlieren^{2) 3)}.

1) Vergleiche H. Zimmermann, G. Fraas, M. Rätzer, Geld und Kredit ..., a.a.O., Seite 227.

2) Vergleiche Anweisung über den einheitlichen Überweisungsverkehr der Kreditinstitute der Deutschen Demokratischen Republik vom 1. Oktober 1951 und die Erste Durchführungsbestimmung hierzu. Ferner Kurt Koch und Kurt Meyer, Der einheitliche Überweisungsverkehr der Kreditinstitute in der Deutschen Demokratischen Republik - Zur Reorganisation des Überweisungsverkehrs, in: DFW, Jahrgang 5, 1951, Heft 17/18, Seite 276 ff.

3) Direktverbindungen sind seitdem zwischen allen Kredit-

Erst im Zusammenhang mit der Verwaltungsreform von 1952 wurde ein einheitliches Überweisungsnetz geschaffen, das in die Bezirksfilialen der Deutschen Notenbank mündete. Da seither auch die Postscheckämter für den einheitlichen Überweisungsverkehr vorgeschriebene Vordrucke von den Kreditinstituten entgegennehmen müssen¹⁾, wurde das Postschecknetz mit dem Überweisungsnetz der Kreditinstitute verbunden²⁾.

Für den Überweisungsverkehr schrieb die Deutsche Notenbank im einzelnen folgende vier Formen vor: den Einfachverkehr, den Direktverkehr, den Platzverkehr und den Drahtverkehr³⁾, die alle das Ziel verfolgen, den bargeldlosen Zahlungsverkehr wesentlich zu beschleunigen und zu verbilligen.

Wenn auch die damit verbundenen Zwangsmaßnahmen zu mißbilligen sind, so bedeutet die Vereinheitlichung des Überweisungsverkehrs einen Vorteil gegenüber dem in der Bundesrepublik, der trotz aller Reformversuche recht umständlich und langsam ist.

instituten möglich, auch wenn zwischen ihnen keine direkten Kontoverbindungen bestehen. Die Verrechnungsdokumente werden direkt von Bankstelle zu Bankstelle überwiesen, und die Verrechnungen erfolgen nachträglich über die bestehenden Kontoverbindungen. Vergleiche H. Zimmermann, G. Fraas, M. Rätzer, Geld und Kredit ..., a.a.O., Seite 228 f.

1) Siehe Werner Balzer und Gottfried Puttrich, Deutsche Notenbank und Deutsche Post beschließen die Überleitung von Bankgutschriftsträgern in das Postschecknetz, in: DFW, Jahrgang 5, 1951, Heft 11, Seite 524.

2) Nach sowjetzonalen Berechnungen wurden 1951 täglich allein etwa 10 000 Überweisungen auf Postscheckformulare umgeschrieben. Wenn für die Umschreibung, einschließlich aller damit verbundenen Kontroll- und Nebenarbeiten, etwa drei Minuten benötigt werden, müssen die Kreditinstitute im Jahr 150 000 Stunden für die Umschreibung der Überweisungsaufträge auf die Formulare der Postscheckämter aufwenden. Siehe Werner Balzer und Gottfried Puttrich, a.a.O., Seite 524.

3) Beispiele für die unterschiedlichen Überweisungswege siehe Kurt Koch und Kurt Meyer, a.a.O., Seite 280.

Seit Erlaß der Sechsten Durchführungsbestimmung zur Verordnung über die Finanzwirtschaft der volkseigenen Betriebe vom 15. Juli 1949¹⁾ wurden alle im Geschäftsverkehr branchenüblichen Zahlungsbedingungen aufgehoben und einheitlich für Einkauf und Verkauf die Bezahlung der Rechnungen innerhalb von 15 Tagen nach Ausstellung vorgeschrieben. Die Deutsche Notenbank verlangte von den Betrieben, daß sie ihre Rechnungen spätestens zwei Tage nach Warenversand oder Leistungserstellung ausstellten und verschickten.

Die neue Regelung sieht vor, daß Warenempfänger bei etwaiger Zahlungsunfähigkeit nur noch Bankkredit in Anspruch nehmen dürfen. Die Deutsche Notenbank will dadurch unterbinden, daß sich die Betriebe gegenseitig längere Zahlungsziele einräumen (Lieferantenkredit in der Zone auch kommerzieller Kredit genannt) und sie gleichzeitig zwingen, alle auftretenden Schwierigkeiten mit Bankkredit zu finanzieren, um die Planerfüllung lückenlos kontrollieren zu können. Die Inanspruchnahme von Bankkredit bedeutet in jedem Falle Einblick der Deutschen Notenbank in das innerbetriebliche Geschehen und eine besonders scharfe Kontrolle der vom Kreditnehmer angegebenen Preise, der Warenqualität und des Bestandes an Rohstoffen und Waren.

Verständlicherweise versuchen sich die staatlichen Betriebe dieser Kontrolle durch Ausweichen auf außerplanmäßige Kreditquellen zu entziehen. Oft sind sie sogar dazu wegen der knappen Dotierung gezwungen, wenn sie ihre Planaufgaben erfüllen wollen (Notwendigkeit der Finanzierung von größeren als im Plan vorgesehenen Materiallagern aufgrund der unsicheren Materialversorgung, Komplettierungsschwierigkeiten etc.). Das erklärt ihr ständiges Suchen nach Möglichkeiten, die Umlaufmittel so anzureichern, daß sie den gegebenen Verhältnissen in der Wirtschaft entsprechen. Ein zusätzliches und besonders bequemes Finanzierungsmittel fanden sie im Lieferantenkredit.

1) Vergleiche ZVOBl. 1949, Seite 548.

Obwohl die staatlichen Betriebe nach dem 15. Juli 1949 Rechnungen innerhalb einer Frist von 15 Tagen bezahlen mußten, hatten die Lieferanten kaum Einfluß darauf, wann die Empfänger ihren Verpflichtungen nachkamen. Die Betriebe überschritten eigenmächtig das maximale Zahlungsziel oder wichen auf Fremdfinanzierungsquellen, wie zum Beispiel Forderungen von Anzahlungen, Nichtbezahlung von Rechnungen und Zurückhaltung der Zahlungen an den Staatshaushalt aus¹⁾. Außerdem benutzten sie bis 1951 völlig legal den Verrechnungsscheck als ideales Kreditierungsmittel²⁾. Die für Rechnungsprüfung und Überweisung zugestandenen 15 Tage überzogen sie, weil sie ihren Lieferanten in der Regel frühestens zwei Tage vor Ablauf der Frist einen Scheck zustellten. Da dieser bis zur Vorlage bzw. Verrechnung bei der bezogenen Bank im Durchschnitt eine weitere Woche unterwegs war, verschafften sie sich ein Zahlungsziel von insgesamt mindestens drei Wochen. Im Durchschnitt machten die umlaufenden Schecks allein etwa 20 bis 30 vH der Kreditinanspruchnahmen aus³⁾.

1)

Diese illegale Finanzierung der Betriebe wurde von der Abgabenverwaltung der Sowjetischen Besatzungszone noch insofern gefördert, als sie durch Stundungen auf die termingemäßen Zahlungen verzichtete. Seit 1952 durften die Finanzämter keine Stundungen von Steuern der staatlichen Betriebe aussprechen. Das blieb allein dem Ministerrat vorbehalten. Vergleiche Willi Georgino, Welche vordringlichen Aufgaben ergeben sich für die Abgabenverwaltung nach der II. Parteikonferenz? in: DFW, Jahrgang 6, 1952, Heft 15, Seite 785 ff.

2)

Vergleiche hierzu Zschüntzsch, Ist der Scheckverkehr in der volkseigenen Wirtschaft noch zweckmäßig? in: DFW, Jahrgang 5, 1951, Heft 8, Seite 348 f; ebenfalls Greta Kuckhoff, Die Finanzierung der Umlaufmittel, die Kreditkontrolle und das Bankeninkasso durch die Deutsche Notenbank in der volkseigenen Wirtschaft, in: DFW, Jahrgang 5, 1951, Heft 17/18, Seite 242 ff., insbesondere Seite 247.

3)

Siehe Zschüntzsch, a.a.O., Seite 348.

Häufig wurden die Forderungen der Lieferbetriebe infolge umständlicher Preisermittlungen und oft nach notwendiger Einholung von Bestätigungsvermerken seitens der Preisbehörde sogar erst bis zu 50 und mehr Tagen nach Eingang der Waren bezahlt¹⁾. Ein Beweis dafür, daß die Betriebe Verbindlichkeiten mit außerplanmäßigen Mitteln finanzierten, ist die mangelhafte Inanspruchnahme der für die Erfüllung der Produktionsauflage vorgeschriebenen Richtsatzplankredite²⁾. Das verfälschte erheblich die Gesamtkreditpläne der Deutschen Notenbank und machte eine Kontrolle der Planerfüllung durch den Kredit unmöglich³⁾.

Deshalb wurde 1951 für die staatlichen Betriebe der Scheck als Zahlungsmittel im Warenlieferungs- und Leistungsverkehr verboten und der Direktüberweisungsauftrag als Zahlungsmittel vorgeschrieben^{4) 5)}.

1) Siehe Greta Kuckhoff, in: Neues Deutschland Nr. 73 vom 25. Juli 1952.

2) Vergleiche Willi Georgino, a.a.O., Seite 785.

3) Als weitere Mängel, die sich aus dem Scheckverkehr ergeben, nennt Zschüntzsch, a.a.O., Seite 348 f.:

- (1) Die Kontodispositionen der Betriebe können nicht wie bei den Überweisungsaufträgen von vornherein überwacht werden. Die Deutsche Notenbank wird bei der Scheckzahlung vor vollendete Tatsachen gestellt.
- (2) Die bei den Überweisungsaufträgen vorhandene Kontrolle der Verwendungszwecke ist nicht gegeben.
- (3) Die Kontrolle der Kreditdeckung und damit die planmäßige Bestandshaltung der Betriebe ist erschwert.

4) Das Direktüberweisungsverfahren darf als Vorläufer des nach sowjetischem Vorbild eingeführte Rechnungseinzugsverfahren angesehen werden.

5) Der Wechsel als Zahlungsanweisung und (Kredit)Instrument, durch das sich die Wirtschaft selbst Kredit gewährt, ist bereits früher abgeschafft worden. Vergleiche Karl Herder, Die Beziehungen zwischen Finanz- und Geldsystem in der Deutschen Demokratischen Republik, in: Geld und Kredit, Jahrgang 3, 1958, Heft 1/2, Seite 51 ff.
Die privaten Betriebe hatten weiterhin ihre Zahlungen im Überweisungs- und Scheckverkehr zu leisten.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß ungeachtet der gesetzlichen Vorschriften die Zahl der über den Zeitraum von 15 Tagen hinaus nicht bezahlten Forderungen ständig angewachsen ist. Das führte zwangsläufig zu erheblichen Schwierigkeiten bei den Lieferbetrieben, die ihrerseits ihren Zahlungsverpflichtungen nicht termingemäß nachkommen konnten.

Die bisherigen Formen des Überweisungsverkehrs reichten also nicht aus, die zur Kontrolle gewünschte Beschleunigung des Geldumlaufs zu erreichen und die Überwachung von Produktion und Warenabsatz in vollem Maße zu gewährleisten¹⁾. Deshalb wurde auf dem 6. Plenum des Zentralkomitees der SED die Einführung eines neuen Zahlungs- und Verrechnungssystems gefordert²⁾, das die Sofortzahlung gewährleisten und jede Zahlungsverzögerung durch harte Strafmaßnahmen bekämpfen sollte.

Die Deutsche Notenbank erhielt den Auftrag, ein Verrechnungsverfahren zu erarbeiten, das die staatlichen Betriebe daran hindern sollte, durch die willkürliche Vornahme der Überweisungen die verschiedenen Positionen ihrer Umlaufmittel planwidrig aus überfälligen Passiven zu finanzieren, ohne die vorgeschriebenen Richtsatzplankredite in Anspruch nehmen zu müssen.

Unter Berücksichtigung der Besonderheiten der einzelnen Branchen führte sie für staatliche und genossenschaftliche Betriebe die nachstehend behandelten Verrechnungsverfahren ein.

1) Vergleiche Greta Kuckhoff, Die Finanzierung der Umlaufmittel, die Kreditkontrolle und das Bankeninkasso durch die Deutsche Notenbank in der volkseigenen Wirtschaft, in: DFW, Jahrgang 5, 1951, Heft 17/18, Seite 242 ff.

2) Vergleiche Walter Ulbricht, Die neuen Wirtschaftsaufgaben zur Verbesserung der Lebenslage des Volkes. Drei Reden und Entschlüsse des Zentralkomitees der SED auf der sechsten Tagung 1951, (Ost-)Berlin 1951, Seite 74.

2. Verschiedene Verrechnungsmethoden

a) Die Verrechnung von Geldforderungen durch Rechnungseinzug - das RE-Verfahren -

In Anlehnung an das seit 1931 in der Sowjetunion praktizierte Akzeptverfahren¹⁾ ist im Juli 1952 in Mitteldeutschland das Rechnungseinzugsverfahren oder Bankeninkasso eingeführt worden²⁾. Es entspricht in etwa der aus dem Übersee-handel bekannten Zahlungsmodalität "Netto Kasse gegen Dokumente"³⁾ und hat nichts mit einer typisch "sozialistischen Methode der Verrechnung" zu tun, wie in der sowjetzonalen Literatur behauptet wird.

aa) Die Technik des RE-Verfahrens

"Die Durchführung des RE-Verfahrens beruht auf dem Grundsatz, daß die einzuziehenden Verrechnungsbeträge auf Veranlassung des Verkäufers vom Konto des Käufers abgebucht und dem Konto des Verkäufers gutgeschrieben werden."⁴⁾ Die kontoführende Filiale der Deutschen Notenbank belastet bei Vorlage des Rechnungseinzugs-Auftrages nach Ablauf der Akzeptfrist⁵⁾ das Konto des Warenempfängers, so daß Liefe-

1) Vergleiche dazu W.W. Ikonnikow, Geld und Kreditwesen in der UdSSR, a.a.O., Seite 266.

2) Siehe Verordnung über das Bankeninkasso - Rechnungseinzugsverfahren vom 17. Juli 1952, GBl. 1952, Seite 609; ferner die Anordnung über die Verrechnung von Geldforderungen durch Rechnungseinzug - RE-Verfahren - vom 24. Juni 1957, GBl. 1957, Teil II, Seite 229 und die Anordnung über die Verrechnung von Geldforderungen durch Rechnungseinzug - RE-Anordnung - vom 24. März 1961, GBl. 1961, Teil II, Seite 144.

3) Vergleiche Wolfgang Förster, Die Rolle der Finanzwirtschaft im sowjetischen Wirtschaftssystem, Berichte des Osteuropa-Instituts an der Freien Universität Berlin, Berlin 1955, Heft 19, Seite 46.

4) H. Zimmermann, G. Fraas, M. Rätzer, Geld und Kredit ..., a.a.O., Seite 238.

5) In der Regel wird das stille Akzept vorausgesetzt. Siehe dazu Seite 203.

rantenkredite praktisch nicht mehr eingeräumt werden können.

Banktechnisch wird das Verfahren folgendermaßen abgewickelt¹⁾:

- 1) Frühestens am Tage der Absendung der Rechnung an den Kunden reicht der Verkäufer seiner kontoführenden Bank eine Kopie der Rechnung ein und erteilt ihr einen Inkassoauftrag (Rechnungseinzugsauftrag)²⁾. Zur Kontrolle der Einreichungsfrist kann die Bank die Beifügung von Rechnungsunterlagen oder sonstigen Dokumenten verlangen.
- 2) Die Bank des Verkäufers übersendet den RE-Auftrag noch am selben Tage der Filiale der Deutschen Notenbank am Sitz des Käufers zum Einzug der Geldforderung.
- 3) Die Bank des Käufers benachrichtigt den Käufer vom Eingang des RE-Auftrages.
- 4) Der Käufer gibt seiner Bank das stille oder offene Akzept zur Begleichung des RE-Auftrages.
- 5) Die Bank bucht nach Ablauf der Akzeptfrist den Rechnungsbetrag vom Konto des Käufers ab und überweist ihn der für den Verkäufer zuständigen Filiale zur Gutschrift auf dessen Konto.

Aufgrund des ordnungsgemäß eingereichten RE-Auftrages³⁾ eröffnet die Bank dem Lieferanten für die Zeit des Dokumentenumlaufs bzw. für die vorgesehene Verrechnungsfrist einen

1) Siehe Anordnung über die Verrechnung von Geldforderungen durch Rechnungseinzug - RE-Anordnung - vom 24. März 1961, GBl. 1961, Teil II, Seite 144.

2) Er muß spätestens drei Werktage nach Versand der Waren bzw. nach Beendigung der Leistung eingereicht sein.

3) Ordnungsgemäßer RE-Auftrag heißt, daß er innerhalb der vorgeschriebenen Dreitagesfrist eingereicht sein muß. In der RE-Anordnung vom 24. Juni 1957 (GBl. 1957, Teil II, Seite 229) wurden die Bestimmungen über die Einreichungsfrist nicht mehr mit aufgeführt. Diese Frist ist für die Beanspruchung von RE-Kredit aber weiterhin bindende Vorschrift. Aus der Feststellung des Staatlichen Vertragsge-

Verrechnungskredit. Ist diese Frist abgelaufen, ohne daß eine Zahlung erfolgte, weil zum Beispiel der Empfänger vorübergehend zahlungsunfähig ist, bucht die Deutsche Notenbank den Kredit auf ein Konto "überfälliger Kredit" um und berechnet dafür Verzugszinsen.

Diese Strafe soll die Lieferbetriebe anhalten, sich selbst um den fristgerechten Zahlungseingang zu kümmern.

bb) Betragshöhe und Einzugsfristen

Im RE-Verfahren werden alle Rechnungsbeträge ab 500,-- DM verrechnet, sofern nicht ein anderes Verfahren vorgeschrieben ist¹⁾. Für die Verrechnung von Forderungen zwischen 300,-- und 500,-- DM kann von den Vertragspartnern das RE-Verfahren vereinbart werden. Forderungen gegen Außenhandelsunternehmen der sowjetischen Besatzungszone sind unabhängig von der Höhe des Betrages im RE-Verfahren zu verrechnen.

richts bei der Regierung der DDR Nr. 10/57 vom 15. Juli 1957 geht hervor, daß die Bestimmungen des § 4, Absatz 1 der Sechsten Durchführungsbestimmung zur Finanzwirtschaftsverordnung und des § 2, Absatz 5 des Mustervertrages wieder anzuwenden sind, wonach die Rechnung innerhalb von drei Tagen nach Versand der Ware auszustellen ist. Vergleiche Helmut Rossner, RE-Aufträge pünktlich einreichen, in: DFW (Geld und Kredit/Versicherung), Jahrgang 11, 1957, Heft 23, Seite 716.

1) Um die Deutsche Notenbank nicht von vornherein mit dem RE-Verfahren zu überfordern, wurde zunächst die Grenze für einzuziehende Forderungen auf 5.000,-- DM festgesetzt (siehe Bekanntmachung des Beschlusses über die anderweitige Festsetzung der Grenze für die dem Rechnungseinzugsverfahren unterliegenden Forderungen vom 17. Juli 1952, GBl. 1952, Seite 611). Ab 20. August 1952 wurde die Grenze auf 3.000,-- DM herabgesetzt (siehe Anordnung zur anderweitigen Festsetzung der Grenze für die dem Rechnungseinzugsverfahren unterliegenden Forderungen vom 20. August 1952, GBl. 1952, Seite 760), und seit dem 15. September 1952 unterliegen Rechnungsbeträge ab 500,-- DM dem Rechnungseinzugsverfahren (siehe Anordnung zur anderweitigen Festsetzung der Grenze für die dem Rechnungseinzugsverfahren unterliegenden Forderungen vom 11. September 1952, GBl. 1952, Seite 851).

Um auch Lieferanten mit kleineren Rechnungsbeträgen die Teilnahme am RE-Verfahren zu ermöglichen, ist es gestattet, mehrere Forderungen aus zeitlich verschiedenen Warenlieferungen und Leistungen auf einem RE-Auftrag zusammenzufassen, wenn die Gesamtsumme die Mindestbetragsgrenze von 300,-- DM erreicht und die Warenlieferungen und Leistungen insgesamt nicht mehr als fünfzehn Tage auseinanderliegen.

Zahlungen unter 300,-- DM wurden, wenn nicht ein anderes Verfahren vorgeschrieben war, aus Gründen der Arbeitersparnis weiterhin in dem technisch weitaus einfacheren Überweisungs- und Scheckverkehr beglichen.

Da der Grundsatz gelten soll, daß Abbuchungen nur mit Zustimmung des Kontoinhabers erfolgen dürfen¹⁾, wartet die Deutsche Notenbank dessen Einverständniserklärung (Akzept) ab²⁾.

Es gibt drei Formen des Akzepts:

1) Das stille Akzept

Das Einverständnis betrachtet die Bank als gegeben, wenn der Käufer nicht innerhalb der vorgeschriebenen Frist von vier Tagen einen schriftlich begründeten Einspruch gegen die Abbuchung erhebt³⁾. Die Einverständniserklärung wird in der Regel in dieser Form erteilt⁴⁾.

1) Siehe Fünfte Durchführungsbestimmung zum Gesetz über die Deutsche Notenbank vom 28. April 1955, GBl. 1955, Teil I, Seite 327, § 1, Absatz 3.

2) Siehe 4. Anordnung über die Verrechnung von Geldforderungen durch Rechnungseinzug - RE-Anordnung - vom 24. März 1961, a.a.O., § 4, Absatz 1.

3) Siehe Anordnung über die Verrechnung von Geldforderungen - RE-Anordnung - vom 24. März 1961, a.a.O., § 4, Absatz 2.

4) Vergleiche Kurt Koch, Das Bankeninkasso (Rechnungseinzugsverfahren), in: DFW, Jahrgang 6, 1952, Heft 14, Seite 738.

2) Das offene Akzept

Beim offenen Akzept wird für die Abbuchung des Rechnungsbetrages ausdrücklich eine schriftliche Zustimmung des Käufers verlangt. Im Einvernehmen mit dem Ministerium der Finanzen schreibt es die Deutsche Notenbank für bestimmte Verrechnungsteilnehmer vor, zum Beispiel für Abbuchungen von Haushaltskonten und Sonderkonten der Deutschen Investitionsbank¹⁾. Es ist seit 1957 innerhalb einer Frist von vier Tagen zu erteilen²⁾ und kann sich auch nur auf einen Teil des Forderungsbetrages beschränken³⁾. Ein RE-Auftrag, bei dem das Akzept in voller Höhe verweigert wird, wird von der Bank des Käufers der Bankverbindung des Verkäufers zurückgegeben.

3) Das Sofortakzept

Ein Käufer kann seinem Lieferanten gegenüber schriftlich seinen Verzicht auf die Akzeptfrist und sein Einverständnis zur sofortigen Abbuchung eines Rechnungsbetrages erklären. Hierbei handelt es sich um das Sofortakzept. Die Deutsche Notenbank hat es für solche Branchen und Fälle eingeführt, in denen bisher die Sofortzahlung üblich war. Es soll gewährleisten, daß Lieferanten durch das Bankeninkasso nicht später als bei Barzahlung oder Scheckübergabe zu ihrem Geld kommen⁴⁾. Das Sofortakzept übergibt der Käufer bei Über-

1) Vergleiche Zweite Durchführungsbestimmung zur Verordnung über das Bankeninkasso - Rechnungseinzugsverfahren - vom 18. Juli 1952, GBl. 1952, Seite 611, § 2 und Vierte Durchführungsbestimmung zur Verordnung über das Bankeninkasso - Rechnungseinzugsverfahren - vom 25. November 1954, GBl. 1954, Seite 912.

2) Ursprünglich war die Frist für das offene Akzept auf elf Tage festgesetzt (siehe Erste Durchführungsbestimmung zur Verordnung über das Bankeninkasso - RE-Verfahren - vom 18. Juli 1952, GBl. 1952, Seite 611, § 9). In der ersten Hälfte des Jahres 1954 wurde sie auf acht Tage verkürzt (siehe Dritte Durchführungsbestimmung zur Verordnung über das Bankeninkasso - Rechnungseinzugsverfahren - vom 29. April 1954, GBl. 1954, Seite 462).

3) Siehe Anordnung über die Verrechnung von Geldforderungen durch Rechnungseinzug - RE-Verfahren - vom 24. Juni 1957, a.a.O., § 5, Absatz 5.

4) Vergleiche Kurt Meyer und Werner Franke, Das Rechnungs-

nahme der Ware dem Verkäufer, der es zusammen mit dem RE-Auftrag seiner Bank einreicht. Der fällige Rechnungsbetrag wird im Rahmen bestehender Verfügungsmöglichkeit sofort abgebucht.

cc) Die Reihenfolge der Abbuchungen der RE-Aufträge

Liegen bei der Bank des Käufers mehrere akzeptierte Rechnungseinzugsaufträge vor, so werden sie in der Reihenfolge ihrer Fälligkeit abgebucht. Ist dies mangels genügender Deckung nicht oder nicht in voller Höhe durchführbar, so benachrichtigt die Bank des Käufers den Verkäufer über dessen Bankverbindung von der Nicht- oder Teileinlösung des RE-Auftrages mittels einer RE-Nichtbezahltanzeige. Der RE-Auftrag selbst bleibt bei der Bank des Käufers. Sobald das Konto wieder ein Guthaben aufweist, wird der Rechnungsbetrag zwangsweise abgebucht. Bis zur restlosen Begleichung muß die Bank Beträge, mindestens 300,-- DM, deren Abbuchung das Konto des Käufers jeweils zuläßt, dem Verkäufer überweisen¹⁾. Treten solche Blockierungen des Rechnungseinzugs häufiger auf, so hat die Deutsche Notenbank die Ursachen festzustellen und Maßnahmen zu deren Beseitigung zu treffen.

Allerdings hat die Deutsche Notenbank bei der Abbuchung der RE-Aufträge streng die gesetzlich festgelegte Reihenfolge der Kontoverfügungen zu beachten. Beispielsweise gehen Zahlungen von Löhnen und Gehältern, von Haushaltsverpflichtungen und von Sozialversicherungsbeiträgen der Abbuchung von RE-Aufträgen vor. Dagegen haben RE-Aufträge Vorrang vor Überweisungen und Schecks. Bis 1955 hatte die Deutsche Notenbank das Recht, überfällige Kredite zurückzubuchen, sobald aus den Erlösen der Betriebe die Löhne und Haushaltsverpflichtungen beglichen waren. Erst danach brauchte sie Verbindlichkeiten aus Warenlieferungen und Leistungen zu bezahlen. Um die inzwischen stark angestiegene zwischen-

einzugsverfahren und seine Anwendung, in: DFW, Jahrgang 7, 1953, Heft 3, Seite 121 ff., besonders Seite 124.

¹⁾ Siehe Anordnung über die Verrechnung von Geldforderungen durch Rechnungseinzug - RE-Anordnung - vom 24. März 1961, a.a.O., § 4, Ziffer 6.

betriebliche Verschuldung zu reduzieren, bezahlt die Deutsche Notenbank heute erst alle Lieferantenverbindlichkeiten, bevor sie vorhandene Mittel zur Abdeckung überfälliger Kredite verwendet. Das bedeutet, daß die Deutsche Notenbank zuletzt befriedigt wird und alle Schwierigkeiten der staatlichen Betriebe auf sie übertragen und als überfällige Kredite sichtbar werden¹⁾.

Gegen die Abbuchung eines Rechnungsbetrages kann der Käufer einen schriftlich begründeten Voll- oder Teileinspruch erheben. Die Bank darf aber nur solche Einsprüche anerkennen, die damit begründet sind, daß die geltend gemachte Forderung nicht oder nicht in voller Höhe gerechtfertigt ist oder der Verkäufer gesetzliche oder vertragliche Vereinbarungen verletzt hat. Der Käufer kann jedoch nicht geltend machen, daß die Ware noch nicht in seinem Besitz ist²⁾. Bei nicht zulässig begründeten Einsprüchen treten nach Ablauf der Frist von vier Tagen die Wirkungen des stillen Akzepts ein. Für unberechtigt eingezogene Forderungen kann der Käufer bis zu 16 Tagen nach Ablauf der Akzeptfrist einen Auftrag zur Rückverrechnung (RE-Rückauftrag) erteilen³⁾.

dd) Die Teilnehmer am Rechnungseinzugsverfahren

Zur Teilnahme am Rechnungseinzugsverfahren sind verpflichtet⁴⁾:

- 1) Betriebe der volkseigenen und der ihr gleichgestellten Wirtschaft,
- 2) Konsumgenossenschaften und deren rechtlich selbständige Einrichtungen,
- 3) Haushaltsorganisationen,

1) Vergleiche Greta Kuckhoff, Der Kampf um die Durchsetzung der neuen Kreditierungsmethoden und ihre Hilfe für die Wirtschaft der DDR, in: DFW, Jahrgang 10, 1956, Heft 1, Seite 8.

2) Siehe Anordnung über die Verrechnung von Geldforderungen durch Rechnungseinzug - RE-Anordnung - vom 24. März 1961, a.a.O., § 5, Absatz 2.

3) Siehe Anordnung über die Verrechnung von Geldforderungen durch Rechnungseinzug - RE-Anordnung - vom 24. März 1961, a.a.O., § 6.

- 4) andere als unter 2) genannte sozialistische Genossenschaften,
- 5) halbstaatliche Betriebe,
- 6) sonstige Genossenschaften und gewerbliche Unternehmen der privaten Wirtschaft, soweit sie in Vertragsbeziehungen zu den unter 1) bis 5) genannten Teilnehmern stehen.

Der Präsident der Deutschen Notenbank kann Änderungen des Teilnehmerkreises bestimmen. Verrechnungen im RE-Verfahren sind nicht zulässig, wenn beide Vertragspartner Teilnehmer am FE-Verfahren sind oder ihre Forderungen im Akkreditiv-Verfahren zu verrechnen haben. Im allgemeinen wird das RE-Verfahren heute noch angewendet, wenn nur ein Verrechnungspartner ein 'sozialistischer Betrieb' oder eine Haushaltsorganisation ist. Noch vorhandene private Unternehmen dürfen demnach auch freiwillig nicht am RE-Verfahren teilnehmen, wenn sie untereinander geschäftliche Beziehungen unterhalten. Ihre gegenseitigen Verpflichtungen müssen sie im üblichen Überweisungsverkehr oder mit Hilfe des Verrechnungsschecks begleichen.

- b) Die Verrechnung von Geldverbindlichkeiten durch Akkreditivstellung - das AK-Verfahren -

Das im April 1955 eingeführte Akkreditiv-Verfahren¹⁾ soll vorwiegend gegenüber schlecht zahlenden Betrieben Anwendung finden²⁾.

- 4) Siehe Anordnung über die Verrechnung von Geldforderungen durch Rechnungseinzug - RE-Anordnung - vom 24. März 1961, a.a.O., § 1, Absatz 1.

- 1) Siehe Anordnung über die Verrechnung von Geldverbindlichkeiten durch Akkreditivstellung - AK-Verfahren - vom 28. April 1955, GBl. 1955, Sonderdruck Nr. 81, Seite 58.

- 2) Vergleiche Helmut Rossner, Die Deutsche Notenbank führt das Akkreditiv ein, in: DFW, Jahrgang 9, 1955, Heft 13, Seite 542; ferner Fünfte Durchführungsbestimmung zum Gesetz über die Deutsche Notenbank vom 28. April 1955, GBl. 1955, Teil I, Seite 327.

Das Akkreditiv ist eine Anweisung der Bank des Käufers an die Bank des Verkäufers zur Auszahlung eines bereitgestellten Geldbetrages nach Erfüllung der im Akkreditiv genannten vertraglichen Verpflichtungen.

Die Deutsche Notenbank kann seine Eröffnung von einem staatlichen Betrieb¹⁾ verlangen, wenn

- a) der Plan der Akkumulation des Reineinkommens nicht erfüllt wird,
- b) Überplanbestände vorhanden sind bzw. angeschafft werden,
- c) die Zahlungsdisziplin verletzt wird oder
- d) diese Art der Verrechnung zum Zwecke der Einhaltung der Plan- und Finanzdisziplin für erforderlich gehalten wird."²⁾

Außerdem kann auch ein Lieferant selbst von einem als säumigen Zahler bekannten Betrieb die Stellung eines Akkreditivs fordern.

Ohne diese Voraussetzungen darf eine Verrechnung über Akkreditiv nur erfolgen, wenn sich Verkäufer und Käufer vertraglich darauf einigen und die Filiale der Deutschen Notenbank am Sitz des Verkäufers ihre Zustimmung gibt. Dadurch soll eine unkontrollierte und unbeschränkte Anwendung des Akkreditiv-Verfahrens verhindert werden. Andernfalls bestünde die Gefahr, daß Verkäufer in starker Position die Akkreditivstellung verlangen, um in jedem Falle den pünktlichen Eingang ihrer Forderungen zu erzwingen.

Gesamtwirtschaftlich hätte die damit verbundene Blockierung der Akkreditivbeträge auf Sonderkonten eine erhebliche und

1) In wirtschaftlich begründeten Fällen kann die Deutsche Notenbank die Verrechnung durch Akkreditiv für einen ganzen Wirtschaftszweig anordnen.

2) Anordnung über die Verrechnung von Geldverbindlichkeiten durch Akkreditivstellung - AK-Verfahren - vom 28. April 1955, a.a.O., § 2, Absatz 1.

unerwünschte Verlangsamung der Umlaufgeschwindigkeit und eine Ausweitung des Zahlungsmittelvolumens zur Folge.

Die Verrechnung durch Akkreditiv wird banktechnisch folgendermaßen abgewickelt:¹⁾

- 1) Der Käufer beantragt für die Verrechnung einer Lieferung oder Leistung bei seiner kontoführenden Filiale der Deutschen Notenbank schriftlich die Eröffnung eines unwiderruflichen Akkreditivs zu Gunsten des Verkäufers²⁾.
- 2) Die Bank des Käufers eröffnet es frühestens 15 Tage vor dem vertraglich vereinbarten Lieferungs- oder Leistungstermin durch die Bereitstellung des Akkreditivbetrages auf einem besonderen Akkreditivkonto und zeigt dies dem Verkäufer über dessen Bank an. Die dafür erforderlichen Mittel stellt sie ihm in Form eines Kredites bereit, wenn der planmäßige Bezug von Lieferungen oder Leistungen nachgewiesen ist.
- 3) Nach termingemäßer Lieferung oder Leistung legt der Verkäufer seiner kontoführenden Filiale der Deutschen Notenbank innerhalb einer Frist von drei Werktagen die im Akkreditiv vorgeschriebenen Dokumente zur Einlösung vor. Sie reicht sie an die Filiale am Sitz des Käufers weiter, zieht den Akkreditivbetrag ein und schreibt ihn dem Verkäufer gut³⁾.
- 4) Die Bank des Käufers gibt die Dokumente an den Käufer weiter und belastet dessen Akkreditivkonto.

1) Siehe dazu Anordnung über die Verrechnung von Geldverbindlichkeiten durch Akkreditivstellung - AK-Verfahren - vom 28. April 1955, a.a.O., §§ 4 bis 6.

2) Im Akkreditivöffnungsantrag werden angegeben der Akkreditivbetrag, die Bezeichnung der Erzeugnisse, die Liefertermine, die Akkreditivfrist (in der Regel 23 Tage) und ob für die Inanspruchnahme des Akkreditivs eine ausdrückliche Akzepterkklärung vorliegen muß oder nicht.

3) Vergleiche Helmut Rossner, Die Deutsche Notenbank führt das Akkreditiv ein, a.a.O., Seite 542.

Da sich der Käufer in der Regel in Zahlungsschwierigkeiten befinden wird und aus eigenen Mitteln kein Akkreditiv stellen kann (abgesehen davon sieht sein Finanzplan für derartige Zwecke keine zusätzlichen Mittel vor), muß er zur Eröffnung eines Akkreditivs einen Sonderkredit beantragen. Dies zwingt ihn, die Gründe für die Zahlungsschwierigkeiten vor dem beabsichtigten Warenbezug darzulegen. Die Deutsche Notenbank kann auf diese Weise bereits vorher prüfen, ob die Lieferung oder Leistung notwendig ist und die Bereitstellung von Sonderkredit von der Erfüllung bestimmter Auflagen abhängig machen. Das Akkreditiv-Verfahren zwingt somit in der Praxis gleichermaßen den Lieferanten wie den Abnehmer zur Einhaltung ihrer Produktionspläne.

Bisher hat diese Zahlungsmethode keine große Bedeutung erlangt. Bis Ende 1958 wurde sie nur selten angewandt¹⁾. In der Praxis brauchten die Lieferanten nur in den seltensten Fällen darauf zurückgreifen, weil infolge der veränderten Reihenfolge der Kontoverfügungen die Deutsche Notenbank zuerst Verbindlichkeiten aus Warenlieferungen und Leistungen beglich, ehe sie überfällige Bankkredite abdeckte. Wenn die Akkreditivstellung verlangt wird, dann geschieht das hauptsächlich auf Veranlassung der Filiale der Deutschen Notenbank am Sitz des Käufers, die damit ihrer Forderung, Überplanbestände abzubauen, stärker Nachdruck zu verleihen sucht.

Eskurs: Weitere bis 1961 gültige Verrechnungsverfahren²⁾

Für volkseigene, genossenschaftliche und halbstaatliche Betriebe sowie für Haushaltsorganisationen wurden zur freiwilligen Teilnahme weitere Verrechnungsverfahren eingeführt,

1) Gedanken zum Akkreditivverfahren, in: DFW (Geld und Kredit/Versicherung), Jahrgang 12, 1958, Heft 21, Seite 594.

2) Die nachfolgend behandelten Verrechnungs- und Aufrechnungsverfahren wurden durch die Einführung des FE-Verfahrens im März 1961 außer Kraft gesetzt und sollen nur der Vollständigkeit halber kurz erwähnt werden.

die die Eigenheiten und Erfordernisse der verschiedenen Wirtschaftszweige und Branchen stärker als das RE-Verfahren im Zahlungsverkehr berücksichtigen sollten.

Alle verfolgten das Ziel, durch zeitlich dicht aufeinander folgende Aufrechnungen oder Verrechnungen die Zahlungsfristen so zu verkürzen, daß die erforderlichen Geldbewegungen unmittelbar den Warenbewegungen angepaßt und eine doppelte Kreditierung ein- und derselben Güter unterbunden wurde, wie sie bei der Verrechnung schnell umschlagender Güter im RE-Verfahren möglich war¹⁾.

Der wesentliche Vorzug dieser Verfahren wird darin gesehen, daß der Geldumlauf beschleunigt und damit das Umlaufvolumen eingeschränkt und außerdem der Bedarf an Verrechnungskrediten gesenkt wird.

Durch den Verzicht auf Akzeptfristen und den Wegfall von Postlaufzeiten dürfte dies auch weitgehend gelungen sein.

1. Die gegenseitige Verrechnung von Geldforderungen - das VF-Verfahren -

Die gegenseitige Verrechnung von Geldforderungen wurde am 25. März 1953 eingeführt²⁾ und sollte vor allem in solchen

1) Energiebetriebe, Betriebe der Kohleindustrie, Schlachthöfe, Mühlen, Molkereien und ähnliche Betriebe können Rohstoffe und Vorprodukte sofort verarbeiten und weiterliefern. Sie erhalten so innerhalb der Akzeptfrist bereits Verrechnungskredite, ehe sie für bezogene Waren aus RE-Aufträgen belastet wurden, so daß zeitweilig die Lieferanten von Rohstoffen und halbfertigen Erzeugnissen und die weiterverarbeitenden Betriebe gleichzeitig ein- und dieselben Waren kreditiert erhielten. Somit waren diese Betriebe nicht allein auf die von der Zentrale vorgeschriebenen Richtsatzplankredite angewiesen. Die Deutsche Notenbank ist auf diese planwidrigen Finanzierungen durch die hohen Guthaben der Betriebe mit kurzen Produktions- und Umschlagszeiten aufmerksam geworden. Vergleiche dazu J. Weißflog und E. Plank, Vorschläge zur Verbesserung der Finanz- und Zahlungsdisziplin in der volkseigenen örtlichen Industrie, in: DFW, Jahrgang 8, 1954, Heft 22, Seite 1131 f. und M. und W. Schilke, Nutzt die neuen Verrechnungsverfahren, in: DFW, Jahrgang 9, 1955, Heft 19, Seite 820 f.

2) Siehe Anordnung über die Verrechnung von Forderungen - Verrechnungsverfahren - vom 25. März 1953, ZBl. 1953, Seite 135. Ferner Fünfte Durchführungsbestimmung zum Gesetz

Branchen und Fällen Anwendung finden, in denen der Warenumschlag außerordentlich schnell erfolgt und das RE-Verfahren zu einer Verzögerung des Verrechnungsverkehrs führt und zum anderen enge wirtschaftliche Beziehungen der Betriebe untereinander bestehen.

In diesem Verfahren rechneten zentrale Verrechnungsstellen gegenseitige Forderungen und Verpflichtungen in regelmäßigen Abständen miteinander auf und belasteten oder erkannten dann jeweils nur mit dem Saldo die Bankkonten der beteiligten Betriebe¹⁾. Verfügt die Teilnehmer nicht über ausreichende Mittel, dann durfte die Deutsche Notenbank zum Ausgleich der Verrechnungsspitzen Sonderkredite gewähren, die innerhalb einer Frist von zehn Tagen abzudecken waren. Konnten die Betriebe wiederholt nicht debitorische Verrechnungsbeträge einlösen, hatte die Deutsche Notenbank die Möglichkeit, die Teilnahme am VF-Verfahren zu kündigen.

Wegen der kurz aufeinander folgenden Aufrechnungen verzichtete die Deutsche Notenbank auf Einverständniserklärungen der Käufer²⁾.

2. Die Verrechnung von Geldforderungen nach Plan - das PV-Verfahren -

Die Verrechnung von Geldforderungen nach Plan führte die Deutsche Notenbank am 28. April 1955 für fortlaufende Waren-

über die Deutsche Notenbank - Verrechnung von Geldforderungen und Geldverbindlichkeiten aus Warenlieferungen und Leistungen im Bereich der sozialistischen und privaten Wirtschaft - vom 28. April 1955, GBl. 1955, Teil I, Seite 327 und die dazu erlassene Anordnung über die gegenseitige Verrechnung von Geldforderungen - VF-Verfahren - vom 28. April 1955, die im Sonderdruck Nr. 81 des Gesetzblattes auf Seite 50 erschienen ist. Ferner die Anordnung zur Änderung der Anordnung über die gegenseitige Verrechnung von Geldforderungen - VF-Verfahren - vom 1. Oktober 1957, GBl. 1957, Teil II, Seite 281.

1) Vergleiche dazu H. Zimmermann, G. Fraas, M. Rätzer, Geld und Kredit ..., a.a.O., Seite 244 f. Auch dieses Verfahren stützt sich weitgehend auf in der Sowjetunion gesammelte Erfahrungen. Vergleiche Kurt Koch und Kurt Meyer, Die Büros der Deutschen Notenbank für gegenseitige Verrechnungen (Verrechnungsstellen), in: DFW, Jahrgang 7, 1953, Heft 7, Seite 342 ff.

lieferungen und Leistungen ein, die in der Regel in kurzen Zeitabständen erfolgen und nach Art und Umfang gleich sind¹⁾. Es sollte speziell bei Kohle- und Energielieferungen und bei geschäftlichen Beziehungen zwischen Produktionsbetrieben sowie im Groß- und Einzelhandel Anwendung finden.

Die vereinbarten Geldbeträge wurden unabhängig von den effektiven Warenlieferungen²⁾ zu bestimmten Terminen, die nicht länger als fünf Tage auseinander liegen durften, vom Konto des Käufers auf das des Verkäufers überwiesen. Erst zu den festgelegten Abrechnungsterminen verglich die Deutsche Notenbank die tatsächlichen Lieferungen mit den geleisteten Zahlungen und verrechnete die Spitzenbeträge³⁾.

Die Filiale der Deutschen Notenbank am Sitz des Verkäufers durfte für die vertraglich vereinbarten Verrechnungsbeträge in Höhe der Planraten Kredit gewähren.

Hielt der Verkäufer die Bedingungen des dem PV-Verfahren zugrunde liegenden Vertrages nicht ein, konnte der Käufer die planmäßige Verrechnung einstellen. Das gleiche Recht hatte die kontoführende Filiale am Sitz des Käufers, wenn mehrere Abbuchungen mangels Deckung nicht vorgenommen werden konnten und der Käufer sich dadurch für längere Zeit in Zahlungsverzug befand.

2) Zu dem Verfahren siehe zu den genannten Quellen Kurt Koch und Kurt Meyer, Das Verfahren der Deutschen Notenbank über die Verrechnung von Forderungen in der Praxis, in: DFW, Jahrgang 8, 1954, Heft 10, Seite 510 ff; Eberhard Mugaue, Mehr Aufmerksamkeit dem VF-Verfahren, in: DFW (Buchhaltung und Finanzen), Jahrgang 12, 1958, Heft 10, Seite 302; Karl Finger, Die Rolle des VF-Verfahrens, in: DFW (Geld und Kredit/Versicherung), Jahrgang 11, 1957, Heft 4, Seite 104 ff.

1) Siehe Anordnung über die Verrechnung von Geldforderungen nach Plan - PV-Verfahren - vom 28. April 1955, abgedruckt im Sonderdruck Nr. 81 des Gesetzblattes, Seite 54 und die Anordnung zur Änderung der Anordnung über die Verrechnung von Geldforderungen nach Plan - PV-Verfahren - vom 9. Oktober 1957, GBl. 1957, Teil II, Seite 285.

2) Siehe dazu Beispiel bei Helmut Rossner, Verrechnungen im bargeldlosen Zahlungsverkehr, in: DFW, Jahrgang 9, 1955, Heft 8, Seite 340.

3) Vergleiche H. Zimmermann, G. Fraas, M. Rätzer, Geld und Kredit . . ., a.a.O., Seite 246.

3. Die Verrechnung von Geldverbindlichkeiten über Sonderkonten - das SK-Verfahren -

Die Verrechnung von Geldverbindlichkeiten über Sonderkonten - von der Deutschen Notenbank ebenfalls am 28. April 1955 eingeführt¹⁾ - war vor allem für den Einkauf landwirtschaftlicher Produkte durch den Handel gedacht.

Verbindlichkeiten sollten aus einem kreditorischen Sonderkonto, das der Käufer bei einer oder mehreren Banken am Sitz oder in der Nähe der Lieferanten eröffnen ließ, beglichen werden. Darüber verfügen durften beauftragte Bevollmächtigte des Käufers.

Obwohl die Deutsche Notenbank die Vorzüge dieses Verfahrens hinreichend erläuterte, ist von dieser Verrechnungsmethode nur wenig Gebrauch gemacht worden²⁾. Der Vorzug der technischen Vereinfachung wurde aber durch die Bindung finanzieller Mittel vor dem Bezug der Waren mehr als aufgewogen.

c) Die Verrechnung von Geldforderungen durch Forderungseinzug - das FE-Verfahren -

Durch die Anwendung der verschiedenen Verfahren ist der Zahlungs- und Verrechnungsverkehr in der Zone so unübersichtlich geworden³⁾, daß die Forderungen nach Vereinheitlichung und Vereinfachung nicht mehr verstummen.

1) Siehe Anordnung über die Verrechnung von Geldverbindlichkeiten über Sonderkonten - SK-Verfahren - vom 28. April 1955, abgedruckt im Sonderdruck Nr. 81 des Gesetzblattes, Seite 62.

2) Vergleiche Helmut Straßburger, Die Vorteile der Verrechnung über Sonderkonto, in: DFW, Jahrgang 10, 1956, Heft 1, Seite 25.

3) Vergleiche Helmut Egerland, Um die beste Verrechnungsmethode, in: DFW (Geld und Kredit/Versicherung), Jahrgang 4, 1960, Heft 1, Seite 3. Er nennt 20 verschiedene Zahlungsarten bzw. Verrechnungsverfahren in der Zone.

Schließlich stellte die Deutsche Notenbank in den Jahren 1959/60 ein von ihr neu entwickeltes Verfahren unter der Bezeichnung "Lastschriftverfahren" oder "vereinfachtes RE-Verfahren" in dem Fachorgan 'Deutsche Finanzwirtschaft' zur Diskussion¹⁾.

Nachdem die Grundsätze dieses neuen Verfahrens eingehend in allen Filialen der Deutschen Notenbank und mehreren hundert staatlichen Betrieben beraten und getestet wurden, hat der Ministerrat mit der Verordnung vom 24. März 1961 alle bisher gültigen Zahlungs- und Verrechnungsmethoden - mit Ausnahme des RE- und Akkreditiv-Verfahrens - aufgehoben²⁾. An deren Stelle setzte die Deutsche Notenbank ab 1. Mai 1961 die sogenannte Verrechnung von Geldforderungen durch Forderungseinzug - das FE-Verfahren³⁾.

In seinen Grundprinzipien ähnelte es stark dem Bankeninkasso (RE-Verfahren).

Dem Verkäufer wird der Gegenwert einer Lieferung oder Leistung ohne Zwischenschaltung eines Kredits sofort unter dem Vorbehalt gutgeschrieben, daß der Rechnungsbetrag vom Konto des Käufers abgebucht werden kann. Durch das Entfallen der Buchungsarbeiten für die Bereitstellung und Rückzahlung der Verrechnungskredite und infolge des Wegfalls der Akzeptfrist ist die technisch-organisatorische Durchführung des FE-Verfahrens erheblich vereinfacht worden.

1) Die wichtigsten Beiträge dazu sind: Herbert Finger, Wie vereinfachen wir die Organisation zwischenbetrieblicher Zahlungen?, in: DFW (Geld und Kredit/Versicherung), Jahrgang 13, 1959 Heft 21, Seite 609 ff; die Stellungnahme der Deutschen Notenbank von Helmut Rossner, Die vorgesehene Veränderung der Verrechnungsmethoden, in: DFW (Geld und Kredit/Versicherung), Jahrgang 14, 1960, Heft 2, Seite 28 ff; Helmut Egerland, Um die beste Verrechnungsmethode, a.a.O.

2) Siehe Zweite Verordnung zur Aufhebung finanzrechtlicher Bestimmungen vom 23. März 1961, GBl. 1961, Teil II, Seite 142.

3) Siehe Anordnung über die Verrechnung von Geldforderungen durch Forderungseinzug - FE-Verfahren - vom 24. März 1961, GBl. 1961, Teil II, Seite 142.

Das Ziel des neuen Verfahrens ist eine Beschleunigung des Zahlungsausgleichs beziehungsweise eine unmittelbare Anpassung der Geldbewegungen an die Warenbewegungen, um an der Erfüllung der Finanzpläne jederzeit die Einhaltung der Produktions- und Umsatzpläne kontrollieren zu können. Abgesehen von der Kontrolle der zwischenbetrieblichen Prozesse soll es der Deutschen Notenbank dadurch gelingen, Planwidrigkeiten sofort aufzudecken.

aa) Die Teilnehmer am FE-Verfahren

Nach dem Paragraphen 1 der Anordnung sind zur Teilnahme am FE-Verfahren verpflichtet:

- 1) volkseigene und diesen gleichgestellte Betriebe,
- 2) Konsumgenossenschaften und deren rechtlich selbständige Einrichtungen und
- 3) Haushaltsorganisationen sowie alle Einrichtungen, die ein Haushaltskonto führen (Sozialversicherung, Theater und so weiter)¹⁾.

Darüber hinaus kann die Deutsche Notenbank nicht unter 2) genannte sozialistische Genossenschaften und halbstaatliche Betriebe zur freiwilligen Teilnahme zulassen.

Verrechnungen müssen in jedem Falle durch Forderungseinzug erfolgen, wenn beide Vertragspartner Teilnehmer am FE-Verfahren sind. Pflichtteilnehmer kann nur der Präsident der Deutschen Notenbank befreien. Die kontoführenden Filialen dürfen sie auch dann nicht ausschließen, wenn bei der Ein-

1) Die wichtigsten Fragen, die für die Haushaltsorganisationen bei der Verrechnung im FE-Verfahren von Bedeutung sind, werden in der Anweisung Nr. 25/61 des Ministeriums der Finanzen vom 17. Juli 1961 über die Anwendung der Anordnung über die Verrechnung von Geldforderungen durch Forderungseinzug - FE-Anordnung - für Haushaltsorganisationen geregelt. Vergleiche dazu Ministerium der Finanzen, Hauptabteilung Staatshaushalt, Antwort auf Fragen zum FE-Verfahren bei Haushaltsorganisationen, in: DFW (Sammelausgabe), Jahrgang 15, 1961, Heft 16, Seite 500 ff.

lösung von FE-Aufträgen finanzielle Schwierigkeiten bestehen. In solchen Fällen haben sie die in der Kreditverordnung vorgesehenen Sanktionen anzuwenden und bei freiwilligen Teilnehmern das übergeordnete Organ zu verständigen und zur Beseitigung der aufgetretenen Mängel aufzufordern¹⁾.

Aus Furcht, durch eine sofortige Abbuchung der Warenverbindlichkeiten in finanzielle Schwierigkeiten zu geraten, hat sich eine große Anzahl halbstaatlicher Betriebe lange Zeit dem FE-Verfahren gegenüber äußerst distanziert verhalten, obwohl sie gleichfalls für vorübergehende Zahlungsschwierigkeiten Kredit erhalten sollten²⁾. Die Privatbetriebe bleiben von der Teilnahme am FE-Verfahren völlig ausgeschlossen. Sie nehmen auch dann nicht daran teil, wenn der Geschäftspartner ein staatlicher Betrieb ist. Sie sollen ihre Zahlungen grundsätzlich im Überweisungs- oder Scheckverkehr begleichen.

bb) Betragsgrenze und Einreichungsfrist

Da bei dem FE-Verfahren der Arbeitsaufwand für die Durchführung einer Zahlung im Prinzip nicht größer ist als beim Überweisungs- und Scheckverkehr, wurde im Interesse einer weitgehenden Vereinheitlichung die im RE-Verfahren übliche Betragsgrenze von 300 DM aufgehoben. Das heißt, daß unabhängig von der Höhe des Rechnungsbetrages alle Zahlungen aufgrund von Warenlieferungen und Leistungen dem FE-Verfahren unterliegen³⁾.

Ein FE-Auftrag darf frühestens am Tage der Lieferung oder Leistung und nach Absendung der Rechnung an den Käufer, spätestens aber am dritten Werktag danach erteilt werden. Damit will die Deutsche Notenbank verhindern, daß die Gut-

1) Vergleiche Erläuterungen: FE-Verfahren - Sonder- und Forderungskredite, in: DFW (Sammelausgabe), Jahrgang 15, 1961, Heft 17, Seite 529 ff.

2) Vergleiche Prautsch und Seyboth, Neue Kreditbestimmungen und das FE-Verfahren, in: DFW (Geld und Kredit/Versicherung), Jahrgang 15, 1961, Heft 18, Seite 351 f.

3) Dadurch werden nicht die Bestimmungen über die zulässigen

schrift auf dem Konto des Verkäufers erfolgt, noch ehe der Auftrag ausgeführt ist und dem Käufer die Rechnung vorliegt. Ist es jedoch branchenüblich, Forderungen aus zeitlich verschiedenen Lieferungen und Leistungen periodisch abzurechnen, dürfen sie in einem FE-Auftrag zusammengefaßt werden, wenn der Abrechnungszeitraum nicht mehr als 15 Tage beträgt¹⁾. Bei Kleinstaufträgen ist sogar die Zusammenfassung von Forderungen aus einem Zeitraum bis zu 30 Tagen erlaubt²⁾. Die Filialen der Deutschen Notenbank sollen von sich aus die Verkäuferbetriebe, insbesondere die des Großhandels, veranlassen, aus Gründen der Arbeitersparnis die Rechnungen für einen Käufer nach Möglichkeit zusammenzufassen und den Einzelhandelsbetrieben gestatten, Lieferungen dekadenweise abzurechnen³⁾.

Die dadurch erzielte Vereinfachung veranschlagt die Deutsche Notenbank so hoch, daß sie von den bisher verfolgten Prinzipien abweicht und eine damit verbundene kurzfristige Lieferantenkreditierung in Kaufnimmt. Diese fällt jedoch wegen der geringen Höhe der so verrechneten Beträge gesamtwirtschaftlich kaum ins Gewicht.

cc) Die Technik des FE-Verfahrens

Das nunmehr in der Sowjetischen Besatzungszone dominierende Zahlungs- beziehungsweise Verrechnungsverfahren wird banktechnisch wie folgt abgewickelt:

Barzahlungen berührt, wie sie im Gesetz über die Regelung des Zahlungsverkehrs vom 21. April 1950 (GBl. 1950, Seite 355) in Verbindung mit der Vierten Durchführungsbestimmung dazu vom 19. März 1959 (GBl. 1959, Teil I, Seite 240) festgelegt sind.

1) Ausgenommen sind Forderungen gegen Außenhandelsunternehmen, die der Verkäufer über die zuständige Außenhandelsbank einziehen lassen muß.

2) Vergleiche Werner Schultz und Emil Wehnert, Erfahrungen aus der Einführung des FE-Verfahrens, in: DFW (Sammelausgabe), Jahrgang 15, 1961, Heft 14, Seite 436 ff.

3) Vergleiche Erläuterungen: FE-Verfahren - Sonder- und Forderungskredite, a.a.O.

Der Lieferbetrieb erteilt nach Versand der Ware seiner kon-
toführenden Filiale der Deutschen Notenbank einen Forderungs-
einzugsauftrag (FE-Auftrag). Die Bank schreibt dem Konto
des Verkäufers den Rechnungsbetrag unter Vorbehalt der end-
gültigen Abbuchung vom Konto des Käufers sofort gut und
übersendet den Forderungseinzugsauftrag an die Filiale der
Deutschen Notenbank am Sitz des Käufers. Diese bucht den
Rechnungsbetrag vom Konto des Käufers ab und überweist ihn
an die Verkäuferbank. Der Käufer wird durch den Tagesauszug
davon unterrichtet.

Kann ein Rechnungsbetrag vom Konto des Käufers mangels Dek-
kung nicht abgebucht werden, so wird der FE-Auftrag an die
Bank des Verkäufers zurückgeschickt und der Käufer hiervon
benachrichtigt. Die Bankfiliale des Verkäufers nimmt die
Rückbelastung vor. Damit unterhält der Lieferbetrieb ein
Konto "Überfälliger Kredit" und wird mit der Zahlung von
erhöhten Zinsen bestraft, weil der Abnehmer nicht für die
rechtzeitige Bereitstellung der Mittel zur Einlösung des
Forderungseinzugsauftrages sorgte. Obwohl diese Verfahrens-
weise von den Lieferbetrieben ständig beanstandet wird - sie
weisen darauf hin, daß ihnen keine wirksamen Mittel zur Ver-
fügung stehen, die Abnehmer zur Beseitigung von Planwidrig-
keiten zu veranlassen - behält die Deutsche Notenbank diese
Praxis bis heute bei, um erstens die Lieferanten nicht aus
der Verantwortung für den fristgemäßen Einzug der Forderun-
gen zu entlassen und zweitens die zwischenbetrieblichen
Kontrollmöglichkeiten nicht völlig zu verlieren¹⁾. Sicher
wäre es viel sinnvoller, die Planwidrigkeiten dort auszuwei-
sen, wo sie verursacht werden, denn dort müßte zu ihrer
Überwindung angesetzt werden.

Die Deutsche Notenbank befürchtet völlig zurecht, daß eine
generelle Einlösung der Rechnungsbeträge ohne Rücksicht auf
vorhandene Deckung zu einer automatischen Kreditgewährung

¹⁾ Vergleiche DFW (Geld und Kredit/Versicherung), Jahrgang
17, 1963, Heft 2, Seite 19.

führt und dadurch die Betriebe in die Lage versetzt werden, Überplanbestände anzuschaffen oder gegebenenfalls zu vergrößern.

In begründeten Fällen kann die Bank des Käufers zur Bezahlung der eingehenden FE-Aufträge zweckgebundene Vorgriffe auf künftige Einnahmen ohne besondere Kontrollmaßnahmen vornehmen¹⁾. Ein solcher 'Vorgriffskredit' ist vorrangig abzudecken und mit 3 vH bis 8 vH zu verzinsen. Er darf in der Regel nur bis zu 30 Tagen gewährt werden. Für Betriebe, die die wichtigsten Planziele nicht erfüllen, muß die Bank eine verstärkte Kontrolle organisieren und von ihnen Sonderzinsen erheben. Treffen die Betriebe dann immer noch keine geeigneten Maßnahmen zur Beseitigung der den Finanzschwierigkeiten zugrunde liegenden Ursachen, dann muß die Deutsche Notenbank schließlich weitere Vorgriffe verweigern.

Der Käufer kann einen bereits gebuchten Rechnungsbetrag mittels eines schriftlich begründeten Rückverrechnungsauftrages (FE-Rückauftrag) zurückverrechnen, wenn er wegen mangelhafter Ausführung eines Auftrages oder falscher Rechnungslegung nicht oder nicht in voller Höhe gerechtfertigt war. Dies ist für ihn die einzige Möglichkeit, auf die Einhaltung der Vertragsbedingungen durch den Verkäufer zu dringen. Die Zentrale der Deutschen Notenbank hat ihre Filialen durch Rundschreiben angewiesen, die FE-Rückaufträge bei Kreditnehmern der volkseigenen und konsumgenossenschaftlichen Wirtschaft zu Lasten des Sonderkontos "Überfälliger Kredit" zurückzubuchen²⁾. Das bedeutet, daß die bereits ausgeglichene Forderung wieder auflebt und mit 8 vH per anno vom Verkäufer zu verzinsen ist. Damit will die Deutsche Notenbank erreichen, daß die vom Käufer beanstandeten Mängel schnellstens beseitigt werden.

1) Siehe Verordnung über die Gewährung kurzfristiger Kredite zur Finanzierung von Beständen und Forderungen vom 23. März 1961, GBl. 1961, Teil II, Seite 123 ff, § 10.

2) Vergleiche DFW (Geld und Kredit/Versicherung), Jahrgang 15, 1961, Heft 23, Seite 472.

Die Bank des Käufers muß einen FE-Rückauftrag für Garantie- und Gewährleistungsansprüche jedoch zurückweisen, wenn er a) später als 20 Tage nach dem Tag der Abbuchung des Rechnungsbetrages bei ihr eingeht oder b) nur damit begründet wird, daß die Ware oder die Rechnung noch nicht eingegangen ist oder noch nicht geprüft werden konnte.

dd) Kritische Würdigung des FE-Verfahrens

In der 'Deutschen Finanzwirtschaft' heißt es¹⁾, im FE-Verfahren entstehen keine Verbindlichkeiten, weil die Deutsche Notenbank die Bezahlung der eingereichten Forderungsdokumente sofort vornimmt. Eine Kreditinanspruchnahme soll nur noch in Ausnahmefällen notwendig sein, wenn Käuferbetriebe vorübergehend in Zahlungsschwierigkeiten geraten. Damit will die Deutsche Notenbank generell die beim Rechnungseinzugsverfahren mögliche doppelte Kreditierung einer und derselben Ware unterbinden. Theoretisch müßte sich eine reibungslose Abwicklung der Forderungseinzugsaufträge in einer erheblichen Reduzierung des außerplanmäßigen Kreditvolumens auswirken. In der Praxis hat sich in dieser Hinsicht kaum etwas geändert. Im Gegenteil, die Betriebe machen von der Möglichkeit, Vorgriffskredite in Anspruch zu nehmen, "stark Gebrauch"²⁾. Für die Sicherung eines schnellen und reibungslosen Zahlungsausgleichs ist das auch unbedingt erforderlich. Der kontoführenden Bank des Käufers bleibt keine andere Wahl, als Vorgriffskredit zu gewähren, wenn sie nicht den Forderungseinzugsauftrag mangels Verfügungsmöglichkeit an die kontoführende Filiale der Deutschen Notenbank des Verkäufers zurückgehen lassen will. Lehnt die Käuferbank aber eine außerplanmäßige Kreditgewährung ab, weil sie selbst ihren Kreditplan nicht überschreiten will, dann erscheint der nicht verrechnete FE-Auftrag auf dem

1) Vergleiche dazu die zum FE-Verfahren genannten Artikel in der Zeitschrift 'Deutsche Finanzwirtschaft'.

2) Friedrich, FE und Einhaltung des Kreditplans, in: DFW (Geld und Kredit/Versicherung), Jahrgang 17, 1963, Heft 5, Seite 14.

Konto "Überfälliger Kredit" beim Lieferanten. Nunmehr kann dieser unverschuldet seinen Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommen und bringt andere Betriebe in finanzielle Schwierigkeiten, falls seine Bank nicht zusätzlich außerplanmäßigen Kredit einräumt.

Das Nichteinlösen von 'FE-Lastschriften' durch die Käuferbank stellt demzufolge nur eine Verschiebung der planwidrigen Kreditergabe auf eine andere Filiale der Deutschen Notenbank dar. Bei den vielfältigen Beziehungen der Betriebe untereinander läßt sich leicht vorstellen, welche Kettenreaktion eine Kreditverweigerung auslösen müßte.

Im Interesse eines ungestörten Güterkreislaufs und einer reibungslosen Abwicklung des FE-Verfahrens muß also die Deutsche Notenbank nolens volens eine außerplanmäßige Kreditgewährung zulassen. Deshalb kann die Anwendung des FE-Verfahrens die sich auf den Sonderkonten "Überfälliger Kredit" ausdrückende außerplanmäßige Verschuldung der Betriebe untereinander nicht aufheben und keine Verringerung des Gesamtkreditvolumens in der Zone erzielen.

Die erwartete Reduzierung der außerplanmäßigen Kreditinanspruchnahme durch das FE-Verfahren bei unverändertem Warenumsatz ohne zusätzliche Eigenmittelausstattung der staatlichen Betriebe erweist sich also als eine reine Fehlspekulation.

Gleichfalls wird die vom FE-Verfahren in der Praxis erhoffte zwischenbetriebliche Kontrolle bei weitem überschätzt. Die Verlautbarungen einer Reihe von Hauptbuchhaltern 'volkseigener Betriebe' lassen den Schluß zu, daß durch das Eintreiben überfälliger Forderungen auf die Planwidrigkeiten der Geschäftspartner kein Einfluß ausgeübt werden kann¹⁾.

1) Vergleiche Leserzuschrift an die Zeitschrift 'Deutsche Finanzwirtschaft' von Krüger, in: DFW (Geld und Kredit/Versicherung), Jahrgang 17, 1963, Heft 2, Seite 19.

3. Die Bedeutung der neuen Zahlungs- und Verrechnungsverfahren für die Kontrolle der staatlichen Betriebe

Die Darstellung des bargeldlosen Zahlungs- und Verrechnungsverkehrs und seiner Funktionsweise soll schließlich durch einen Hinweis auf seine Bedeutung für die SBZ-Wirtschaft ergänzt werden. Wir dürfen die von der Deutschen Notenbank entwickelten Zahlungs- und Verrechnungsmethoden, speziell das RE- und das FE-Verfahren, keineswegs nur unter dem Aspekt der Abwicklung des Zahlungsverkehrs sehen.

Das Ziel der neuen Zahlungs- und Verrechnungsverfahren ist die Beschleunigung des bargeldlosen Zahlungsausgleichs, um außerplanmäßige und unkontrollierte Aktionen der staatlichen Betriebe zu verhindern.

Ein Vergleich des RE- und FE-Verfahrens mit den bis 1952 allgemein üblichen Zahlungsmethoden zeigt, daß im großen und ganzen das angestrebte Ziel erreicht worden ist.

Während die Sechste Durchführungsbestimmung zur Verordnung über die Finanzwirtschaft der volkseigenen Betriebe vom 15. Juli 1949¹⁾ die Begleichung einer Rechnung im Überweisungsverkehr spätestens bis 15 Tage nach Ausstellung vorschrieb, erfolgt die Gutschrift eines vorschriftsmäßig eingereichten RE-Auftrages unter Berücksichtigung der viertägigen Akzeptfrist und einer zweitägigen Postlaufzeit von der Bank des Käufers zur Bank des Verkäufers bereits am sechsten Tage nach Rechnungsdatum. Gehen wir davon aus, daß vor Einführung des RE-Verfahrens die Überweisung unter Berücksichtigung einer zweitägigen Postlaufzeit am zwölften Tage erfolgt ist²⁾, so entspricht die Verrechnung im RE-Verfahren etwa einer hundertprozentigen Beschleunigung des

1) ZVOBl. 1949, Seite 548.

2) Es wurde bisher eine durchschnittliche Verrechnungsfrist von zwölf Tagen angenommen. Vergleiche Helmut Rossner (Deutsche Notenbank Berlin), Die vorgesehene Veränderung der Verrechnungsmethoden, in: DFW (Geld und Kredit/Versicherung), Jahrgang 14, 1960, Heft 2, Seite 28 ff, insbesondere Seite 32.

Zahlungsmittelumlaufes, die ceteris paribus zu einer fünfzigprozentigen Einsparung der in den Verrechnungsvorgängen gebundenen Umlaufmittel führt¹⁾.

Noch schneller werden die Forderungen im FE-Verfahren eingezogen.

Hier nimmt die Verkäuferbank auf Veranlassung des Verkäufers die Gutschrift für die Forderung aus einer Lieferung oder Leistung vor, ohne das im RE-Verfahren übliche Akzept des Käufers und die Anweisung seiner Bank abzuwarten. Dies bedeutet infolge des Wegfalls der Akzeptfrist und der Postzustellung nochmals eine Verkürzung der Laufzeit der Forderungen gegenüber dem RE-Verfahren um wenigstens fünf Tage.

Diese Beschleunigung konnte erzielt werden, weil im RE- und FE-Verfahren die Zahlung unmittelbar nach Lieferung vom Verkäufer zu veranlassen ist und die Initiative dazu nicht wie im Überweisungs- und Scheckverkehr vom Käufer ausgeht. Dadurch hat der Käufer keine Möglichkeit mehr, bei vertragsgerechter Lieferung oder Leistung die Zahlung aufzuschieben.

Auf diese Weise ist es der Deutschen Notenbank gelungen, Kreditbeziehungen zwischen Lieferanten und Kunden weitgehend zu unterbinden. Obgleich das relativ hohe Kreditvolumen außerhalb des Bankensystems nicht beseitigt, sondern nur auf die Deutsche Notenbank verlagert wurde, ist das ein nicht gering zu wertender Erfolg. Der Vorzug für die Zentralverwaltungswirtschaft besteht im wesentlichen darin, daß die Betriebe durch die neuen Zahlungs- und Verrechnungsmethoden gezwungen sind, alle auftretenden finanziellen Schwierigkeiten durch zusätzlichen Bankkredit zu finanzieren. Dadurch kann sich die Staatsbank einen genauen Überblick über den Grad der außerplanmäßigen zwischenbetrieb-

1) Vergleiche Helmut Rossner, Die Beschleunigung der Umschlaggeschwindigkeit der Umlaufmittel durch Neuregelung der Berechnung von Verzugszinsen, in: DFW, Jahrgang 7, 1953, Heft 10, Seite 537.

lichen Verschuldung verschaffen und einen Einblick in das betriebliche Geschehen erhalten. Das Sonderkonto "Überfälliger Kredit" ist für sie ein vorzüglicher Ansatzpunkt für Maßnahmen, die über die routinemäßige Kontrolle hinausgehen.

Die betriebliche Verschuldung hat die Deutsche Notenbank allerdings nicht beseitigen können. Diese ist vielmehr seit der Einführung des RE-Verfahrens bis 1956 durch das Anwachsen der Überplanbestände stetig angestiegen¹⁾. Obwohl die Deutsche Notenbank durch die veränderte Reihenfolge der Kontoverfügungen²⁾ und die Verlängerung der Kreditlaufzeit für RE-Forderungen auf zehn bzw. fünfzehn Tage eine gewisse Reduzierung der außerplanmäßigen betrieblichen Verschuldung erreichen konnte, mußten allein bis 1958 noch etwa 40 vH der RE-Kredite auf Sonderkonto "Überfälliger Kredit" umgebucht werden³⁾, weil die Empfängerbetriebe ihren Verpflichtungen nicht nachkommen konnten. Das vermochte weder die Anordnung des Strafakkreditivs und die Belastung mit Strafzinsen⁴⁾, noch die Einführung des FE-Verfahrens zu ändern. Fehlbeträge müssen nach wie vor aus dem Staatshaushalt abgedeckt werden. Deshalb ist auch die währungspolitische Situation in der Zone durch die Einführung der Neuerungen im System der bargeldlosen Zahlungen und Verrechnungen nicht verbessert worden.

Abschließend darf zusammengefaßt werden: Wenngleich also die neuen Zahlungs- und Verrechnungsverfahren die Voraussetzung für die Entfaltung der zentralen Kontrollfunktion

1) Vergleiche Greta Kuckhoff, Der Kampf um die Durchsetzung der neuen Kreditierungsmethoden und ihre Hilfe für die Wirtschaft der DDR, in: DFW, Jahrgang 10, 1956, Heft 1, Seite 5.

2) Seit 1955 bezahlt die Deutsche Notenbank vor Abdeckung der fälligen Bankkredite Lieferantenverbindlichkeiten.

3) Vergleiche Siegfried Friebe, Das Kreditwesen in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, Bonn 1958, Seite 80.

4) Nirgendwo weisen die Kreditrichtlinien nach, woher die Betriebe die Mittel zur Erstellung der Akkreditive oder der Zahlung von Strafzinsen nehmen sollen.

der Deutschen Notenbank bilden und zu Eingriffen in betriebsinterne Angelegenheiten führen, können sie die offenkundigen Mängel in den Betrieben nicht beseitigen, die nicht nur finanzielle, sondern auch andere Ursachen haben. Das zu erwarten hieße, die Wirksamkeit der banktechnischen Verfahren bei weitem überschätzen.

Zehntes Kapitel: Die Kreditkontrolle

Eine erste grundlegende Änderung der Kreditpolitik im Sinne der Zentralverwaltungswirtschaft erfolgte im Januar 1949¹⁾. Sie machte die Kreditinstitute zu Instrumenten der Plankontrolle und Plansicherung und stimmte die kurzfristige Kreditgewährung auf die zentrale Wirtschaftsplanung ab. Kreditplanung, Limitfestsetzung und Abstimmung der Kreditfristen auf Produktion und Absatz wurden seither als Formen sowjetischer Kreditpolitik auch in der Zone systematisch ausgebaut und den Kontrollbedürfnissen angepaßt.

Einen vorläufigen Abschluß fanden diese Bemühungen bereits in den Kreditrichtlinien vom 28. Februar 1955²⁾, die im wesentlichen nur die direkten Kontrollbefugnisse und Strafbefugnisse

1) Siehe Anordnung über kurzfristige Kredite vom 26. Januar 1949, Beschluß S 20/49 der Deutschen Wirtschaftskommission, ZVOBl. 1949, Seite 63; Anweisung der Deutschen Notenbank über die Aufstellung und Ausführung von Plänen für die Gewährung kurzfristiger Kredite vom 31. März 1949, abgedruckt in: DFW, Jahrgang 3, 1949, Heft 3, Seite 122 ff und Richtlinien der Deutschen Notenbank für kurzfristige Kredite (Kreditrichtlinien) nach den in der Anordnung des Sekretariats der Deutschen Wirtschaftskommission vom 26. Januar 1949 (Beschluß S. 20/49) festgelegten Grundsätzen vom 30. März 1949, abgedruckt in: DFW, Jahrgang 3, 1949, Heft 7/8 (Sonderdruck), Seite 181 ff.

2) Siehe Vierte Durchführungsbestimmung zum Gesetz über die Deutsche Notenbank - Kreditgrundsätze für die volkseigene und konsumgenossenschaftliche Wirtschaft - vom 28. April 1955, GBl. 1955, Teil I, Seite 326.

stimmungen der Deutschen Notenbank erweiterten¹⁾. Die darin ergangenen Kontrollbestimmungen gelten im Prinzip unverändert bis heute fort. Die Kreditverordnung vom 23. März 1961²⁾ ist nur ein Versuch, die Kreditgewährung und Kreditkontrolle stärker den unterschiedlichen ökonomischen Bedingungen der einzelnen Branchen anzupassen.

Aufgrund der strengen Bindung der Mittelausreichung an den Volkswirtschaftsplan beziehungsweise an den genehmigten Kredit- und Bargeldumsatzplan kann die Deutsche Notenbank keine eigene Kreditpolitik betreiben. Für die Kreditgewährung ist nicht mehr die Kreditwürdigkeit eines Kunden, sondern seine Planauflage maßgebend. Die Kredithergabe ist deshalb zu einer bloßen Verteilungstechnik geworden, bei der die Zwangskontrolle im Mittelpunkt steht.

Die Anstrengungen der Deutschen Notenbank konzentrieren sich deshalb allein darauf, das Kreditsystem so zu konstruieren, daß die betrieblichen Schwierigkeiten sofort sichtbar werden. Die ursprünglichen ökonomischen Funktionen des Kredits sind im Laufe der Zeit zugunsten der rein zentralen und direkten Kontrolle ausgeschaltet worden³⁾. Wie weit sich nach der Proklamation des neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung der Volkswirtschaft daran etwas ändern wird, bleibt abzuwarten.

1) Vergleiche Fritz Zschüntzsch, Die neuen Bestimmungen der Deutschen Notenbank über die Kreditierung, Verrechnung und Kontrolle, in: DFW, Jahrgang 9, 1955, Heft 10, Seite 399 ff; derselbe, Unsere gemeinsamen Anstrengungen beim Aufbau eines sozialistischen Kreditsystems in der DDR, in: DFW (Sammelausgabe), Jahrgang 11, 1957, Heft 7, Seite 98 ff.

2) Verordnung über die Gewährung kurzfristiger Kredite zur Finanzierung von Beständen und Forderungen vom 23. März 1961, GBl. 1961, Teil II, Seite 123 und die dazu von der Deutschen Notenbank erlassenen Anordnungen, ebenfalls im GBl. 1961, Teil II, Seite 127 ff.

3) Vergleiche Siegfried Friebe, Der Kredit in der Zentralverwaltungskwirtschaft sowjetischen Typs, a.a.O., Seite 56 ff.

1. Die Bedeutung des Kredits in der Zentralverwaltungs-
wirtschaft sowjetischen Typs

In der Verkehrswirtschaft ist der Kredit in der Regel die befristete Übertragung von Verfügungsmacht über Güter in der Form des Geldes beziehungsweise von Kapitaldispositionen auf den Kreditnehmer zum Zwecke der Nutzung gegen die Zahlung eines Zinses¹⁾. Seine allgemeine volkswirtschaftliche Bedeutung ergibt sich vor allem aus dem Tatbestand, "daß eine zweckmäßige Lenkung der Kapitalgüter im Hinblick auf bestmögliche Güterversorgung überhaupt erst mit Hilfe des Kredits möglich ist"²⁾. Das beruht im wesentlichen darauf, daß der dynamische Unternehmer im Schumpeter'schen Sinne, der selbst nicht über ausreichendes Kapital verfügt, durch den Kredit die Möglichkeit der erforderlichen Kapitalnutzung erhält, um neue Kombinationen von Produktionsfaktoren schaffen zu können. Der Kredit gewährleistet somit die bestmögliche wirtschaftliche Ausnutzung derjenigen volkswirtschaftlichen Güterbestände, "die sich nicht im volkswirtschaftlichen Kreislaufgeschehen befinden und deren monetärer Ausdruck jene Beträge sind, die als Kassenüberschüsse, Ersparnisse usw. bei den Banken eingezahlt und auf Konto gutgeschrieben worden sind."³⁾

Neben dieser Aufgabe, Kapitaldispositionen entsprechend den Marktverhältnissen an die richtige Stelle zu transferieren, kann der Kredit den Ablauf der Gesamtwirtschaft dadurch beeinflussen, daß alle Banken im Zusammenwirken die Möglichkeit haben, Kredit unabhängig vom Sparvolumen zu gewähren und damit Geld zu schöpfen.⁴⁾

1) Vergleiche Albrecht Forstmann, Geld und Kredit, a.a.O., Seite 240 und 253.

2) Albrecht Forstmann, Geld und Kredit, a.a.O., Seite 243.

3) Albrecht Forstmann, Geld und Kredit, a.a.O., Seite 243.

4) Vergleiche Hans Gestrich, Kredit und Sparen, Dritte durchgesehene Auflage, Düsseldorf und München 1957, Seite 18 f.: "Die grundlegende Erkenntnis der modernen Kredittheorie besteht darin, daß in der modernen Geld- und Kreditwirtschaft Bankkredite nicht mit von dritter Seite zur Verfügung gestelltem Geld, sondern durch Schaffung von Bankguthaben, die zu

Daraus können sich sehr weitreichende Konsequenzen für die Stabilität der Währung und für die konjunkturelle Entwicklung ergeben. Die Wirkung des Kredits kann sowohl positiv als auch negativ sein. Der Kredit kann eine stagnierende Wirtschaft ankurbeln oder einer inflationären Entwicklung zusätzliche Impulse verleihen.

Eine Konjunktur in diesem Sinne gibt es in der Zentralverwaltungswirtschaft nicht, deshalb kann der Kredit dort selbstverständlich einen solchen Einfluß auf den Wirtschaftsprozess nicht ausüben. In Mitteldeutschland bestimmt die Zentrale das Kreditvolumen. Davon unabhängig beeinflusst der Kredit dort aber auch die Währung. Wenn er über das geplante Volumen anwächst, dann vermehrt sich das mit seiner Hilfe geschaffene Geld, ohne daß sich auch der Umfang der verfügbaren Güter in gleichem Maße erhöhte. Dies führt dann zu einem Geldüberhang, der sich jedoch wegen der staatlichen Preisfixierung nur als zurückgestaute Inflation, als eine besondere Form der Unterversorgung der Bevölkerung, äußert¹⁾. Die sowjetische Wirtschaftslehre geht auf diesen Zusammenhang von Kreditgewährung und Geldschöpfung begreiflicherweise nicht ein. Sie hält an der Theorie der Goldwährung fest und leugnet das Vorhandensein von Kreditgeld²⁾.

Welche Bedeutung hat der Kredit dagegen in der Zentralverwaltungswirtschaft sowjetischen Typs?

Auf diese Frage geben die sowjetischen und sowjetischen Geldtheoretiker keine befriedigende Antwort. Sie erklären seine

Zahlungen benutzt werden können (Giralgeld), entstehen." Ferner Erich Schneider, Einführung in die Wirtschaftstheorie, Dritter Teil, Geld, Kredit, Volkseinkommen und Beschäftigung, Zweite, verbesserte Auflage Tübingen 1953, Seite 47.

1) Zur zurückgestauten Inflation in einer Zentralverwaltungswirtschaft vergleiche Walter Eucken, Grundsätze der Wirtschaftspolitik, a.a.O., Seite 256 f.

2) Vergleiche Seite 109. Den Kredit als Mittel zur Geldschöpfung in der Zentralverwaltungswirtschaft sowjetischen Typs behandelt ausführlich Siegfried Friebe, Der Kredit in der Zentralverwaltungswirtschaft sowjetischen Typs, a.a.O., Seite 59 ff.

Notwendigkeit und sein Vorhandensein aus dem "Bestehen zweier Formen des sozialistischen Eigentums", dem "Prinzip der wirtschaftlichen Rechnungsführung" und dem "Sparsamkeitsregime"¹⁾ und behandeln ihn weniger von der theoretischen als vielmehr von der technisch-organisatorischen Seite her²⁾.

Der kläglich gescheiterte Versuch, die staatlichen Betriebe voll mit eigenen Umlaufmitteln aus dem Haushalt auszustatten³⁾, zeigt hinreichend, daß der Kredit auch in der zentral gelenkten Wirtschaft das geeignete Instrument ist, den Geldumlauf den Planaufgaben und dem Warenumlaufvolumen anzupassen. Er ist die zweckmäßigste Form der Bewirtschaftung staatlicher Mittel in der Produktions- und Zirkulations-sphäre. Dazu kommt seine besondere Bedeutung für die finanzielle Kontrolle des Wirtschaftsablaufes. Die Deutsche Notenbank erhält durch die an den Plan gebundene Zuteilung und den automatischen Rückfluß der Kredite einen genauen Überblick über die Erfüllung der Produktions- und Absatzauflagen.

Insgesamt ist der Kredit also ein äußerst wichtiges Instrument, auf dessen organisatorische Kraft die Zentralverwaltungswirtschaft nicht verzichten will. Das rechtfertigt hinreichend seine Beibehaltung in der 'sozialistischen Wirtschaft', auch wenn Karl Marx ausführte, daß der Kredit als sogenannte kapitalistische Kategorie nach völliger Verstaatlichung der Produktionsmittel verschwinden werde⁴⁾.

1) Siehe W. W. Ikonnikow, Geld und Kreditwesen in der UdSSR, a.a.O., Seite 71.

2) Vergleiche Siegfried Friebe, Der Kredit in der Zentralverwaltungswirtschaft sowjetischen Typs, a.a.O., Seite 34.

3) Siehe dazu Seite 239 ff.

4) Vergleiche Karl Marx, Das Kapital, Kritik der politischen Ökonomie, Band 3, Vierte Auflage, (Ost-)Berlin 1953, Seite 656. Dort heißt es: "Sobald die Produktionsmittel aufgehört haben, sich in Kapital zu verwandeln (worin auch die Aufhebung des Privateigentums eingeschlossen ist), hat der Kredit als solcher keinen Sinn mehr, ...".

Obwohl der Kredit in der Sowjetwirtschaft mit dem in der Verkehrswirtschaft noch gemeinsame äußere Merkmale aufweist - zeitweilige Übertragung von Kaufkraft und Auflage zur Zahlung eines Zinses - hat er mit ihm eigentlich nicht viel mehr als den Namen gemeinsam¹⁾. Seinen Charakter hat er völlig gewandelt. Darauf weist bereits die Unmöglichkeit hin, Einkommen für produktive Zwecke frei zu verwenden²⁾. Deshalb kann es auch in der Zone keinen Geld- und Kapitalmarkt und keinen Zins im marktwirtschaftlichen Sinne geben³⁾. Noch deutlicher wird das aus der Darstellung der typischen Funktionen des Kredits in der Zentralverwaltungswirtschaft sowjetischen Typs, die sich im folgenden anschließen soll.

2. Die Funktionen des Kredits im sowjetischen Wirtschaftssystem 4)

a) Die Kontrollfunktion

In der Zentralverwaltungswirtschaft sowjetischen Typs fallen Planansatz und Planergebnis nicht unbedingt zusammen. Um notfalls die Planerfüllung erzwingen zu können, benötigt die Zentrale ein Instrument, das unverzüglich Abweichungen von den Plandaten feststellt. Dieses Kontrollinstrument hat die Deutsche Notenbank auch in der Kreditkontrolle ausgebildet⁵⁾, die schneller als jede administrative Kontrolle Planverstöße anzeigt.

1) Vergleiche Werner Bosch, Marktwirtschaft - Befehlswirtschaft, a.a.O., Seite 95.

2) Die Überreste der verbliebenen Privatwirtschaft sollen wegen ihrer Bedeutungslosigkeit unberücksichtigt bleiben.

3) Vergleiche Adolf Weber, Allgemeine Volkswirtschaftslehre, Siebente Auflage, Berlin 1958, Seite 660.

4) Vergleiche dazu insbesondere Siegfried Friebe, Der Kredit in der Zentralverwaltungswirtschaft sowjetischen Typs, a.a.O., Seite 56 ff.

5) Vergleiche Rolf Illgen und Fritz Zschüntzsch, Die Bedeutung der Kontrolle der volkseigenen Wirtschaft mittels der Deutschen Notenbank, in: DFW, Jahrgang 5, 1951, Heft 3/4, Seite 155 ff, hier Seite 158.

Im Gegensatz zur Kreditkontrolle in der Verkehrswirtschaft, die eine Kontrolle über den Kredit zum Gläubigerschutz ist und dazu dient, den Geldumlauf in währungspolitischer Hinsicht zu sichern, ist sie in der Sowjetwirtschaft vor allem eine Kontrolle zur Überwachung des Einzelbetriebes. Sie ist also nicht primär eine Kontrolle über, sondern durch den Kredit, die mit der Festlegung des Kreditlimits beginnt und sich dann auf eine dauernde Kontrolle der effektiven Kreditinanspruchnahme gegenüber dem Kreditplan bezüglich ihrer Höhe und Fristigkeit erstreckt.

b) Die Aushilfsfunktion bei Planstörungen

Besondere Kennzeichen der Zentralverwaltungswirtschaft sowjetischen Typs sind geringe Elastizität und Gleichgewichtslosigkeit¹⁾. Heute scheint sich mehr denn je die Einsicht durchzusetzen, daß bei der Kompliziertheit des Wirtschaftsprozesses die Steuerungsfunktionen von Preis und Gewinn und die Unternehmerfunktion nicht nur durch Produktionsbefehle zu ersetzen sind²⁾.

Bisher ist es in der Zone jedoch nicht gelungen, eine allgemeine Anpassung an den Bedarf zu erreichen³⁾. Sicher können die Planstrategen auf Schwerpunkterfolge hinweisen, die sie ohne Rücksicht auf individuelle Bedürfnisse durchzusetzen vermögen. Es wird jeweils vom Standpunkt des Betrachters abhängen, ob er dies einen Vorzug gegenüber der Marktwirtschaft nennt.

1) Vergleiche Werner Bosch, Marktwirtschaft - Befehlswirtschaft, a.a.O., Seite 105.

2) Vergleiche Richtlinien für das neue ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft, a.a.O.; J. Liberman, Plan, Gewinn, Prämie, Prawda vom 9. September 1962, deutsch in: Ost-Probleme, Jahrgang 14, Nr. 21 vom 19. Oktober 1962, Seite 661 ff.
Erich Welter, Falsch und richtig planen. Eine kritische Studie über die deutsche Wirtschaftslenkung im zweiten Weltkrieg, Veröffentlichungen des Forschungsinstituts für Wirtschaftspolitik an der Universität Mainz, Band 1, Heidelberg 1954, Seite 127, weist am Beispiel der Kriegswirtschaft nach, "daß es für eine hochindustrialisierte, arbeitsteilige Wirtschaft

Der reale Wirtschaftsprozeß weicht von den naturalen und finanziellen Planungen und Vorausberechnungen der Zentrale ab¹⁾. Ihr bereiten die richtige Bewertung und Befristung der laufenden Produktion und des Warenumschlags große Schwierigkeiten. Stets muß sie sich zu Korrekturen an den Planansätzen bequemen. Dennoch kann sie Disproportionalitäten und Stockungen nicht ausschließen. Die Schwierigkeiten eines Betriebes übertragen sich infolge der Interdependenz auf den gesamten Wirtschaftsablauf und drücken sich schließlich in der Überschreitung der Kreditrückzahlungsfristen aus.

Die Deutsche Notenbank bemüht sich, diese finanziellen Schwierigkeiten der Betriebe durch die Gewährung von Sonderkrediten oder die Verlängerung der Kreditfristen zu überwinden. Das ist unter Aushilfsfunktionen des Kredits bei Planstörungen zu verstehen.

Die sich daraus ergebende Sonderverschuldung ist ein Zeichen für Disproportionalitäten, Mangel an komplementären Gütern (Komplettierungsschwierigkeiten), das heißt, sie ist der Ausdruck eines planwidrigen Verhaltens der Betriebe.

c) Die Klassenkampffunktion

Genau genommen handelt es sich hierbei weniger um eine ökonomische Funktion des Kredits als vielmehr um eine typische

überhaupt kein Lenkungssystem gibt, das es ermöglicht, mit annähernd gleicher Präzision wie die Marktwirtschaft die Bedürfnisse mit den Deckungsmöglichkeiten in allen Stufen rationell aufeinander abzustimmen."

3) Vergleiche Horst Demmler, Wirtschaftskrise in der Zone, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 27. Juli 1962; Dieter Vogel, Die Jagd nach dem letzten Nagel, Wirtschaftspolitische Methoden in der Sowjetzone, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 17. November 1962; Joachim Nawrocki, Systembedingte Krise der Zonenwirtschaft, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 7. Juli 1964.

1) Vergleiche Fritz Schenk, Siebenjahrplan gescheitert, in: SBZ-Archiv, Dokumente, Berichte, Kommentare zu gesamtdeutschen Fragen, Jahrgang 14, Nr. 6, 2. Märzheft 1963, Seite 85 ff.

Form der Kreditpolitik in der Zone¹⁾. Nach der staatlichen Monopolisierung des Bankenapparates gewann die unterschiedliche Kreditausreichung an die verschiedenen Eigentumsträger bei der zwangsweisen Änderung der Eigentumsstruktur unter einer Reihe von Methoden (Benachteiligung bei der Rohstoffzuteilung, erhöhte Steuersätze, Differenzierung der Ablieferungsnormen und spätere Zwangskollektivierung) eine so beachtliche Bedeutung, daß der Kredit zurecht ein spezielles Mittel des Klassenkampfes genannt werden darf.

Wenn diese Funktion auch an Bedeutung verloren hat, weil der Staat fast ausnahmslos über die Produktionsmittel verfügt, so verdient sie doch besonders hervorgehoben zu werden.

Bereits in den Kreditrichtlinien von 1949 legte die Deutsche Notenbank die unterschiedlichen Bedingungen für die Ausreichung von Krediten an die private sowie die staatliche und genossenschaftliche Wirtschaft fest. Neben der Kontingentierung war es vor allem der höhere Zins, der die privaten Unternehmen erheblich benachteiligte. Ihnen durfte die Deutsche Notenbank Kredite grundsätzlich nur im Rahmen des nach politischen Gesichtspunkten festgelegten Limits gewähren²⁾.

Kredite von über 10.000 DM mußten von der Bezirksfiliale und die von über 50.000 DM direkt von der Zentrale genehmigt werden. Voraussetzung für den Erhalt solcher Kredite war, daß die Betriebe Aufträge von besonderer volkswirtschaftlicher Bedeutung ausführten und der Deutschen Notenbank einen

1) Vergleiche Siegfried Friebe, Der Kredit in der Zentralverwaltungswirtschaft sowjetischen Typs, a.a.O., Seite 92.

2) Vergleiche Richtlinien für kurzfristige Kredite nach den in der Anordnung des Sekretariats der Deutschen Wirtschaftskommission vom 26. Januar 1949 (Beschuß S 20/49) festgelegten Grundsätzen, Teil IV, Absatz 1, abgedruckt in: DFW, Jahrgang 3, 1949, Heft 7/8 (Sonderdruck), Seite 131 ff.

weitgehenden Einblick in das innerbetriebliche Geschehen gewähren und einen entsprechenden Eigenmitteleinsatz nachweisen mußten¹⁾.

In den Jahren 1953/54 wurden im Zuge des neuen Kurses vorübergehend Kredite großzügiger gewährt. Aber bereits in den Kreditrichtlinien von 1955 wird von der Privatwirtschaft nicht mehr gesprochen, was darauf hinweist, daß ihr zu diesem Zeitpunkt nur noch wenig Chancen für die Zukunft eingeräumt wurden. Nach Mitteilung der Deutschen Notenbank gelten für die privaten Betriebe die Kreditrichtlinien von 1949 mit entsprechenden Änderungen auch nach 1955 fort²⁾.

c) Die Geldschöpfungsfunktion

Der Schöpfung des Geldes durch Kreditgewährung in einer Marktwirtschaft sind insbesondere Grenzen durch die Liquiditätserfordernisse der Banken gesetzt, die daran gemeinsam mitwirken. Der Zentralbank fällt die Aufgabe zu, die Stabilität der Währung zu sichern, also auf die Einhaltung eines der Wirtschaftsentwicklung entsprechenden Verhältnisses von wirksamer Geldmenge und verwertbarem Gütervolumen zu achten.

Dieser unmittelbare Zusammenhang von Geld und Kredit ist auch in der Zentralverwaltungswirtschaft sowjetischen Typs gegeben³⁾. Allerdings lassen sich dort weitgehende Abwei-

1) Vergleiche Kreditrichtlinien, Teil IV, Absatz 4, a.a.O.

2) Vergleiche Siegfried Friebe, Der Kredit in der Zentralverwaltungswirtschaft sowjetischen Typs, a.a.O., Seite 160.

3) Vergleiche Siegfried Friebe, Der Kredit in der Zentralverwaltungswirtschaft sowjetischen Typs, a.a.O., Seite 59 ff.

chungen bei der Geldschöpfung durch Kredit gegenüber einer Verkehrswirtschaft feststellen.

Erstens ist infolge der Aufhebung der Trennung von Geschäftsbanken und Zentralbank - beide Funktionen sind bei der Deutschen Notenbank vereinigt - das Liquiditätsprinzip als Regulativ ausgeschaltet, und zweitens bestimmt der Staat autonom die Höhe des Kredit- und Bargeldvolumens.

Die einzelnen Filialen der Deutschen Notenbank sind bei der Kreditgewährung nicht an ihre Einlagenstruktur und Kassenbestände gebunden. Sie brauchen keine Liquiditätsrückichten zu nehmen, weil die Deutsche Notenbank selbst als Einheitsbank auf Anweisung des Staates soviel Giralgeld und definitives Geld schafft, wie zur Lösung der im Plan bestimmten Aufgaben notwendig ist.

Rein banktechnisch wird die Geldschöpfung ähnlich wie in der Marktwirtschaft abgewickelt. Nur die Mittelausreichung erfolgt zu grundsätzlich anderen Bedingungen und unter anderen Voraussetzungen.¹⁾ Die von der Deutschen Notenbank zur Verfügung gestellten Kredite verwenden die Betriebe für Lohnzahlungen, Bezahlung von Lieferungen und zur Überweisung der fälligen Steuern und Gewinnanteile an den Staatshaushalt, über den das Giralgeld zu den verschiedenen Institutionen des Staates fließt.

e) Die Zwangsfinanzierungsfunktion

Die Kapitalübertragungs- und Finanzierungsfunktion hebt sich in der Sowjetwirtschaft durch den Zwangscharakter entscheidend von der gleichen Funktion in der Marktwirtschaft ab. In Mitteldeutschland können sich die Betriebe nicht frei die erforderlichen Mittel beschaffen und über ihren Einsatz verfügen.²⁾ Der Anteil des Kredits an den Umlaufmitteln ist

1) Vergleiche Siegfried Friebe, Der Kredit in der Zentralverwaltungswirtschaft sowjetischen Typs, a.a.O., Seite 66.

2) Der freie Geld- und Kapitalmarkt wurde in der Zone sofort mit Beginn der zentralen Planung des Wirtschaftsprozesses liquidiert, und seitdem können Kredit und Zins auch nicht mehr eigene Lenkungs- und Ausgleichsfunktionen ausüben.

ihnen genau vorgeschrieben. Ihre Eigenmittel sind so knapp bemessen, daß zur Erfüllung der Auflagen in jedem Falle Kredit in Anspruch genommen werden muß. Der Kredit wird somit zur Zwangsauslage, die es den Betrieben nahezu unmöglich machen soll, andere als im Plan vorgesehene Vorhaben zu finanzieren¹⁾. Darüber hinaus sollen die Zweckgebundenheit und die Rückzahlungsverpflichtung sowie die Terminfestlegung die Betriebe zu äußerster Sparsamkeit zwingen.

Diese Form der Umlaufmittelfinanzierung ist wesentlicher Bestandteil der Kreditkontrolle durch die Deutsche Notenbank.

3. .Die Kontrolle der staatlichen Wirtschaft durch den kurzfristigen Kredit

a) Die Finanzierung des Umlaufvermögens der staatlichen Wirtschaft

Umlaufvermögen ist die Sammelbezeichnung für den Teil der Aktiva, der im Gegensatz zum Anlagevermögen kurzfristig umgesetzt wird und im allgemeinen unmittelbar in die vom Betrieb produzierten Güter eingeht²⁾. Dazu gehören Roh-, Hilfs- und Fertigstoffe, halbfertige und fertige Erzeugnisse, Waren, Kasse, Bankguthaben und kurzfristige Forderungen. Der Betrieb benötigt das Umlaufvermögen, um die Zeitdifferenz von der Produktion bis zum Eingang des Verkaufserlöses zu überbrücken.

1) Der Wechsel als besonderes Instrument der marktwirtschaftlichen Diskontpolitik wurde bereits 1949 im Rahmen der Kreditreform abgeschafft. Vergleiche Autorenkollektiv, Das Finanzsystem der DDR, a.a.O., Seite 445.

2) Die Trennung zwischen Anlage- und Umlaufvermögen behält auch die Sowjetwirtschaft bei. Sie unterscheidet hinsichtlich der Deckung in den Anlage- oder Grundmittelfonds und den Umlaufmittelfonds. Zur Begriffsbestimmung von Anlage- und Umlaufvermögen in sowjetzonalen Sinne vergleiche Werner Gebhard, Bewertungsprobleme in der Bilanz des volkseigenen Betriebes, a.a.O., Seite 74 ff und Seite 106 f.

Seine Höhe errechnet sich aus der Produktionsauflage und der branchenüblichen Durchlaufzeit der Rohstoffe bis zur Fertigung der Güter. Hinzu kommen: der notwendige Bestand an Rohstoffen (Lagerhaltung), der einen kontinuierlichen Fabrikationsprozeß gewährleistet, und ein möglichst niedrig zu haltender Fertigwarenbestand. Im sogenannten Richtsatzplan werden die zur Durchführung der Produktion notwendigen Umlaufmittel festgestellt.

Für deren genaue Ermittlung müssen die Betriebe sogenannte technisch und ökonomisch begründete Verbrauchsnormen ausarbeiten und für die Materialbestände Vorratsnormen mengen- und wertmäßig planen, die sich nach dem Tagesverbrauch auf der Basis der Verbrauchsnormen sowie aus zentral festgelegten Richttagen für die Bestandshaltung errechnen¹⁾.

Im Einzelfall soll der Betrieb so mit Umlaufmitteln ausgestattet sein, daß diese gerade dem laufenden Bedarf entsprechen.

Das Bemühen der zentralen Planungsinstanz zielt auf eine möglichst exakte Normierung aller Umlaufmittel ab, um insgesamt materielle und finanzielle Mittel freisetzen zu können. Speziell für 1949 hatte der Richtsatzplan vorhandene Mehrbestände an Rohstoffen auf den zur Planerfüllung notwendigen Umfang zu reduzieren, das heißt, sie zu ermitteln und aus den Betrieben herauszuziehen²⁾.

Bei der Finanzierung der richtsatzplangebundenen Umlaufmittel der staatlichen Betriebe sind bisher zwei Methoden angewandt worden:

- 1) die volle Ausstattung mit eigenen Mitteln (einschließlich der ständigen Passiva³⁾) in Höhe der geplanten Durchschnittsvorratsnormen und

1) Vergleiche Autorenkollektiv, Das Finanzsystem der DDR, a.a.O., Seite 296. Zur Planung der Höhe der Umlaufmittel siehe Erhart Knauthe, Der Finanzplan des volkseigenen Industriebetriebes, (Ost-)Berlin 1956, Seite 71 ff.

2) Vergleiche Karl Fischer und Joachim Redes, Die Finanzplanung, in: DFW, Jahrgang 3, 1949, Heft 7/8 (Sonderheft), Seite 33.

- 2) die Ausstattung mit eigenen und fremden Mitteln (Kreditgewährung durch die Deutsche Notenbank).

Die Finanzwirtschaftsverordnung vom 12. Mai 1948 schrieb vor, daß 60 vH bis 80 vH des Wertes der durchschnittlichen Waren- und Materialbestände und Geldmittel, die einem 15-tägigen Bedarf entsprechen, dem Betrieb aus dem Haushalt als Eigenmittel zugeteilt werden, während der Rest als kurzfristiger Kredit von der Deutschen Notenbank zur Verfügung gestellt wird¹⁾.

Entsprechend wurden die staatlichen Betriebe bis 1956 auf der Basis der geplanten Durchschnittsvorratsnormen in Höhe von 70 vH der Materialbestände und 33 1/3 vH der Bestände an Fertigerzeugnissen mit eigenen Mitteln aus dem Haushalt ausgestattet, während die Deutsche Notenbank für den restlichen Bedarf kurzfristige Darlehen ausreichte.

Seit dem 1. Januar 1957 erhielten die staatlichen Betriebe nach sowjetischem Vorbild²⁾ das zur Produktion und Zirkulation notwendige Geldkapital voll aus dem Haushalt als Eigenmittel zur Verfügung gestellt^{3) 4)}.

3) "Ständige Passiva sind in ihrer Höhe variable Verbindlichkeiten gegenüber den Beschäftigten des Betriebes, dem Staatshaushalt, den Lieferanten u. a. Es handelt sich um erwirtschaftete Mittel der Betriebe, die in größeren Abständen abgeführt werden müssen, sich jedoch in der Zeit zwischen den Abführungen ansammeln und zur Umlaufmittelfinanzierung verwendet werden können." Henry Ultsch, Wolfgang Vater, Erdmann Schmidt, Organisation und Planung der volkseigenen örtlichen Industrie, (Ost-) Berlin 1957, Seite 226.

1) Siehe Verordnung über die Finanzwirtschaft der volkseigenen Betriebe vom 12. Mai 1948, ZVOBl. 1948, Seite 148.

2) In der Sowjetunion wurden die Umlaufmittel der Betriebe schon viel früher nach dieser Methode finanziert. Vergleiche A. M. Birman, Die Planung der Umlaufmittel, Übersetzung aus dem Russischen, (Ost-)Berlin-1953, Seite 48 ff.

3) Vergleiche Anordnung über die Grundsätze der Planung und Finanzierung der Umlaufmittel in der volkseigenen Industrie vom 19. Juni 1957, GBl. 1957, Teil I, Seite 369, § 8. Die volle Eigenmittelausstattung wurde im Juli/August 1957 abgeschlossen. Vergleiche Gerhard Völker, Erste Erfahrungen mit der vollen Eigenmittelausstattung, in: DFW (Geld und Kredit/Versicherung), Jahrgang 12, 1958, Heft 9, Seite 273 ff.

Die Zuteilung erfolgte auf der Basis der Durchschnittsvorratsnormen für die gesamten Richtsatzplanbestände. Nur die zeitweilig davon abweichenden Bestände durfte die Deutsche Notenbank nach Prüfung durch Kredite finanzieren¹⁾.

Die volle Eigenmittelausstattung hatte den Nachteil, daß die Deutsche Notenbank die Mittelverwendung der Betriebe nicht mehr wirksam kontrollieren konnte²⁾. Sie räumte den staatlichen Betrieben einen großen Eigenspielraum ein, der diese infolge des periodischen Umschlages der Umlaufmittel in die Lage versetzte, verhältnismäßig frei über ihr Geldkapital zu verfügen und sich der staatlichen Kontrolle zu entziehen, das heißt von der Planaufgabe abzuweichen. Das hat zur Bildung übermäßig großer planwidriger Bestände in den Betrieben, also letztlich zu einer volkswirtschaftlichen Verschwendung geführt³⁾.

Darüber hinaus ist die volle Eigenmittelausstattung der Betriebe aus dem Haushalt dazu geeignet, das Geldvolumen

Davon ausgenommen waren Betriebe des Schwermaschinenbaues und allgemeinen Maschinenbaues sowie der Textilindustrie. Vergleiche: Informationen zur "Umlaufmittelausstattung der volkseigenen Betriebe", in: DFW (Geld und Kredit/Versicherung), Jahrgang 11, 1957, Heft 3, Seite 80.

4) Vergleiche A. D. Gussakow und J. A. Dymshiz, Geldumlauf und Kredit in der UdSSR, Übersetzung aus dem Russischen, (Ost-)Berlin 1953, Seite 27 ff. Sie bezeichnen die volle Ausstattung der Betriebe mit eigenen Umlaufmitteln als "Haushaltsmethode" im Gegensatz zur "Kreditmethode".

1) Vergleiche Autorenkollektiv, Das Finanzsystem der DDR, a.a.O., Seite 307.

2) Vergleiche Werner Grossmann, Die Beziehungen zwischen Haushalts- und Kreditsystem, in: DFW (Staatshaushalt), Jahrgang 12, 1958, Heft 2, Seite 36 f; ferner Erhart Knauthe, Der Finanzplan des volkseigenen Industriebetriebes, a.a.O., Seite 113.

3) Vergleiche Horst Brandt, Einige Gedanken zur neuen Umlaufmittel-Anordnung, in: DFW (Finanzen und Buchführung), Jahrgang 13, 1959, Heft 6, Seite 168 ff.

übermäßig zu erhöhen, weil der laufende Abzug der überschüssigen Mittel im Umschlagsprozeß nicht entsprechend gewährleistet ist¹⁾.

Das sind auch die Gründe dafür, weshalb der Staat nach knapp zwei Jahren wieder von der vollen Eigenmittelausstattung der Betriebe abgekommen ist.

Ab 1. Januar 1959 wurden die richtsatzgebundenen Umlaufmittel in Höhe von 80 vH des Quartals mit dem niedrigsten Umlaufmittelbedarf (Richtsatzplanbestände) mit Eigenmitteln und der Rest wieder durch Kredit gedeckt²⁾ und 1960 der Eigenmittelanteil sogar auf 70 vH gesenkt³⁾.

Durch die zweckgebundene Zuteilung und die Verpflichtung zur Rückzahlung hat der Betrieb bei periodisch schwankender Produktionshöhe jeweils nur so viele Mittel zur Verfügung, wie er zur Planerfüllung unbedingt benötigt. Die planmäßige Kreditrückzahlung beseitigt das überflüssige Geldvolumen und nimmt den Betrieben die Möglichkeit, die freien Eigenmittel in der Zwischenzeit nach eigenem Ermessen zu verwenden.

b) Die Unterlagen für die Kreditkontrolle

Die durch kurzfristige Kredite finanzierten Umlaufmittel werden zentral von der Deutschen Notenbank geplant⁴⁾ und umfassen im einzelnen die Richtsatzplankredite zur Finanzierung von Produktion und Absatz, die Saisonkredite zur Finanzierung zeitweilig über den Plan hinausgehender, saison-

1) Vergleiche Siegfried Friebe, Der Kredit in der Zentralverwaltungswirtschaft sowjetischen Typs, a.a.O., Seite 40.

2) Vergleiche Anordnung über die Planung und Finanzierung der Umlaufmittel in der volkseigenen Wirtschaft vom 19. Januar 1959, GBl. 1959, Teil II, Seite 46, § 9; ferner Gerhart Lämmerhirt, Zehn Jahre Finanzwirtschaft der DDR, in: 10 Jahre Volkswirtschaft der DDR, (Ost-)Berlin 1959, Seite 296.

3) Vergleiche Anordnung Nr. 2 über die Planung und Finanzierung der Umlaufmittel in der volkseigenen Wirtschaft vom 31. Dezember 1959, GBl. 1960, Teil II, Seite 19.

mäßig produzierbarer und absetzbarer Erzeugnisse, die Sonderkredite für einen begründeten, zeitweilig zusätzlichen Finanzbedarf und die Verrechnungskredite zur Finanzierung von Geldforderungen aus Warenlieferungen und Leistungen aufgrund eingereicherter Verrechnungsdokumente^{1) 2)}.

Der Kreditplan wird quartalsweise in Form von Planbilanzen aufgestellt³⁾. Die Planung beginnt bei den einzelnen Filialen, die sich auf die Richtsatzpläne der volkseigenen und ihr gleichgestellten Wirtschaft stützen⁴⁾. Der Kreditbedarf wird von den jeweils übergeordneten Organen zusammengefaßt und gelangt so schließlich zur Zentrale der Deutschen Notenbank⁵⁾. Zusammen mit dem Bargeldumsatzplan bildet der Kreditplan die Grundlage für die Kontrollarbeit der Deutschen Notenbank.

Zur Kreditplanung, aber vordringlicher noch zur Kontrolle des Planvollzugs, verlangt die Deutsche Notenbank von den staatlichen Betrieben periodisch folgende Kreditunterlagen:

4) Vergleiche Gesetz über die Deutsche Notenbank vom 31. Oktober 1951, GBl. 1951, Seite 973, § 3, Absatz 4.

1) Vergleiche Verordnung über die Gewährung kurzfristiger Kredite zur Finanzierung von Beständen und Forderungen vom 23. März 1961, GBl. 1961, Teil II, Seite 123 und die dazu erlassenen Anordnungen der Deutschen Notenbank vom 24. März 1961, GBl. 1961, Teil II, Seite 127 ff.

2) Zur Finanzierung der Umlaufmittel in der Zirkulations-sphäre siehe auch das Neunte Kapitel: Die Abwicklung des bargeldlosen Zahlungs- und Verrechnungsverkehrs, Seite 193 ff.

3) Zur Kreditplanung siehe Horst Keller und Paul Frenzel, Verbesserung der Planung des Kreditsystems, in: DFW (Geld und Kredit/Versicherung), Jahrgang 12, 1958, Heft 12, Seite 337 ff, hier Seite 340.

4) In diesem Stadium der Prüfung und Planung des Kreditbedarfs hat bereits die Kontrolle des Betriebes einzusetzen. Vergleiche H. Zimmermann, G. Fraas, M. Rätzer, Geld und Kredit ..., a.a.O., Seite 337.

5) Vergleiche Anweisung über die Aufstellung und Ausführung von Plänen für die Gewährung von kurzfristigen Krediten vom 31. März 1949, abgedruckt in: DFW, Jahrgang 3, 1949, Heft 7/8 (Sonderdruck), Seite 188 ff.

Richtsatzpläne, Umlaufmittelnachweise, Finanzberichte, Kontrollberichte und Terminverpflichtungserklärungen¹⁾).

Der Richtsatzplan bildet die Grundlage für die planmäßige Finanzierung eines jeden staatlichen Betriebes. In ihm wird erstens festgelegt, in welcher Höhe der einzelne Betrieb Umlaufmittel zur Durchführung seiner Planproduktion benötigt, das heißt, welche Geldsumme erforderlich ist, um die zur kontinuierlichen (planmäßigen) Produktion notwendigen Umlaufmittel zu finanzieren und zweitens, in welchem Verhältnis diese finanziellen Mittel als Eigenmittel oder als kurzfristige Kredite bereitgestellt werden sollen²⁾. Darüber hinaus hat der Richtsatzplan die Umschlagszahl zu ermitteln, die anzeigt, wie oft die Umlaufmittel des Betriebes innerhalb eines Jahres umgeschlagen werden müssen.

Aus dem Richtsatzplan bezieht die Deutsche Notenbank also folgende für die Kontrolle notwendigen Angaben:

- 1) die in Geld ausgedrückten Planbestände an Material der Umlaufmittelsphäre,
- 2) die im Plan vorgesehene Höhe der Eigenmittel,
- 3) die im Plan vorgesehene Höhe der Richtsatzplankredite,
- 4) die Umschlagszahl³⁾.

1) Vergleiche H. Zimmermann, G. Fraas, M. Rätzer, Geld und Kredit ..., a.a.O., Seite 365 ff.

2) Vergleiche Karl Fischer und Joachim Redes, Die Finanzplanung, Abschnitt V, Der Richtsatzplan, in: DFW, Jahrgang 3, 1949, Heft 7/8 (Sonderdruck), Seite 30 ff; ferner K. Paul Hensel, Finanzplanung (DDR), Handwörterbuch der Betriebswirtschaft, Dritte, völlig neu bearbeitete Auflage, Stuttgart 1956, Spalte 1933; Hans-Dietrich Mikulski, Die finanzielle Seite der Betriebsplanung, Die Rolle des Finanzplanes in den volkseigenen Industriebetrieben, in: SBZ-Archiv, Dokumente, Berichte, Kommentare zu gesamtdeutschen Fragen, Jahrgang 9, 10. Mai 1958, Heft 9, Seite 135 ff.

3) Vergleiche dazu H. Zimmermann, G. Fraas, M. Rätzer, Geld und Kredit ..., a.a.O., Seite 367.

Nicht minder wichtig für die Kontrolle der Deutschen Notenbank ist der monatliche Umlaufmittelnachweis der Betriebe. Er ist die notwendige Ergänzung zur Kontrolle des Richtsatzplanes.

Im Teil A (Bestands- und Lagerbewegungsmeldung) gibt er die Bestandsentwicklung und Bestandshaltung an und stellt den Richtsatzplanpositionen zum Monatsende die effektiven Bestände gegenüber. Über- und Unterplanbestände (Bestände, die die Richtsatzplanansätze übersteigen oder unterschreiten) sind getrennt auszuweisen¹⁾, damit Überplanbestände an schwer erhältlichen Rohstoffen und Halbfabrikaten nicht durch Unterplanbestände anderen Einsatzmaterials kompensiert werden.

Im Teil B (Umlaufmittelfinanzierung und Kreditdeckung) werden sämtliche Konten der Umlaufmittelsphäre, getrennt nach richtsatzgebundenen Beständen, Forderungen aus Warenlieferungen und Leistungen und schließlich übrigen "freien", also nicht richtsatzgebundenen Umlaufmitteln in Planzahlen und effektiven Werten aufgeführt, damit die Deutsche Notenbank einen gegliederten Überblick über das gesamte Umlaufvermögen und seine Finanzierung (auch die Deckung durch ausgereichte Kredite) erhält.

Ergibt zum Beispiel der Vergleich der Aktiva und Passiva bei den richtsatzgebundenen Beständen einen Überschuß der Aktiva, dann sind richtsatzgebundene Bestände durch andere als die vorgesehenen Mittel (zum Beispiel überfällige Kredite oder angesammelte, nicht abgeführte Gewinne) finanziert worden. Umgekehrt zeigt ein Überwiegen der Passiva, daß zum Beispiel Mittel zur Finanzierung der richtsatzgebundenen Bestände für die Finanzierung nicht im Plan vorgesehener Investitionen ausgegeben worden sind²⁾.

1) Vergleiche H. Zimmermann, G. Fraas, M. Rätzer, Geld und Kredit ..., a.a.O., Seite 367 f.

2) Vergleiche H. Zimmermann, G. Fraas, M. Rätzer, Geld und Kredit ..., a.a.O., Seite 369 f.

Der Finanzbericht soll die Deutsche Notenbank in gedrängter Form über den Stand und das Ergebnis der wirtschaftlichen Tätigkeit der staatlichen Betriebe unterrichten. Er ist ebenfalls monatlich anzufertigen.

Anhand des Teils II "Abrechnung der Selbstkostensenkung und der Umschlagszahl" verfolgt die Deutsche Notenbank die Selbstkostenentwicklung und prüft gegebenenfalls die Einhaltung der Selbstkostensenkungsaufgabe. Der Teil III stellt Warenproduktion, Kosten und Ergebnis nach dem jeweiligen Stand dem Jahresplan gegenüber und ermittelt die prozentuale Erfüllung. Im Teil IV erfolgt schließlich die Kontrolle über die Inanspruchnahme des Lohnfonds¹⁾.

Abschließend sind noch die jährlich abzugebenden Kontrollberichte, die in mehreren Formblättern die Konten der Bilanz und der Ergebnisrechnung behandeln, und die Terminverpflichtungserklärungen, in denen die Rückzahlungsraten und -termine der im Rahmen der Umschlagsfinanzierung gewährten Kredite aufzuführen sind, zu nennen²⁾.

Reichen die Betriebe die zur Kontrolle vorgeschriebenen Pläne und Berichte nicht termingerecht ein oder sind in ihnen falsche Angaben enthalten, dann kann die Deutsche Notenbank bis zur Vorlage beziehungsweise Richtigstellung der Angaben die weitere Kreditgewährung teilweise oder ganz verweigern³⁾.

1) Siehe monatliche Finanzberichterstattung (Formblatt 61), Anlage 8 bei H. Zimmermann, G. Fraas, M. Rätzer, Geld und Kredit ..., a.a.O.

2) Vergleiche Erich Schoder, Mehr Beachtung den Schwankungen im Betriebsablauf, Erfahrungen aus der Kreditierung nach dem Umschlag bei volkseigenen Industriebetrieben, in: DFW (Geld und Kredit/Versicherung), Jahrgang 11, 1957, Heft 17, Seite 517.

3) Vergleiche Verordnung über die Gewährung kurzfristiger Kredite zur Finanzierung von Beständen und Forderungen vom 23. März 1961, GBl. 1961, Teil II, Seite 123, § 13.

c) Die banktechnische Durchführung der Kreditkontrolle

aa) Die Gewährung von Krediten nach der Kontokorrentmethode

Die Kreditrichtlinien der Deutschen Notenbank von 1949 bestimmen, daß die kurzfristigen Kredite eng mit dem Herstellungsverfahren und den einzelnen Stufen des Handelsumsatzes zu verknüpfen sind, die Kreditinstitute darauf zu achten haben, daß die Kreditfristen den Herstellungs- und Umlauffristen der Güter entsprechen und Kredite nur gegen entsprechende Sicherheiten, die mit dem Kreditzweck in Verbindung stehen, gewährt werden. Die Kreditinstitute selbst werden verpflichtet, eine ständige Kontrolle über die ausreichenden Mittel und deren zweckgebundene Verwendung auszuüben. Durch regelmäßige "Objektkontrollen" müssen sie sich von dem tatsächlichen Vorhandensein der Beleihungsobjekte überzeugen und dabei vor allem die Richtigkeit der von den Kreditnehmern angegebenen Preise überprüfen.¹⁾

Der heute noch gültige Grundgedanke der Kreditrichtlinien zielt also auf die direkte Verknüpfung der Kreditgewährung mit der geplanten Gütererzeugung und den verschiedenen Phasen des Warenumsatzes ab.

Diese soll erstens durch die obligatorische Teilfinanzierung der Umlaufmittel durch Kredite, zweitens durch die Objektdeckung und Sicherung des Kredits²⁾ und drittens durch die Befristung der Kreditlaufzeiten an die im Plan vorgeschriebenen Herstellungs- und Umschlagszeiten³⁾ erreicht werden.

1) Siehe Kreditrichtlinien der Deutschen Notenbank vom 30. März 1949, a. a. O.

2) Das Prinzip der Objektdeckung und Kreditsicherung besagt, daß für jeden Kredit im Betrieb eine entsprechende Menge sogenannter Objekte (Roh-, Hilfs- und Brennstoffe, Halb- und Fertigfabrikate) oder Geldforderungen aus Warenlieferungen und Leistungen vorhanden sein müssen. Soweit es sich um die staatliche Wirtschaft handelt, werden die Kredite jedoch nicht im rechtlichen Sinne gesichert (Pfandrecht, Sicherungsübereignung, Forderungsabtretung, Bürgschaft, Sicherungs-

Die Liquidität der Betriebe bemißt die Deutsche Notenbank absichtlich niedrig, um sie in jedem Falle zur Inanspruchnahme der vorgeschriebenen Kredite zu zwingen (Prinzip der knappen Dotierung!) und damit der Bankkontrolle zu unterwerfen. Da die Betriebe ferner vor der Kredithergabe den Einsatz der im Finanzplan vorgesehenen eigenen Mittel nachweisen müssen, ist es ihnen unmöglich gemacht, eine Produktion oder Warenumsätze nur vorzuschieben, um die kurzfristigen Kredite für andere Zwecke, insbesondere für Investitionen zu verwenden.¹⁾

Den Rückfluß der obligatorischen Kredite überwacht die Deutsche Notenbank anhand der vorgelegten Produktions- und Absatzpläne sowie der Kreditunterlagen und Erfüllungsberichte. Aus dem Vergleich der geplanten und der tatsächlich angeforderten Kredite erhält sie Aufschluß über den richtigen Einsatz der Mittel und den Stand der Planerfüllung.

Auf diese Weise soll die Deutsche Notenbank in jedem Falle auf Unstimmigkeiten in der güterwirtschaftlichen Planerfüllung hingewiesen werden, die sich infolge einer Verzögerung der Kreditrückzahlung oder der erhöhten Kreditgesuche so gleich finanziell auswirken müssen.

Eine wirksame Kreditkontrolle setzt weiterhin voraus, daß die Zahlungsvorgänge auf den Bankkonten der staatlichen Betriebe sichtbar werden. Aus diesem Grunde wurde bereits 1950

hypothek, Grundschild). Vergleiche H. Zimmermann, G. Fraas, M. Rätzer, Geld und Kredit ..., a.a.O., Seite 360 f.

3) Zu den Grundsätzen der Kreditausreichung vergleiche Johannes Rudolph und Gerd Friedrich, Grundriß der Volkswirtschaftsplanung, (Ost-)Berlin 1957, Seite 528; Greta Kuckhoff, Der Kampf um die Durchsetzung der neuen Kreditierungsmethoden und ihre Hilfe für die Wirtschaft der DDR, in: DFW, Jahrgang 10, 1956, Heft 1, Seite 2.

1) Vergleiche Gerhard Abeken, Der kurzfristige Kredit, in: DFW, Jahrgang 3, 1949, Heft 3, Seite 104 ff und Erhard Forgbert, Kurzfristiger Kredit auf neuer Grundlage, in: DFW, Jahrgang 3, 1949, Heft 6, Seite 204 ff.

der freie Bargeldverkehr unterbunden, der es den Betrieben ermöglicht, den Einblick in die Zahlungsvorgänge zu erschweren und 1951 das Rechnungseinzugsverfahren eingeführt, das den Lieferantenkredit abschafft.

Hier zeigt sich deutlich, daß die Kontrolle durch die Kontoführung mit der zentralen Durchführung und Kontrolle des Zahlungs- und Verrechnungsverkehrs und der Kreditkontrolle eine Einheit von verschiedenen Kontrollmethoden bildet, die von einander abhängen und sich weitgehend gegenseitig bedingen. Alle zusammen verfolgen das Ziel, sämtliche ökonomischen Handlungen der staatlichen Betriebe auf ihre Planmäßigkeit hin zu überwachen.

Bis 1955 erhielten die Betriebe Kredite in Höhe der im Richtsatzplan vorgesehenen Bestände (reine Bestandsfinanzierung). Die Deutsche Notenbank verbuchte sie über ein Kontokorrentkonto und ließ bis zur Höhe des eingeräumten Gesamtbetrages einen Debetsaldo zu. Vom Kreditnehmer verlangte sie in bestimmten Abständen (mindestens einmal im Monat) einen Nachweis über die beliebigen Objekte (Roh-, Hilfs- und Brennstoffe, Halb- und Fertigfabrikate). Die Prüfung der richtigen Verwendung der Kredite erfolgte durch die Gegenüberstellung der tatsächlich vorhandenen beleihbaren Material- und Warenbestände mit dem Gesamtschuldsaldo auf dem Kontokorrentkonto per Tag und Meldung.

Erwies sich der Wert der beleihbaren Material- und Warenbestände unter Berücksichtigung des erforderlichen Anteils an eigenen Mitteln des Kreditnehmers niedriger als der Debetsaldo, dann verlangte die Deutsche Notenbank die Abdeckung des überschießenden Betrages¹⁾.

1) Vergleiche Kreditrichtlinien der Deutschen Notenbank, a.a.O., Seite 185, VII, Ziffer 1e. Von der Verpflichtung zur sofortigen teilweisen Tilgung des Kredits konnte der Kreditnehmer befreit werden und damit berechtigt bleiben, den Kredit weiter in Anspruch zu nehmen, wenn er dem Kreditinstitut nachwies, daß die Differenz zwischen der Verschuldung auf dem Kontokorrentkonto und der Besicherung nur zufälligen, vorübergehenden Charakter habe und der Kredit zu einem bestimmten Termin wieder gesichert werde.

Die Verbuchung der Richtsatzplankredite über das Kontokorrentkonto ließ aber eine effektive Produktions- und Umsatzkontrolle nicht zu¹⁾. Indem die Banken einen Höchstbetrag für den Sollsaldo festsetzten, kontrollierten sie nicht die zweckgebundene Verwendung jedes einzelnen Darlehens, sondern achteten lediglich darauf, daß der Gesamtbetrag der Verbindlichkeiten nicht über das Richtsatzplankreditlimit hinausging²⁾. Solange die Betriebe in diesem Limit blieben, hatten sie also vielfältige Möglichkeiten, Kredite planwidrig zu verwenden und von der Planauflage abzuweichen.

bb) Die Aufgliederung des Kontokorrentkontos und die Einführung der Umschlagsfinanzierung

Aus den erwähnten Gründen gliederte die Deutsche Notenbank 1955 nach mehrjährigen Entwicklungsarbeiten³⁾ das einheitliche Kontokorrentkonto, entsprechend der Zweckbindung der Kredite an die verschiedenen wirtschaftlichen Vorgänge, in einzelne Unterkonten auf und führte gleichzeitig die Umschlagsfinanzierung als neue Methode der Kreditierung und Kontrolle der Umlaufmittel ein⁴⁾.

Über ein Verrechnungskonto (Hauptkonto), das weiterhin als reines Kontokorrentkonto geführt wird, laufen fortan sämtliche Geldbewegungen. Verfügungen zu Lasten dieses Kontos dürfen die Betriebe immer nur in Höhe des dort vorhandenen Gut-

1) Vergleiche Greta Kuckhoff, Der Kampf um die Durchsetzung der neuen Kreditierungsmethoden und ihre Hilfe für die Wirtschaft der DDR, a.a.O., Seite 2.

2) Vergleiche W.W. Ikonnikow, Geld- und Kreditwesen in der UdSSR, a.a.O., Seite 262.

3) Vergleiche Greta Kuckhoff, Hauptaufgaben der Deutschen Notenbank nach dem IV. Parteitag der SED, in: DFW, Jahrgang 8, 1954, Heft 17, Seite 866 ff.

4) Vergleiche Vierte Durchführungsbestimmung zum Gesetz über die Deutsche Notenbank - Kreditgrundsätze für die volkseigene und konsumgenossenschaftliche Wirtschaft - vom 28. April 1955, GBl. 1955, Teil I, Seite 326 und die dazu ergangenen Anordnungen und Anweisungen, die bei G. Kohlmei und Ch. Dewey, Bankensystem ..., a.a.O., Seite 487 ff abgedruckt sind.

habens treffen, das jeweils anzeigen soll, ob sie die an den einzelnen Stichtagen fälligen Verpflichtungen begleichen können.

Die Darlehen für Warenverbindlichkeiten stellt die Deutsche Notenbank dagegen nur noch auf besonderen Darlehnskonto für Richtsatzplanbestände zur Verfügung¹⁾.

Diese Aufgliederung hat den Vorteil, daß die auf den Darlehnskonto von der Deutschen Notenbank gewährten Darlehen die tatsächliche Bestandshaltung der Betriebe widerspiegeln und die Kontrolle über die Einhaltung der planmäßigen Vorräte bei den Betrieben viel früher einsetzen kann. Auf diese Weise ist die Deutsche Notenbank viel besser in der Lage, die zweckgebundene Verwendung und die Sicherung der von ihr gewährten Darlehen zu überblicken und die fristgemäße Rückzahlung der Kredite tatsächlich zu überwachen, wie es die Kreditprinzipien verlangen²⁾.

Die Kreditbestimmungen von 1955 sehen drei Formen für die Kreditierung der richtsatzgebundenen Umlaufmittel vor³⁾:

- a) die Gewährung fester Darlehen für Richtsatzplanbestände über Bestandsdarlehnskonto (Bestandsfinanzierung),
- b) die Kreditierung eines Teiles der richtsatzgebundenen Umlaufmittel über Umschlagsdarlehnskonto (teilweise Umschlagsfinanzierung) und
- c) die Kreditierung aller richtsatzgebundenen Umlaufmittel über ein Umschlagsdarlehnskonto (volle Umschlagsfinanzierung).

1) Vergleiche Erich Schoder, Die Kreditierung der Produktions- und Verkehrsbetriebe über Darlehns- und Verrechnungskonto, in: DFW, Jahrgang 9, 1955, Heft 7, Seite 298; H. Zimmermann, G. Fraas, M. Rätzer, Geld und Kredit ..., a.a.O., Seite 393.

2) Vergleiche Greta Kuckhoff, Der Kampf um die Durchsetzung der neuen Kreditierungsmethoden und ihre Hilfe für die Wirtschaft der DDR, a.a.O., Seite 3.

3) Vergleiche Rolf Illgen, Die Kreditierung der richtsatzgebundenen Umlaufmittel der volkseigenen Industriebetriebe, in: DFW, Jahrgang 10, 1956, Heft 19, Seite 897.

Allen drei Formen gemeinsam ist die kontenmäßige Trennung in Darlehns- und Verrechnungskonten, wodurch sie sich von der früheren Richtsatzplankreditierung unterscheiden, bei der alle bargeldlosen Zahlungen nur über das Kontokorrentkonto gebucht wurden.

1) Die Bestandsfinanzierung

Bei dieser Finanzierungsmethode gewährt die Deutsche Notenbank feste Darlehen für Richtsatzplanbestände. Hierfür müssen die staatlichen Betriebe jeweils die Roh-, Brenn- und Treibstoffe sowie Halb- und Fertigfabrikate durch monatliche Bestands- und Lagerbewegungsmeldungen nachweisen, wobei sie die nicht beleihungsfähigen Objekte (Überplanbestände, noch nicht bezahlte Bestände etc.) auszusondern haben¹⁾.

Der Darlehnsanspruch für den laufenden Monat richtet sich jeweils nach den von den Betrieben per ultimo des vorangegangenen Monats nachgewiesenen beleihungsfähigen Beständen. Bei Vorlage der nächsten Bestandsmeldung nach einem Monat prüft die Deutsche Notenbank, ob der Darlehnsanspruch in seiner Höhe weiterhin gerechtfertigt ist oder ob Rückzahlungen beziehungsweise Krediterhöhungen erforderlich sind²⁾.

Für eine im Laufe des Monats notwendig werdende Bestandserhöhung kann bei Vorlage neuer Bestandsnachweise das Darlehen erhöht werden, so daß nach Ansicht der Deutschen Notenbank auch bei der Gewährung fester Darlehen genügend Beweglichkeit hinsichtlich der Finanzierung von Bestandsschwankungen bleibt³⁾.

1) Vergleiche H. Zimmermann, G. Fraas, M. Rätzer, Geld und Kredit..., a.a.O., Seite 394.

2) Vergleiche Rolf Illgen, Die Kreditierung der richtsatzgebundenen Umlaufmittel der volkseigenen Industriebetriebe, a.a.O., Seite 897; Erich Schoder, Die Kreditierung der Produktions- und Verkehrsbetriebe über Darlehns- und Verrechnungskonten, in: DFW, Jahrgang 9, 1955, Heft 6, Seite 243 ff; H. Zimmermann, G. Fraas, M. Rätzer, Geld und Kredit ..., a.a.O., Seite 395 f.

3) Siehe Erich Schoder, Die Kreditierung der Produktions- und Verkehrsbetriebe über Darlehns- und Verrechnungskonten, a.a.O., Seite 244.

Dieses Verfahren ist insofern lückenhaft, als die Betriebe eventuelle Bestandsverminderungen innerhalb eines Monats nicht anzeigen werden und deshalb zeitweilig über entsprechende Mittel aus Darlehen zur Finanzierung außerplanmäßiger Prozesse verfügen und damit die Kreditkontrolle erheblich einschränken¹⁾.

Die bewilligten Darlehen stellt die Deutsche Notenbank entweder auf einem oder auf drei verschiedenen Darlehnskonto getrennt für Rohstoffe, Halb- und Fertigfabrikate bereit und bucht die Darlehnsvaluta auf das Verrechnungskonto des Betriebes zu dessen Verfügung um²⁾. Dadurch kann im Gegensatz zum Kontokorrentsystem die zweckgebundene Verwendung und die Deckung der Kredite durch Objekte einwandfrei nachgewiesen und überwacht werden³⁾.

Allerdings kann die Deutsche Notenbank erst am Ende eines Monats feststellen, ob die Bestände an richtsatzgebundenen Umlaufmitteln planmäßig umgeschlagen sind, das heißt, ob die Betriebe die Planrichttage eingehalten haben.

Deshalb hat die Deutsche Notenbank die Bestandsfinanzierung vorwiegend nur noch bei Betrieben mit ungleichmäßigem Materialzugang und diskontinuierlichem Produktionsprozeß oder Absatz beibehalten⁴⁾ und in allen anderen Fällen die Umschlagsfinanzierung eingeführt.

1) Vergleiche H. Zimmermann, G. Fraas, M. Rätzer, Geld und Kredit ..., a.a.O., Seite 397.

2) Vergleiche Erich Schoder, Die Kreditierung der Produktions- und Verkehrsbetriebe über Darlehns- und Verrechnungskonten, a.a.O., Seite 244.

3) Vergleiche Erich Schoder, Die Kreditierung der Produktions- und Verkehrsbetriebe über Darlehns- und Verrechnungskonten, a.a.O., Seite 243 ff.

4) Vergleiche Hans Arnold, Hans Borchert, Johannes Schmidt, Ökonomik der sozialistischen Industrie in der Deutschen Demokratischen Republik, Lehrbuch, (Ost-)Berlin 1956, Seite 460; Rolf Illgen, Die Kreditierung der richtsatzgebundenen Umlaufmittel der volkseigenen Industriebetriebe, a.a.O., Seite 898.

2) Die Umschlagsfinanzierung

Bei der Umschlagsfinanzierung wird der Richtsatzplankredit von den freien Mitteln der Betriebe getrennt und unter enger Bindung und Befristung an die Bildung und den planmäßigen Umschlag der richtsatzgebundenen Bestände über Darlehnskonto ausgereicht¹⁾. Im Unterschied zur Bestandsfinanzierung, bei der die Darlehensvaluta auf das Verrechnungskonto des Betriebes zu dessen Verfügung umgebucht wird, bezahlt die Deutsche Notenbank die Ausgaben direkt aus dem Darlehnskonto. Dagegen schreibt sie alle Eingänge dem Verrechnungskonto gut, aus dessen Guthaben das Darlehen in Übereinstimmung mit dem planmäßigen Umschlag auf das Darlehnskonto zurückzuzahlen ist.

Bei dieser Finanzierungsmethode stehen die bereitgestellten Geldmittel dem Kreditnehmer nur für eine bestimmte, den planmäßigen Umschlagsfristen (Richttage) entsprechende Zeit zur Verfügung, und die Deutsche Notenbank kann die Planmäßigkeit im Produktions- und Zirkulationsprozeß kontrollieren und Unregelmäßigkeiten im Betriebsablauf früher als bei der Bestandsfinanzierung aufdecken²⁾. Planabweichungen werden im allgemeinen dadurch angezeigt, daß die Rückzahlungen auf das Darlehnskonto nur zu Lasten eines überfälligen Kredits erfolgen können³⁾.

1) Vergleiche Werner Schilke, Die Finanzierung der richtsatzgebundenen Umlaufmittel der volkseigenen Industriebetriebe nach dem Umschlag, in: DFW, Jahrgang 10, 1956, Heft 20, Seite 974.

2) Vergleiche Erich Schoder, Die Kreditierung der Produktions- und Verkehrsbetriebe über Darlehns- und Verrechnungskonto, a.a.O., Seite 243.

3) Vergleiche Werner Schilke, Die Finanzierung der richtsatzgebundenen Umlaufmittel der volkseigenen Industriebetriebe nach dem Umschlag, in: DFW, Jahrgang 10, 1956, Heft 20, Seite 974; Dieter Herold, Kritisches zur Arbeit der Deutschen Notenbank bei der teilweisen Umschlagskreditierung, in: DFW, Jahrgang 10, 1956, Heft 10, Seite 454.

Ziel der Umschlagsfinanzierung ist, die Betriebe stärker als bisher zur planmäßigen Bestandshaltung und Produktion sowie zu kontinuierlichem Absatz zu zwingen. Je nach dem, ob primär die Lagerhaltung oder der Absatz kontrolliert werden soll, wendet die Deutsche Notenbank die teilweise Umschlagsfinanzierung oder die Umschlagsfinanzierung der gesamten Richtsatzplanbestände an.

Bei der teilweisen Umschlagsfinanzierung der Richtsatzplanbestände gewährt die Deutsche Notenbank Darlehen für Roh-, Treib- und Brennstoffe entsprechend dem Umschlag, während sie die übrigen richtsatzgebundenen Umlaufmittel (in der Regel nur Fertigfabrikate) nach dem Bestand finanziert¹⁾.

Sämtliche Verbindlichkeiten aus Materialbezügen werden unabhängig von der Reihenfolge der sonstigen fälligen Zahlungsverpflichtungen unmittelbar aus einem Umschlagsdarlehnskonto bis zur Höhe des Richtsatzplanbestandes bezahlt²⁾. Die Darlehensfrist beginnt mit dem Tage der Bezahlung der Verbindlichkeit und endet mit dem Tage, an dem sich das Einsatzmaterial planmäßig umgeschlagen haben muß. Zur technischen Vereinfachung können die Verbindlichkeiten für einen Zeitraum bis zu fünf Tagen zusammengefaßt werden³⁾. Die Tilgungsraten sind aus den auf dem Verrechnungskonto eingehenden Erlösen in Übereinstimmung mit dem planmäßigen Tagesverbrauch an Einsatzmaterial dem Darlehnskonto gutzuschreiben⁴⁾. Be-

1) Vergleiche Rolf Illgen, Vorschlag eines neuen Verfahrens für die Kreditierung der richtsatzgeplanten Umlaufmittel volkseigener Industriebetriebe nach dem Umschlag, in: DFW, Jahrgang 10, 1956, Heft 8, Seite 342.

2) Vergleiche Rolf Illgen, Die Kreditierung der richtsatzgebundenen Umlaufmittel der volkseigenen Industriebetriebe, a.a.O., Seite 898.

3) Vergleiche Erich Schoder, Die Kreditierung der Produktions- und Verkehrsbetriebe über Darlehns- und Verrechnungskonten, a.a.O., Seite 297.

4) Vergleiche Erich Schoder, Die Kreditierung der Produktions- und Verkehrsbetriebe über Darlehns- und Verrechnungskonten, a.a.O., Seite 245; Greta Kuckhoff, Der Kampf um die Durchsetzung der neuen Kreditierungsmethoden und ihre Hilfe für die Wirtschaft der DDR, a.a.O., Seite 3.

triebe mit massiertem Materialanfall dürfen die Durchschnittssätze kurzfristig überschreiten, wenn sich die Bestände im Quartal insgesamt im Rahmen des Planes halten¹⁾.

Beispiel: Der planmäßige Tagesverbrauch für Einsatzmaterial beträgt 2.000 DM. Bei der Tilgung werden jeweils fünf Tage zusammengefaßt, so daß im fünftägigen Abstand 10.000 DM vom Verrechnungskonto auf das Darlehnskonto zu übertragen sind²⁾.

Durch die tägliche oder jeweils für mehrere Tage zusammengefaßte Rückzahlung des Darlehens nach dem planmäßigen Materialverbrauch werden die Bewegungen und die jeweiligen Bestände an Material auf dem Darlehnskonto sichtbar³⁾.

Die teilweise Umschlagsfinanzierung läßt somit die Ergebnisse des effektiven Umschlags im Verhältnis zum Plan kurzfristig erkennen. Sie soll die Betriebe zwingen, Lagerbestände immer nur in der im Plan vorgeschriebenen Höhe zu halten. Schaffen sich die Betriebe höhere Bestände an, so müssen sie ceteris paribus in finanzielle Schwierigkeiten (nicht eingelöste Verrechnungsaufträge) geraten, die die Planverstöße sofort aufzeigen⁴⁾. Die teilweise Umschlagsfinanzierung der Richtsatzplanbestände wird besonders den Betrieben empfohlen, deren Produktion materialintensiv ist und die einen kontinuierlichen Materialverbrauch aufweisen⁵⁾.

1) Vergleiche H. Zimmermann, G. Fraas, M. Rätzer, Geld und Kredit ..., a.a.O., Seite 399 f.

2) Siehe Erich Schoder, Die Kreditierung der Produktions- und Verkehrsbetriebe über Darlehns- und Verrechnungskonten, a.a.O., Seite 297.

3) Vergleiche Rolf Illgen, Die Kreditierung der richtsatzgebundenen Umlaufmittel der volkseigenen Industriebetriebe, a.a.O., Seite 898.

4) Vergleiche Greta Kuckhoff, Der Kampf um die Durchsetzung der neuen Kreditierungsmethoden und ihre Hilfe für die Wirtschaft der DDR, a.a.O., Seite 4; Erich Schoder, Die Kreditierung der Produktions- und Verkehrsbetriebe über Darlehns- und Verrechnungskonten, a.a.O., Seite 245, 297 f.

5) Vergleiche Rolf Illgen, Vorschlag eines neuen Verfahrens für die Kreditierung der richtsatzgeplanten Umlaufmittel volkseigener Industriebetriebe nach dem Umschlag, a.a.O., Seite 342;

Die Umschlagsfinanzierung der gesamten Richtsatzplanbestände praktiziert die Deutsche Notenbank vor allem bei Betrieben, deren Bestände schnell umgeschlagen werden oder deren Produktions- und Absatzpläne einer besonderen Kontrolle unterworfen werden sollen¹⁾. Deshalb bezieht sie den Produktionsausstoß und den Absatz zusätzlich in die Umschlagskreditierung ein und finanziert sämtliche Aufwendungen der Betriebe in Höhe der Selbstkosten aus dem Darlehnskonto für Richtsatzplankredite, während sie die Produktions- und Absatzerlöse dem Verrechnungskonto gutschreibt. Durch die Umbuchung der Erlöseingänge auf das Darlehnskonto wird das Darlehen schließlich wieder getilgt.

Den Umschlag der gesamten Umlaufmittel kontrolliert die Deutsche Notenbank, indem sie darauf achtet, daß die Rückzahlung des Darlehens mit dem planmäßigen Absatz zu Selbstkosten übereinstimmt²⁾.

Alle Mehrausgaben infolge von Überschreitungen der Planselbstkosten oder Anschaffung von Überplanbeständen werden sofort durch Finanzierungsschwierigkeiten signalisiert. Am Fälligkeitstage verfügen die Betriebe dann nicht über genügend Mittel auf dem Verrechnungskonto, um die fälligen Planraten auf die Darlehnskontoen übertragen zu können, was darauf hinweist, daß irgendwo im Prozeß von der Materialbereitstellung bis zum Versand der Fertigfabrikate Planabweichungen stecken.

Diese banktechnische Konstruktion soll die Betriebe viel stärker als bisher dazu anhalten, beim Entstehen von Planabweichungen unverzüglich mit der Deutschen Notenbank in Verbindung zu treten und Hilfe in Form von Sonderkrediten zu beantragen³⁾.

Hans Arnold, Hans Borchert, Johannes Schmidt, Ökonomik der sozialistischen Industrie in der Deutschen Demokratischen Republik, a.a.O., Seite 460.

1) Vergleiche Greta Kuckhoff, Der Kampf um die Durchführung der neuen Kreditierungsmethoden und ihre Hilfe für die Wirtschaft der DDR, a.a.O., Seite 4; Hans Arnold, Hans Borchert, Johannes Schmidt, Ökonomik der sozialistischen Industrie in der Deutschen Demokratischen Republik, a.a.O., Seite 460.

2) Vergleiche Erich Schoder, Die Kreditierung der Produktions- und Verkehrsbetriebe über Darlehns- und Verrechnungskonten,

cc) Die Kontrollpraxis bei staatlichen Handelsbetrieben

Auch für den staatlichen Handel war ursprünglich die Kreditierung aufgrund der sogenannten Richtsatzbestände vorgeschrieben¹⁾. In der Praxis erfolgte jedoch die Belieferung des Handels durch die Industrie häufig so unregelmäßig, daß nur in Ausnahmefällen die im Plan vorgeschriebenen Lagerbestände gebildet werden konnten²⁾. 1955 wurde deshalb auch beim Handel die Umschlagsfinanzierung eingeführt³⁾, so daß bis 1958 der planmäßige Warenumsatz nach folgenden drei Formen finanziert wurde⁴⁾:

- 1) Kreditierung der Richtsatzbestände
- 2) operative Bestandskreditierung und
- 3) Umschlagskreditierung.

a.a.O., Seite 298; Rolf Illgen, Die Kreditierung der richtsatzgebundenen Umlaufmittel der volkseigenen Industriebetriebe, a.a.O., Seite 898; Werner Schilke, Die Finanzierung der richtsatzgebundenen Umlaufmittel der volkseigenen Industriebetriebe nach dem Umschlag, a.a.O., Seite 977.

3) Vergleiche Erich Schoder, Die Kreditierung der Produktions- und Verkehrsbetriebe über Darlehns- und Verrechnungskonten, a.a.O., Seite 298; Werner Schilke, Die Finanzierung der richtsatzgebundenen Umlaufmittel der volkseigenen Industriebetriebe nach dem Umschlag, a.a.O., Seite 977.

1) Vergleiche Greta Kuckhoff, Der Kampf um die Durchführung der neuen Kreditierungsmethoden und ihre Hilfe für die Wirtschaft der DDR, a.a.O., Seite 4.

2) Vergleiche Gerhard Krüger, Bessere Ergebnisse bei der Anwendung der Umschlagsfinanzierung im Handel, in: DFW (Geld und Kredit/Versicherung), Jahrgang 11, 1957, Heft 8, Seite 230.

3) Vergleiche Fritz Schulze, Umschlagskreditierung im Handel stärkt wirtschaftliche Rechnungsführung, in: DFW (Geld und Kredit/Versicherung), Jahrgang 11, 1957, Heft 23, Seite 700; ferner Gerhard Krüger, Neue Kreditierungsform im Handel festigt die Verbindung Bank - Betrieb, in: DFW (Geld und Kredit/Versicherung), Jahrgang 12, 1958, Heft 20, Seite 559.

4) Vergleiche Autorenkollektiv, Das Finanzsystem der DDR, a.a.O., Seite 380.

Bei den zwei ersten Formen bildet der Richtsatzplanbestand die Basis für die Höhe des Kredits, wobei im ersten Falle der Durchschnittsbestand des Quartals und im zweiten der Planbestand des einzelnen Monats zugrunde gelegt wurde. Die Kredite wurden dem Betrieb nicht als Darlehen gewährt, sondern entsprechend dem Warenumsatz innerhalb des Kreditlimits debitorisch geführt.

Da nach Meinung der Deutschen Notenbank allein die Umschlagsfinanzierung eine wirksame Kontrolle zuließ, wurde Anfang 1959 die aus dieser Form entwickelte "limitlose Umschlagskreditierung" für den Handel allgemein eingeführt¹⁾ und auch in der Kreditverordnung vom 23. März 1961 beibehalten²⁾. Danach gewährt die Deutsche Notenbank Kredit nicht nach dem geplanten Bestand, sondern nach der geplanten Umschlagsgeschwindigkeit.

Die staatlichen Handelsbetriebe können also nach dem vollen Einsatz der eigenen Umlaufmittel Kredite für die Finanzierung von Beständen ohne Begrenzung durch ein Kreditlimit in Anspruch nehmen, wenn deren Rückzahlung mit den planmäßigen Umschlagsfristen übereinstimmt³⁾. Sie müssen deshalb dem Absatz große Aufmerksamkeit widmen, weil jede Stockung die fristgemäße Kredittilgung infrage stellt und sie in finanzielle Schwierigkeiten bringt. Damit unterliegen sie dem Zwang, nur dem Bedarf der Bevölkerung entsprechende Waren von den Produzenten zu beziehen⁴⁾.

1) Vergleiche Heinz Stöckigt, Die neue Umschlagsfinanzierung in der Praxis, in: DFW (Geld und Kredit/Versicherung), Jahrgang 13, 1959, Heft 10, Seite 290 ff; ferner Autorenkollektiv, Das Finanzsystem der DDR, a.a.O., Seite 380; Günther Thoms, Neue Kreditform unterstützt den Handel, in: DFW (Geld und Kredit/Versicherung), Jahrgang 13, 1959, Heft 5, Seite 129 ff.

2) Vergleiche Verordnung über die Gewährung kurzfristiger Kredite zur Finanzierung von Beständen und Forderungen vom 23. März 1961, GBl. 1961, Teil II, Seite 123.

3) Vergleiche Anordnung über die Gewährung kurzfristiger Kredite an die volkseigenen und konsumgenossenschaftlichen Betriebe des Konsumgüterhandels zur Finanzierung von Beständen

Zeitweilig über den Produktions- oder Warenfinanzierungsplan hinausgehende Kreditanforderungen reicht die Deutsche Notenbank als Saisonkredite über ein eigenes Konto aus. Die Rückzahlung hat mit dem Ablauf der in dem Saisonfinanzierungsplan angegebenen Saisonbewegungen zu erfolgen¹⁾.

dd) Die Kontrolle durch die Bestands- und Umschlagsfinanzierung nach der Wiedereinführung der obligatorischen Teilkreditierung der Umlaufmittel

Seit dem Abbruch des Experiments der vollen Umlaufmittelausstattung und der Wiedereinführung der obligatorischen Teilkreditierung reicht die Deutsche Notenbank den staatlichen Betrieben ab 1. Januar 1959 die Darlehen erneut nach den Methoden der Bestands- und Umschlagsfinanzierung aus²⁾. Sie überwacht weiterhin

1) durch die Kontrolle des zweckgebundenen Einsatzes und durch die Sicherung der Kredite in erster Linie die planmäßige Bildung der Bestände an Roh-, Hilfs- und Brennstoffen, Halb- und Fertigfabrikaten aus Warenlieferungen und Leistungen

und achtet

2) durch die Kontrolle der Einhaltung der Kreditfristen und der Rückzahlungstermine vor allem auf den planmäßigen Umschlag der Bestände und damit auf die Erfüllung der Produktions- und Absatzpläne sowie auf die Durchführung der bargeldlosen Verrechnungen³⁾.

und Forderungen vom 24. März 1961, GBl. 1961, Teil II, Seite 132, § 2, Ziffer 3.

4) Vergleiche Autorenkollektiv, Das Finanzsystem der DDR, a.a.O., Seite 380.

--

1) Vergleiche Anordnung über die Gewährung kurzfristiger Kredite an die volkseigenen und konsumgenossenschaftlichen Betriebe des Konsumgüterhandels zur Finanzierung von Beständen und Forderungen vom 24. März 1961, a.a.O., § 4.

2) Vergleiche Änderungsanordnung Nr. 3 zur Vierten Durchführungsbestimmung zum Gesetz über die Deutsche Notenbank - Kreditgrundsätze für die volkseigene und konsumgenossenschaftliche Wirtschaft vom 28. April 1955 (GBl. 1955, Teil I, Seite 326) vom 19. Januar 1959, GBl. 1959, Teil II, Seite 50.

Die Deutsche Notenbank darf sich nicht darauf beschränken, Planverstöße allein zu registrieren, sondern sie soll vielmehr versuchen, deren Ursachen aufzuspüren und zu beseitigen. Zur Bewältigung dieser Aufgabe hat die im Jahre 1961 erlassene Kreditverordnung die Vollmachten und den Entscheidungsspielraum der Deutschen Notenbank erweitert¹⁾ und die Kreditgewährung besser an die unterschiedlichen Produktions- und Absatzbedingungen der einzelnen Wirtschaftszweige angepasst²⁾.

3) Vergleiche Änderungsanordnung Nr. 3 zur Vierten Durchführungsbestimmung zum Gesetz über die Deutsche Notenbank - Kreditgrundsätze für die volkseigene und konsumgenossenschaftliche Wirtschaft vom 28. April 1955 (GBl. 1955, Teil I, Seite 326) vom 19. Januar 1959, GBl. 1959, Teil II, Seite 50, § 8.

1) Vergleiche Verordnung über die Gewährung kurzfristiger Kredite zur Finanzierung von Beständen und Forderungen vom 23. März 1961, a.a.O.

2) Vergleiche die dazu von der Deutschen Notenbank erlassenen Anordnungen:

Anordnung über die Gewährung kurzfristiger Kredite an die volkseigenen und konsumgenossenschaftlichen Industrie- und Verkehrsbetriebe zur Finanzierung von Beständen und Forderungen vom 24. März 1961, GBl. 1961, Teil II, Seite 127.

Anordnung über die Gewährung kurzfristiger Kredite an die volkseigenen Bau- und Projektierungsbetriebe zur Finanzierung von Beständen und Forderungen vom 24. März 1961, GBl. 1961, Teil II, Seite 130.

Anordnung über die Gewährung kurzfristiger Kredite an die volkseigenen und konsumgenossenschaftlichen Betriebe des Konsumgüterhandels zur Finanzierung von Beständen und Forderungen vom 24. März 1961, GBl. 1961, Teil II, Seite 132.

Anordnung über die Gewährung kurzfristiger Kredite an die volkseigenen Betriebe des Produktionsmittelgroßhandels zur Finanzierung von Beständen und Forderungen vom 24. März 1961, GBl. 1961, Teil II, Seite 134.

Anordnung über die Gewährung kurzfristiger Kredite an die volkseigenen land- und forstwirtschaftlichen Betriebe zur Finanzierung von Beständen und Forderungen vom 24. März 1961, GBl. 1961, Teil II, Seite 136.

Anordnung über die Gewährung kurzfristiger Kredite an die Außenhandelsunternehmen der Deutschen Demokratischen Republik zur Finanzierung von Beständen und Forderungen vom 24. März 1961, GBl. 1961, Teil II, Seite 139.

Verletzen die Betriebe die Bestimmungen über die Zweckgebundenheit und Sicherung der Kredite oder zahlen sie diese nicht fristgerecht zurück, dann hat die Deutsche Notenbank die Darlehen auf ein Sonderkonto "überfälliger Kredit" zu übertragen und gleichzeitig Strafzinsen bis zu 12 vH. jährlich zu berechnen¹⁾.

Bei wiederholten Verstößen gegen die wichtigsten Planziele oder die 'Finanzdisziplin' muß sie die staatlichen Betriebe einer verstärkten Kontrolle unterwerfen und notfalls "durch die Anwendung von Sanktionen zur Beseitigung der festgestellten Mängel"²⁾ anhalten. Neben der Beantragung der Sperrung von Prämien und der Einleitung von Disziplinarverfahren gegen die verantwortlichen Funktionäre bedeutet die Einstellung der Kreditgewährung die schwerwiegendste Sanktion³⁾.

Die Ergebnisse der Kontroll- und Analysentätigkeit und die daraus abgeleiteten Auflagen hat die Deutsche Notenbank nicht nur den Betriebsleitungen mitzuteilen, sondern auch mit den Betriebsgewerkschaftsleitungen und den Betriebsparteiorganisationen zu beraten. Gravierende Planabweichungen sind den Finanzbeiräten und den zuständigen Räten oder örtlichen Volksvertretungen beziehungsweise deren Kommissionen zu berichten⁴⁾.

1) Vergleiche Erich Schoder, Gewährung von Bestandskrediten auf neuer gesetzlicher Grundlage, in: DFW (Sammelausgabe), Jahrgang 15, 1961, Heft 9, Seite 267 ff. Der erhöhte Zins soll im Zusammenhang mit der Anwendung des Prinzips der materiellen Interessiertheit die Betriebsangehörigen zur umgehenden Abstellung der Mängel anhalten. Der Betriebsleiter ist verpflichtet, den Betriebsangehörigen von überfälligen Krediten und deren Auswirkungen zu berichten. Vergleiche dazu auch Heinz Geissler, Banksanktionen in der Praxis, in: DFW (Sammelausgabe), Jahrgang 16, 1962, Heft 1, Seite 12 ff.

2) Verordnung über die Gewährung kurzfristiger Kredite zur Finanzierung von Beständen und Forderungen vom 23. März 1961, GBl. 1961, Teil II, Seite 123, § 5, Ziffer 2.

3) Vergleiche dazu Herbert Finger und Edwin Polaschewski, Grundsätze für die Sanktionstätigkeit, in: DFW (Geld und Kredit/Versicherung), Jahrgang 15, 1961, Heft 21, Seite 415 ff.

4) Vergleiche Erich Schoder, Gewährung von Bestandskrediten auf neuer gesetzlicher Grundlage, a.a.O., Seite 269 f.

Die Kreditkontrolle der Deutschen Notenbank soll so vor allem auch politische Instanzen mobilisieren und anhalten, sich bei der Überwindung der Planwidrigkeiten - die zum Teil mit ökonomischen Mitteln nicht zu korrigieren sind - einzuschalten.

Der Kontrollauftrag der Deutschen Notenbank wird seit 1959 und besonders seit 1961 unter einem neuen Aspekt gesehen und unter den Schlagworten 'komplexe Betriebskontrolle'¹⁾ und 'komplexe Bankkontrolle'²⁾ diskutiert.

Soweit das die Kreditkontrolle betrifft, soll die alleinige Orientierung auf eine meist zusammenhanglose Überwachung bestimmter Einzelaufgaben der Kontrolle solcher Kennziffern (zum Beispiel planmäßige Selbstkostensenkung, Steigerung der Arbeitsproduktivität, Beschleunigung der Umschlaggeschwindigkeit der Läger, Erfüllung des Gewinnplanes) weichen, die eine umfassende Beurteilung der Wirtschaftlichkeit und Rentabilität der Betriebe zulassen.

Hierzu zählt die Forderung, die Materialwirtschaft und die Bestandshaltung nicht länger als vom übrigen Betriebsgeschehen losgelöst zu betrachten, vielmehr deren Auswirkung auf den Gewinnplan zu berücksichtigen³⁾.

Trotz dieser Akzentverschiebungen ist die Kreditkontrolle in ihren Methoden und Zielen selbst prinzipiell nicht beeinflusst worden.

1) Vergleiche Werner Schilke und Gerhard Vökler, Rentabilität - Ausgangspunkt für die komplexe Betriebskontrolle, in: DFW (Geld und Kredit/Versicherung), Jahrgang 13, 1959, Heft 18, Seite 519 ff.

2) Vergleiche Herbert Finger und Edwin Polaschewski, Grundsätze der komplexen Bankkontrolle, in: DFW (Geld und Kredit/Versicherung), Jahrgang 15, 1961, Heft 13, Seite 241 ff; Joswig, Was heißt komplexe Kontrolle der Bank? in: DFW (Geld und Kredit/Versicherung), Jahrgang 15, 1961, Heft 24, Seite 486 f.

3) Vergleiche Erich Schoder, Gewährung von Bestandskrediten auf neuer gesetzlicher Grundlage, a.a.O., Seite 268.

d) Die Bedeutung der Kreditkontrolle für die sowjetzonale Wirtschaft

Abschließend soll die Frage beantwortet werden, wie die Kreditkontrolle funktioniert und welche Bedeutung sie für die zentralverwaltete Wirtschaft hat.

Fassen wir zunächst kurz zusammen: Durch die Beseitigung des Kontokorrent und die Einführung der Umschlagsfinanzierung über Darlehnsbereitstellungs- und Verrechnungskonten ist die Deutsche Notenbank tatsächlich in der Lage, die zweckgebundene Verwendung und Sicherung der Kredite sowie die Einhaltung der Kreditfristen und Rückzahlungstermine zu überwachen. Soweit sie den Betrieben erst nach vollem Einsatz der eigenen Umlaufmittel Kredit gewährt und darauf achtet, daß dieser in Übereinstimmung mit den vorgeschriebenen Richttagen getilgt wird, hält sie die Betriebe zu planmäßiger Bestandshaltung und zu planmäßigem Umschlag im Produktions- und Zirkulationsprozeß an. Da Lieferantenkredite verboten und infolge des Rechnungseinzugs- beziehungsweise Forderungseinzugsverfahrens auch gar nicht gewährt werden können, dürfte die Bestandshaltung nur dem Plan entsprechen. Wollten Betriebe die Lagerhaltung über die Richtsatzplanbestände hinaus erhöhen, müßten unweigerlich finanzielle Schwierigkeiten (nicht eingelöste Verrechnungsaufträge) auftreten und der Deutschen Notenbank den Planverstoß unverzüglich anzeigen.

In der Tat ist die Koppelung der Kreditgewährung an die Produktions- und Absatzaufgaben in Verbindung mit der Kontoführung, den Bargeldverwendungsbestimmungen, der Lohnfondskontrolle und der Kontrolle der Überweisungs- und Verrechnungsaufträge eine ideale Einrichtung, das Betriebsgeschehen in allen Einzelheiten zu überwachen. Dennoch ist das Ergebnis der Kreditkontrolle nach wie vor unbefriedigend: Überfällige Kredite und Sonderkontenverschuldung auf der einen und Überplanbestände auf der anderen Seite stören weiterhin empfindlich das Wirtschaftsgleichgewicht.

Die Schwierigkeiten, die die Kreditkontrolle in ihrer Wirksamkeit einschränken, erklären sich in der Hauptsache daraus, daß die Gesamthöhe der notwendigen Umlaufmittel, die von der Produktionsdauer und dem Eingang der Forderungen nach dem Verkauf abhängt, auch bei gleicher Planaufgabe je nach den Verhältnissen von Betrieb zu Betrieb unterschiedlich sein wird. Die schematische Fixierung gleicher Richttage für die einzelnen Umlaufmittelbestandsarten branchengleicher Betriebe ist deshalb unreal. Infolge der unterschiedlichen Kapitalausstattung, des unterschiedlichen Alters der Anlagen und des Standortes weisen die einzelnen Betriebe völlig von einander abweichende Produktions-, Lagerbildungs- und Umschlagszeiten aus, die in der Praxis durch nicht planmäßige Lieferungen weiter verändert werden. Bei den Handelsbetrieben lassen sich die notwendigen Umlaufmittel noch viel weniger festlegen. Nur in den seltensten Fällen können deshalb die in dem Richtsatzplan vorgeschriebenen Umlaufmittelbestände der Realität entsprechen.

Bei der Lagerhaltung zum Beispiel dürfen die Betriebe Kredit bis zu der im Richtsatzplan angegebenen Grenze in Anspruch nehmen. Diese ist jedoch in den wenigsten Fällen einzuhalten. Während die einzelnen Umlaufmittelbestandsarten zwischen Mindest- und Höchstvorräten schwanken dürfen, ist dem Richtsatzplan und damit der Kreditgewährung stets nur eine durchschnittliche Lagerhaltung zugrunde gelegt. Bei massierten Materiallieferungen reicht dann das Kreditlimit bei weitem nicht aus. Deshalb darf die Deutsche Notenbank für die Verbindlichkeiten, die als Differenz zwischen den im Richtsatzplan vorgesehenen und den tatsächlichen Materialbeständen entstehen, neuerdings Sonderkredit gewähren¹⁾. Sie muß ihn jedoch auf ein Sonderkonto "überfälliger Kredit" umbuchen, wenn Überplanbestände als Folge von Komplettierungsschwierigkeiten oder nicht absetzbaren Gütern den Kredit

1) Vergleiche Verordnung über die Gewährung kurzfristiger Kredite zur Finanzierung von Beständen und Forderungen vom 23. März 1961, a.a.O., § 8.

binden. Dieses Sonderkonto, das ursprünglich nur Planwidrigkeiten der Betriebe anzeigen sollte, ist in der Praxis zu einer dauernden illegalen Finanzierungsquelle vieler Betriebe geworden¹⁾.

Ebensowenig entspricht die starre Form der Darlehensrückzahlung der Wirklichkeit. Die Tilgungsbeträge sind in der Regel schematisch in der Höhe der täglichen Planmaterialkosten (teilweise Umschlagsfinanzierung) beziehungsweise der täglichen Planselfkosten (volle Umschlagsfinanzierung) festgesetzt. Sobald der Materialverbrauch oder der Produktionsausstoß massiert auftreten, entspricht die effektive Kreditrückzahlung nicht mehr dem Tilgungsplan. Eine wirksame Kontrolle ist dann nicht möglich²⁾.

Beispiel: Ein Betrieb A baut Transformatoren. Dafür benötigt er Kupferdrähte in verschiedensten Abmessungen. Laut Richtsatzplan darf er ein Lager halten, das den Bedarf von 60 bis 90 Tagen deckt.

Sein Lieferant B stimmt jedoch Produktion und Lieferungen nicht auf den Richtsatzplanbedarf seines Kunden ab. Er stellt vielmehr sämtliche Aufträge für Kupferdraht zum Beispiel der Abmessung 0,15 mm aus Gründen der Kostenersparnis und der Steigerung der Arbeitsproduktivität in einem Produktionsgang her und liefert sie sofort aus.

A nimmt die Lieferung des Jahresbedarfs, die bei weitem den im Richtsatzplan vorgesehenen Bestand an 0,15 mm-Kupferdraht übersteigt, aus der Sorge heraus ab, zu einem späteren Zeitpunkt nicht mehr berücksichtigt zu werden. Im RE- beziehungsweise im FE-Verfahren wird der Rechnungsbetrag sofort fällig, und dafür benötigt A nun wesentlich mehr Mittel, als sein Plan vorsieht. Um diese Verpflichtung erfüllen zu können, beantragt er bei der Deutschen Notenbank einen Sonderkredit. Der Betrieb A entscheidet sich also, gegen die Planauflage zu handeln, weil ihm ein kontinuierlicher Fabrikationsprozeß wichtiger ist als Produktionsstockungen infolge schwankender Materialeingänge. Er ist aus verschiedenen Gründen (politische Kontrolle, Vertragsstrafe, Auseinander-

1) Vergleiche Heinz Joswig und Herbert Finger, Wie kann die Wirksamkeit des Kredits im neuen ökonomischen System erhöht werden?, in: DFW (Sammelausgabe), Jahrgang 18, 1964, Heft 5, Seite 15: "Noch immer werden die Planwidrigkeiten der betrieblichen Arbeit auf dem Konto "überfälliger Kredit" aufgefangen. Wenn auch mit Zins- und anderen Sanktionen versehen, so wirkt diese Methode doch nur schwach auf die Beseitigung der Ursachen der Planverletzungen."

setzungen mit Gewerkschaft und Belegschaft - die Arbeiter können bei verspätetem Materialeingang keinen Leistungslohn (Prämie) verdienen -) selbst stark daran interessiert, seinen Lieferverpflichtungen (Planerfüllung) nachzukommen. Er legt sich deshalb lieber mit der Deutschen Notenbank an und zahlt für den Sonderkredit, der ihm erfahrungsgemäß doch eingeräumt wird, höhere Zinsen, als daß er sich mit seinen Kunden oder den staatlichen Handelsorganen auseinandersetzt¹⁾.

Wenn wir berücksichtigen, daß eineinhalb Jahre nach der Einführung der Kreditfinanzierung über Bestands- und Umschlagsdarlehenskonto kein echter Kontrollerfolg zu verzeichnen war²⁾ und sich bis Anfang der 60er Jahre die Situation praktisch nicht gebessert hat³⁾, dann ist das für die sowjetzonalen Planungs- und Kontrollinstanzen nicht ermutigend. Wir verstehen deshalb den Mitarbeiter einer Kreisfiliale der Deutschen Notenbank, der resigniert fragt: "Was hat denn unsere Finanzkontrolle überhaupt für einen Sinn? Wir finanzieren letzten Endes doch alles. Wir redeten, wir versuchten zu überzeugen, wir schrieben schöne Briefe und was sonst noch. Doch die Erfolge entsprachen nicht unseren Erwartungen, es gab Mißerfolge, z.B. stiegen die Überplanbestände⁴⁾."

2) Vergleiche Rolf Illgen, Die Kreditierung der richtsatzgebundenen Umlaufmittel der volkseigenen Industriebetriebe, a.a.O., Seite 897 ff; derselbe, Vorschlag eines neuen Verfahrens für die Kreditierung der richtsatzgebundenen Umlaufmittel volkseigener Industriebetriebe nach dem Umschlag, a.a.O., Seite 342 ff.

1) Das Beispiel berichtete ein Unternehmer aus dem Bezirk Dresden, der als Komplementär einen halbstaatlichen Betrieb leitet.

2) Vergleiche D. Hunstock und K. Stiernerling, Die Deutsche Notenbank auf dem richtigen Weg?, in: DFW, Jahrgang 10, 1956, Heft 20, Seite 978 ff.

3) Vergleiche Brief des Zentralkomitees der SED zur ökonomischen Verwendung von Rohstoffen und zur strengsten Sparsamkeit, in: Neues Deutschland vom 26. Mai 1960.

4) Otto Wittig, Komplexe Bankenkontrolle - wie wir sie sehen, in: DFW (Geld und Kredit/Versicherung), Jahrgang 15, 1961, Heft 10, Seite 183.

Wer erwartet hat, daß nach Anwendung der Kreditkontrolle automatisch die Planverstöße aufhören, hat mehr von ihr verlangt, als sie überhaupt zu leisten vermag und muß deshalb arg enttäuscht sein.

Aber selbst wenn diese hochgesteckten Erwartungen nicht im gewünschten Maße erfüllt worden sind, ist die Kreditkontrolle unter technisch-organisatorischen Gesichtspunkten für die Zentralverwaltungswirtschaft sowjetischen Typs doch durchaus eine sinnvolle Einrichtung, denn sie zeigt schneller Planwidrigkeiten an als jede administrative Kontrolle.

Elftes Kapitel: Die Deutsche Notenbank als Kassenvollzugsorgan des Staates

1. Die Haushaltsreform in der Sowjetischen Besatzungszone

Mit der Rezeption der sowjetischen Wirtschaftsverfassung erhielt die Deutsche Notenbank mit dem Kassenvollzug und der Kontoführung des Staatshaushaltes eine Funktion übertragen, die von einem spezifisch zentralverwaltungswirtschaftlichen Ansatzpunkt eine Plankontrolle zuließ¹⁾. Die Voraussetzung dafür schuf die "Reform des öffentlichen Haushaltswesens"²⁾, die die alte Reichshaushaltsordnung und alle haushaltsrechtlichen Bestimmungen aus der Zeit vor dem 9. Mai 1945 außer Kraft setzte. Im einzelnen hatte sie vier Aufgaben zu lösen³⁾:

- 1) die Schaffung eines einheitlichen Staatshaushaltes, der die Haushalte der Bezirke, Kreise, Gemeinden und der Sozialversicherung mit umfaßt,

1) Zur Darstellung der Aufgaben der Staatsbank als Kassenvollzugsorgan und Kontoführerin des Staatshaushaltes der Sowjetunion siehe M. W. Boguslawski und A. A. Prosselkow, Rechnungsführung und operative Technik in der Staatsbank, Übersetzung aus dem Russischen, (Ost-)Berlin 1954, Seite 250 ff

2) Siehe Gesetz über die Reform des öffentlichen Haushaltswesens vom 15. Dezember 1950, GBl. 1950, Teil I, Seite 1201.

3) Vergleiche Karl Pauligk, Die Fortführung der Haushalts-

- 2) die Gliederung des Haushaltsplanes nach dem Volkswirtschaftsplan,
- 3) die Liquidierung aller Haushaltskassen, aller Kassen der Steuerverwaltungen und der sonstigen staatlichen Einrichtungen sowie die Übertragung der Kassengeschäfte des Staatshaushaltes auf die Deutsche Notenbank
- 4) die Schaffung eines einheitlichen Rechnungswesens.

Im folgenden soll uns lediglich die dritte Aufgabe interessieren.

Mit Wirkung vom 1. Januar 1951 wurden alle bisherigen fiskalischen Kassen (Gemeindekassen, Stadtkassen, Amtskassen etc.) aufgelöst, und deren Aufgaben übernahm die Deutsche Notenbank. Sie wurde 'Kassenvollzugsorgan' und Kontoführerin und damit Kontrollorgan für den Staatshaushalt^{1) 2)}. In Gemeinden, in denen sie keine Niederlassung unterhält, übernimmt diese Funktion die örtliche Sparkasse³⁾.

reform und die Aufstellung des Staatshaushaltes 1952, in: Finanzen und Kredit, Aufsatzsammlung für Unterricht und Praxis, Band II, (Ost-)Berlin 1952, Seite 73 ff.

- 1) Vergleiche auch Erste Durchführungsbestimmung zu dem Gesetz über die Reform des öffentlichen Haushaltswesens - Kassenordnung für die Deutsche Demokratische Republik - vom 18. April 1951, GBl. 1951, Seite 349.
- 2) In der Sowjetunion wurde bereits 1928 die Staatsbank das 'Kassenvollzugsorgan' des Haushalts mit der Maßgabe, die Plandurchführung zu kontrollieren. Vergleiche dazu N. N. Rowinski, Der Staatshaushalt der UdSSR, Band II, (Ost-)Berlin 1953, Seite 350 ff.
- 3) Vergleiche Erste Anweisung zur Kassenordnung für die Deutsche Demokratische Republik vom 15. Juni 1954 (Zentralblatt, Seite 270) in der Fassung der Änderungsanordnung Nr. 1 vom 21. Mai 1957 (GBl. 1957, Teil II, Seite 194), der Änderungsanordnung Nr. 2 vom 18. August 1957 (GBl. 1957, Teil II, Seite 261) und der Änderungsanordnung Nr. 4 vom 14. Dezember 1959 (GBl. 1959, Teil II, Seite 9) zu Paragraph 2 der Kassenordnung.

Die einzelnen Haushaltsorganisationen¹⁾ dürfen Bürokassen führen, aus denen sie jedoch nur kleinste Ausgaben aufgrund von schriftlichen Ausgabeanordnungen zu bestreiten berechtigt sind. Eingänge in diese Kassen sind täglich auf das Haushaltseinnahmekonto der zuständigen Filiale der Deutschen Notenbank einzuzahlen. Von dieser Bestimmung sind die Haushaltsorganisationen ausgenommen, die vom nächsten konstofführenden Kreditinstitut weit entfernt liegen. Sie brauchen Bareinnahmen nur wöchentlich abzuliefern, es sei denn, sie überschreiten den Betrag von 300 DM. Dann sind diese sofort einzuzahlen²⁾.

Zugleich wurden die Haushaltsorganisationen angewiesen, alle Konten, einschließlich der Postscheckkonten, aufzulösen und die Beträge auf neu einzurichtende Haushaltskonten bei der Deutschen Notenbank zu übertragen³⁾, die befürchtete, andernfalls ihren Kontrollauftrag nicht durchführen zu können.

1) Eine 'Haushaltsorganisation' ist ein Organ der staatlichen Verwaltung oder eine staatliche Einrichtung, die mit allen Einnahmen und Ausgaben brutto im Staatshaushaltsplan enthalten ist und ihre Haushaltsmittel selbständig bewirtschaftet. Der Begriff 'Haushaltsorganisation' entstand im Zusammenhang mit der 1951 durchgeführten Haushaltsreform und wurde zunächst nur zur Unterscheidung gegenüber den 'volkseigenen Betrieben' gebraucht. Vergleiche dazu Heinz Fengler, Was ist eine Haushaltsorganisation?, in: DFW (Staatshaushalt), Jahrgang 14, 1960, Heft 3, Seite 48 und 50.

2) Siehe Erste Durchführungsbestimmung zum Gesetz über die Staatshaushaltsordnung der Deutschen Demokratischen Republik - Kassenordnung für die Deutsche Demokratische Republik vom 4. März 1954, GBl. 1954, Seite 243, § 14 in der Fassung der Sechsten Durchführungsbestimmung zum Gesetz über die Staatshaushaltsordnung der Deutschen Demokratischen Republik - Änderung der Kassenordnung für die Deutsche Demokratische Republik - vom 18. Juli 1957, GBl. 1957, Teil I, Seite 405.

3) Haushaltskonten eröffnet die Deutsche Notenbank auf Antrag der zuständigen Finanzorgane der betreffenden Haushaltsorganisationen: für den Haushalt der Sowjetischen Besatzungszone das Ministerium der Finanzen, für den Haushalt der Bezirke die Abteilung Finanzen der Räte der Bezirke, für die Haushalte der Kreise die Abteilungen Finanzen der Räte der Kreise, für die Haushalte der Stadtbezirke das Sachgebiet Finanzen der Räte der Stadtbezirke und für die Haushalte der Gemeinden die Räte der Gemeinden beziehungsweise deren Finanzabteilungen.

Für eine große Anzahl privater Zahlungsschuldner, die bisher die Einrichtungen der Post benutzten, bedeutete dies eine Erschwerung der Zahlung von Steuern, Abgaben und Gebühren. Daher wurde 1953/54 gefordert, Postscheckkonten für Haushaltsorganisationen wieder einzuführen¹⁾. Diesem Verlangen entsprach die Regierung erst 1957, allerdings mit der Einschränkung, daß von diesen Konten keine Auszahlungen geleistet werden dürfen und ihre Guthaben täglich den Haushaltseinnahmekonten bei der Deutschen Notenbank gebracht werden müssen²⁾.

Um dem Ministerium der Finanzen einen Überblick über die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben des laufenden Monats zu verschaffen, meldet die Deutsche Notenbank nach dem Stand vom 5., 15. und 25. des Monats die Summen der Einnahmen und Ausgaben auf den Unterkonten des Zonenhaushalts³⁾.

2. Die Kontrollaufgaben bei der Kassen- und Kontenführung des Staatshaushaltes

a) Einzug der Gewinne, der Produktions-, Dienstleistungs- und Handelsabgabe sowie der Lohnsteuer der staatlichen Betriebe

Auf die Haushaltskonten bei der Deutschen Notenbank zahlen die staatlichen Betriebe vor allem die Produktions-, Dienstleistungs- und Handelsabgaben⁴⁾ und die Gewinne⁵⁾ ein, die

1) Vergleiche Walter Schreiber, Beschleunigung der Zahlungen an Haushaltsorganisationen, in: DFW, Jahrgang 7, 1953, Heft 16, Seite 881 f; ferner verschiedene Zuschriften an die Zeitschrift 'Deutsche Finanzwirtschaft', in: DFW, Jahrgang 8, 1954, Heft 7, Seite 374 f.

2) Siehe Anordnung Nr. 3 zur Änderung der Ersten Anweisung zur Kassenordnung für die Deutsche Demokratische Republik vom 3. Oktober 1957, GBl. 1957, Teil II, Seite 280.

3) Siehe Erste Anweisung zur Kassenordnung für die Deutsche Demokratische Republik vom 15. Juni 1954 (Zentralblatt, Seite 270) in der Fassung der Änderungsanordnung Nr. 1 vom 21. Mai 1957 (GBl. 1957, Teil II, Seite 194), der Änderungsanordnung Nr. 2 vom 18. August 1957 (GBl. 1957, Teil II, Seite 261) und der Änderungsanordnung Nr. 4 vom 14. Dezember 1959 (GBl. 1959, Teil II, Seite 9), § 4, Absatz 4.

4) Die Produktions- und Dienstleistungsabgabe ist Anfang 1955 und die Handelsabgabe im Januar 1957 eingeführt worden. Sie haben den Charakter einer Steuer und umfassen alle bisher

den bei weitem größten Teil der Staatseinnahmen ausmachen¹⁾.

Die Produktions-, Dienstleistungs- und Handelsabgabe ist ein genau bestimmter Teil des Preises der einzelnen Güter und muß unmittelbar nach dem Verkauf an den Staatshaushalt abgeführt werden. Da das Aufkommen dieser Steuer an die quantitative Erfüllung der Produktions-, Leistungs- und Umsatzpläne gekoppelt ist, kann die Deutsche Notenbank anhand der fristgerechten Einzahlungen der im Plan vorgesehenen Beträge kontrollieren, inwieweit der Ist-Stand dem Soll entspricht. Für

üblichen Betriebssteuern. In der Sowjetunion werden diese Abgaben zutreffender differenzierte Umsatzsteuer genannt. Auch in der Sowjetischen Besatzungszone werden die Abgabensätze nach einzelnen Produkten oder Produktgruppen, der Zweckbestimmung der Produkte oder nach betrieblichen Merkmalen differenziert. Vergleiche dazu Verordnung über die Produktionsabgabe und Dienstleistungsabgabe der volkseigenen Industrie und der volkseigenen Dienstleistungsbetriebe (PDAVO) vom 6. Januar 1955, GBl. 1955, Teil I, Seite 37. Zur Handelsabgabe siehe Verordnung über die Handelsabgabe des volkseigenen Handels (HAVO) vom 24. Januar 1957, GBl. 1957, Teil I, Seite 91. Vergleiche dazu Adalbert Kitsche, Das Steuersystem in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, Gelsenkirchen-Buer 1960, Seite 65 ff.

5) Nach sowjetischer Definition ist der Gewinn ebenfalls eine Plangröße. Er ist die Differenz zwischen dem Erlös aus dem Absatz der Produktion zu fixierten Preisen abzüglich der Produktionsabgabe und den Produktionskosten. Vergleiche N.N. Rowinski, Der Staatshaushalt der UdSSR, Band I, a.a.O., Seite 103 ff. Gewinn und Verlust sind in der Zentralverwaltungswirtschaft kein Rentabilitätsmaßstab, sondern allein Maßzahlen für die Erfüllung der zentralen Pläne beziehungsweise die Senkung der Selbstkosten. Der Betrieb kann seinen Gewinn nur erhöhen, wenn er unter den zentral festgelegten Kosten bleibt. Als Anreiz für die überplanmäßige Kostensenkung darf er von einem eventuell entstehenden Differentialgewinn einen prozentual höheren Anteil als von dem geplanten Gewinn für sich behalten.

1) Über die Zusammensetzung der Ausgaben- und Einnahmenseite des Staatshaushaltes in einer Zentralverwaltungswirtschaft sowjetischen Typs vergleiche Wolfgang Förster, Die Rolle der Finanzwirtschaft im sowjetischen Wirtschaftssystem, a.a.O., Berlin 1955, Anhang, Tabelle I.

nicht termingemäße Einzahlungen berechnet die Deutsche Notenbank Verzugszuschläge, die die "Rentabilität" der Betriebe nachteilig beeinflussen und sich damit auch auf die Zuführung in den Prämienfonds auswirken. Dieser direkte Eingriff in die Einkommensgestaltung soll die Betriebsleitungen veranlassen, die Abgaben pünktlich abzuführen. Da die Betriebe nur in den seltensten Fällen über freie Mittel verfügen, wird dies in der Regel die Planerfüllung voraussetzen. Auf diese Weise verknüpft der Staat die Einkommenshöhe der Betriebsleitungen mit dem Betriebserfolg und schafft so zusätzliche Stimulantien für die Planerfüllung (Prinzip der materiellen Interessiertheit).

Die Produktionsabgabe wurde bisher fast ausschließlich von den Betrieben der Konsumgüterindustrie erhoben. Lediglich zur Kontrolle müssen auch die Betriebe der Investitionsgüterindustrie eine niedrig bemessene Abgabe zahlen¹⁾. Als hervorragendes Instrument der Wirtschaftskontrolle dient diese Steuer der quantitativen Erfüllung der Produktionspläne. Sie übt damit Funktionen aus, die weit über fiskalische Gesichtspunkte hinausgehen.

Unabhängig von der Produktions-, Dienstleistungs- und Handelsabgabe haben die Betriebe ihren Nettogewinn²⁾ (Gesamtgewinn abzüglich der Teile des Gewinnes, die der Betrieb für sich behalten darf und zum Beispiel dem Prämienfonds zuführt) an den Haushalt abzuführen.

1) Nach dem XX. Parteitag ist in der Sowjetunion eine Diskussion über die Lenkung der Produktionsfaktoren in Gang gekommen, in der die Abschaffung des doppelten Preisniveaus, das heißt also der unterschiedlichen Belastung der Konsum- und Investitionsgüterindustrie mit der differenzierten Umsatzsteuer gefordert wird.

2) Nach dem Gesetz über die Abgaben der Republik und der übrigen Gebietskörperschaften sowie über die Errichtung einer Abgabenverwaltung der Republik (Abgabengesetz) vom 9. Februar 1950, GBl. 1950, Seite 130 ist der Nettogewinn eine Abgabe und ein allgemeines Deckungsmittel für den Staatshaushalt.

Abgaben und Gewinn sind in ihrer Höhe von den staatlichen Preisen abhängig und bilden nach sowjetischer Lehrmeinung zusammen die Akkumulation der staatlichen Betriebe. Sie unterscheiden sich nur insofern, als die Produktions-, Dienstleistungs- und Handelsabgabe in jedem Falle als Bestandteil des Preises feststeht, während der Gewinn erst vom Betrieb erwirtschaftet werden muß. Die Wirtschaftsfunktionäre halten an der getrennten Abführung beider Abgaben fest - man spricht offiziell vom Zweikanälesystem¹⁾ - um eine doppelte Kontrolle ausüben zu können. Während durch die Abgaben die Erfüllung der Produktions- und Umsatzpläne kontrolliert wird, soll über die Gewinnabführung vorwiegend die Qualität der Arbeit und deren Auswirkung auf die Erfüllung der Selbstkostensenkungsaufgabe und des Gewinnplanes überwacht werden.

Bei der Kontrolle der Haushaltseinnahmen muß die Deutsche Notenbank ferner auf den pünktlichen Eingang der Lohnsteuern, Sozialversicherungsbeiträge und Unfallumlagen achten. Sie darf erst dann Bargeld für Löhne und Gehälter auszahlen, wenn die Betriebe gleichzeitig mit der Abforderung entsprechende Überweisungsaufträge an den Staatshaushalt erteilen. Bei halbmonatlichen oder noch kürzeren Zahlungsabständen sind diese Aufträge erst bei der letzten Zahlung im Monat aufzugeben²⁾.

Damit will die Deutsche Notenbank die Betriebe daran hindern, sich anlässlich von Lohnzahlungen Bargeld zu beschaffen, das sie bei verzögerten Lohnsteuerzahlungen für nicht im Plan vorgesehene Zwecke verwenden.

1) In der Diskussion um die Produktionsabgabe und die Gewinnabführung wurde in der Zone wegen des gleichen Charakters beider Größen die Frage aufgeworfen, ob nicht aus Gründen der Zweckmäßigkeit das "Zweikanälesystem" in ein "Einkanalsystem" umgewandelt werden sollte. Siehe unter anderem F. Rzesnitzek, Zweikanälesystem oder Einkanalsystem?, in: DFW, Jahrgang 10, 1956, Heft 22, Seite 1088 ff.

2) Vergleiche Zweite Durchführungsbestimmung zum Gesetz über die Deutsche Notenbank vom 15. November 1951, a.a.O., § 8.

b) Die Bezahlung der Haushaltsausgaben

In ihrer Eigenschaft als Kassenvollzugsorgan kontrolliert die Deutsche Notenbank gleichfalls die Ausgaben der Haushaltsorganisationen.

Dabei kann sie sich auf die von ihnen aufgestellten und vom zuständigen Finanzorgan bestätigten Kassenpläne stützen. Diese sollen alle saisonbedingten Erscheinungen, Fälligkeitstermine etc. genau ausweisen und die Einnahmen und Ausgaben eines Jahres nicht etwa schematisch mit dem vierten oder zwölften Teil für jedes Quartal beziehungsweise für jeden Monat ansetzen.

Ehe die zuständige Filiale der Deutschen Notenbank Zahlungen an eine Haushaltsorganisation leistet, muß sie anhand des Kassenplanes deren volle Deckung durch Einnahmen prüfen. Wird der bestätigte Kassenplan überschritten, oder sind die Haushaltsausgaben durch Haushaltseinnahmen nicht gedeckt, hat die Deutsche Notenbank die Ausführung von weiteren Aufträgen zu verweigern¹⁾. Auf diese Weise sollen die Haushaltsorganisationen angehalten werden, selbst auf den pünktlichen Eingang ihrer Einnahmen zu achten.

Bisher war diesem Bemühen kaum Erfolg beschieden. Mit Recht bemerkt dazu Gerhard Abeken, daß die anfangs darin vermutete Kontrolle nur äußerst beschränkt zur disziplinaren und technischen Seite hin wirksam wurde²⁾.

1) Vergleiche Paragraph 3 der Ersten Durchführungsbestimmung zum Gesetz über die Staatshaushaltsordnung der Deutschen Demokratischen Republik - Kassenordnung für die Deutsche Demokratische Republik - vom 4. März 1954 (GBI. 1954, Teil I, Seite 243) in der Fassung der Sechsten Durchführungsbestimmung vom 18. Juli 1957 (GBI. 1957, Teil I, Seite 405) und der Siebenten Durchführungsbestimmung vom 28. August 1958 (GBI. 1958, Teil I, Seite 663).

2) Siehe Gerhard Abeken, Stichwort: Deutsche Notenbank, in: Staatslexikon, Band 2, Sechste Auflage, Freiburg 1958, Seite 630.

Das liegt vor allem an der äußerst mangelhaften Kassenplanung der Haushaltsorganisationen. Oft enthält sie nur grobe Schätzungen, die die erheblichen Abweichungen der Ist- von den Soll-Zahlen des Kassenplanes erklären¹⁾.

1958 wirft die Redaktion der Zeitschrift 'Deutsche Finanzwirtschaft' der Deutschen Notenbank vor, daß sie nach jahrelanger Praxis ihren Auftrag als Kassenvollzugsorgan und Führerin der Haushaltskonten nicht zur allgemeinen Zufriedenheit erfüllt beziehungsweise ihn falsch verstanden und somit nicht in dem erhofften Maße "zur Erreichung der Akkumulation des sozialistischen Staates" und zur "Festigung der Währung beigetragen" habe²⁾.

1) Vergleiche Johannes Kretzschmar, Mehr Beachtung der Aufstellung und Erfüllung des Kassenplanes, in: DFW, Jahrgang 10, 1956, Heft 8, Seite 347. W. Franke, Die Arbeit mit dem Kassenplan dient der Erfüllung des Abgabeplanes, in: DFW, Jahrgang 9, 1955, Heft 10, Seite 433 berichtet, daß die 'Unterabteilungsleiter Abgaben der Kreise' in besonderen Lehrgängen zusammengefaßt wurden, um ausführliche Anleitungen über die monatliche Kassenplanung entgegenzunehmen, und es trotzdem bei der Aufstellung dieser Pläne mangelte.

2) Siehe DFW (Geld und Kredit/Versicherung), Jahrgang 12, 1958, Heft 5, Seite 133.

Schluß:

Die vorliegende Untersuchung zeigt, daß sich die Deutsche Notenbank sowohl in ihrem Aufbau als auch in ihrer Tätigkeit grundlegend von den Zentralnotenbanken in marktwirtschaftlich orientierten Volkswirtschaften unterscheidet und in besonderem Maße auf die Bedürfnisse des sowjetischen Wirtschaftssystems in Mitteldeutschland zugeschnitten und im wesentlichen nur noch als integraler Bestandteil der staatlichen Wirtschaftsplanung und der damit eng zusammenhängenden Kontrolle zu verstehen ist.

In dem beschriebenen sowjetischen Typ der Zentralverwaltungswirtschaft müssen - wie verschiedentlich dargestellt wurde - der Planvollzug streng reglementiert und kontrolliert und immer wieder neue Methoden und Verfahrensweisen entwickelt werden, um den Willen der zentralen Instanzen durchsetzen zu können, da die in der Verkehrswirtschaft vorhandene automatisch wirkende Kontrollinstanz des Marktes fehlt.

Die mögliche administrative Kontrolle erfordert einen umfangreichen Verwaltungsapparat, der kostspielig ist und in der Regel nur schwerfällig arbeitet. Von großem Nachteil ist, daß er keine brauchbaren Aussagen zu wirtschaftlichen Globalerscheinungen, sondern immer nur punktuelle Kontrollergebnisse liefert. Mit der zunehmenden Komplizierung des Wirtschaftsprozesses hat die Sowjetunion deshalb als ein indirekt wirkendes Überwachungsinstrument die finanzielle Kontrolle eingeführt und verfeinert, die insbesondere gesamtwirtschaftliche Erscheinungen und Abweichungen von Plandaten anzeigen soll.

Ihre Formen und Methoden, wie zum Beispiel die Kontoführungspflicht, die Bargeldreglementierung, die Lohnfondsbestimmungen, die verschiedenen Verrechnungsverfahren, die Kreditgewährung und die Kassenführung für den Haushalt

wurden von der Deutschen Notenbank im Zuge der Rezeption des sowjetischen Modells der Wirtschafts- und Sozialordnung übernommen¹⁾.

Diese finanzielle Kontrolle hat nicht nur die Erfüllung des Volkswirtschaftsplanes zu sichern, sondern alle in den Betrieben verfügbaren Reserven zur Steigerung der volkswirtschaftlichen Produktivität aufzuspüren und nutzbar zu machen.

Auf diese zentrale Aufgabe sind Organisation und Tätigkeit der Deutschen Notenbank ausgerichtet. Soweit sie noch traditionelle Bankaufgaben wahrnimmt, sind diese stark modifiziert und den Verhältnissen einer Zentralverwaltungswirtschaft angepaßt.

In jüngster Zeit läßt sich in Mitteldeutschland, wie überall im Ostblock, deutlich das Bemühen erkennen, die vorteilhafte oder optimale Variante für die Lösung wirtschaftlicher Probleme zu finden. In Zukunft soll die Leitbedeutung der finanziellen Kriterien (Gewinn, Zins, Preis) ein größeres Gewicht erhalten. Wieweit dadurch allerdings die Reglementierung der Betriebsführungen abgebaut und damit zugleich die Deutsche Notenbank entlastet werden kann, wird wesentlich davon abhängen, in welchem Maße die Betriebe selbst Entscheidungen über Art und Umfang von Produktion und Preisgestaltung treffen dürfen.

Den Anstoß zur Überprüfung der bislang gültigen Maximen der Wirtschaftsführung hat die Veröffentlichung eines Aufsatzes von Professor Liberman vom Charkower Ingenieur-

1) Zur Rezeption der sowjetischen Wirtschaftsverfassung vergleiche Karl C. Thalheim, Die Rezeption des Sowjetmodells in Mitteldeutschland, in Sammelwerk: Die Wirtschaftssysteme der Staaten Osteuropas und der Volksrepublik China, Untersuchung der Entstehung, Entfaltung und Wandlung sozialistischer Wirtschaftssysteme, herausgegeben von Georg Jahn und Frhr. von Bissing, Berlin 1961, Erster Band, Seite 267 ff.

ökonomischen Institut in der Prawda vom 9. September 1962¹⁾ gegeben. Sie hat eine Diskussion ausgelöst²⁾, die im Gegensatz zu früheren öffentlich und in den Grenzen des Systems frei geführt wird. Vornehmlich die Prawda und die Iswestija haben zu den Vorschlägen von Liberman eine Reihe von zustimmenden Zuschriften gebracht, die an zahlreichen konkreten Beispielen das tatsächliche Ausmaß der Schwierigkeiten der Sowjetwirtschaft deutlich gemacht haben. Danach zeichnet sie sich - nicht nur in der Sowjetunion - vor allem durch das Problem des relativen Mangels, durch sogenannte Disproportionalitäten aus und erweist sich als unfähig, die von der Marktwirtschaft optimal gelöste Grundaufgabe jeder Wirtschaft - die Herstellung von Proportionalität und wirtschaftlichem Gleichgewicht - zu lösen³⁾.

Das soll in Zukunft anders werden. Die Empfehlungen der Reformer im Ostblock zielen auf eine Veränderung des gegen-

1) Siehe J. Liberman, Plan, pribyl', premija (Plan, Gewinn, Prämie), Prawda, Moskau, 9. September 1962, abgedruckt in: Ost-Probleme, Jahrgang 14, Bonn 1962, Nr. 21, Seite 661 ff.

2) Tatsächlich hat die Diskussion über die Mängel des sowjetischen Planungssystems und ihre Behebung nicht erst mit den Vorschlägen von Professor Liberman eingesetzt. Bereits 1956 hatten sowjetische Nationalökonomien die Frage der Bedeutung des Gewinns bei der Bewertung der betrieblichen Tätigkeit gestellt, und seit 1958 sind schließlich zahlreiche Vorschläge gemacht worden, die denen von Professor Liberman im Prinzip entsprechen. Vergleiche dazu Redaktionelle Notizen zur Nr. 6 der Ost-Probleme, Jahrgang 15, Bonn 1963, Seite 192.

3) In der westlichen Literatur wurde bereits Ende der fünfziger Jahre darauf hingewiesen, daß die Sowjetunion nolens volens mit dem Übergang aus der Epoche der 'extensiven Basis-Industrialisierung' in eine neue Phase der wirtschaftlichen Entwicklung, die sich durch zunehmend differenzierte Arbeitsteilung und daher größere Interdependenz der verschiedenen Wirtschaftszweige und Betriebe auszeichnet, auch neue Formen des Wirtschaftens finden müsse, weil eine bis in alle Einzelheiten geplante Abstimmung der Produktion sowohl in quantitativer als auch in zeitlicher Hinsicht zu immer größeren Disproportionalitäten führe. Vergleiche dazu Heinz Weber, Die Sowjetwirtschaft und das Wertgesetz, in: Osteuropa-Wirtschaft, Jahrgang 4, Heft 1, Stuttgart Juni 1959, Seite 24 ff.

wärtig bestehenden Systems der materiellen Interessiertheit und auf eine wesentliche Vereinfachung des Systems der Planung und Leitung der Betriebe ab.

Professor Liberman, zum Beispiel, schlägt vor¹⁾, "die Betriebe in höchstem Maße moralisch und materiell an der vollständigen Ausnutzung der Reserven" sowohl bei der Aufstellung als auch bei der Erfüllung der Pläne zu interessieren, indem die Kennziffer der Rentabilität²⁾ zur Hauptkennziffer für die Leitung und Planung der Betriebe gemacht wird. Mit "der kleinlichen Bevormundung der Betriebe" soll Schluß gemacht und ihre Rechte sollen erweitert werden. Die zentralen Planungsinstanzen sollen ihnen in Zukunft lediglich den "Produktionsumfang", "nach Nomenklatur und Lieferfristen," verbindlich vorschreiben. Entsprechend diesen Auflagen haben die Betriebe "einen völlig in sich abgeschlossenen Plan" aufzustellen, in dem sie die Produktivität, die Beschäftigtenzahl, den Arbeitslohn, die Produktionsselbstkosten, die Akkumulation, die Investitionen und den Plan 'Neue Technik' selbst festlegen.

Die individuelle und kollektive materielle Interessiertheit soll auf einem Prämienfonds beruhen, der vom "erreichten Stand der Rentabilität" abhängig gemacht wird³⁾. Das soll die Betriebe anhalten, die Kosten zu senken und mit Anlagen

1) Zum folgenden siehe J. Liberman, Plan, pribyl', premija (Plan, Gewinn, Prämie), a.a.O. und seinen Aufsatz: Plan, pribyl', premija (Plan, Gewinn, Prämie), Ekonomitscheskaja gaseta, Moskau 1962, Nr. 46, abgedruckt (unwesentlich gekürzt) in: Ost-Probleme, Jahrgang 15, Bonn 1963, Nr. 6, Seite 182 ff. Wörtliche Zitate ohne Beleg entstammen dem Prawdaaufsatz vom 9. September 1962, a.a.O., Seite 661 ff.

2) Rentabilität wird hier im Gegensatz zur bisherigen Anschauung (Verhältnis von Gewinn zu Selbstkosten) als prozentuales Verhältnis von Gewinn zu Produktionsfonds (also Kapital) interpretiert.

3) Das gegenwärtige System der materiellen Interessiertheit löst Impulse aus, die zu einer rein mengenmäßigen Erfüllung der Pläne ohne Rücksicht auf Qualität und bedarfsgerechte Struktur und die vor allem nicht zu einer restlosen Ausschöpfung aller vorhandenen Reserven führen (Tonnenideologie).

und Material sparsam umzugehen und sie ferner "materiell an progressiven technischen Kennziffern" interessieren.

Professor Liberman geht von der These aus, daß die Betriebe am besten ihre Reserven kennen. Er will erreichen, daß sie diese auch selbst aufdecken. Das werden sie aber nur tun, wenn sie für ihre gute Arbeit in einem Jahr nicht im folgenden bestraft werden, wie das im gegenwärtigen Planungssystem der Fall ist¹⁾. Deshalb sei es notwendig, mit der Praxis Schluß zu machen, nach der die Aufgaben für die Betriebe aufgrund des erreichten Standes ausgearbeitet werden.

Obwohl der Vorschlag, die Rentabilität zur wichtigsten Kennziffer zu machen, darauf hinausläuft, eine automatische Steuerung in die Sowjetwirtschaft einzubauen, die ähnlich wie das Preissystem in der Marktwirtschaft Aufgaben lösen soll, die die Planungsinstanzen nicht erfüllen können, wollen die Reformer die zentrale Planung beibehalten. Die Betriebe sollen zwar entscheiden dürfen, wie sie produzieren, aber nicht, was sie produzieren. Das wird ihnen weiterhin vorgeschrieben, "denn" - so schreibt Liberman - "wir leben ja in einer Plan- und nicht in einer Marktwirtschaft"²⁾.

Neu ist ferner der Vorschlag, die Investitionen zu verzinsen, also einen Kapitalzins einzuführen³⁾.

1) Das gilt gleichermaßen für die Sowjetische Besatzungszone. Vergleiche dazu K.H. Jonuscheit, Genügt unser System der wirtschaftlichen Rechnungsführung noch den gegenwärtigen Anforderungen?, in: Einheit, Zeitschrift für Theorie und Praxis des wissenschaftlichen Sozialismus, Jahrgang 17, (Ost-)Berlin 1962, Heft 10, Seite 10.

2) J. Liberman, Plan, pribyl', premija (Plan, Gewinn, Prämie), Ekonomitscheskaja gaseta, Moskau 1962, Nr. 46, zitiert nach Ost-Probleme, Jahrgang 15, Bonn 1963, Nr. 6, Seite 184.

3) Deutlicher als J. Liberman, a.a.O., haben dies zum Beispiel formuliert L. Waag und S. Sacharow, Platnost' proizvodstvennych fondov i pribyl' predprijatija (Entgeltlichkeit der Produktionsfonds und Betriebsgewinn), Woprosy ekonomiki, Moskau 1963, Nr. 4, abgedruckt (gekürzt) in: Ost-Probleme,

Bisher erhielten die staatlichen Betriebe ihre Produktionsfonds - ihr Kapital - vom Staat zinslos, also umsonst zur Verfügung gestellt.

Diese Form der Finanzierung hat für die Volkswirtschaft entscheidende Nachteile:

1. Sie führt zu einer maßlosen Verschwendung knapper Güter.

Eben weil den Betrieben keine Zinskosten entstehen, macht es diesen nichts aus, ob sie Vorräte im Werte von einer Million oder zehn Millionen halten, ob sie Maschinen horten oder ob sie Bauprojekte für längere Zeit unterbrechen müssen¹⁾. Sie werden dafür ökonomisch nicht bestraft. Die Extrakosten für "Investruinen" zum Beispiel bestehen allenfalls in der zusätzlichen Bezahlung eines Nachtwächters²⁾.

2. Bei einem Verzicht auf den Zins drücken die Preise nicht die wahre Knappheit der Güter aus.

Die Grundlage der Preisfestsetzung bilden bisher im Anschluß an die Marx'sche Arbeitswertlehre die Arbeitskosten und die Kosten der Produktionsmittel entsprechend

Jahrgang 15, Bonn 1963, Nr. 14, Seite 441 ff. Vor Erscheinen des Liberman-Aufsatzes im September 1962 sind solche Forderungen schon von Kantorowitsch und Nemtschinow und anderen erhoben worden. Vergleiche Franz Josef Hinkelammert, Das Investitionskriterium in Theorie und Praxis der sowjetischen Wirtschaftspolitik, in: Osteuropa-Wirtschaft, Jahrgang 7, Heft 1, Stuttgart März 1962, Seite 13 ff, hier Seite 22; ferner Alec Nove, Die sowjetische Wirtschaft, Wiesbaden 1962, Seite 244 ff.

¹⁾ Vergleiche Alec Nove, Die sowjetische Wirtschaft, a.a.O., Seite 246. Dieter Schnitzler, Die unvollendeten Investitionen verringern, in: DFW (Geld und Kredit/Versicherung), Jahrgang 12, 1958, Heft 22, Seite 625 f, schreibt, daß "der Umfang der unvollendeten Investitionen" in der Zone "in den letzten Jahren ständig gestiegen" sei und führt eine Reihe von Beispielen für Materialverschwendungen und Investruinen an. Vergleiche ferner Herbert Methner und Erwin Ast (Geld und Kredit/Versicherung), Jahrgang 16, 1962, Heft 12, Seite 14 f.

²⁾ Vergleiche Alec Nove, Die sowjetische Wirtschaft, a.a.O., Seite 240.

dem Durchschnittskostenprinzip. Dabei werden zwar die (bisher zu niedrigen) Abschreibungen und sonstigen Nebenkosten, grundsätzlich jedoch nicht Kapitalzins und Bodenrente berücksichtigt, wodurch namentlich die in kapitalintensiven Verfahren hergestellten Produkte zu billig erscheinen. Das führt auch in der Sowjetwirtschaft, in der die Preise ein unentbehrliches Orientierungsmittel bleiben¹⁾, zu einer falschen Verwendung dieser Produkte.

3. Mit dem Verzicht auf den Zins begibt sich die Zentrale eines zuverlässigen Investitionssteuerungsinstrumentes.

Ohne diese Größe ist sie nicht in der Lage, die Produktionselemente volkswirtschaftlich richtig im Hinblick auf höchstmöglichen Nutzen zu kombinieren. Ohne die Berücksichtigung des Zinsfaktors werden die zentralen Planungsinstanzen bei allen Wirtschaftlichkeitsüberlegungen versucht sein, die technisch optimale Variante zu wählen, wenn diese auch nur zu einer geringen Senkung der laufenden Kosten führt. Damit scheint diese dann zugleich auch stets die wirtschaftlichste zu sein²⁾.

Inzwischen haben die sowjetischen Wirtschaftstheoretiker und Planungsinstanzen erkannt, daß Kapital knapp ist. Seit Jahren benutzen sie für die Ermittlung des Nutzens von Investitionen sogenannte Investitionskriterien, die in der Regel ein gewisses Maß an Ertrag aus dem Kapital einschließen und damit der Vorstellung einer Verzinsung des

1) Zur Bedeutung der Preise als Orientierungsmittel für die zentralen Planungsinstanzen vergleiche Hans Hirsch, Mengenplanung und Preisplanung in der Sowjetunion, a.a.O., Seite 22 ff, 40 ff; ferner Alec Nove, Die sowjetische Wirtschaft, a.a.O., Seite 251 ff.

2) Vergleiche Adolf Weber, Sowjetwirtschaft und Weltwirtschaft, München 1959, Seite 97 ff und Seite 134 ff; derselbe, Marktwirtschaft - Sowjetwirtschaft, Ein Vergleich, München 1949, Seite 291 f. Zur Überbewertung der Anwendung technischer Neuerungen im Sozialismus vergleiche A. Kulikow, Über

Kapitals sehr nahekommen¹⁾. Aus ideologischen Gründen wurde dieser de-facto-Zins aber als Periode der Wiedereinbringung²⁾ oder als Nutzeffektkoeffizient kaschiert. Bislang wurde dieses Zinssurrogat jedoch nur als kalkulatorisches Instrument benutzt und nicht in den Preisen berücksichtigt.

Diese Mängel des Planungssystems sollen nun in Mitteldeutschland behoben werden. Auf dem VI, Parteitag der SED im Januar 1963 und der Wirtschaftskonferenz ihres Zentralkomitees Ende Juni 1963 wurden von der Liberman-Diskussion inspirierte Beschlüsse zur Änderung der Wirtschaftsführung gefaßt³⁾, die ihren Niederschlag in der 'Richtlinie für das neue ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft'⁴⁾ gefunden haben.

einige Probleme der Ausnutzung des Wertgesetzes in der Preisbildung in der UdSSR, in: Sowjetwissenschaft, Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge, Jahrgang 1959, Heft 3, Seite 318 ff, hier Seite 322 ff.

1) Vergleiche Alec Nove, Die sowjetische Wirtschaft, a.a.O., Seite 239 ff. Nove weist darauf hin, daß erst seit dem Tode Stalins der Weg für eine Neuorientierung in dieser Hinsicht frei geworden ist. In der Sowjetischen Besatzungszone befassten sich die Wirtschaftswissenschaftler mit der Theorie der Ermittlung des Nutzens erst seit 1956/57. Vergleiche Hans Wolter und Klaus Lemcke, Bessere Zusammenarbeit zwischen Theorie und Praxis bei der Kontrolle des ökonomischen Nutzens von Investitionen, in: DFW (Sammelausgabe), Jahrgang 15, 1961, Heft 15, Seite 469 ff.

2) Vergleiche Alec Nove, Die sowjetische Wirtschaft, a.a.O., Seite 242. In der Zone spricht man allgemein von Rückflußdauer.

3) Vergleiche Gerd Friedrich, Zur Wirkung der ökonomischen Hebel im System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft, in: Einheit, Zeitschrift für Theorie und Praxis des wissenschaftlichen Sozialismus, Jahrgang 18, (Ost-)Berlin 1963, Heft 7, Seite 18 ff.

4) Richtlinie für das neue ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft, Beschluß des Präsidiums des Ministerrates vom 11. Juli 1963, a.a.O., im folgenden zitiert nach der Sonderbeilage des Neuen Deutschland vom 16. Juli 1963.

Danach soll insbesondere die Wirtschaft nicht mehr im "Verwaltungsstil", sondern "in ökonomischer Art und Weise" geführt¹⁾ und der Gewinn zum entscheidenden Maßstab für die Beurteilung der ökonomischen Leistung der Betriebe gemacht werden²⁾. Um die Werktätigen an der Gewinnerzielung stärker zu interessieren, werden künftig die Prämien nicht mehr von der Planerfüllung schlechthin abhängig gemacht, sondern an die Erzielung des geplanten Betriebsergebnisses geknüpft. Beurteilungskriterium für die Zuführung zum Prämienfonds soll vor allem die Erfüllung des Gewinnplanes sein³⁾.

Ferner sollen die Betriebe und ihre Vereinigungen eine "Produktionsfondsabgabe" entrichten, die "als ein fester Prozentsatz vom effektiven Durchschnittsbestand an produktiven Fonds" für jedes Quartal ermittelt werden und "den Ausdruck einer staatlichen Mindestanforderung an die Ausnutzung der Produktionsfonds" haben soll⁴⁾. Das bedeutet im Endeffekt, daß die Betriebe zukünftig eine Art Zins auf ihr Kapital zahlen müssen.

Die Zonenfunktionäre sind aber nicht bereit, die zentrale Planung des Wirtschaftsprozesses aufzugeben⁵⁾. Deshalb bleibt die Reform auf halbem Wege stehen⁶⁾.

1) Richtlinie für das neue ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft, a.a.O., Seite 4.

2) Richtlinie für das neue ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft, a.a.O., Seite 11 und Seite 19.

3) Vergleiche Richtlinie für das neue ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft, a.a.O., Seite 20 f.

4) Richtlinie für das neue ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft, a.a.O., Seite 22.

5) Vergleiche Walter Ulbricht, Das ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft in der Praxis, Referat auf der Wirtschaftskonferenz des Zentralkomitees der SED und des Ministerrates der DDR am 24. Juni 1963, in: Die Wirtschaft, (Ost-)Berlin 1963, Nr. 26.

6) Zwar werden heute die Plandetails durchweg von den Vereinigungen der volkseigenen Betriebe ausgearbeitet und damit

Echte Reformen setzen die Ausbildung eines Preissystems voraus, das die relativen Knappheiten der verfügbaren Güter widerspiegelt. Allein durch Preisreformen - wie sie allenthalben im Ostblock durchgeführt werden - ist das nicht zu erreichen, denn das eigentliche Kalkulationsproblem liegt bei der Ermittlung richtiger Preisrelationen für Komplementärgüter, das ohne die Möglichkeit der Orientierung an Marktpreisen auf technischem Wege schwierig zu lösen ist. Ähnliche Schwierigkeiten bereitet die Preiskalkulation für Substitutionsgüter. Die einzig richtige Folgerung, daß die Widersprüche nur durch eine Systemänderung beseitigt werden können, wird nicht gezogen¹⁾. Unter den gegebenen Umständen ist das auch nicht zu erwarten.

Hier zeigt sich, daß der Spielraum für Reformen nur sehr eng ist. Wer nämlich dem Preismechanismus die Lenkung des Wirtschaftsprozesses überläßt, löst die Zentralverwaltungswirtschaft auf²⁾. Das kommunistische Dogma von der Überlegenheit der zentral geplanten und verwalteten Wirtschaft über die Verkehrswirtschaft darf aber nach wie vor nicht infrage gestellt werden. Dadurch muß jeder Vorschlag zur Auflockerung der Wirtschaftslenkung im Grunde immer in Konflikt mit der orthodoxen kommunistischen Ideologie geraten.

Durchgreifende Reformen dürften jedoch auch schon deshalb auf unüberwindbare Hindernisse treffen, weil sich eine Dezentralisation der wirtschaftlichen Entscheidungsmacht

die Planung basisnäher und elastischer gestaltet, aber die letzte Entscheidung wird doch in Ost-Berlin gefällt.

1) Die Reformer sind nicht einmal bereit, die sogenannte konkurrenzsozialistische Lösung einzuführen, die bei der Beibehaltung des gesellschaftlichen Eigentums an Produktionsmitteln den Mechanismus des marktwirtschaftlichen Preissystems benutzt, um erkannte Ziele mit einem Minimum an Aufwand zu erreichen.

2) Vergleiche Walter Eucken, Grundsätze der Wirtschaftspolitik, a.a.O., Seite 102.

zum einzelnen Betrieb hin nur äußerst schlecht mit einem straff zentral geleiteten und totalitären Staatswesen verträgt. Eine Annäherung an eine marktwirtschaftliche Ordnung müßte auch in der politisch-staatlichen Sphäre eine allgemeine Auflockerung, freiheitlichere Grundsätze nach sich ziehen, wie denn auch umgekehrt ein freiheitlich demokratischer Rechtsstaat mit einer zentral verwalteten Wirtschaft im Grunde unvereinbar ist. Auf diesen unlösbaren Zusammenhang zwischen bestimmten Formen der Wirtschafts-, Staats- und Gesellschaftsordnung weist Walter Eucken in seinen Ausführungen über die Interdependenz der Ordnungen hin¹⁾.

Dieser Sachverhalt berechtigt zu keinen großen Hoffnungen im Hinblick auf eine baldige Liberalisierung der Wirtschaft in der Zone.

Deshalb kann es vorerst allenfalls Reformen innerhalb des Systems, nicht aber solche am sowjetischen Wirtschaftssystem geben, so daß die Finanzkontrolle der Deutschen Notenbank zwar Veränderungen erfahren kann²⁾, im Prinzip aber in der geschilderten Form für absehbare Zeit bestehen bleiben wird.

1) Siehe Walter Eucken, Grundsätze der Wirtschaftspolitik, a.a.O., Seite 180 ff.

2) Vergleiche Hans Wicklein, VVB-Filialen zur Durchsetzung des Produktionsprinzips, in: DFW (Sammelausgabe), Jahrgang 17, 1963, Heft 6, Seite 7 ff.

L I T E R A T U R V E R Z E I C H N I S

- ABEKEN, Gerhard, Das Geld- und Bankwesen in der Sowjetischen Besatzungszone und im Sowjetsektor Berlins von 1945 bis 1954, Bonner Berichte aus Mittel- und Ostdeutschland, herausgegeben vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, Bonn 1955.
- Deutsche Notenbank, in: Staatslexikon, sechste Auflage, Band 2, Freiburg 1958, Seite 630.
- Der kurzfristige Kredit, Zu den Kreditrichtlinien der Deutschen Notenbank, in: Deutsche Finanzwirtschaft, Jahrgang 3, (Ost-) Berlin 1949, Heft 3, Seite 104 ff.
- ARNOLD, Hans, BORCHERT, Hans und SCHMIDT, Johannes, Ökonomik der sozialistischen Industrie in der Deutschen Demokratischen Republik, Lehrbuch, (Ost-) Berlin 1956.
- AUTORENKOLLEKTIV, Das Finanzsystem der DDR, (Ost-) Berlin 1962.
- AUTORENKOLLEKTIV, Ökonomisches Wörterbuch, Übersetzung aus dem Russischen, (Ost-) Berlin 1960.
- AUTORENKOLLEKTIV des Deutschen Genossenschaftsverbandes der Banken für Handwerk und Gewerbe e.V., Die Gewerbebanken im sozialistischen Aufbau, in: Deutsche Finanzwirtschaft (Geld und Kredit/Versicherung), Jahrgang 16, (Ost-) Berlin 1960, Heft 15, Seite 284 ff.
- BALZER, Werner und PUTTRICH, Gottfried, Deutsche Notenbank und Deutsche Post beschließen die Überleitung von Bankgutschriftsträgern in das Postschecknetz, in: Deutsche Finanzwirtschaft, Jahrgang 5, (Ost-) Berlin 1951, Heft 11, Seite 524.
- BARONE, E., The Ministry of Production in the Collectivist State, in: Collectivist Economic Planning, herausgegeben von F.A. Hayek, London 1935, Seite 92 ff.
- BATYRJOW, W.M., Die Organisation und Planung des Geldumlaufs in der UdSSR, Übersetzung aus dem Russischen, (Ost-) Berlin 1955.
- BEHRENS, Fritz, Zum Problem der Ausnutzung ökonomischer Gesetze in der Übergangsperiode, in: Wirtschaftswissenschaft, Drittes Sonderheft, (Ost-) Berlin 1957, Seite 105 ff.
- BENARY, Arne, Zu Grundproblemen der politischen Ökonomie des Sozialismus in der Übergangsperiode, in: Wirtschaftswissenschaft, Drittes Sonderheft, (Ost-) Berlin 1957, Seite 62 ff.

BERGERT, Horst, Operative Lohnfondskontrolle in der MTS, in: Deutsche Finanzwirtschaft (Geld und Kredit/Versicherung), Jahrgang 11, (Ost-) Berlin 1957, Heft 4, Seite 115.

BERICHT über die Tagung des Arbeitskreises "Geldtheorie" am Institut für Wirtschaftswissenschaften bei der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin, in: Deutsche Finanzwirtschaft, Jahrgang 8, (Ost-) Berlin 1954, Heft 9, Seite 459 ff.

BERICHT vom Verbandstag des Deutschen Genossenschaftsverbandes der Banken für Handwerk und Gewerbe am 9. Juni 1959 in Leipzig: Gewerbebanken - Mitgestalter am Aufbau des Sozialismus, in: Deutsche Finanzwirtschaft (Geld und Kredit/Versicherung), Jahrgang 13, (Ost-) Berlin 1959, Heft 13, Seite 375 ff.

BETHGE, H. und PAPKE, K., Komplexe Finanzkontrolle gegen falsche Leistungsmethoden, in: Deutsche Finanzwirtschaft (Sammelausgabe), Jahrgang 14, (Ost-) Berlin 1960, Heft 1, Seite 17 f.

BINZ, Alfred, Gesetzliche Einführung des allgemeinen Vertragssystems, in: Finanzen und Kredit, Aufsatzsammlung für Unterricht und Praxis, Band II, (Ost-) Berlin 1952, Seite 403 ff.

BIRMAN, A.M., Die Planung der Umlaufmittel, Übersetzung aus dem Russischen, (Ost-) Berlin 1953.

BLOMEYER, Arwed, Eigentum und Eigentumsrecht in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, in: Das Eigentum im Ostblock, Band 5 der Studien des Instituts für Ostrecht in München, Berlin 1958, Seite 63 ff.

BOGUSLAWSKI, M.W. und PROSELKOW, A.A., Rechnungsführung und operative Technik in der Staatsbank, Übersetzung aus dem Russischen, (Ost-) Berlin 1954.

BOLLER, Franz, Bemerkungen zum Paragraph 17 der Verordnung über die Lohnfondskontrolle, in: Deutsche Finanzwirtschaft (Sammelausgabe), Jahrgang 16, (Ost-) Berlin 1962, Heft 12, Seite 19 f.

BOSCH, Werner, Marktwirtschaft - Befehlswirtschaft, Ein Vergleich der Wirtschaftsordnungen in West- und Mitteldeutschland, Band 8 der Veröffentlichungen des Forschungsinstituts für Wirtschaftspolitik an der Universität Mainz, Heidelberg 1960.

BRANDT, Horst, Einige Gedanken zur neuen Umlaufmittel-Anordnung, in: Deutsche Finanzwirtschaft (Finanzen und Buchführung), Jahrgang 13, (Ost-) Berlin 1959, Heft 6, Seite 168 ff.

DEMMLER, Horst, Wirtschaftskrise in der Zone, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 27. Juli 1962.

DEWEY, Charles, Die Planung und Regulierung des Bargeldumschlages in der Deutschen Demokratischen Republik, (Ost-) Berlin 1956.

- DEWEY, Charles, Einige Bemerkungen zum Arbeitskreis "Geldtheorie" am Institut für Wirtschaftswissenschaften, in: Deutsche Finanzwirtschaft (Geld und Kredit/Versicherung), Jahrgang 12, (Ost-) Berlin 1958, Heft 1, Seite 5 f.
- Die Kontrolle durch die Deutsche Mark im Bargeldsektor, in: Deutsche Finanzwirtschaft, Jahrgang 5, (Ost-) Berlin 1951, Heft 23, Seite 486 ff.
- DIEKMANN, Klaus, Wirtschaftsrechnung, Investitionen und Wachstum in einer Zentralverwaltungswirtschaft, Wirtschaftswissenschaftliche Veröffentlichungen des Osteuropa-Instituts an der Freien Universität Berlin, Band 11, Berlin 1960.
- DJATSCHENKO, W., Finanzen und Kreditwesen, in: Große Sowjet-Enzyklopädie, zweite Auflage, Band I, (Ost-) Berlin 1952.
- DRATH, Martin, Verfassungsrecht und Verfassungswirklichkeit in der Sowjetischen Besatzungszone, Untersuchungen über Legalität, Loyalität und Legitimität, herausgegeben vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, vierte Auflage, Bonn 1956.
- DURCHSETZUNG, Für die richtige - der Beschlüsse des 33. Plenums in den Finanzorganen - Einige Bemerkungen zu einem Artikel der Genossin Kuckhoff, in: Deutsche Finanzwirtschaft (Sammelausgabe), Jahrgang 12, (Ost-) Berlin 1958, Heft 3, Seite 31 ff.
- EBERL, Siegfried, Mängel in der Bargeldumsatzplanung, in: Deutsche Finanzwirtschaft, Jahrgang 10, (Ost-) Berlin 1956, Heft 10, Seite 428 ff.
- EBERSBACH, Heinz, Die Beziehungen zwischen der Bilanz der Geldeinnahmen und -ausgaben der Bevölkerung und dem Bargeldumsatzplan, in: Deutsche Finanzwirtschaft (Geld und Kredit/Versicherung), Jahrgang 12, (Ost-) Berlin 1958, Heft 1, Seite 24 f.
- EBERT, S. und ROHR, W., Lohnfondskontrolle - ihre Probleme und Mängel, in: Deutsche Finanzwirtschaft, Jahrgang 8, (Ost-) Berlin 1954, Heft 11, Seite 566 ff.
- EGERLAND, Helmut, Zum Einfluss der Umschlaggeschwindigkeit des Geldes auf die notwendige Bargeldmenge, in: Geld und Kredit, Wissenschaftliches Bulletin, (Ost-) Berlin 1956, Heft 4, Seite 283 ff.
- Vereinfachung im Bargeldsektor, in: Deutsche Finanzwirtschaft, Jahrgang 10, (Ost-) Berlin 1956, Heft 18, Seite 869 ff.
- Um die beste Verrechnungsmethode, in: Deutsche Finanzwirtschaft (Geld und Kredit/Versicherung), Jahrgang 14, (Ost-) Berlin 1960, Heft 1, Seite 3 ff.
- ENTEIGNUNG, Die - in der Sowjetischen Besatzungszone und die Verwaltung des Vermögens von nicht in der Sowjetzone ansässigen Personen, herausgegeben vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, zweite ergänzte Auflage, Bonn 1958.

- EHLERT, W., Das einheitliche Finanzsystem in der Volkswirtschaft der DDR, in: Deutsche Finanzwirtschaft (Sammelausgabe), Jahrgang 14, (Ost-) Berlin 1960, Heft 20, Seite 614 ff.
- EISENKLAM, Rudolf, Kontrolle des Lohnfonds durch die Deutsche Notenbank, in: Deutsche Finanzwirtschaft, Jahrgang 7, (Ost-) Berlin 1953, Heft 12, Seite 654 f.
- ERLÄUTERUNGEN: FE-Verfahren - Sonder- und Forderungskredite, in: Deutsche Finanzwirtschaft (Sammelausgabe), Jahrgang 15, (Ost-) Berlin 1961, Heft 17, Seite 529 ff.
- EUCKEN, Walter, Die Grundlagen der Nationalökonomie, sechste Auflage, Berlin-Göttingen-Heidelberg 1950.
- Grundsätze der Wirtschaftspolitik, herausgegeben von Edith Eucken und K. Paul Hensel, zweite, unveränderte Auflage, Tübingen und Zürich 1955.
- FACK, Fritz, Ullrich, Der 'Schwindelkurs', in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 12. Dezember 1957.
- FALKNER, Günter, Die Entwicklung der Planung und Leitung der Volkswirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik und ihre Grundsätze, in: Sammelwerk: Zehn Jahre Volkswirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik, (Ost-) Berlin 1959, Seite 53 ff.
- FENGLER, Heinz, Was ist eine Haushaltsorganisation?, in: Deutsche Finanzwirtschaft (Staatshaushalt), Jahrgang 14, (Ost-) Berlin 1960, Heft 3, Seite 48 f.
- FIEBERLING und REIMANN, Bargeldumsatzplanung im Kollektiv, in: Deutsche Finanzwirtschaft (Geld und Kredit/Versicherung), Jahrgang 14, (Ost-) Berlin 1960, Heft 21, Seite 422 f.
- FINGER, Herbert, Wie vereinfachen wir die Organisation zwischenbetrieblicher Zahlungen?, in: Deutsche Finanzwirtschaft (Geld und Kredit/Versicherung), Jahrgang 13, (Ost-) Berlin 1959, Heft 21, Seite 609 ff.
- und POLASCHEWSKI, Edwin, Grundsätze für die Sanktionsfähigkeit, in: Deutsche Finanzwirtschaft (Geld und Kredit/Versicherung), Jahrgang 15, (Ost-) Berlin 1961, Heft 21, Seite 415 ff.
- und POLASCHEWSKI, Edwin, Grundsätze der komplexen Bankkontrolle, in: Deutsche Finanzwirtschaft (Geld und Kredit/Versicherung), Jahrgang 15, (Ost-) Berlin 1961, Heft 13, Seite 241 ff.
- FINGER, Karl, Die Rolle des VF-Verfahrens, in: Deutsche Finanzwirtschaft (Geld und Kredit/Versicherung), Jahrgang 11, (Ost-) Berlin 1957, Heft 4, Seite 104 ff.
- FISCHER, Karl und REDES, Joachim, Die Finanzplanung, in: Deutsche Finanzwirtschaft, Jahrgang 3, (Ost-) Berlin 1949, Heft 7/8, Seite 23 ff.
- FORGBERT, Erhard, Kurzfristiger Kredit auf neuer Grundlage, in: Deutsche Finanzwirtschaft, Jahrgang 3, (Ost-) Berlin 1949, Heft 6, Seite 204 ff.

- FORSCHUNGSBEIRAT für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands beim Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, Dritter Tätigkeitsbericht 1957/1961, Bonn und Berlin 1961.
- FÖRSTER, Wolfgang, Betriebspolitische Finanzwirtschaft, Methoden und Wege der sowjetzonalen Finanzkontrolle, Berichte des Osteuropa-Instituts an der Freien Universität Berlin, Heft 3, Berlin 1952.
- und MENZ-GOLLER, Gertraud, Die Rolle der Finanzwirtschaft im sowjetischen Wirtschaftssystem, Berichte des Osteuropa-Instituts an der Freien Universität Berlin, Heft 19, Wirtschaftswissenschaftliche Folge, Berlin 1955.
- FORSTMANN, Albrecht, Geld und Kredit, Teil II, Göttingen 1952.
- FRANKE, W., Die Arbeit mit dem Kassenplan dient der Erfüllung des Abgabeplanes, in: Deutsche Finanzwirtschaft, Jahrgang 9, (Ost-) Berlin 1955, Heft 10, Seite 433 ff.
- FREITAG, Klaus-Dieter, Die finanzielle Bilanzierung des Volkswirtschaftsplanes, in: Deutsche Finanzwirtschaft (Staatshaushalt), Jahrgang 11, (Ost-) Berlin 1957, Heft 5, Seite 129 ff.
- Die Aufgaben der Staatlichen Plankommission auf dem Gebiete der Finanzen und der Preise, in: Deutsche Finanzwirtschaft (Sammelausgabe), Jahrgang 12, (Ost-) Berlin 1958, Heft 15, Seite 242 ff.
- FRENZEL, Paul, Der Bargeldumsatzplan - seine Aufgaben, seine Mängel und deren Überwindung, in: Deutsche Finanzwirtschaft, Jahrgang 10, (Ost-) Berlin 1956, Heft 16, Seite 744 ff.
- FRIEBE, Siegfried, Der Kredit in der Zentralverwaltungswirtschaft sowjetischen Typs, Wirtschaftswissenschaftliche Veröffentlichungen des Osteuropa-Instituts an der Freien Universität Berlin, Band 5, Berlin 1957.
- Das Kreditwesen in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, Bonner Berichte aus Mittel- und Ostdeutschland, herausgegeben vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, Bonn 1958.
- Revisionismus auch im Finanzwesen, Die Hintergründe des Rücktritts von Greta Kuckhoff, in: SBZ-Archiv, Dokumente, Berichte, Kommentare zu gesamtdeutschen Fragen, Jahrgang 9, Köln 1958, Heft 10.
- Die Aufhebung der Rationierung, in: SBZ-Archiv, Dokumente, Berichte, Kommentare zu gesamtdeutschen Fragen, Jahrgang 9, Köln 1958, Heft 12.
- FRIEDRICH, Carl Joachim, Totalitäre Diktatur, Stuttgart 1957.
- FRIEDRICH, Gerd, Zur Wirkung der ökonomischen Hebel im System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft, in: Einheit, Zeitschrift für Theorie und Praxis des wissenschaftlichen Sozialismus, Jahrgang 18, (Ost-) Berlin 1963, Heft 7, Seite 18 ff.

- FRIEDRICH, FE und Einhaltung des Kreditplans, in: Deutsche Finanzwirtschaft (Geld und Kredit/Versicherung), Jahrgang 17, (Ost-) Berlin 1963, Heft 5, Seite 14.
- FÜRST, Hermann, Der Ausweis der Deutschen Notenbank, in: Deutsche Finanzwirtschaft, Jahrgang 3, (Ost-) Berlin 1949, Heft 12, Seite 351 f.
- GALETTE, Alfons, Der "Demokratische Zentralismus" als Strukturprinzip der Verwaltung im kommunistisch beherrschten Teil Deutschlands, in: Jahrbuch für Ostrecht, Band 1, April 1960, Seite 41 ff.
- GEBHARD, Werner, Bewertungsprobleme in der Bilanz des volkseigenen Betriebes, Wirtschaftswissenschaftliche Veröffentlichungen des Osteuropa-Instituts an der Freien Universität Berlin, Band 16, Berlin 1962.
- GEDANKEN zum Akkreditivverfahren, in: Deutsche Finanzwirtschaft (Geld und Kredit/Versicherung), Jahrgang 12, (Ost-) Berlin 1958, Heft 21, Seite 594 f.
- GEIGER, Theodor, Die Klassengesellschaft im Schmelztiegel, Köln und Hagen 1949.
- GEISSLER, Heinz, Banksanktionen in der Praxis, in: Deutsche Finanzwirtschaft (Sammelausgabe), Jahrgang 16, (Ost-) Berlin 1962, Heft 1, Seite 12 ff.
- GELD und Kredit in der heutigen Wirtschaftssituation der sowjetischen Besatzungszone, in: Wochenbericht des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin 1954, Nr. 26.
- GEORGINO, Willi, Welche vordringlichen Aufgaben ergeben sich für die Abgabenverwaltung nach der II. Parteikonferenz?, in: Deutsche Finanzwirtschaft, Jahrgang 6, (Ost-) Berlin 1952, Heft 15, Seite 785 ff.
- GESTRICH, Hans, Kredit und Sparen, dritte durchgesehene Auflage, Düsseldorf und München 1957.
- GITTEL, Kurt, Die Finanzierung des genossenschaftlichen Arbeiterwohnungsbaues durch die Sparkassen, in: Deutsche Finanzwirtschaft (Geld und Kredit/Versicherung), Jahrgang 12, (Ost-) Berlin 1958, Heft 3, Seite 81 ff.
- GRABOWSKI, Christian, Die deutschen Banken, in: Deutsche Finanzwirtschaft, Jahrgang 1, (Ost-) Berlin 1947, Heft 5, Seite 16 ff.
- GROSS, Walter, Die Abführung der Amortisationsbeträge der VEB und ihre Verwendung, in: Deutsche Finanzwirtschaft, Jahrgang 3, (Ost-) Berlin 1949, Heft 6, Seite 207.
- GROSSMANN, Werner, Die Beziehungen zwischen Haushalts- und Kreditsystem, in: Deutsche Finanzwirtschaft (Staatshaushalt), Jahrgang 12, (Ost-) Berlin 1958, Heft 2, Seite 33 ff.
- GRUNAU, Joachim, Rationalprinzip, Wirtschaftsrechnung und Wirtschaftssystem, in: Weltwirtschaftliches Archiv, Band 64, Hamburg 1950, Seite 276 ff.

- GRUSCHWITZ, Reinhard, Die Kraft des Kollektivs bei der Beseitigung von Lohnfondsüberschreitungen nutzen, in: Deutsche Finanzwirtschaft (Geld und Kredit/Versicherung), Jahrgang 12, (Ost-) Berlin 1958, Heft 10, Seite 291 ff.
- GÜNTHER, Walter, Für weitere Erfolge in der Lohnfondskontrolle, in: Deutsche Finanzwirtschaft (Geld und Kredit/Versicherung), Jahrgang 16, (Ost-) Berlin 1962, Heft 20, Seite 1 ff.
- GUSSAKOW, A.D. und DYMSCHIZ, J.A., Geldumlauf und Kredit in der UdSSR, Übersetzung aus dem Russischen, (Ost-) Berlin 1953.
- HAGEMANN, Wilhelm, Die neuen Aufgaben der Deutschen Bauern-Bank, in: Deutsche Finanzwirtschaft (Geld und Kredit/Versicherung), Jahrgang 13, (Ost-) Berlin 1959, Heft 17, Seite 494 ff.
- HALBRITTER, Walter, Die Beschlüsse des VI. Parteitages der SED zur wirtschaftlichen Rechnungsführung, in: Deutsche Finanzwirtschaft (Sammelausgabe), Jahrgang 17, (Ost-) Berlin 1963, Heft 6, Seite 2 ff.
- HALBRITTER, Werner, ERMILICH, Manfred u.a., Örtliche Staatsorgane und sozialistische Finanzpolitik - Eine Darstellung der Aufgaben und Arbeitsweise der örtlichen Staatsorgane bei der Aufstellung und Durchführung des Haushaltsplanes, (Ost-) Berlin 1959.
- HAYEK, F.A., The Present State of the Debate, in: Collectivist Economic Planning, London 1935, Seite 207 ff.
- HEINICKE, Walter, Gegen jegliche Anzeichen von Revisionismus, in: Deutsche Finanzwirtschaft (Sammelausgabe), Jahrgang 12, (Ost-) Berlin 1958, Heft 18, Seite 281 ff.
- HEINZELMANN, Ernst, Die neuen Emissions- und Girobanken, in: Deutsche Finanzwirtschaft, Jahrgang 1, (Ost-) Berlin 1947, Heft 1, Seite 6 ff.
- HENDRIX, W., Die Finanzwirtschaft der Ostzone, herausgegeben vom Finanzwissenschaftlichen Forschungsinstitut an der Universität Köln, Köln 1954, Maschinschrift.
- HENSEL, K.Paul, Einführung in die Theorie der Zentralverwaltungswirtschaft, Eine vergleichende Untersuchung idealtypischer wirtschaftlicher Lenkungssysteme an Hand des Problems der Wirtschaftsrechnung, Stuttgart 1954.
- Studie über Planwirtschaft, in: Wirtschaftsfragen der freien Welt, Frankfurt (Main) 1958, Seite 174 ff.
- Finanzplanung (DDR), in: Handwörterbuch der Betriebswirtschaft, dritte, völlig neu bearbeitete Auflage, Stuttgart 1956.

- HERDER, Karl, Die Beziehungen zwischen Finanz- und Geldsystem in der Deutschen Demokratischen Republik, in: Geld und Kredit, Jahrgang 3, (Ost-) Berlin 1958, Heft 1/2, Seite 51 ff.
- HEROLD, Dieter, Kritisches zur Arbeit der Deutschen Notenbank bei der teilweisen Umschlagskreditierung, in: Deutsche Finanzwirtschaft, Jahrgang 10, (Ost-) Berlin 1956, Heft 10, Seite 453 ff.
- HEYDE, Erhard, Die Lohnfondskontrolle richtig anpacken, in: Deutsche Finanzwirtschaft (Geld und Kredit/Ver-sicherung), Jahrgang 14, (Ost-) Berlin 1960, Heft 13, Seite 245 ff.
- HINKELAMMERT, Franz Josef, Das Investitionskriterium in Theorie und Praxis der sowjetischen Wirtschaftspolitik, in: Osteuropa - Wirtschaft, Jahrgang 7, Heft 1, März 1962, Seite 13 ff.
- HIRSCH, Hans, Mengenplanung und Preisplanung in der Sowjetunion, Basel-Tübingen 1957.
- HOFMANN, W., Handbuch des gesamten Kreditwesens, sechste Auflage, Frankfurt (Main) 1960.
- HUHN, Willy, Die Deutsche Notenbank, in: Deutsche Finanzwirtschaft, Jahrgang 2, (Ost-) Berlin 1948, Heft 5/6, Seite 7 ff.
- HUNSTOCK, D. und STIEMERLING, K., Die Deutsche Notenbank auf dem richtigen Weg?, in: Deutsche Finanzwirtschaft, Jahrgang 10, (Ost-) Berlin 1956, Heft 20, Seite 978 ff.
- IKONNIKOW, W.W. u.a., Geld- und Kreditwesen in der UdSSR, herausgegeben von einem Autorenkollektiv unter Leitung von W.W. Ikonnikow, Übersetzung aus dem Russischen, (Ost-) Berlin 1954.
- ILLGEN, Rolf, Die Kreditierung der richtsatzgebundenen Umlaufmittel der volkseigenen Industriebetriebe, in: Deutsche Finanzwirtschaft, Jahrgang 10, (Ost-) Berlin 1956, Heft 19, Seite 897 ff.
- Vorschlag eines neuen Verfahrens für die Kreditierung der richtsatzgeplanten Umlaufmittel volkseigener Industriebetriebe nach dem Umschlag, in: Deutsche Finanzwirtschaft, Jahrgang 10, (Ost-) Berlin 1956, Heft 8, Seite 342 ff.
- Zur neuen Verordnung über die Lohnfondskontrolle, in: Deutsche Finanzwirtschaft (Sammelausgabe), Jahrgang 16, (Ost-) Berlin 1962, Heft 5, Seite 12 ff.
- und ZSCHÜNTZSCH, Fritz, Die Bedeutung der Kontrolle der volkseigenen Wirtschaft mittels der Deutschen Notenbank, in: Deutsche Finanzwirtschaft, Jahrgang 5, (Ost-) Berlin 1951, Heft 3/4, Seite 155 ff.
- IMBODEN, Max, Die politischen Systeme, Basel und Stuttgart 1962.

- INFORMATIONEN zur "Umlaufmittelausstattung der volkseigenen Betriebe", in: Deutsche Finanzwirtschaft (Geld und Kredit/Versicherung), Jahrgang 11, (Ost-) Berlin 1957, Heft 3, Seite 80.
- JERKE, Fred, Die Kontrolle durch die Mark unbürokratisch durchführen, in: Deutsche Finanzwirtschaft, Jahrgang 7, (Ost-) Berlin 1953, Heft 15, Seite 818.
- JONUSCHEIT, K.H., Genügt unser System der wirtschaftlichen Rechnungsführung noch den gegenwärtigen Anforderungen?, in: Einheit, Zeitschrift für Theorie und Praxis des wissenschaftlichen Sozialismus, Jahrgang 17, (Ost-) Berlin 1962, Heft 10.
- JOSWIG, Was heißt komplexe Kontrolle der Bank?, in: Deutsche Finanzwirtschaft (Geld und Kredit/Versicherung), Jahrgang 15, (Ost-) Berlin 1961, Heft 24, Seite 486 f.
- und FINGER, Herbert, Wie kann die Wirksamkeit des Kredits im neuen ökonomischen System erhöht werden?, in: Deutsche Finanzwirtschaft (Sammelausgabe), Jahrgang 18, (Ost-) Berlin 1964, Heft 5, Seite 15.
- KAEMMEL, Ernst, Das Finanzsystem der Deutschen Demokratischen Republik, in: Handbuch der Finanzwissenschaft, zweite Auflage, Tübingen 1958, Band 3, Seite 396 ff.
- KALUS, Klaus, Wirtschaftszahlen aus der SBZ, dritte erweiterte Auflage, Bonn 1961.
- KALWEIT, Werner, Das einheitliche sozialistische Finanzsystem in der DDR, in: Deutsche Finanzwirtschaft (Sammelausgabe), Jahrgang 12, (Ost-) Berlin 1958, Heft 8, Seite 111 ff.
- KAMPFERT, K., Gegen das Aufkommen revisionistischer Auffassungen in der Wirtschaftswissenschaft, in: Wirtschaftswissenschaft, drittes Sonderheft, (Ost-) Berlin 1957, Seite 1 ff.
- KAPS und MATZKAU, Einige Gedanken zur neuen Lohnfondsverordnung, in: Deutsche Finanzwirtschaft (Sammelausgabe), Jahrgang 16, (Ost-) Berlin 1962, Heft 1, Seite 21 f.
- KASCHE, Gerd und KUKLIES, Karl-Ludwig, Lohnfondskontrolle oder Rentabilitätskontrolle?, in: Deutsche Finanzwirtschaft (Geld und Kredit/Versicherung), Jahrgang 13, (Ost-) Berlin 1959, Heft 22, Seite 634 f.
- KECK, Alfred, Die Bilanz der Geldeinnahmen und -ausgaben der Bevölkerung - Aufgaben, Aufstellung, Analyse, (Ost-) Berlin 1956.
- Die Wirksamkeit der Lohnfondskontrolle erhöhen, in: Deutsche Finanzwirtschaft (Geld und Kredit/Versicherung), Jahrgang 15, (Ost-) Berlin 1961, Heft 8, Seite 233 ff.
- KELLER, Horst und FRENZEL, Paul, Verbesserung der Planung des Kreditsystems, in: Deutsche Finanzwirtschaft (Geld und Kredit/Versicherung), Jahrgang 12, (Ost-) Berlin 1958, Heft 12, Seite 337 ff.
- KITSCHKE, Adalbert, Das Steuersystem in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, Gelsenkirchen-Buer 1960.

- KITTEL, Kurt, Die Aufgaben der Sparkassen nach dem V. Parteitag, in: Deutsche Finanzwirtschaft (Geld und Kredit/Versicherung), Jahrgang 12, (Ost-) Berlin 1958, Heft 17, Seite 484 ff und Heft 18, Seite 512 ff.
- Bedingungen und Technik des Teilzahlungskredites, in: Deutsche Finanzwirtschaft, Jahrgang 7, (Ost-) Berlin 1953, Heft 23, Seite 1257 f.
- KLABUNDE, Hans, Die Arbeitskräfteplanung in der volkseigenen örtlichen Industrie, (Ost-) Berlin 1957.
- KLUG, Walter, Kontrolle zur Einhaltung des Lohnfonds 1953, in: Deutsche Finanzwirtschaft, Jahrgang 7, (Ost-) Berlin 1953, Heft 13, Seite 703 ff.
- KNAUTHE, Erhart, Finanzsystem und Finanzen der Wirtschaftszweige, in: Deutsche Finanzwirtschaft (Finanzen und Buchhaltung), Jahrgang 12, (Ost-) Berlin 1958, Heft 9, Seite 260 ff.
- Der Finanzplan des volkseigenen Industriebetriebes, Diskussionsbeiträge zu Wirtschaftsfragen, Heft 21, (Ost-) Berlin 1956.
- KOCH, Kurt, Das Bankeninkasso (Rechnungseinzugsverfahren), in: Deutsche Finanzwirtschaft, Jahrgang 6, (Ost-) Berlin 1952, Heft 14, Seite 735 ff.
- und MEYER, Kurt, Der einheitliche Überweisungsverkehr der Kreditinstitute in der DDR, Zur Reorganisation des Überweisungsverkehrs, in: Deutsche Finanzwirtschaft, Jahrgang 5, (Ost-) Berlin 1951, Heft 17/18, Seite 276 ff.
- und MEYER, Kurt, Das Verfahren der Deutschen Notenbank über die Verrechnung von Forderungen in der Praxis, in: Deutsche Finanzwirtschaft, Jahrgang 8, (Ost-) Berlin 1954, Heft 10, Seite 510 ff.
- und MEYER, Kurt, Die Büros der Deutschen Notenbank für gegenseitige Verrechnungen (Verrechnungsstellen), in: Deutsche Finanzwirtschaft, Jahrgang 7, (Ost-) Berlin 1953, Heft 7, Seite 342 ff.
- KOHLMEY, Gunther und DEWEY, Charles, Bankensystem und Geldumlauf in der Deutschen Demokratischen Republik 1945 - 1955, Gesetzessammlung und Einführung, (Ost-) Berlin 1956.
- KOHLMEY, Gunther, Nach der Arbeitskonferenz der Finanzwirtschaftler, in: Geld und Kredit, Wissenschaftliches Bulletin des Instituts für Wirtschaftswissenschaften bei der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin, Jahrgang 1, (Ost-) Berlin 1956, Heft 3, Seite 183 ff.
- Währung, Finanzen und Kredit, in: Deutsche Finanzwirtschaft (Sammelausgabe), Jahrgang 12, (Ost-) Berlin 1958, Heft 15, Seite 237 ff.
- Die Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus, (Ost-) Berlin 1956.

- KOHLMEY, Gunther, Das Geldsystem in der DDR, (Ost-) Berlin 1955.
- Das sowjetische Finanzsystem, (Ost-) Berlin 1952.
- KONTOROWITSCH, W., Der Betriebsplan des Industriebetriebes, Übersetzung aus dem Russischen, (Ost-) Berlin 1955.
- KONTROLLE des Lohnfonds, Stellungnahme der Deutschen Notenbank Berlin, in: Deutsche Finanzwirtschaft, Jahrgang 7, (Ost-) Berlin 1953, Heft 22, Seite 1197 ff.
- KOZIOLEK, Helmut, Grundfragen der marxistisch-leninistischen Theorie des Nationaleinkommens im Sozialismus, (Ost-) Berlin 1957.
- KRAUSE, Werner, Die Entstehung des Volkseigentums in der Industrie der Deutschen Demokratischen Republik, (Ost-) Berlin 1958.
- KRELLE, W., Über die Möglichkeiten der Wirtschaftsrechnung in verschiedenen Wirtschaftsordnungen, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Band 165, Stuttgart 1953, Seite 123 ff.
- KRETZSCHMAR, Johannes, Mehr Beachtung der Aufstellung und Erfüllung des Kassenplanes, in: Deutsche Finanzwirtschaft, Jahrgang 10, (Ost-) Berlin 1956, Heft 8, Seite 347f.
- KRITERIEN des jugoslawischen Sozialismus, in: Ost-Probleme, Jahrgang 12, Bonn 1960, Heft 14, Seite 432 ff.
- KRONROD, J.A., Das Geld in der sozialistischen Gesellschaft, Theoretischer Grundriß, Übersetzung aus dem Russischen nach der zweiten überarbeiteten Auflage, (Ost-) Berlin 1963.
- KROSS, Herbert, Neue Aufgaben für die Banken für Handwerk und Gewerbe, in: Deutsche Finanzwirtschaft (Geld und Kredit/Versicherung), Jahrgang 16, (Ost-) Berlin 1962, Heft 14, Seite 12 ff.
- KRÜGER, Gerhard, Neue Kreditierungsform im Handel festigt die Verbindung Bank - Betrieb, in: Deutsche Finanzwirtschaft (Geld und Kredit/Versicherung), Jahrgang 12, (Ost-) Berlin 1958, Heft 20, Seite 552 ff.
- Bessere Ergebnisse bei der Anwendung der Umschlagsfinanzierung im Handel, in: Deutsche Finanzwirtschaft (Geld und Kredit/Versicherung), Jahrgang 11, (Ost-) Berlin 1957, Heft 8, Seite 230ff.
- KUCKHOFF, Greta, Die Aufgaben der Staatsbank, in: Deutsche Finanzwirtschaft (Geld und Kredit/Versicherung), Jahrgang 12, (Ost-) Berlin 1958, Heft 2, Seite 33 ff.
- Die Finanzierung der Umlaufmittel, die Kreditkontrolle und das Bankenkassas durch die Deutsche Notenbank in der volkseigenen Wirtschaft, in: Deutsche Finanzwirtschaft, Jahrgang 5, (Ost-) Berlin 1951, Heft 17/18, Seite 242 ff.

KUCKHOFF, Greta, Hauptaufgaben der Deutschen Notenbank nach dem IV. Parteitag der SED, in: Deutsche Finanzwirtschaft, Jahrgang 8, (Ost-) Berlin 1954, Heft 17, Seite 866 ff.

- Der Kampf um die Durchsetzung der neuen Kreditierungsmethoden und ihre Hilfe für die Wirtschaft der DDR, in: Deutsche Finanzwirtschaft, Jahrgang 10, (Ost-) Berlin 1956, Heft 1, Seite 2 ff.

KUKLIES, Karl-Ludwig und KASCHE, Gerd, Unreale Normen widersprechen dem Leistungsprinzip, in: Deutsche Finanzwirtschaft (Geld und Kredit/Versicherung), Jahrgang 12, (Ost-) Berlin 1958, Heft 10, Seite 297 f.

KULIKOW, A., Über einige Probleme der Ausnutzung des Wertgesetzes in der Preisbildung in der UdSSR, in: Sowjetwissenschaft, Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge, (Ost-) Berlin, Jahrgang 1959, Heft 3, Seite 318 ff.

LABBERT, Karl, Gedanken zur Bargeldlenkung im volkseigenen Sektor, in: Deutsche Finanzwirtschaft, Jahrgang 7, (Ost-) Berlin 1953, Heft 9, Seite 483 f.

LÄMMERHIRT, Gerhart, Zehn Jahre Finanzwirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik, in: Sammelwerk: Zehn Jahre Volkswirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik, (Ost-) Berlin 1959, Seite 273 ff.

LANGE, Hans, Bessere Lohn- und Gehaltssteuerung, in: Deutsche Finanzwirtschaft, Jahrgang 10, (Ost-) Berlin 1956, Heft 15, Seite 718 f.

LANGE, O. und TAYLOR, E., On the Economic Theory of Socialism, Minnesota 1938.

LEMNITZ, Alfred, Das Geld und die Funktionen des Geldes im Sozialismus und in der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus, Ein Beitrag zur Diskussion über das Wesen und die Funktionen des Geldes im Sozialismus, Schriften des Instituts für Wirtschaftswissenschaften, Nr. 3, (Ost-) Berlin 1955.

- Die Einsparung von Umlaufmitteln als wichtige Quelle der Rentabilität in den volkseigenen Betrieben, (Ost-) Berlin 1956.

LENIN, J.W., Werden die Bolschewiki die Staatsmacht behaupten?, (Ost-) Berlin 1950.

LENKEIT, G. und MÜLLER, H., Vor der Jahreshauptversammlung der Gewerbebanken, in: Deutsche Finanzwirtschaft (Geld und Kredit/Versicherung), Jahrgang 13, (Ost-) Berlin 1959, Heft 4, Seite 115 f.

LIBERMAN, J., Plan, pribyl', premija (Plan, Gewinn, Prämie), Prawda, 9. September 1962, deutsch in: Ost-Probleme, Jahrgang 14, Bonn 1962, Nr. 21, Seite 661 ff.

- Plan, pribyl', premija (Plan, Gewinn, Prämie), Ekonomitscheskaja gaseta, Moskau 1962, Nr. 46, deutsch (unwesentlich gekürzt) in: Ost-Probleme, Jahrgang 15, Bonn 1963, Nr. 6, Seite 182 ff.

- LÖWITH, Karl, Weltgeschichte und Heilsgeschehen, Stuttgart 1953.
- LOHSE, Rolf, Das Wesen des Finanzsystems in der DDR, in: Deutsche Finanzwirtschaft (Sammelausgabe), Jahrgang 12, (Ost-) Berlin 1958, Heft 5, Seite 63 ff.
- LUCK, Herbert, Bemerkungen zum Artikel von Behrens "Zum Problem der Ausnutzung ökonomischer Gesetze in der Übergangsperiode", in: Wirtschaftswissenschaft, drittes Sonderheft, (Ost-) Berlin 1957, Seite 95 ff.
- LUKAS, Richard, Zehn Jahre Sowjetische Besatzungszone Deutschlands, Mainz-Gonsenheim, Wiesbaden und Düsseldorf 1955.
- LUTZ, Friedrich A., Geldpolitik und Wirtschaftsordnung, in: ORDO, Jahrbuch für Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft, Band 2, Godesberg 1949, Seite 217 ff.
- MACHER, Martin, Kontrolle der Verwendung des Lohnfonds im Jahre 1954, in: Deutsche Finanzwirtschaft, Jahrgang 8, (Ost-) Berlin 1954, Heft 6, Seite 282 ff.
- MARTIN, R. und MÜLLER VON BACZKO, E., Konsequente Anwendung der Lohnfonds-Verordnung, in: Deutsche Finanzwirtschaft (Geld und Kredit/Versicherung), Jahrgang 16, (Ost-) Berlin 1962, Heft 8, Seite 4 f.
- MARX, Karl, Das Kapital, Kritik der politischen Ökonomie, vierte Auflage, (Ost-) Berlin 1953.
- MENDELSON, L.A., Wirtschaftskrisen und -zyklen nach dem zweiten Weltkrieg, Referat, gehalten während der internationalen Wirtschaftswissenschaftlichen Konferenz der Ost-Berliner Humboldt-Universität vom 1. bis 4. Oktober 1958, abgedruckt (gekürzt) in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 9. Oktober 1958, Seite 12.
- MENZ, Gertraud, Das sowjetische Bankensystem, Wirtschaftswissenschaftliche Veröffentlichungen des Osteuropa-Instituts an der Freien Universität Berlin, Band 17, Berlin 1963.
- METHNER, Herbert und AST, Erwin, Schnelle Reduzierung der unvollendeten Investitionen, in: Deutsche Finanzwirtschaft (Geld und Kredit/Versicherung), Jahrgang 16, (Ost-) Berlin 1962, Heft 12, Seite 14 f.
- METZLER, Günter, Die Kontrolle des Lohnfonds durch die Deutsche Notenbank bedarf der Veränderung, in: Deutsche Finanzwirtschaft, Jahrgang 7, (Ost-) Berlin 1953, Heft 17, Seite 930 f.
- MEYER, Kurt und FRANKE, Werner, Das Rechnungseinzugsverfahren und seine Anwendung, in: Deutsche Finanzwirtschaft, Jahrgang 7, (Ost-) Berlin 1953, Heft 3, Seite 121 ff.
- MIKULSKI, Hans-Dietrich, Die finanzielle Seite der Betriebsplanung, Die Rolle des Finanzplanes in den volkseigenen Industriebetrieben, in: SBZ-Archiv, Dokumente, Berichte, Kommentare zu gesamtdeutschen Fragen, Jahrgang 9, Köln 1958, Heft 9, Seite 135 ff.
- MINISTERIUM der Finanzen, Hauptabteilung Staatshaushalt, Antwort auf Fragen zum FE-Verfahren bei Haushaltsorganisationen, in: Deutsche Finanzwirtschaft (Sammelausgabe), Jahrgang 15, (Ost-) Berlin 1961, Heft 16, Seite 500 ff.

- MÖNIG, Wilhelm, Ein Rückblick: 3 Jahre demokratische Finanzverwaltung in der sowjetischen Besatzungszone, in: Deutsche Finanzwirtschaft, Jahrgang 3, (Ost-) Berlin 1949, Heft 2, Seite 62 ff.
- MORGENSTERN, Josef, Der Betriebsplan in der sozialistischen Industrie, (Ost-) Berlin 1959.
- MÜLLER, Horst, Die Arbeit der Gewerbebanken im Jahre 1958, in: Deutsche Finanzwirtschaft (Geld und Kredit/Versicherung), Jahrgang 13, (Ost-) Berlin 1959, Heft 11, Seite 328 ff.
- MÜLLER, R., Das neue Statut unserer volkseigenen Sparkassen, in: Deutsche Finanzwirtschaft, Jahrgang 10, (Ost-) Berlin 1956, Heft 9, Seite 372 ff.
- MUGRAUER, Eberhard, Mehr Aufmerksamkeit dem VF-Verfahren, in: Deutsche Finanzwirtschaft (Buchhaltung und Finanzen), Jahrgang 12, (Ost-) Berlin 1958, Heft 10, Seite 302 f.
- NAWROCKI, Joachim, Systembedingte Krise der Zonenwirtschaft, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 7. Juli 1964.
- NÜLL v.d. NAHMER, Robert, Finanzwissenschaft, in: Die Verwaltung, vierte Auflage, Braunschweig 1957.
- NOVE, Alec, Die sowjetische Wirtschaft, Wiesbaden 1962.
- OPITZ, Gerhard, Die Rolle des Hauptbuchhalters als staatlicher Kontrolleur in den volkseigenen Betrieben, (Ost-) Berlin 1955.
- OSTROWITJANOW, K., Die sozialistische Planung und das Wertgesetz, in: Sowjetwissenschaft (Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge), (Ost-) Berlin, Jahrgang 1948, Heft 2, Seite 29 ff.
- PAULICK, Karl, Die Fortführung der Haushaltsreform und die Aufstellung des Staatshaushaltes 1952, in: Finanzen und Kredit, Aufsatzsammlung für Unterricht und Praxis, Band II, (Ost-) Berlin 1952, Seite 73 ff.
- PAULSEN, Andreas, Allgemeine Volkswirtschaftslehre, Teil I, Grundlegung, Wirtschaftskreislauf, Berlin 1956.
- PECH, Ursula, Bessere Bargeldumsatzplanung, in: Deutsche Finanzwirtschaft (Geld und Kredit/Versicherung), Jahrgang 15, (Ost-) Berlin 1961, Heft 14, Seite 271 f.
- PERNUTZ, Karl, Offensive gegen die Privatwirtschaft, Der Stand der Sozialisierung der privaten Wirtschaft in der Sowjetzone Ende Dezember 1959 und heute, in: SBZ-Archiv, Dokumente, Berichte, Kommentare zu gesamtdeutschen Fragen, Jahrgang 11, Köln 1960, Heft 7, Seite 106 ff.
- PFUHL, Eberhardt, Der Wirtschaftsvertrag im sowjetischen Recht, Berichte des Osteuropa-Instituts an der Freien Universität Berlin, Heft 37, Berlin 1958.

- POHL und SCHNEIDER, Arbeitsgemeinschaft Wissenschaft - Deutsche Notenbank klärt Probleme der Bargeldumsatzplanung, in: Deutsche Finanzwirtschaft (Geld und Kredit/Versicherung), Jahrgang 14, (Ost-) Berlin 1960, Heft 23, Seite 461 ff.
- POLITISCHE Ökonomie, Lehrbuch, herausgegeben von der Akademie der Wissenschaften der UdSSR, Übersetzung aus dem Russischen nach der zweiten Ausgabe, (Ost-) Berlin 1955.
- Ökonomie, Lehrbuch, herausgegeben von der Akademie der Wissenschaften der UdSSR, Übersetzung aus dem Russischen nach der dritten überarbeiteten und ergänzten Ausgabe, (Ost-) Berlin 1960.
- PRAUTSCH und SEYBOTH, Neue Kreditbestimmungen und das FE-Verfahren, in: Deutsche Finanzwirtschaft (Geld und Kredit/Versicherung), Jahrgang 15, (Ost-) Berlin 1961, Heft 18, Seite 351 f.
- RAUNICK, Hans-Georg, Wie sollen die Kauffondsberechnungen in den Kreisen vorgenommen werden, in: Deutsche Finanzwirtschaft (Sammelausgabe), Jahrgang 16, (Ost-) Berlin 1962, Heft 14, Seite 8 ff.
- RENNEISEN, Erich, Über die Aufgaben der Deutschen Handelsbank AG, in: Der Außenhandel, (Ost-) Berlin 1956, Nr. 5/6, Seite 174.
- RENNWANZ, W. und GIESELER, H., Lohnfondskontrolle in der volkseigenen Landwirtschaft, in: Deutsche Finanzwirtschaft (Geld und Kredit/Versicherung), Jahrgang 12, (Ost-) Berlin 1958, Heft 23, Seite 659 ff.
- RICHTER, Hans-Werner, Mängel in der Lohnfondskontrolle müssen beseitigt werden, in: Deutsche Finanzwirtschaft (Finanzen und Buchführung), Jahrgang 17, (Ost-) Berlin 1963, Heft 2, Seite 3 ff.
- RICHTER, Helmut, Neue Struktur der DBB hilft Ressortschranken Überwinden, in: Deutsche Finanzwirtschaft (Geld und Kredit/Versicherung), Jahrgang 13, (Ost-) Berlin 1959, Heft 20, Seite 582 ff.
- Thesen zur Auswertung der 35. Tagung des Zentralkomitees der SED, in: Deutsche Finanzwirtschaft (Sammelausgabe), Jahrgang 12, (Ost-) Berlin 1958, Heft 9, Seite 122 ff.
- RICHTER, Helmut, Wertgesetz und Spontaneität in der Übergangsperiode, in: Wirtschaftswissenschaft, drittes Sonderheft, (Ost-) Berlin 1957, Seite 44 ff.
- RICHTER und LÄMMERHIRT, Staat und Wirtschaft in der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus, in: Deutsche Finanzwirtschaft (Sammelausgabe), Jahrgang 12, (Ost-) Berlin 1958, Heft 13, Seite 201 ff.
- RICHTLINIEN der Deutschen Bauernbank für kurz- und mittelfristige Kredite an Einzelbauern vom 13. Juni 1953, in: Deutsche Finanzwirtschaft, Jahrgang 7, (Ost-) Berlin 1953, Heft 13, Seite 678 f.

RICHTLINIE für das neue ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft, Beschluß des Präsidiums des Ministerrates vom 11. Juli 1963, Sonderbeilage des 'Neuen Deutschland', (Ost-) Berlin vom 16. Juli 1963.

RÜPKE, Wilhelm, Die Ordnung der Wirtschaft, Frankfurt (Main) 1948.

ROHDE, Erwin, NELTNER, Helmuth und REUSCHEL, Dieter, Das einheitliche sozialistische Finanzsystem, die gesellschaftliche Praxis und die Ansichten von Professor Dr. Kohlmeier, in: Deutsche Finanzwirtschaft (Sammelausgabe), Jahrgang 12, (Ost-) Berlin 1958, Heft 12, Seite 187 ff.

ROSSNER, Helmut, Die Beschleunigung der Umschlagsgeschwindigkeit der Umlaufmittel durch Neuregelung der Berechnung von Verzugszinsen, in: Deutsche Finanzwirtschaft, Jahrgang 7, (Ost-) Berlin 1953, Heft 10, Seite 537 ff.

— Die Deutsche Notenbank führt das Akkreditiv ein, in: Deutsche Finanzwirtschaft, Jahrgang 9, (Ost-) Berlin 1955, Heft 13, Seite 542 ff.

— Verrechnungen im bargeldlosen Zahlungsverkehr, in: Deutsche Finanzwirtschaft, Jahrgang 9, (Ost-) Berlin 1955, Heft 8, Seite 338 ff.

— RE-Aufträge pünktlich einreichen, in: Deutsche Finanzwirtschaft (Geld und Kredit/Versicherung), Jahrgang 11, (Ost-) Berlin 1957, Heft 23, Seite 716.

— Die vorgesehene Veränderung der Verrechnungsmethoden, in: Deutsche Finanzwirtschaft (Geld und Kredit/Versicherung), Jahrgang 14, (Ost-) Berlin 1960, Heft 2, Seite 28 ff.

ROTHER, Stellung und Perspektiven der Banken für Handwerk und Gewerbe, in: Deutsche Finanzwirtschaft, Jahrgang 10, (Ost-) Berlin 1956, Heft 21, Seite 1002 und 1004 ff.

ROWINSKI, N.N., Der Staatshaushalt der UdSSR, Übersetzung aus dem Russischen, (Ost-) Berlin 1953.

— Das Finanzsystem der UdSSR, Übersetzung aus dem Russischen, (Ost-) Berlin 1953.

RUDOLPH, Johannes und FRIEDRICH, Gerd, Grundriß der Volkswirtschaftsplanung, (Ost-) Berlin 1957.

RUBNER, Walter, Strengere Lohnfondskontrolle, in: Deutsche Finanzwirtschaft (Staatshaushalt), Jahrgang 17, (Ost-) Berlin 1963, Heft 5, Seite 12.

RUMPF, Willy, Ein sozialistisches Lehrbuch?, in: Deutsche Finanzwirtschaft (Sammelausgabe), Jahrgang 11, (Ost-) Berlin 1957, Heft 24, Seite 369 ff.

RZESNITZEK, F., Zweikanälesystem oder Einkanalsystem?, in: Deutsche Finanzwirtschaft, Jahrgang 10, (Ost-) Berlin 1956, Heft 22, Seite 1088 ff.

- SAMSON, Benvenuto, Grundzüge des mitteldeutschen Wirtschaftsrechts, Frankfurt (Main) und Berlin 1960.
- SCHELER, H., Über das Verhältnis von Spontaneität und Bewußtheit, in: Wirtschaftswissenschaft, drittes Sonderheft, (Ost-) Berlin 1957, Seite 20 ff.
- SCHENK, Fritz, Magie der Planwirtschaft, Köln und Berlin 1960.
- Siebenjahrplan gescheitert, in: SBZ-Archiv, Dokumente, Berichte, Kommentare zu gesamtdeutschen Fragen, Jahrgang 14, Köln 1963, Nr. 6, Seite 85 ff.
- SCHICKRAM, Kurt, Die Durchführung der Lohnfondskontrolle im Jahre 1955, in: Deutsche Finanzwirtschaft, Jahrgang 9, (Ost-) Berlin 1955, Heft 18, Seite 770 ff.
- SCHIEFERDECKER, Herbert, Vereinfachung im Bargeldsektor, in: Deutsche Finanzwirtschaft, Jahrgang 10, (Ost-) Berlin 1956, Heft 21, Seite 1033 ff.
- SCHILKE, M. und W., Nutzt die neuen Verrechnungsverfahren, in: Deutsche Finanzwirtschaft, Jahrgang 9, (Ost-) Berlin 1955, Heft 19, Seite 820 f.
- SCHILKE, Werner, Die Finanzierung der richtsatzgebundenen Umlaufmittel der volkseigenen Industriebetriebe nach dem Umschlag, in: Deutsche Finanzwirtschaft, Jahrgang 10, (Ost-) Berlin 1956, Heft 20, Seite 974 ff.
- SCHILKE, Werner und VÖKLER, Gerhard, Die komplexe Betriebskontrolle durch die Bank verwirklichen, in: Deutsche Finanzwirtschaft (Geld und Kredit/Versicherung), Jahrgang 13, (Ost-) Berlin 1959, Heft 17, Seite 497 ff.
- Rentabilität - Ausgangspunkt für komplexe Betriebskontrolle, in: Deutsche Finanzwirtschaft (Geld und Kredit/Versicherung), Jahrgang 13, (Ost-) Berlin 1959, Heft 18, Seite 519 ff.
- SCHLESINGER, Hasso, Die Kontrolle des Lohnfonds in der gesellschaftlichen Konsumtion, in: Deutsche Finanzwirtschaft (Staatshaushalt), Jahrgang 16, (Ost-) Berlin 1962, Heft 6, Seite 2 ff.
- SCHMIDT, Günther, Die Aufgaben der Deutschen Bauern-Bank bei der Festigung und Weiterentwicklung der sozialistischen Produktionsverhältnisse auf dem Lande, in: Deutsche Finanzwirtschaft (Geld und Kredit/Versicherung), Jahrgang 16, (Ost-) Berlin 1962, Heft 11, Seite 5 f.
- SCHMIDT, Martin, Die Leipziger Messe und der Kurs der Deutschen Mark der Deutschen Notenbank, in: Der Außenhandel, Jahrgang 5, (Ost-) Berlin 1955, Heft 5, Seite 157 f.
- Klarheit im Kopf und neuer Arbeitsstil - Die nächsten Aufgaben der Mitarbeiter der Deutschen Notenbank auf Grund der Beschlüsse des 35. Plenums, in: Deutsche Finanzwirtschaft (Geld und Kredit/Versicherung), Jahrgang 12, (Ost-) Berlin 1958, Heft 13, Seite 369 ff.

- SCHMIDT, Martin und GEISSLER, Eberhard, Probleme des einheitlichen Finanzsystems, in: Deutsche Finanzwirtschaft (Sammelausgabe), Jahrgang 12, (Ost-) Berlin 1958, Heft 22, Seite 347 ff.
- SCHMIDT, Paul, Wir diskutieren über die neue Mustersatzung der Banken für Handwerk und Gewerbe, in: Deutsche Finanzwirtschaft (Geld und Kredit/Versicherung), Jahrgang 11, (Ost-) Berlin 1957, Heft 3, Seite 86 f.
- SCHMIDT, Wilhelm, Zu einigen Fragen der marxistischen Theorie des Geldes im Sozialismus, in: Probleme der politischen Ökonomie, Band 5, (Ost-) Berlin 1962.
- SCHNEIDER, Erich, Einführung in die Volkswirtschaftstheorie, III. Teil, Geld, Kredit, Volkseinkommen und Beschäftigung, zweite verbesserte Auflage, Tübingen 1953.
- SCHNITZLER, Dietrich, Die unvollendeten Investitionen verringern, in: Deutsche Finanzwirtschaft (Geld und Kredit/Versicherung), Jahrgang 12, (Ost-) Berlin 1958, Heft 22, Seite 625 f.
- SCHODER, Erich, Die Kreditierung der Produktions- und Verkehrsbetriebe über Darlehns- und Verrechnungskonten, in: Deutsche Finanzwirtschaft, Jahrgang 9, (Ost-) Berlin 1955, Heft 6, Seite 243 ff und Heft 7, Seite 297 ff.
- Mehr Beachtung den Schwankungen im Betriebsablauf, Erfahrungen aus der Kreditierung nach dem Umschlag bei volkseigenen Industriebetrieben, in: Deutsche Finanzwirtschaft (Geld und Kredit/Versicherung), Jahrgang 11, (Ost-) Berlin 1957, Heft 17, Seite 515 ff.
- Gewährung von Bestandskrediten auf neuer gesetzlicher Grundlage, in: Deutsche Finanzwirtschaft (Sammelausgabe), Jahrgang 15, (Ost-) Berlin 1961, Heft 9, Seite 267 ff.
- SCHODER, Erich und SCHULZ, Manfred, Die Kontrolle über die Inanspruchnahme des Lohnfonds, in: Deutsche Finanzwirtschaft, Jahrgang 10, (Ost-) Berlin 1956, Heft 14, Seite 648 ff.
- SCHREIBER, Walter, Beschleunigung der Zahlungen an Haushaltsorganisationen, in: Deutsche Finanzwirtschaft, Jahrgang 7, (Ost-) Berlin 1953, Heft 16, Seite 881 f.
- SCHULZE, Fritz, Umschlagskreditierung im Handel stärkt wirtschaftliche Rechnungsführung, in: Deutsche Finanzwirtschaft (Geld und Kredit/Versicherung), Jahrgang 11, (Ost-) Berlin 1957, Heft 23, Seite 697 ff.
- SCHULTZ, Werner und WEHNERT, Emil, Erfahrungen aus der Einführung des FE-Verfahrens, in: Deutsche Finanzwirtschaft (Sammelausgabe), Jahrgang 15, (Ost-) Berlin 1961, Heft 14, Seite 436 ff.
- SEIDEL, Karlheinz, Zu einigen Problemen unseres sozialistischen Finanzsystems - Eine Antwort an Professor Dr. Kohlmeier, in: Deutsche Finanzwirtschaft (Sammelausgabe), Jahrgang 12, (Ost-) Berlin 1958, Heft 23, Seite 368 f.
- SELEMMANN, Fritz, Volksbetriebe im Wirtschaftsplan, Bericht von der ersten Zonentagung der volkseigenen Betriebe am 4. Juli 1948, (Ost-) Berlin 1948.

- SEYBOTH, Eberhard, Höhere Arbeitsproduktivität bei gleichem Lohn, in: Deutsche Finanzwirtschaft (Geld und Kredit/Versicherung), Jahrgang 16, (Ost-) Berlin 1962, Heft 10, Seite 5 ff.
- STACKELBERG, Heinrich von, Möglichkeiten und Grenzen der Wirtschaftslenkung, in: ORDO, Jahrbuch für Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft, Band 2, 1949, Seite 193 ff.
- STALIN, J.W., Neue Verhältnisse - neue Aufgaben des wirtschaftlichen Aufbaues, Rede vom 23. Juni 1931, Werke, Band 13, Seite 47 ff.
- STEIN, Ekkehart, Ist die 'Deutsche Demokratische Republik' ein Staat?, in: Archiv des öffentlichen Rechts, Band 85, 1961, Nr. 4, Seite 363 ff.
- STELLUNG, Die - des einheitlichen, sozialistischen Finanzsystems in der Volkswirtschaft der DDR, Thesen zur wissenschaftlichen Konferenz aus Anlaß des 10. Jahrestages der Gründung der Hochschule für Ökonomie, in: Deutsche Finanzwirtschaft (Sammelausgabe), Jahrgang 14, (Ost-) Berlin 1960, Heft 16, Seite 486 ff und Heft 17, Seite 522 f.
- STERNBERGER, Dolf, Lebende Verfassung - Studien über Koalition und Opposition, Meisenheim am Glan 1956.
- STÜCKIGT, Heinz, Die neue Umschlagsfinanzierung in der Praxis, in: Deutsche Finanzwirtschaft (Geld und Kredit/Versicherung), Jahrgang 13, (Ost-) Berlin 1959, Heft 10, Seite 290 ff.
- STRASSBURGER, Helmut, Die Vorteile der Verrechnung über Sonderkonto, in: Deutsche Finanzwirtschaft, Jahrgang 10, (Ost-) Berlin 1956, Heft 1, Seite 25.
- STRAUCH, G., Das jugoslawische Bankwesen, in: Österreichisches Bankarchiv, Jahrgang 4, 1956, Heft 1, Seite 24 ff.
- SUCH, Heinz, Die Bedeutung des Vertragssystems bei der Verwirklichung des Neuen Kurses, (Ost-) Berlin 1954.
- TANNERT, Karlheinz und FISCHER, Herbert, Die analytische Arbeit bei der Kontrolle des Bargeldumsatzplanes, in: Deutsche Finanzwirtschaft, Jahrgang 9, (Ost-) Berlin 1955, Heft 16, Seite 687 ff.
- THALHEIM, Karl C., Die Rezeption des Sowjetmodells in Mitteldeutschland, in Sammelwerk: Die Wirtschaftssysteme der Staaten Osteuropas und der Volksrepublik China, Untersuchung der Entstehung, Entfaltung und Wandlung sozialistischer Wirtschaftssysteme, herausgegeben von Georg Jahn und Frhr. von Bissing, Berlin 1961, erster Band, Seite 167 ff.
- Grundzüge des sowjetischen Wirtschaftssystems, Köln 1962.

THEISINGER, Karl und LÜFFELHOLZ, Josef, Die Bank, Lehrbuch und Nachschlagewerk des Bank- und Sparkassenwesens, Band 2, Wiesbaden 1952.

THOMS, Günther, Neue Kreditform unterstützt den Handel, in: Deutsche Finanzwirtschaft (Geld und Kredit/Versicherung), Jahrgang 13, (Ost-) Berlin 1959, Heft 5, Seite 129 ff.

TODTMANN, Deutsche Notenbank berät über die Verbesserung ihrer Arbeitsweise, Referat auf der Arbeitskonferenz der Deutschen Notenbank am 25. Februar 1958 in (Ost-) Berlin, in: Deutsche Finanzwirtschaft (Geld und Kredit/Versicherung), Jahrgang 12, (Ost-) Berlin 1958, Heft 6, Seite 161 ff.

TRAUTMANN, Conrad, "Morgen früh um halb acht" oder: Die Deutsche Notenbank muß Überspitzungen schnell abstellen, in: Deutsche Finanzwirtschaft, Jahrgang 7, (Ost-) Berlin 1953, Heft 14, Seite 766 f.

TREUE, Wolfgang, Die deutschen Parteien, Wiesbaden 1961.

ULBRICHT, Walter, Die neuen Wirtschaftsaufgaben zur Verbesserung der Lebenslage des Volkes, Drei Reden und Entschlüsse des Zentralkomitees der SED auf der sechsten Tagung 1951, (Ost-) Berlin 1951.

- Die gegenwärtige Lage und die neuen Aufgaben der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Referat und Schlußwort auf der II. Parteikonferenz der SED vom 9. bis 12. Juli 1952, (Ost-) Berlin 1952.
- Fragen der politischen Ökonomie in der DDR, Ausführungen auf der 21. Plenartagung der SED am 12. November 1954, auszugsweise in: Chronologische Materialien zur Geschichte der SED, Dokumentation des Informationsbüros West, Berlin 1956, Seite 472 ff.
- Grundfragen der Politik der SED, (Ost-) Berlin 1957.
- Grundfragen der Politik der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, (Ost-) Berlin 1958.
- Der Weg zur Sicherung des Friedens und zur Erhöhung der materiellen und kulturellen Lebensbedingungen des Volkes, (Ost-) Berlin 1959.
- Das ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft in der Praxis, Referat auf der Wirtschaftskonferenz des ZK der SED und des Ministerrates der DDR am 24. Juni 1963, in: Die Wirtschaft, (Ost-) Berlin 1963, Nr. 26.

ULTSCH, Henry, VATER, Wolfgang und SCHMIDT, Erdmann, Organisation und Planung der volkseigenen örtlichen Industrie, (Ost-) Berlin 1957.

UNRECHT als System, Dokumente über planmäßige Rechtsverletzungen in der Sowjetzone Deutschlands, Teil II (1952 - 1954), Bonn 1955 und Teil III (1954 - 1958), Bonn 1958.

- UNZULÄNGLICHKEITEN bei der Sparratenwerbung, in: Deutsche Finanzwirtschaft (Geld und Kredit/Versicherung), Jahrgang 14, (Ost-) Berlin 1960, Heft 13, Seite 256.
- VARGA, Stefan, Wesen und Funktionen des Geldes im "Sozialismus", in: Offene Welt, Zeitschrift für Wirtschaft, Politik und Gesellschaft, Köln und Opladen, Juni 1962, Nr. 76, Seite 194 ff.
- VEREINFACHUNG des demokratischen Bankapparates, Zur Eingliederung der regionalen Bankinstitute in die Deutsche Notenbank, in: Deutsche Finanzwirtschaft, Jahrgang 4, (Ost-) Berlin 1950, Heft 7, Seite 298 ff.
- VÖLKER, Gerhard, Erste Erfahrungen mit der vollen Eigenmitteleusstattung, in: Deutsche Finanzwirtschaft (Geld und Kredit/Versicherung), Jahrgang 12, (Ost-) Berlin 1958, Heft 9, Seite 273 ff.
- VOGEL, Dieter, Die Jagd nach dem letzten Nagel, Wirtschaftspolitische Methoden in der Sowjetzone, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17. November 1962.
- VOIGT, Wilhelm, DBB übernimmt Investitions-Finanzierung der volkseigenen Landwirtschaft, in: Deutsche Finanzwirtschaft (Geld und Kredit/Versicherung), Jahrgang 13, (Ost-) Berlin 1959, Heft 7, Seite 196 ff.
- WAAG, L. und SACHAROW, S., Platnost' proizvodstvennych fondov i pribyl' predprijatija (Entgeltlichkeit der Produktionsfonds und Betriebsgewinn), Woprosy ekonomiki, Moskau 1963, Nr. 4, deutsch abgedruckt (gekürzt) in: Ost-Probleme, Jahrgang 15, Bonn 1963, Nr. 14, Seite 441 ff.
- WADEWITZ, K., Einige Bemerkungen zur Arbeit der Banken für Handwerk und Gewerbe, in: Deutsche Finanzwirtschaft, Jahrgang 7, (Ost-) Berlin 1953, Heft 8, Seite 426 f.
- WALTHER, Erich, Zehn Jahre Finanzpolitik seit der Befreiung, in: Deutsche Finanzwirtschaft, Jahrgang 9, (Ost-) Berlin 1955, Heft 9, Seite 360 ff.
- WEBER, Adolf, Marktwirtschaft und Sowjetwirtschaft, Ein Vergleich, München 1949.
- Allgemeine Volkswirtschaftslehre, siebente Auflage, Berlin 1958.
- Sowjetwirtschaft und Weltwirtschaft, Berlin 1959.
- WEBER, Heinz, Die Sowjetwirtschaft und das Wertgesetz, in: Osteuropa-Wirtschaft, Jahrgang 4, 1959, Heft 1, Seite 24 ff.
- WEBER, Hermann und PERTINAX, Lothar, Schein und Wirklichkeit in der DDR, Stuttgart 1958.
- WEBER, Karl-Heinz, Die Bilanz der Einnahmen und Ausgaben der Bevölkerung und der örtlichen Organe, in: Deutsche Finanzwirtschaft (Sammelausgabe), Jahrgang 12, (Ost-) Berlin 1958, Heft 1, Seite 4 ff.

- WEISSFLOG, J. und PLANK, E., Vorschläge zur Verbesserung der Finanz- und Zahlungsdisziplin in der volkseigenen örtlichen Industrie, in: Deutsche Finanzwirtschaft, Jahrgang 8, (Ost-) Berlin 1954, Heft 22, Seite 1131 f.
- WELTER, Erich, Staatsplanung und Marktwirtschaft, Sonderdruck aus: Beiträge zur Verkehrstheorie und Verkehrspolitik, Festgabe für Paul Berkenkopf, Düsseldorf ohne Jahresangabe.
- Falsch und richtig planen, Eine kritische Studie über die deutsche Wirtschaftslenkung im zweiten Weltkrieg, Veröffentlichungen des Forschungsinstituts für Wirtschaftspolitik an der Universität Mainz, Band 1, Heidelberg 1954.
- WETZEL, Rolf, Die staatliche Beteiligung - eine neue Perspektive für die privaten Unternehmer, in: Deutsche Finanzwirtschaft, Jahrgang 10, (Ost-) Berlin 1956, Heft 13, Seite 584 ff.
- Höhere Arbeitsqualität zur Unterstützung des Produktionsaufgebots, in: Deutsche Finanzwirtschaft (Geld und Kredit/Versicherung), Jahrgang 15, (Ost-) Berlin 1961, Heft 24, Seite 473 ff.
- WICKLEIN, Hans, VVB-Filialen zur Durchsetzung des Produktionsprinzips, in: Deutsche Finanzwirtschaft (Sammelausgabe), Jahrgang 17, (Ost-) Berlin 1963, Heft 6, Seite 7 ff.
- WITTIG, Otto, Komplexe Bankkontrolle - wie wir sie sehen, in: Deutsche Finanzwirtschaft (Geld und Kredit/Versicherung), Jahrgang 15, (Ost-) Berlin 1961, Heft 10, Seite 183 f.
- WOHLFARTH, Rolf, Die Gewährung langfristiger Kredite an Produktionsgenossenschaften des Handwerks durch Banken für Handwerk und Gewerbe, in: Deutsche Finanzwirtschaft (Geld und Kredit/Versicherung), Jahrgang 11, (Ost-) Berlin 1957, Heft 17, Seite 529 ff.
- WOLFF, H.-U. und SCHÜTZE, W., Die Aufgaben der Bauernbank nach dem 12. Plenum, in: Deutsche Finanzwirtschaft (Geld und Kredit/Versicherung), Jahrgang 15, (Ost-) Berlin 1961, Heft 14, Seite 261 ff.
- WOLF, Um die Existenzberechtigung der Lohnfondskontrolle, in: Deutsche Finanzwirtschaft (Geld und Kredit/Versicherung), Jahrgang 14, (Ost-) Berlin 1960, Heft 3, Seite 51.
- WOLTER, Hans und LEMCKE, Klaus, Bessere Zusammenarbeit zwischen Theorie und Praxis bei der Kontrolle des ökonomischen Nutzens von Investitionen, in: Deutsche Finanzwirtschaft (Sammelausgabe), Jahrgang 15, (Ost-) Berlin 1961, Heft 15, Seite 469 ff.
- ZIEMER, Walter, Die Entwicklung der Geldeinnahmen und Ausgaben der Bevölkerung im 1. Halbjahr 1960, in: Deutsche Finanzwirtschaft (Geld und Kredit/Versicherung), Jahrgang 14, (Ost-) Berlin 1960, Heft 17, Seite 330.
- ZIMMERMANN, Horst, Die Planung und Kontrolle der Lohnfonds, in: Deutsche Finanzwirtschaft, Jahrgang 8 (Ost-) Berlin 1954, Heft 7, Seite 343 ff.

ZIMMERMANN, Horst, FRAAS, Günther und RÄTZER, Manfred,
Geld und Kredit in der DDR, (Ost-) Berlin 1957.

ZSCHÜNTZSCH, Ist der Scheckverkehr in der volkseigenen
Wirtschaft noch zweckmäßig?, in: Deutsche Finanz-
wirtschaft, Jahrgang 5, (Ost-) Berlin 1951, Heft 8,
Seite 348 f.

- Fritz, Die neuen Bestimmungen der Deutschen Noten-
bank über die Kreditierung, Verrechnung und Kontrolle,
in: Deutsche Finanzwirtschaft, Jahrgang 9, (Ost-)
Berlin 1955, Heft 10, Seite 399 ff.
- Unsere gemeinsamen Anstrengungen beim Aufbau eines
sozialistischen Kreditsystems in der DDR, in: Deutsche
Finanzwirtschaft (Sammelausgabe), Jahrgang 11, (Ost-)
Berlin 1957, Heft 7, Seite 98 ff.

Befehle, Gesetze, Verordnungen und Anordnungen

BEFEHLE des Obersten Chefs der Sowjetischen Militärver-
waltung in Deutschland, Sammelheft 2, Berlin 1946.

ZENTRALVERORDNUNGSBLATT, Amtliches Organ der Deutschen
Wirtschaftskommission und ihrer Hauptverwaltungen
sowie der Deutschen Verwaltungen für Inneres, Justiz
und Volksbildung, (Ost-) Berlin, Jahrgang 1947-1949.

GESETZBLATT der Deutschen Demokratischen Republik, (Ost-)
Berlin, Jahrgang 1949-1954.

MINISTERIALBLATT der Deutschen Demokratischen Republik,
(Ost-) Berlin, Jahrgang 1949-1952.

ZENTRALBLATT der Deutschen Demokratischen Republik, (Ost-)
Berlin, Jahrgang 1953-1954.

GESETZBLATT der Deutschen Demokratischen Republik,
Teil I, (Ost-) Berlin, Jahrgang 1955-1963
Teil II, (Ost-) Berlin, Jahrgang 1955-1963
Teil III, (Ost-) Berlin, Jahrgang 1960-1963.

Lebenslauf

Hans-Joachim Schroeter, geboren am 26. Dezember 1929
in Neusalz/Oder (Schlesien); Sohn des Rektors
August Schroeter und seiner Ehefrau Anna, geborene Kliche.

Reifeprüfung am 7. Juli 1949 an der Oberschule in
Haldensleben.

Wintersemester 1949 bis Sommersemester 1952 Studium
der Pädagogik, Geschichte und Leibeserziehung an der
Humboldt-Universität in (Ost-)Berlin. Nach dem Staats-
examen im Juli 1952 Lehrtätigkeit an der Schinkel-
Oberschule in (Ost-)Berlin.

Sommersemester 1953 bis Wintersemester 1956/1957
Studium der Politischen Wissenschaft und Wirtschafts-
wissenschaften an der Deutschen Hochschule für Politik
und der Freien Universität in (West-)Berlin.
Diplom-Prüfung an der Deutschen Hochschule für Politik
am 10. November 1956.

Sommersemester 1957 bis Wintersemester 1959/1960
Studium der Wirtschaftswissenschaften an der Johann Wolf-
gang Goethe-Universität Frankfurt (Main) und der
Johannes Gutenberg-Universität Mainz.

Vom 1. April 1957 bis 30. November 1961 Dozent an der
Ost-Akademie Königstein e. V. Seit dem 1. Januar 1962
Direktions-Assistent und Personalleiter in der Privat-
wirtschaft.

Mündliche Doktorprüfung am 24. Februar 1967.

